

«Pussyhat»-Politik: Burkhalters feministische Geheimwaffe

DIE WELTWOCHEN

Nummer 14 – 6. April 2017 – 85. Jahrgang – Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

10 Seiten
Literatur
Matthias Ackeret über
seinen Freund Martin Walser

Der Papst räumt ab

Sponti-Hirte Franziskus auf Kollisionskurs mit der Kirche



SCHAFFHAUSEN

Muslimische
Schüler
terrorisieren Lehrer

MARINE LE PEN

Achtung, nationaler
Sozialismus!

BRUSTKREBS

Gute Nachrichten

LEBEN HEUTE

René Zeller:
Lob des Offiziers



A full-page advertisement for Jura featuring Roger Federer. He is wearing a white V-neck sweater and white trousers, holding a glass of beer. The background is a bright, minimalist interior. The Jura logo is in the top right corner.

jura[®]

*Ein Comeback für
die Sportgeschichte*

Australian Open Indian Wells Miami

*Roger Federer – ein inspirierendes Vorbild,
das uns lehrt:*

- *bereit sein, wenn's ums Ganze geht*
- *positive mentale Einstellung*
- *permanente Weiterentwicklung*
- *die eigenen Stärken ausspielen*

*JURA und Roger Federer –
Schweizer Präzision*

jura.com

Der linksfreisinnige Aussenminister Didier Burkhalter setzt den Ton im wichtigsten politischen Dossier der Schweiz: Er ist der oberste Schleusenwart der Beziehungen zur EU, und als solcher gibt er seinen Diplomaten

Auf Kosten der schweizerischen Arbeitslosenversicherung an der milden Algarve überwintern? Was für viele Arbeitsmarkt-Migranten aus der EU normal ist, sorgte letztes Jahr für einige Empörung: Wie kann es sein, dass auch solche Zuwanderer von den grosszügig bemessenen Schweizer Sozialleistungen profitieren, deren Lebensmittelpunkt gar nicht in der teuren Schweiz liegt? Wie Recherchen der *Weltwoche* zeigen, machen die 193 Millionen Franken Arbeitslosenentschädigung an Grenzgänger nur einen kleinen Teil der totalen Kosten aus, welche die Personenfreizügigkeit dem Sozialstaat verursacht. Bei seinen Recherchen zum Thema stiess Wirtschaftsredaktor Florian Schwab auf ein bislang gutgehütetes Geheimnis: Das Gesetz verpflichtet Schweizer Arbeitgeber, im Ausland lebenden Grenzgängern und Kurzaufenthaltern die vollen Familienzulagen für ihre Kinder zu zahlen. Kostenpunkt: rund 420 Millionen Franken im Jahr 2015. Seite 38

Links gleich humorlos – leider stimmt dieses Vorurteil viel zu oft. Dass es Ausnahmen gibt, erlebte *Weltwoche*-Redaktor Wolfgang Koydl bei seinem Treffen mit Juso-Chefin Tamara Funiello. Mit erfrischender Selbstironie berichtete sie von ihrer jüngsten BH-Verbrennungskampagne, die sich zum Kampf mit der Tücke des Objekts auswuchs. Weil die Büstenhalter partout nicht Feuer fangen wollten, musste man sie in einer brennbaren Flüssigkeit tränken. Als man dann endlich das Foto schießen konnte, war der Bunsenbrenner leer. «Die ganze Zeit wurden wir aus den Fenstern eines Bürogebäudes beobachtet», lachte Funiello. Seite 30

Ihre Weltwoche



«Pussyhat»-Diplomatie: Rosaroter Feminismus.

die Richtung der Verhandlungen vor. Jetzt erregt der Romand mit einer brisanten Personalie Aufsehen. Er wählte die wohl linkste Diplomatin der Schweiz zur Chefunterhändlerin mit der EU. Warum eigentlich? Die Basler SP-Juristin Pascale Baeriswyl, seit 1. April im Amt, politisierte jahrelang scharf links. Sie ist eine kämpferische Feministin auf «Pussyhat»-Kurs. Sogar die einstmals kommunistische Kollegin Anita Fetz stand ihr zu weit rechts. Baeriswyl ergriff unter anderem gegen die Gentechnologie und gegen den «Neoliberalismus» Partei. Heute soll sie in Brüssel für die Schweizer Wirtschaft weibeln. Die politische Biografie der Aufsteigerin hat es in sich. *Weltwoche*-Autor Christoph Mörgeli zeichnet sie nach. Seite 22

Unser Kollege Matthias Matussek, ehemals Kulturchef des *Spiegels*, ist theologisch versierter Katholik. Anders als viele seiner Glaubensgenossen, denen auch politisch Bewegte freudig applaudieren, kann er die weltweite scheinbare Begeisterung über Papst «Allerlei» Franziskus nicht ganz teilen. Im Gegenteil. Matussek hat den Pontifex und seine Positionen analysiert. Er kommt zum Schluss, dass der Sympathieträger im Vatikan, der schlafwandlerisch auf den Wellen des politischen Zeitgeists surft, unerfreuliche weltliche Nebenwirkungen produziert. Seite 16

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch, leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91 E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 322.– (inkl. MwSt.)
Schnupperabonnement Inland Fr. 38.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi (*Wirtschaft*), René Zeller (*Bundespolitik*)
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:
Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig (*Leitung Ausland*), Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Christoph Mörgeli, Alex Reichmuth, Markus Schär, Claudia Schumacher, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Christoph Landolt, Franziska K. Müller, Matthias Matussek, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Linus Reichlin, Peter Ruch, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), Thilo Sarrazin, David Schnapp, Hildegard Schwanager, Sacha Verna (*New York*), Max Wey, Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann
Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Layout: Daniel Eggspühler (*Art-Director*), Silvia Ramsay
Bildredaktion: Martin Kappler, Larissa Weber (*Assistentin*)
Korrektur: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Renate Brunner, Nadia Ghidoli, Rita Kempter, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Dieter Zwicky
Sekretariat: Sabine Mähner (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Verlagsgeschäftsführer: Guido Bertuzzi
Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Gabriel Lotti, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Digital-Marketing: Bich-Tien Köppel (*Leitung*)
Online-Vermarktung: Adextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

SCHLAFLOS?
ÜBERMÜDET?
GEREIZT?

Zeit für eine Auszeit.

Bei uns finden Sie das ideale Umfeld und ein umfassendes medizinisches Angebot dafür.

SEEKLINIKBRUNNEN

Seeklinik Brunnen AG
Gersauerstrasse 8 | 6440 Brunnen
T 041 825 48 48 | www.seeklinik-brunnen.ch



HORLOGERIE JOAILLERIE
CRANS *Prestige*
RUE DU PRADO 9 - CRANS-MONTANA

ICONIC

THE NAVITIMER
SINCE 1952





© Fototeca ENIT Gino Cianci © Fototeca ENIT Vito Arcomano



«Viva Arte Viva»: 57. Biennale Venedig Lagune der Künste

Venedig ist einzigartig – vor allem während der weltweit wichtigsten Ausstellung für zeitgenössische Kunst. Auf der 5-tägigen Kulturreise entdecken Sie in fachkundiger Begleitung die wichtigsten Exponate der Biennale.

Bereits seit 1895 findet in Venedig die internationale Kunstausstellung «Biennale di Venezia» statt. «Viva Arte Viva» lautet das Motto von 2017. Auf dieser Exkursion erleben Sie die grossen Installationen im Arsenal und im öffentlichen Raum sowie die Länderpavillons in den Giardini Pubblici. Eine ausführliche Besichtigung gilt dem Schweizer Pavillon, dessen Kurator Philipp Kaiser ist. Weitere Höhepunkte sind der Besuch des Guggenheim-Museums und eine Fahrt in den charakteristischen Gondeln. Im Labyrinth der vielen Gassen haben Sie zudem die Gelegenheit, einige der verborgenen Gärten kennenzulernen, die zum Teil nur während der Biennale zugänglich sind. Passend zum besonderen Aufenthalt logieren Sie exklusiv im «JW Marriott Venice» auf der Privatinsel Isola delle Rose in der Lagune. Das 5-Sterne-Resort besticht durch sein idyllisches Ambiente und moderne, nach Entwürfen des Architekten Matteo Thun gestaltete Zimmer. Zum Hotel gehören vier Restaurants, mehrere

Bars und eine Lounge mit atemberaubendem Panoramablick.

Höhepunkte der Reise:

- 1. Tag: Kunst und berühmte Sehenswürdigkeiten**
 - Rundgang
 - Abendessen in typischer Trattoria
- 2. Tag: Kunstschätze der Peggy Guggenheim-Sammlung und verborgene Gärten**
 - Picasso, Mondrian, Kandinsky; Gallerie dell'Accademia und Palazzo Grassi (fakultativ)
- 3. Tag: Biennale in den Giardini Pubblici und im Arsenal**
 - Schweizer Pavillon (Architekt: Bruno Giacometti, 1951)
 - Abendessen im Restaurant
- 4. Tag: Insel San Giorgio Maggiore mit Basilika**
 - Gondelfahrt
 - Venezianisches Fischabendessen
- 5. Tag: Rückreise**

Platin-Club-Spezialangebot

5-tägige Kulturreise 57. Biennale Venedig

Reisetermin:
21. bis 25. Mai 2017

- Leistungen:**
- Swiss-Direktflug Zürich–Venedig, Venedig–Zürich
 - Shuttle-Service Flughafen–Hotel–Flughafen
 - 4 Übernachtungen mit Frühstück im «JW Marriott Venice»
 - Begrüssungscocktail
 - 3 Abendessen im Restaurant
 - 1 Mittagessen im Restaurant
 - Ausflüge gemäss Programm
 - Qualifizierte, deutschsprachige Reiseleitung

Spezialpreis:
Fr. 2 450.– pro Person im Doppelzimmer
Einzelzimmerzuschlag: Fr. 550.–

Teilnehmerzahl:
Mindestens 20 Personen. Die Anmeldungen werden in der Reihenfolge ihres Eintreffens berücksichtigt. Programmänderungen vorbehalten.

Anmeldung:
Buchung Sie Ihr Arrangement unter Telefon 091 752 35 20 oder per E-Mail über info@mondial-tours.ch.
Detailliertes Reiseprogramm mit Anmeldeformular über www.weltwoche.ch/platinclub

Veranstalter:
Mondial Tours MT SA, Locarno, www.mondial-tours.com

www.weltwoche.ch/platinclub



Populismus

Notizen zu einem Kampfbegriff.
Von Roger Köppel

Letztes Wochenende hatte ich die Ehre, an einer Podiumsdiskussion im Wiener Burgtheater über «Populismus» mitzuwirken. Der grosse Saal war voll bis in die Logen, was allerdings nicht an mir lag, sondern an der Teilnahme des sozialdemokratischen österreichischen Bundeskanzlers Christian Kern.

Der frühere Bahnmanager sieht sich gegenwärtig selber als Populist titulierte, weil seine Regierung ein paar umstrittene Massnahmen ergreift: verschärfte Grenzkontrollen, Obergrenze für Flüchtlinge, Burkaverbot, Einschränkungen der Personenfreizügigkeit. Ist das noch sozialdemokratisch? Oder schon



Hitler: Niemand will zurück in seine Zeit.

populistisch? Oder einfach vernünftig? Das wird heftig diskutiert.

Um es vorwegzunehmen: Vom Begriff Populismus halte ich wenig. Früher verwendete ich das Wort manchmal in seiner ursprünglichen Bedeutung gemäss Duden. «Populismus» wird definiert als eine Art politischer Opportunismus, übertreibend, dramatisierend, demagogisch. Populisten sind politische Schlangenölvverkäufer, Wendehälse, die immer das erzählen, was ihre jeweiligen Zuschauer hören wollen. Wenn sie vor Linken reden, reden sie links. Wenn sie vor Rechten reden, reden sie rechts.

«Populistisch» enthält für mich immer auch ein zynisch kalkulierendes Element: Der Populist weiss, dass seine Versprechen nicht einlösbar sind. Aber er macht sie trotzdem, um zu gefallen und an die Macht zu kommen. Es geht ihm nicht ums Land oder um die Leute, es geht ihm um die eigene Karriere, für die er zu lügen und zu täuschen bereit ist. Populismus ist kein Erfolgsrezept in der Politik. Man kann die Leute eine Zeitlang betrügen, irgendwann aber kapiert sie es.

Heute allerdings ist «Populismus» vor allem ein Kampfbegriff, eine polemische Allzweckwaffe gegen unerwünschte Meinungen und

Personen, mit denen man nicht reden will. Das gab es immer. Einst waren es «vaterlandslose Gesellen», dann «Kommunisten», «Langhaarige», «Moskau einfach». Heute sind es eben «Populisten», sprich: angebliche Dummköpfe, Nationalisten, Rassisten. Wer «Populist» sagt, will ausgrenzen, um nicht über die Sache zu reden. Wer «Populist» ruft, möchte das Gespräch beenden. Das Gespräch aber ist die Grundlage der Demokratie.

In der Schweiz ist es etwas besser. Die direkte Demokratie erzwingt die Auseinandersetzung. Natürlich wird die Populismuskeule auch hier geschwungen, aber die alte Platte scherbelt längst. Wer Politiker beschimpft, beschimpft immer auch die Wähler. Das kommt nicht gut an. In der Schweiz gilt: «Populisten» grenzt man nicht aus, man widerlegt sie. Oder man übernimmt ihre Forderungen, sofern sie vernünftig und berechtigt sind.

Natürlich: Es gibt verwerfliche Politiker, die berechnete Anliegen vertreten. Ich bin zum Beispiel gegen den Front national in Frankreich, eine sozial-nationalistische Partei mit einer verheerenden Wirtschaftspolitik, die vereinfacht auf die Forderung hinausläuft «Mehr Sozialstaat für die Franzosen, Ausländer raus». Gleichzeitig teile ich einige der Diagnosen von Marine Le Pen, was das Konstrukt EU und die Personenfreizügigkeit angeht. Soll ich schlüssige Analysen zurückweisen, nur weil sie von einer Politikerin kommen, deren Partei mich abstösst? Das wäre sozusagen intellektueller Rassismus. Vor allem wäre es töricht.

Vom linksliberalen kanadischen Schriftsteller und Politiker Michael Ignatieff stammt der kluge Satz: «Man sollte die Qualität einer Idee nicht aufgrund der Gesellschaft beurteilen, in die sie einen bringt, sondern einzig und allein aufgrund der Qualität der Idee.» Stimmt: Die Sache ist wichtiger als der Absender.

Sind «Populisten» gefährlich? Dazu zwei Befunde. Erstens: Was passiert, wenn sogenannte populistische Parteien in einem EU-Land die Mehrheit hätten, wissen wir nicht. Dieses Risiko jedoch scheint klein, weil wir einigermaßen offene, pluralistische Demokratien haben. Zweitens: Gefährlicher als die «Populisten» ist die Tabuisierung ihrer Anliegen, wenn sie von vielen Bürgern geteilt werden.



Merkel: Rechtsumkehrt bei den Flüchtlingen.

Ausgrenzung produziert Radikalisierung. Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet in Deutschland die Asylheime brennen, wenn dort bis vor kurzem jeder Kritiker der Asylpolitik als Extremist und Nazi verteufelt wurde.

Einspruch! Es gibt doch Leute wie diesen kruden AfD-Mann Höcke, der immer wieder mit skandalösen Reden über die Nazis und das «1000-jährige Deutschland» irritiert. Gemacht: Provokateur Höcke mag gelegentlich im braunen Sumpf rühren, aber es gibt in Deutschland niemanden und schon gar keine relevante Gruppe, die ernsthaft zurückwill in die Hitlerzeit. Mit Nazi-Parolen lassen sich die Herzen der Deutschen und ihre Wählerstimmen nicht erobern. Höcke ist eine Scheingefahr, die von den Medien hochgespielt wird, um die unerwünschte AfD zu denunzieren.

Ist der «Populismus» seit Trump auf dem Abstieg, wie die *Zeit* frohlockte? Jedenfalls hat die Ausgrenzung nicht funktioniert. Der niederländische Premier Mark Rutte kopierte im Wahlkampf seinen Gegenspieler Geert Wilders fast bis aufs Haar. Kanzlerin Merkel machte rechtsumkehrt in der Flüchtlingspolitik. Österreichs SP-Regierungschef Kern verwirklicht, ohne rot zu werden, die Anliegen der oppositionellen FPÖ unter ihrem karrieristisch klirrenden Vorsitzenden Strache.

Es würde mich nicht überraschen, wenn Europas «Populisten» in den nächsten Monaten bescheidener punkten, als es die Medien auf Vorrat behaupten. Le Pen wird nicht Präsidentin in Frankreich, und die wendige Merkel wird wieder gewinnen. Aller Wahrscheinlichkeit nach. Die Kirche bleibt im Dorf. Trotzdem hat sich etwas verändert. Auch dank den bösen «Populisten» haben sich Europas Regierungen wieder ein paar Millimeter auf ihre Wähler zubewegt. Gut so. Man kann es Populismus nennen. Oder Lernfähigkeit.

Wir machen
Ihren Venen
Beine.

Venenchirurgie. Eines der Fachgebiete
in Ihrer Privatklinik für Chirurgie
und individuellen Service. pyramide.ch

Spitze für Sie.





«Päch für dSchwiz»: Kiko und Boro. Seite 36



Linkes Programm: Marine Le Pen. Seite 46



«Wer nicht populistisch ist, hat nicht begriffen, wie das Spiel läuft.»

Tamara Funicello: Seite 30

Kommentare & Analysen

- 7 Editorial
- 11 Kommentar Blutiger Frühling
- 11 Im Auge Karl Lagerfeld, Modezar
- 12 Südamerika Das Ende der Caudillos
- 13 Bildung Sprachendämmerung
- 13 Sexismus Unartige Banane
- 14 Personenkontrolle Sommaruga, Mascioli, Steinemann, Heer, Bach etc.
- 15 Nachruf Jewgeni Jewtuschenko
- 20 Mörgeli
Mitbestimmung als Strohalm
- 20 Bodenmann
Trump: Ein Flop nach dem andern?
- 21 Medien
Die SRG, mal volkswirtschaftlich
- 21 Die Deutschen ARD: Fake News
- 47 Trumps Woche
- 51 Ausland Eine Stunde der Wahrheit

Titelgeschichte

- 16 Papst Allerlei Zeitgeistpapst Franziskus spaltet die Kirche

Inland

- 22 Pascale Baeriswyl Didier Burkhalters neue EU-Chefunterhändlerin
- 24 Szenen einer Ehe
SVP-Bundesräte in Nebenrollen
- 26 «Ich schlitze sie auf» Muslimische Schüler schockieren in Schaffhausen
- 27 Caritas Freiburger Verbindungen
- 28 Was ist los im Kanton Neuenburg?
Gründe für den Absturz der SVP
- 29 Die Ferienberge der Chefbeamten
Geheime Liste des Bundesrates
- 30 Tamara Funicello
Treffen mit der Juso-Präsidentin

- 31 Zuwanderung Immer diese Yapraks
- 32 Eine Lanze für die Offiziere
Militärische Erfahrung bleibt wertvoll
- 33 Militär «Grosse Stärke unserer Armee»
- 34 Stefan Müller-Altermatt (CVP)
Power aus der Provinz
- 35 Endstation «Grosser Bruder»
Albtraum autonomes Fahren

Ausland

- 44 Retter vom Nil Trotz Schocktherapie ist Ägyptens Präsident as-Sisi populär
- 46 Marine Le Pen Wie sähe Frankreich unter ihrer Regierung aus?
- 48 Diktatur der guten Absichten
Die Ursachen der europäischen Krise
- 50 Migration 1:0 für Österreich

Wirtschaft & Wissenschaft

- 38 Bilaterales Millionengrab
Die sozialen Kosten der Zuwanderung
- 40 Bilaterale Vorteil Staat
- 41 Sika Flucht nach vorn
- 42 Bonus-Spritzen Das Risiko überzogener Managerlöhne
- 68 Ende eines Albtraums Fortschritte in Forschung und Chirurgie

Kultur & Gesellschaft

- 36 Wer hat Angst vor Kiko und Boro?
Die härtesten Rapper der Schweiz
- 66 Monika Fasnacht Der Weg der erfolgreichen Fernsehmoderatorin

Literatur-Spezial

- 54 Inhalt Martin Walser, Matthias Ackeret, Johanna Spyri, Philipp Blom, Tana French, Castle Freeman, Leonhard Horowski, Hanya Yanagihara

Rubriken

- 52 Ikone der Woche Bernard Thurnheer über Steffi Buchli
- 54 Die Bibel Zum Dienen gekommen
- 63 Sprache «Ehrlich jetzt»
- 64 Jazz Louis Sclavis, Dominique Pifarély, Vincent Courtois
- 64 Knorr «Ingobernable»
- 65 Zu Tisch London für Feinschmecker
- 70 Thiel Forschung
- 70 Namen Der Provokateur
- 70 Fast verliebt Der Untergang
- 71 Unten durch Nähe
- 72 Wein Alberto Voerzio Barolo La Serra DOCG 2008
- 73 Auto Opel Zafira Excellence 2.0 CDTi
- 74 Darf man das? / Leserbriefe

HP empfiehlt Windows 10 Pro.

Unser flachstes und sicherstes Business Convertible.

HP EliteBook x360



hp.com/go/elitebookx360

 Windows Pro

Windows 10 Pro bedeutet Business.



keep reinventing

© Copyright 2017 HP Development Company, L.P. Die enthaltenen Informationen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Alle anderen Marken sind Eigentum der jeweiligen Inhaber. Bildschirmdarstellungen simuliert; Änderungen vorbehalten. Apps separat erhältlich, Verfügbarkeit variiert. Microsoft und Windows sind eingetragene Marken bzw. Marken der Microsoft Corporation in den USA und/oder anderen Ländern.

MESSE FÜR KREATIVE IDEEN



Creativa

BASEL

MESSE BASEL
12. – 15. Mai 2017



 [www.facebook.com/
creativa.zuerich](http://www.facebook.com/creativa.zuerich)

www.creativa-schweiz.ch


Ladyplanet
NATÜRLICH FRAU SEIN


ENERGY BASEL

Schweizer
LandLiebe

 SBB CFF FFS
RailAway-Kombi

M
.CH

Blutiger Frühling

Von Wolfgang Koydl — Der Terroranschlag in Sankt Petersburg lenkt nur kurzfristig von den Demonstrationen gegen die Korruption ab. Das Problem bleibt bestehen.



Grosses Geschütz: Demonstration gegen die Korruption in Moskau.

Es dauerte nicht lange, bis die ersten Verschwörungstheoretiker auf den Plan traten und die Verantwortung für den Anschlag auf die Petersburger Metro dem Kreml und speziell Präsident Wladimir Putin in die Schuhe schoben. Es passt ja auch zu gut: Ein Regime, angeschlagen von Massendemonstrationen gegen die endemische Korruption in Politik und Staatsapparat, muss dringend den Volkszorn auf ein anderes Ziel lenken. Was eignet sich besser als eine terroristische Attacke?

Und trägt sie nicht die unverkennbare Handschrift Putins? Als 1999 in Moskau bei Sprengstoffanschlägen auf Mietskasernen über 300 Menschen starben, hatte Putin dies zum Anlass für den Einmarsch in Tschetschenien genommen. Bis heute wird der Verdacht kolportiert, er selber habe die Morde angeordnet, um einen Vorwand für seinen Krieg gegen die aufrührerische Kaukasusrepublik zu haben.

Ganz sicher werden die jüngsten Bürgerproteste gegen gierige und käufliche Politiker erst einmal aus Schlagzeilen und Debatten verschwinden. Eine eingeschüchterte Bevölkerung wird sich wieder um die Staatsmacht scharen – vor allem in Russland, wo die Furcht vor Chaos und Unruhen fest im Volkscharakter verankert ist. Aber der Schrecken über ein Blutbad verblasst heutzutage schnell. Wer denkt noch an die Terrorfahrt eines Islamisten

in London? Das ist gerade zwei Wochen her. So schrecklich es tönt: Terror ist fast alltäglich geworden.

Viel wird davon abhängen, ob er dauerhaft zurückkehrt. Seit einem Selbstmordanschlag auf den Moskauer Flughafen Domodedowo 2011 hat es in Russland selbst keine Attentate mehr gegeben. Vor zwei Jahren allerdings sprengten Terroristen ein russisches Urlaubsflugzeug über der Sinai-Halbinsel. Alle 224 Insassen starben. Mit seinem militärischen Eingreifen im Syrien-Konflikt hat sich Moskau zur Zielscheibe des Terrors gemacht. Die Sicherheitsbehörden fürchten tschetschenische Rückkehrer, die dort für den Islamischen Staat gekämpft haben.

Teenager ohne Perspektiven

Auf Dauer freilich dürfte der Unmut der Bevölkerung über die Raffgier der Führung bei gleichzeitiger Verschlechterung der eigenen wirtschaftlichen Lage das grössere Problem für den Kreml darstellen. Dass man dies dort genauso sieht, zeigte die Reaktion auf die Demonstrationen gegen die Korruption: Während man einerseits die Bedeutung der Proteste kleinzureden versuchte, fuhr Präsident Putin andererseits ganz grosses Geschütz auf: Derartige ungenehmigte Aktionen könnten

»» Fortsetzung auf Seite 12

Tod der Trainingshose



Karl Lagerfeld, Modezar.

Vom genialen gepuderten Grauzopf stammt diese entmutigende Erkenntnis: «Wer eine Jogginghose trägt, hat die Kontrolle über sein Leben verloren.» Das lagerfeldsche Diktat galt allerdings nicht für Herbert von Karajan, der 1987 das Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker trotz vehementen Bedenken der Ehefrau statt in der angemessenen Frackhose in seinen Trainingsbeinkleidern dirigierte, schliesslich gebührte ihm mit seinen 78 Jahren etwas Beinfreiheit. Niemand schien es zu bemerken. Und der ungarische Fussballtorhüter Gábor Király trägt seine verwaschenen Schlabberhosen als Glücksbringer auch noch mit 41. In Basel hat gerade ein Gymnasium die Trainingshose aus den Unterrichtsräumen verbannt. Und in Denver, USA, liess die United Airlines zwei Teenies nicht ins Flugzeug, weil sie Leggings trugen.

Textilien kann man jederzeit entsorgen oder der Caritas schenken. Schwieriger wird es mit Tattoos, dem Reizthema, das gerade die Schweiz bewegt, seit sich eine junge Reporterin dem Bundesrat Alain Berset mit tätowierten Gliedmassen näherte. Auch dazu hat Lagerfeld, der mit seinen 83 Jahren schon manche Mode revolutioniert und seine eigene Silhouette nicht verschont hat, als er heroisch 42 Kilo Lebendgewicht abspeckte, damit er wieder in Jeans passte, eine Meinung. «Ich hasse Tattoos. Die Leute tun so, als wäre ihre Haut ein bedrucktes T-Shirt.» Gelten lässt der Meister nur «kleine Namen oder so». Karl Lagerfeld wird die Zeit sicher noch miterleben, wenn Tattoos als flächendeckende Körperverzierungen rettungslos aus der Mode fallen und die Menschheit vor dem Schock ihrer eigenen Enthäutung steht: Wie geht diese Kriegsbemalung wieder weg? Als Übergangslösung bietet sich eine Art Barmherzigkeitsuniform an: der Trainingsanzug. Als Tarnanzug. Lagerfeld hat bislang als einziges sportliches Accessoire einen Motorradhelm entworfen. Wenn aber der Mensch die Kontrolle über sich selber nur mit dem Trainingsanzug zurückgewinnt, ist auch Lagerfeld gefordert. *Peter Hartmann*

zu blutigen Ereignissen wie im Arabischen Frühling oder in der Ukraine nach dem Maidan-Aufstand führen.

Ganz offenkundig war man im Kreml vom Ausmass der Proteste kalt erwischt worden: Nicht nur in Moskau und St. Petersburg gingen die Menschen auf die Strasse, sondern in Dutzenden von Städten. Auch die Demografie der Demonstranten hatte sich verändert: Nicht mehr das liberale Bürgertum wie 2011 protestierte, sondern viele arbeits- und perspektivlose Teenager. Niemand – auch nicht die Opposition um Regimekritiker Alexei Nawalny – kann abschätzen, wozu sie willens oder imstande sind. Sie haben wenig zu verlieren, und das macht sie gefährlich.

Kaltschnäuzig gegen Unterprivilegierte

Niemand hätte ausserdem vermutet, dass der Vorwurf der Korruption solche Sprengkraft entwickeln könnte. Schliesslich gehört Bestechlichkeit seit je zum russischen Alltag: Ob Amtsstempel, Arbeitsplatz oder Arztbesuch – ohne *wsjatka*, eine kleine Aufmerksamkeit, geht nichts. Dass sich die Spitzen des Staates ebenfalls bereichern, galt als unerfreulich, aber unabänderlich.

Auslöser der Proteste war eine Videodokumentation Nawalnys über die Paläste, Jachten und Weinberge von Regierungschef Dmitri Medwedew. Putins Mini-me, der dem Präsidenten einst den Chefessel warmhielt, ist einer der unbeliebtesten Politiker, vor allem wegen einer Kaltschnäuzigkeit gegenüber Unterprivilegierten, die sogar Marie Antoinette erröten lassen würde. «Wir haben kein Geld, da müssen Sie halt durchhalten», fertigte er eine Rentnerin ab. Dass Lehrer wenig verdienen, bezeichnete er als normal: Sie übten schliesslich keinen Beruf aus, sondern folgten einer Berufung. Dazu brauche man keinen schnöden Mammon.

Die Person Medwedews war es wohl, die den Volkszorn anstachelte – übrigens auch unter jenen, die nicht auf die Strasse gingen. Laut einer Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts Lewada halten 65 Prozent der Befragten das Ausmass der Bestechlichkeit im Land für «unerträglich». Ein Drittel sieht die Regierung «von unten bis hinauf an die Spitze» von dem Übel infiziert, und 31 Prozent meinen, dem Staat nichts zu schulden, da er selber keine Leistungen erbringe.

Noch richtet sich der Ärger nicht gegen Putin, der wohl unangefochten im kommenden Jahr wiedergewählt werden wird. Soeben hat er den Kampf gegen die Korruption zu seinem Hauptanliegen erklärt. Allerdings müsse dieser Kampf von den Experten geführt werden – den Staatsbeamten und den Politikern. Viel Glück. Da dürfte er mit dem Kampf gegen den Terror mehr Erfolg haben.

Regierungen

Bankrott

Von Alex Baur — Mit dem Ende der sozialistischen Renaissance in Südamerika ist auch die Zeit der eigenmächtigen Caudillos abgelaufen.

Ein Jahr nach der Gründung der sozialistischen Volksrepublik Sahara, so witzelte man in der Sowjetunion, sei der Sand zur Mangelware geworden. In Venezuela ist der Scherz längst bittere Realität. Noch vor wenigen Jahren war es unvorstellbar, dass in diesem dank gigantischen Ölvorräten einst reichsten Land Südamerikas das Benzin ausgehen würde. Doch nach bald zwei Jahrzehnten «Sozialismus des 21. Jahrhunderts» kann Venezuela nicht einmal mehr sein Volk mit Essen versorgen.

Mit der kubanischen Revolution ging eine sozialistische Welle durch Lateinamerika, die in der Wirtschaftskrise der 80er Jahre grossartig zerschellte. Angeführt vom Volkstribun Hugo Chávez, erlebte der Sozialismus nach der Jahrtausendwende eine Renaissance; die Grossmächte Argentinien und Brasilien zogen nach, in kleineren und ärmeren Ländern eiferten die Populisten Evo Morales (Bolivien) und Rafael Correa (Ecuador) dem venezolanischen Vorbild nach.

Die mittelgrossen pazifischen Staaten Kolumbien, Peru und Chile blieben dagegen – mitunter auch unter linken Regierungen – dem liberalen Wirtschaftsmodell treu. Und sie wurden dafür belohnt: anhaltendes Wachstum, sinkende Armutsraten, demokratische Stabilität. Argentinien und Brasilien müssen derweil mühselig die Hinterlassenschaft der korrupten Linksregierungen aufräumen und ächzen unter einer Wirtschaftskrise. In Ecuador und Bolivien halten sich die linken Regierungen noch halbwegs, aber nur, weil sie Konzessionen machten. Der Glanz ist längst weg.

Die sozialistischen Experimente der letzten Jahre haben aber vor allem etwas gezeigt, was auch linke Demokraten erfreuen muss: Die Zeiten der Caudillos, der Volkstribune also, die sich unter welchem Deckmäntelchen auch immer gebären wie absolutistische Könige, scheint Geschichte zu sein in Südamerika. In Paraguay gingen am letzten Wochenende Hunderttausende von Menschen auf die Strasse, um eine Verfassungsänderung zu verhindern, die *presidente* Horacio Cartes die Wiederwahl erlauben sollte. In Ecuador trat Rafael Correa nach zwei Amtszeiten zurück. Die Bolivianer lehnten bereits vor einem Jahr eine mögliche Wiederwahl von Evo Morales ab.

Der faktische Staatsstreich von Nicolás Maduro, der über seine Marionettenrichter letzte Woche das venezolanische Parlament vorübergehend absetzte und die Immunität der Abgeordneten aufhob, mag auf den ersten Blick

quer in dieser Landschaft stehen. Doch die Reaktion der Nachbarländer – nur die USA unter Trump mischten sich intelligenterweise nicht gross ein, so dass der gewohnte Solidaritätsreflex unter den Lateinamerikanern ausblieb – war derart heftig und entschieden, dass Maduro wieder zurückkriechen musste. Für einen Herrscher seines Schlags bedeutet ein derartiger Schwächeanfall einen gewaltigen Gesichtsverlust.

In Saus und Braus

Man sollte sich keine Illusionen machen. Wie die Erfahrungen aus Kuba zeigen, kann die Agonie einer morschen Diktatur sehr lange dauern. Und sie kann vor allem auch noch andauern, wenn der grosse Diktator längst unter dem Boden liegt. Wie Fidel Castro auf Kuba hatte auch Hugo Chávez in Venezuela die Opposition weitgehend ausgerottet und eine eigentliche Herrschaftsschicht herangezüchtet, die auf Kosten des hungernden Volks ein privilegiertes Leben in Saus und Braus führt. Und diese Leute klammern sich mit allen Mitteln an die Macht. Denn sie wissen genau: Mit dem Sturz des Regimes werden sie alles verlieren, und sie werden darüber hinaus zur Rechenschaft gezogen. Doch früher oder später wird diese Zeit kommen. Sie können sie nur hinauszögern.



Der Glanz ist weg: Venezuelas Präsident Maduro.

Sprachendämmerung

Von Philipp Gut — An der Primarschule soll nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden. Dies fordert eine Initiative im Kanton Zürich. Man sollte noch weiter gehen.

Die Zürcher Stimmbürger entscheiden am 21. Mai über die Volksinitiative «Mehr Qualität – eine Fremdsprache an der Primarschule». Am Dienstag präsentierte das Initiativkomitee seine Argumente. Zentraler Kritikpunkt an der jetzigen Regelung mit zwei Fremdsprachen: Aufwand und Ertrag stimmten nicht. Die heutige Lösung mit Französisch und Englisch sei ineffizient, binde Ressourcen und überfordere eine Mehrheit der Schüler.

Gleich drei Lehrerverbände unterstützen das Begehren: der Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV), die Zürcher Kantonale Mittelstufe (ZKM) und der Verein Sekundarlehrkräfte des Kantons Zürich (SekZH). Das ist bemerkenswert, denn die Standesvertreter hatten sich bei der Einführung des frühen Fremdsprachenunterrichts noch mehr oder weniger begeistert hinter diesen gestellt. Nun haben sie offensichtlich gemerkt, dass die hochfliegenden Pläne in der Praxis nicht taugen.

Die Gegner argumentieren denn auch nicht pädagogisch, sondern politisch. Ein Ja würde dazu führen, dass das bei Schülern und Eltern beliebtere Englisch aus der Primarschule verbannt würde. Denn das Französisch könne nicht gestrichen werden. Der welsche Innenminister Alain Berset (SP) drohte mehrfach, dieses notfalls mit Zwang durchzusetzen. Die Nation breche sonst auseinander.

Gymnasiasten holen schnell nach

C'est absurde. Der Schweizer Föderalismus mit der Bildungshoheit der Kantone hat sich bewährt, er bietet genug Spielraum für Lösungen nach dem Willen des jeweiligen Soveräns. Zudem zeigen auch jüngste wissenschaftliche Untersuchungen, dass die Frühfremdsprachen nicht jene Resultate bringen, die man sich ursprünglich erhofft hat. Nähme dies auch Berset zur Kenntnis, könnte er seine Drohkulisse locker abrüsten.

Die neuste Studie stammt vom Zürcher Bildungsforscher Urs Moser. Er verglich die Englischleistungen der Aargauer und der Solothurner Schüler. Die einen haben in der Primarschule zehn Jahreslektionen und in der Oberstufe neun. Die andern fangen erst in der Oberstufe an, ebenfalls mit neun Lektionen. Am Ende der obligatorischen Schulzeit betrage der Vorsprung der Aargauer im Durchschnitt lediglich zwischen einem halben und einem ganzen Jahr, obwohl die Aargauer Schüler insgesamt mehr als doppelt so viele Englischlektionen haben. Oberstufenschüler lernen mit ihrer ana-



Früher ist nicht besser.

lytischeren Vorgehensweise und ihren grösseren Grammatikkenntnissen viel rascher.

Dies zeigte auch die 2014 veröffentlichte Studie von Simone Pfenninger. Sie wies nach, dass Gymnasiasten Englisch schnell nachholen und dass frühes Fremdsprachenlernen sogar nachteilig sein kann: Es beeinflusse die Kenntnisse und Fähigkeiten in der Muttersprache.

Schliesslich förderte eine von der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz in Auftrag gegebene und im letzten Jahr publizierte Erhebung zutage, dass die Resultate des Französischunterrichts am Ende der sechsten Klasse sehr bescheiden sind. Nur ein Drittel der Schüler erreicht die Lernziele in den Bereichen Sprechen, Hörverstehen und Schreiben. Beim Leseverständnis erfüllte die Hälfte die Anforderungen.

Die Verfechter des frühen Sprachenlernens und die Theoretiker an den pädagogischen Hochschulen irren in einem entscheidenden Punkt: Sie gehen davon aus, dass die Kinder eine Sprache desto einfacher lernen, je jünger sie sind. Das stimmt für die natürliche Sprachumgebung. In der Schule aber ist es anders. Die Zürcher Initiative geht also in die richtige Richtung. Konsequenter und vernünftiger wäre es, ganz auf die Fremdsprachen in der Primarschule zu verzichten und stattdessen eine solide deutsche Grundlage zu legen.

Unartige Banane

Von Rico Bandle — Achtung, Männer! Wir werden diskriminiert. Und wie.

Gut, gibt es das Schweizer Fernsehen. Dank ihm wissen wir endlich: Wir Männer werden diskriminiert. «Es stimmt schon», sagte letzte Woche «10 vor 10»-Moderator Arthur Honegger mit ernster Miene, «Männer müssen in Werbekampagnen heutzutage einiges einstecken.» Aber was denn? Wir seien «mal Trottel, mal Ekelpaket, mal Lüstling». Aha. Tönt schlimm. Männer sind doch gar keine Trottel! Keine Ekelpakete! Keine Lüstlinge! Also ehrlich gesagt: manchmal schon. Aber das ist trotzdem Sexismus. Zumindest finden das gemäss SRF-Beitrag einige Männeraktivisten.

Für alle gleich

Was genau ist der Stein des Anstosses? Auf einem Plakat zur neuen SBB-App sagt eine ältere Frau: «So einfach, das merkt sich sogar mein Mann.» Das verletzt uns Männer in unseren Gefühlen! Es kommt noch schlimmer: eine exhibitionistische Banane. Geht gar nicht. Männerlobbyist Markus Theunert: «Das ist eine Beleidigung für mich als Mann. Ich möchte, dass meine Sexualität, meine Erektion als das erkannt wird, was sie ist.» Solche Werbung mache ihn «traurig, hässig, empört». Der Fall des Bananen-Sexismus landete vor der Lauterkeitskommission. Blöderweise handelt es sich bei dem Inserat um eine Reklame ebendieser Lauterkeitskommission, die «seit 50 Jahren für faire Werbung» besorgt ist.



Ist das fair?

Die Männerforscherin (ja, so etwas gibt es) Diana Baumgarten stellt fest: «Man sieht hier ein Stück weit eine Angleichung der Geschlechter auf der Ebene der Diskriminierung. Wir werden alle gleich diskriminiert. Man kann sich fragen, ob dies etwas Gutes oder etwas Schlechtes ist.» Hier kommt also ein neues Problem auf uns zu: Es ist für Frauen diskriminierend, nicht mehr exklusiv diskriminiert zu sein. Eine elende Sache.

Personenkontrolle

Sommaruga, Mascioli, Steinemann, Heer, Bach, Leuenberger, Cavelti, Ramsauer, Bellini, Lang, Pfister, Alleva, Schwab, Leuthard, Büchel, Maurer, Hendricks

Der Intimus von Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** (SP), **Vincenzo Mascioli**, lässt sich durch politischen Aufruhr wegen seiner überraschenden Ernennung zum neuen Vizedirektor im Staatssekretariat für Migration (SEM) inklusive Verleihung eines Botschaftertitels nicht aus dem Konzept bringen. Im Parlament hinterfragt SVP-Nationalrätin **Barbara Steinemann** hartnäckig seine Beförderung. Inzwischen befasst sich auch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates indirekt mit dem Fall Mascioli. Die GPK will von Bundesrat und Sommaruga die Kriterien bei Nominationen à la Mascioli in Erfahrung bringen und hat einen entsprechenden Brief verfasst, wie GPK-Präsident **Alfred Heer** auf Anfrage bestätigt. (hmo)

Während es im politischen Gebälk seinetwegen rumort, macht sich Mascioli bereits eifrig daran, eine Hausstreitmacht aufzubauen. Mit **Daniel Bach**, derzeit Kommunikationschef des Bundesamtes für Gesundheit, hat er jetzt einen Vertrauten aus gemeinsamen Tagen im Departement von **Moritz Leuenberger** ins SEM geholt. Bach soll neuer SEM-Informationsschef werden, nachdem Vorgänger **Gieri Cavelti** nach wenigen Wochen den Job schmiss. Vincenzo Mascioli, **Matthias Ramsauer**, **Catherine Bellini** und nun Daniel Bach – das Departement von Sommaruga entwickelt sich zur Asylunterkunft für frühere Mitarbeiter von Bundesrat Moritz Leuenberger. (hmo)

Der grüne Alt-Nationalrat **Josef Lang** ist nicht nur ein ewigjunger Armeeschaffer, sondern auch ein tiefgründiger Religionshistoriker. Über Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit und den schweizerischen Kulturkampf unter besonderer Berücksichtigung der Zentralschweizer Verhältnisse weiss er viel. Sein derzeitiger Lieblingsantipode ist CVP-Präsident **Gerhard Pfister**. Wenn der Zuger Katholik die Debatte über christliche Werte befeuert, hält der ebenfalls katholisch-konservativem Milieu entsprungene Pazifist reflexartig dagegen. Dem auf religiöse Gleichberechtigung pochenden Lang sind allerdings nicht alle Katholiken hochgradig suspekt. Unlängst referierte er in Zug zum Thema «Was Bruder Klaus und die Reformation verbindet». Überglücklich teilte



Überraschende Beförderung: Vincenzo Mascioli.



Rhetorisches Standardrepertoire: Ueli Maurer.



«Guest 0815»: Roland Rino Büchel.



«Autofasten»: Barbara Hendricks.



Reflexartig dagegen: Josef Lang.

er anschliessend der säkularen Welt mit, 650 Personen hätten seinem Vortrag gelauscht – darunter drei Bischöfe. (rz)

Die Gewerkschaft Unia spannt gerne die Medien ein, wenn sie ihre Kampagnen gegen missliebige Arbeitgeber führt, so auch am Dienstag, als sie in Bern vor den Hauptgebäuden von SBB und Post gegen deren Zusammenarbeit mit Uber demonstrierte. Wenn es um sie selber geht, klemmt es aber bei der Kommunikation, wie es sich keine Firma leisten könnte. An der Delegiertenversammlung im März wollte eine *Blick*-Journalistin berichten, wie die Gewerkschafter in einer heftigen Debatte ihre Parole zur Rentenreform fassten – Präsidentin **Vania Alleva** eskortierte sie persönlich aus dem Saal. Und beim Protest am Dienstag wollte ein Radioreporter am Schluss eines Interviews nachfragen, wie es mit den sechs Unia-Sekretären in Aarau weitergeht, denen die Gewerkschaft fristlos kündigte, weil sie sich gegen eine Fusion wehrten. Vania Alleva putzte ihn ab, was ihm einfallen, eine unangekündigte Frage zu stellen. (sär)

Klaus Schwab, Kosmopolit, ist ein Meister der Diplomatie. Kein Wunder, beteiligt sich der WEF-Gründer persönlich kaum an den jährlichen Kontroversen um die Preispolitik der Hotels während des Davoser Jahrestreffens. Weniger diplomatisch ist Bundespräsidentin **Doris Leuthard** (CVP). Die Preise seien «unverschämt», kritisierte sie im Januar. Wie um dem bundesrätlichen Wort Nachdruck zu verleihen, publiziert das WEF nun die Neuauflage seines «Travel and Tourism Competitiveness Report». In diesem Ranking der touristischen Wettbewerbsfähigkeit sackt die Schweiz vom sechsten auf den zehnten Rang ab. Dafür verantwortlich sind auch die hohen Hotelpreise. Kaffeesatzleser sehen damit das hartnäckige Gerücht unterfüttert, laut dem Klaus Schwab die CVP-Magistratin als seine Nachfolgerin auserkoren haben könnte. (fsc)

Roland Rino Büchel, SVP-Nationalrat aus St. Gallen und Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates, ist als Europarat-Abgeordneter viel unterwegs. Letztes Wochenende reiste er für eine Kommissions-

sitzung des Gremiums bis ins dänische Aarhus, wo man unter anderem die Frage beleuchtete, ob der Weltfußballverband die Regeln der guten Unternehmensführung eingehalten habe. Die Erleuchtung kam Büchel aber nicht bei der Sitzung des Europarates, sondern beim Einchecken im Hotel «The Mayor». Büchels Zugangscode für das Internet lautete «Guest 0815». Ach, er liebe die Dänen, meldete Büchel in die Schweiz. (hmo)

Ueli Maurer (SVP), Sparminister, möchte mit drastischen Methoden der Gesetzesflut in Bern zu Leibe rücken. Wie er an der «Zurich Economic Impulse»-Konferenz verriet, würde er am liebsten «am 31. Dezember eine Gesetzesverbrennung vor dem Bundeshaus» veranstalten, um das regulatorische Dickicht zu entwirren. Das Bonmot gehört seit Jahren zum rhetorischen Standardrepertoire des SVP-Bundesrats. Auf die Umsetzung wartet man bislang vergebens. Die Finanzmarktregulierung nimmt unter Finanzminister Maurer ungebremst zu. (fsc)

Früher verzichteten gute Christen in der Fastenzeit auf das Essen. Heute verzichten sie auf das Auto. Während katholische und evangelische Kirchen in Deutschland, Österreich und Luxemburg schon in der Vergangenheit vor Ostern jeweils das «Autofasten» propagiert haben, machte beim diesjährigen Aufruf auch **Barbara Hendricks** (SPD) mit. Die deutsche Umweltministerin hat den Auftrag, die an der Klimakonferenz von Paris beschlossenen Ziele umzusetzen. Damit harzt es aber, denn die Umsetzung dieser Klimaziele würde Deutschlands Energieversorgung ruinieren und das Land faktisch ins Mittelalter zurückwerfen. Und so reagiert Hendricks wie viele verzweifelte Menschen: Sie klammert sich an die Religion. (are)

Nachruf



Lesungen in Sporthallen: Poet Jewtuschenko.

Jewgeni Jewtuschenko (1932–2017) — Er gehörte zu jenen Menschen, bei denen man sich bei der Todesnachricht unwillkürlich wundert, dass sie noch lebten. Denn so fest ist Name und Werk von Jewtuschenko mit einer bestimmten, lang zurückliegenden Periode verknüpft, dass auch er selbst nur noch als historische Gestalt wahrgenommen wurde.

Das war die Zeit der Entstalinisierung in der Sowjetunion in den späten 50er, frühen 60er Jahren des letzten Jahrhunderts, die Zeit des sogenannten Tauwetters, als der neue Parteichef Nikita Chruschtschow zaghaft Kultur und Künste von den Fesseln der totalitären Bevormundung befreite.

Jewtuschenko war Held und Herold dieser Epoche, der einer ganzen Generation eine Stimme gab. Der Komponist Dmitri Schostakowitsch, der einige seiner Werke vertonte, meinte gar, dass er anstelle von Gebeten Jewtuschenkos Gedichte rezitiere.

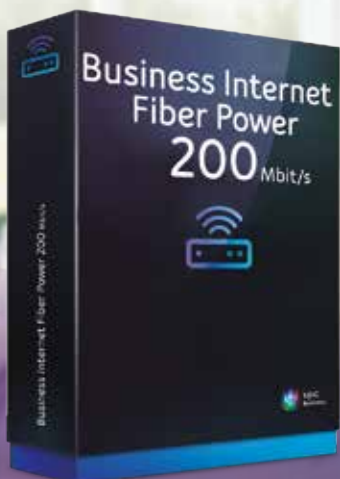
Seinen Durchbruch erzielte dieser 1961 mit dem Gedicht «Babij Jar», einer bedrückenden Schilderung des Massakers von sowjetischen Juden durch die deutsche Wehrmacht. Was Jewtuschenkos Poem brisant machte: Er thematisierte darin den lange verdrängten Antisemitismus in der Sowjetunion.

Ein echter Dissident aber war Jewtuschenko nie. Er hütete sich, mit der Partei zu brechen, was ihm später vor allem Joseph Brodsky zum Vorwurf machte. Sanktionen wurden nicht über ihn verhängt: Er blieb im Schriftstellerverband und durfte ausgiebig in den Westen reisen.

Dort wurde Jewtuschenko ebenso populär wie daheim in der UdSSR: Die englische Übersetzung eines Lyrikbändchens erreichte eine Auflage von 250 000 Exemplaren. Das *Time Magazine* setzte ihn auf den Titel. Er hielt Lesungen in ausverkauften Sporthallen.

Doch spätestens nach dem Ende der Sowjetunion war es still um ihn geworden. Er beklagte noch die «McDonaldisierung» der russischen Kultur, hielt sich aber immer häufiger in den USA auf, wo er eine Lehrstelle an der University of Tulsa in Oklahoma innehatte. Nun kehrt er heim nach Russland: Sein Leichnam wird im Schriftstellerdörfchen Peredelkino bestattet, neben Boris Pasternak. *Wolfgang Koydl*

Arbeiten auf der Überholspur: das superschnelle Business Internet Fiber Power.



Nur **99.–**
pro Monat

Modem
kostenlos



upc.ch/business | Zur Überholspur
044 577 77 99



Papst Allerlei

Von Matthias Matussek — Beliebiger, gefälliger, anbiedernder: An einen Pontifex maximus erinnert der Zeitgeistpapst Franziskus immer weniger. Inzwischen fragt er sich sogar selber, ob er der Grund für eine Spaltung der Kirche sein könnte.



Theologische Abrissbirne: Sponti-Hirte Franziskus.

Mit der ihm eigenen erfrischenden Direktheit fragte das britische Wochenblatt *Spectator* kürzlich auf seiner Titelseite «Has the Pope Gone Crazy?» Ist der Papst verrückt geworden?

Nicht so weit hergeholt, wie man denken könnte: Tatsächlich hat der argentinische Pontifex maximus seit Beginn seiner Amtszeit so viel Verwirrendes, Widersprüchliches und parteipolitisch Provokatives von sich gegeben, dass seine Presseleute mit Korrekturen und empfohlenen Lesarten kaum noch hinterherkommen. Ohne jetzt eine Aussage zu ihrem Wahrheitsgehalt zu treffen – aber wie zum Beispiel moderiert man seine Formulierung: «Die Zeitungsleser neigen zur Koprophagie» – der lustvolle Verzehr von Exkrementen?

Und wie erklärt man Widersprüche wie diesen: Zu Jahresanfang hatte Franziskus die Bischöfe der Weltkirche zu einer Null-Toleranz-Politik gegen den Missbrauch von Jugendlichen aufgerufen. Das ist nichts, was nicht auch schon sein Vorgänger getan hätte. Einer der über 800 von Papst Benedikt XVI. suspendierten Priester war Pater «Don Mercedes» Mauro Inzoli, so genannt wegen seiner Schwäche für flotte Autos. Er hatte auch eine Schwäche für Minderjährige.

Seinen Feinden geht es richtig schlecht

Zwei Jahre nach der Suspendierung erschien «Don Mercedes» wieder auf der Bildfläche. Papst Franziskus hatte den Bann aufgehoben. Als der pädophile Priester erneut der Schweinereien im Beichtstuhl überführt wurde, griffen die italienischen Behörden ein und baten den Papst um Zusammenarbeit. «Null Toleranz»-Franziskus lehnte ab. Freunde sind Freunde, auch Freunde von Freunden; nach dieser Maxime handeln auch andere italienische Vereinigungen.

Und Feinde sind Feinde, und denen geht es richtig schlecht. Offenbar, so ist zu hören, liebt Franziskus im kleinen Kreise Kraftausdrücke, Flüche, nicht druckbare Derbheiten. Hinzu kommt, dass sich seine Wutausbrüche in letzter Zeit häufen. Er liebt es, selbst treueste Mitarbeiter zu demütigen. «Demütigung», sagt der Jesuit dann, sei eine wichtige spirituelle Erfahrung, so als hätte er sie aus dem berühmten Exerzitienbuch des Ordensgründers Ignatius von Loyola.

Vielleicht hätte er eine andere Regel ernst nehmen sollen. Sie verbietet den Jesuiten, höhere kirchliche Ämter anzustreben – es sei denn, der Papst verlange in Einzelfällen ausdrücklich danach. Dann gälte die Gehorsamsregel. Aber wie verfährt man mit einem, der bereits Papst ist?

Insider berichten, dass Bergoglio, so der bürgerliche Name des derzeitigen Nachfolgers Petri, anders als Papst Benedikt nur noch von wenigen «Heiliger Vater» genannt wird, und wenn, dann in ironischem Zusammenhang.

Etwa: «Wie der Heilige Vater in seiner immensen Weisheit erklärt hat, fressen die Leute gerne Scheisse.»

Dass er nicht wie sein Vorgänger hoch über den Kolonnaden in den abliegenden päpstlichen Gemächern residiert, sondern – mit erheblichem finanziellem Mehraufwand – im Gästehaus Santa Marta, ist, so glaubt man mittlerweile, kein Zeichen brüderlicher Bescheidenheit, sondern eine Methode der Kontrolle, um sich schon beim gemeinsamen Mittagessen über die diversen vatikanischen Lager zu informieren.

Mit seinen Feinden macht der Papst kurzen Prozess. Den konservativen Kardinal Raymond Leo Burke, der als Freund des Trump-Beraters und Katholiken Stephen Bannon gilt, enthob er seiner Ämter als Kurienkardinal und Präfekt der Apostolischen Signatur. Kürzlich wurde Burke, auch nicht mehr der Jüngste, vom Papst auf die amerikanische Pazifikinsel Guam geschickt, um «einen äusserst komplizierten Missbrauchsfall aufzuklären, der grossen Sachverstand erfordert».

Womit Burke den Papst gegen sich aufgebracht hat? Er hatte sich mit drei weiteren Kardinälen gegen die von Franziskus beabsichtigte Liberalisierung der katholischen Ehe aufgelehnt, die besonders die Zulassung von Geschiedenen zur Kommunion betrifft.

Nun muss man wissen, dass die katholische Ehe ein zentrales Sakrament ist, ein Zeichen vor allem in unseren Zeiten, in denen jede

Die Basis macht mobil gegen Franziskus, schlau wird aus ihm keiner mehr.

zweite Ehe geschieden wird. Der Katechismus nennt die Ehe, in der sich die Partner Treue «in guten wie in schlechten Zeiten» versprechen, in dreifacher Hinsicht «unauflöslich». Zunächst, weil es dem Wesen der Liebe entspricht, sich vorbehaltlos gegenseitig hinzugeben; dann, weil sie ein Abbild der bedingungslosen Treue Gottes zu seiner Schöpfung ist. Schliesslich, weil sie die Hingabe Christi an seine Kirche darstellt, bis zum Tod am Kreuze. Das Sakrament der Ehe ist also nicht nur Hochzeitstorte und Kirchengeläut, sondern ein geweihter Glaubensakt, nach Matthäus 19, 6: «Was aber Gott verbunden hat, darf der Mensch nicht trennen.»

Lieber Atheist «als scheinheiliger Katholik»

Auf den ersten Blick scheint Franziskus' Lehrschreiben «Amoris Laetitia» die kirchliche Ehemoral zu bestätigen. Die Lockerungen des Eheversprechens sind – man ist versucht zu sagen: mit sprichwörtlicher jesuitischer List – in einer Fussnote versteckt. Dass da einige Kardinäle Präzisierungsbedarf sahen, ist nur logisch. Sie formulierten die «Dubia», die

Zweifel, die mit der Bitte um Klärung der entsprechenden Passagen verbunden sind.

Mitunterzeichner der «Dubia» ist Kardinal Walter Brandmüller, ein Kirchenhistoriker von unbestrittenem Rang. Er liess im *Spiegel* verlauten, dass die Heilige Schrift kein Selbstbedienungsladen sei. «Wir sind laut dem Apostel Paulus Verwalter der Geheimnisse Gottes, nicht aber Verfügungsberechtigte.» Die Kardinäle warten bis heute auf eine Antwort des Papstes.

Ohnehin hat es die Kurie nicht leicht unter diesem Sponti-Hirten, der die Formlosigkeit liebt und die vatikanischen Würdenträger gründlich zu verachten scheint. Es komme, so berichtete kürzlich ein hochrangiger Kurienchef, durchaus vor, dass er Gesetzesvorhaben an allen Gremien vorbei beim Mittagessen verabschiedete. Unvergessen auch ist die Art, mit der er in seiner letzten Weihnachtsansprache die gesamte Kurie als Sünder, als träge, scheinheilig und pflichtvergessen abwatschte und ihre Mitglieder Pharisäer nannte, womit er sich wohl als Jesus-Imitator in Szene setzen wollte.

Jetzt sattelte er, der oberste Seelsorger und Lehrer der katholischen Kirche, noch einen drauf, als er erklärte, dass heute viele lieber Atheist seien «als scheinheiliger Katholik». Dabei hat er sich soeben in der *Zeit* publikumswirksam als «Sünder und fehlbar» bezeichnet, also durchaus auch als scheinheilig. Sollte er nicht viel eher die eigene Schein-Heiligkeit im Gebet bekämpfen und als Hirte dafür sorgen, dass Atheisten, auch den scheinheiligen unter ihnen, der Weg zur Kirche, zum Glauben, zur Wahrheit geebnet wird?

Der Vatikan brennt.

Auf dem Cover des *Rolling Stone*

Nicht wenige Kardinäle beschäftigen sich mit der Sichtung möglicher Nachfolger, denn der Papst selber sprach davon, dass er dieses Amt höchstens vier bis fünf Jahre ausüben möchte, und die sind nun verstrichen.

Doch auch in den Strassen brennt es.

Seit einigen Wochen wird die Gegend rund um den Vatikanstaat bepflastert mit sogenannten Pasquinaten, mit einzeiligen Spottgedichten, mit denen man früher selbstherrliche Päpste verhöhnte.

Die Basis macht mobil gegen Franziskus, schlau wird aus ihm keiner mehr.

Dabei hätte man vor seiner von deutschen Kardinälen und Benedikt-Gegnern betriebenen Wahl nur in seiner Heimatdiözese Buenos Aires nachfragen müssen, wo er, unsanft und humorlos, Personalpolitik mit dem Schlachtmesser betrieb. In Rom begann er als der Lächler, der nach seiner Wahl auf dem Balkon über dem Petersplatz den Hunderttausenden von Wartenden «Buon pranzo» – Guten Appetit – zurief. Die jubelten begeistert. Er war der bescheidene, umweltbesorgte Oberhirte, den

sich die säkulare Welt als Posterboy der politisch korrekten Denkungsart aufgebaut hatte. Tatsächlich zierte er gerade zum zweiten Mal das Cover des *Rolling Stone*, eines Periodikums, das nicht dafür bekannt ist, besonders oft den Katechismus zu zitieren. Bergoglio schrieb sich ins Herz dieses linksliberalen, doch gleichwohl erzkapitalistischen Presseunternehmens der milliardenschweren Musikindustrie mit dem Satz: «Der Kapitalismus tötet.»

Ohne Zweifel, der Pontifex maximus hat Popstar-Potenzial und mittlerweile mehr Twitter-Follower als Miley Cyrus – rund 13 Millionen. Aber *Rolling Stone* vergass in seiner Hymne zu erwähnen, dass Franziskus gleichzeitig Chef einer Weltkirche mit rund 1,3 Milliarden «Followern» ist. Man nennt sie gemeinhin Katholiken.

Die sind konservativ, besonders in Afrika, wo die Kirche am schnellsten wächst und wo

Er ist der Darling aller, die der Kirche normalerweise fernstehen.

Kurienkardinal Robert Sarah aus Guinea wirkt, der noch von Papst Benedikt eingesetzt wurde und Präfekt für die Gottesdienstordnung ist. Als solcher setzt sich Sarah vehement für den alten Ritus ein, in dem Priester und Gemeinde gemeinsam *ad orientem* beten, nach Osten also, in die Richtung, aus der die Wiederkunft des Herrn erwartet wird.

Zum ersten Adventssonntag hatte Sarah die Priester weltweit zu dieser traditionellen Zelebrationsform aufgefordert. Seine Bitte wurde vom Papst kassiert. Mit seinem von Papst Johannes Paul II. eingerichteten Institut für Studien zu Ehe und Familie wurde Sarah noch nicht einmal zur Familiensynode eingeladen. Nun ist die ganze Spitze dieses Instituts ausgetauscht worden.

Der allmächtige Oberhirte lässt seine Allmacht gerne deutlich werden. Dem Personenkult ist er nicht abgeneigt. Er versteht sich offenbar als Papst einer bestimmten politischen Richtung. Er ist der Darling aller, die der Kirche normalerweise fernstehen. Die *New York Times* rief ihn, nachdem er Präsident Donald Trump das Christsein abgesprochen hatte, bereits zum «Anti-Trump» aus. Beide, Präsident wie Papst, so das Blatt, seien auf ihre Art Populisten. Allerdings ist Trump die böse und der Papst die gute Ausgabe. Das *Wall Street Journal* wurde noch deutlicher: Es kürte den Pontifex am Weihnachtstag 2016 zum «Führer der globalen Linken».

Nun ist Franziskus, der Populist, durchaus instinktsicher, was Bewusstseinsmoden und Zeitgeist angeht. Er fährt in einem gebrauchten Kleinwagen vor dem Weissen Haus vor – was für ein Spektakel! Er trägt Sandalen oder schwarze Halbschuhe und nicht die päpstli-

chen roten, die in der tradierten und durchdachten Formensprache der Kirche das Blut der Märtyrer symbolisieren.

Der Kontrast zu Benedikt XVI., der am Ende seiner Kräfte angelangt war und aufgab – Opfer schliesslich jener Wölfe, vor denen er die Gläubigen bei seinem Amtsantritt um Schutz und Gebete bat –, könnte nicht grösser sein. Benedikt war der Eremit über dem Petersplatz. Er feilte an seinen Hirtenbriefen und Enzykliken, um die Wege in den bisweilen wuchernden Gärten des Glaubens zu begradigen. Mit mutiger Ernsthaftigkeit und durchaus akademischer Naivität hatte er sich etwa in seiner Regensburger Universitätsrede mit der muslimischen Intoleranz auseinandergesetzt. Der Nahe Osten brannte, Nonnen wurden ermordet, die Muslime waren wieder mal beleidigt.

Für Franziskus, eher dem Laissez-faire in solchen Dingen zugeneigt, spielt die Religion nach eigenem Bekunden keine derartige Rolle, denn schliesslich «sind wir alle Kinder Gottes». Dass Jesus sagte: «Ich bin der Weg und die Wahrheit und das Leben; keiner kommt zum Vater ausser durch mich» (Johannes 14,6), scheint für den gegenwärtigen Oberhirten der katholischen Kirche nur ein frommer Kalenderspruch zu sein. Von seiner Reise auf die Flüchtlingsinsel Lesbos brachte er keine christlichen, sondern muslimische Flüchtlingsfamilien mit zurück nach Rom.

Er sieht die Dinge nicht so eng

Während Benedikt kirchliche Dogmen und deren Wahrheiten als Dämme gegen die Relativierungen des Zeitgeistes verteidigte, scheint Franziskus eher an Lockerungsübungen interessiert zu sein. Dabei sollte doch heutzutage mehr als je das Wort des britischen Schriftstellers G. K. Chestertons gelten: «Die katholische Kirche ist die einzige Sache, die den Menschen vor der erniedrigenden Sklaverei bewahrt, ein Kind seiner Zeit zu sein.»

Franziskus scheint diese Erniedrigungen nicht zu sehen. Er ist der Mann des Volkes, salopp, drastisch, oft unüberlegt. Zur Erziehung von Kindern weiss er, dass Prügel durchaus hilfreich sein können, solange man «nicht ins Gesicht» schlägt. Den Katholiken empfiehlt er, sich nicht zu vermehren wie Karnickel. Auch was das Lebensrecht der Ungeborenen angeht, sieht er die Dinge nicht so eng: Kürzlich durfte der Abtreibungspropagandist Paul Ehrlich im Vatikan auf einer Veranstaltung für seine Sache werben.

Auch anderen liberalen Anliegen, wie etwa dem Priesteramt für Frauen oder der Aufhebung des Zölibats – heimlichen Lieblingsprojekten des linkslastigen deutschen Episkopats und der glaubensmüden deutschen Katholiken –, scheint er nicht abgeneigt zu sein. Zur Frage der Homosexualität sagt er: «Wer bin ich, ein Urteil darüber zu fällen?» Wer sonst?, möchte man fragen. Seine Vorgänger haben es

selbstverständlich getan, so wie es auch der katholische Katechismus unmissverständlich tut: Nicht die Veranlagung ist Sünde, aber die Ausübung, egal, wie die permissive Gesellschaft das nun wieder findet.

In Zeiten, in denen sich Bindungen lösen – ihren Regierungen trauen nach einer gerade veröffentlichten Umfrage in den 28 Mitgliedsstaaten der EU gerade mal 28 Prozent der Bürger –, bröckeln nun auch die Gewissheiten, mit denen die älteste Institution des Abendlandes durch die Zeiten gekommen ist. Sie hat es geschafft, gerade weil sie sich an Ritus und Form und Dogmen gebunden fühlte.

Die Frage des *Spectator* birgt äusserst ernste Implikationen: Was tun, wenn ein Papst wirklich verrückt wird? Aber nein, verrückt ist dieser Papst nicht. Allerdings hat er eine Agenda, die zur Auflösung und Zerstörung der *una sancta catholica* führen könnte, die nach dem Glauben der Katholiken von Gott selbst eingesetzt ist und von der Jesus einst sagte, dass «selbst die Pforten der Hölle sie nicht überwinden werden».

Kein Grund also, kleinmütig zu werden. Doch genug Grund, genau hinzuschauen. Die Kirche ist in der Zeit, aber zugleich befindet sie sich ausserhalb der Zeit, denn sie wurde – daran glauben Katholiken – zu ihrem Heil eingesetzt.

Doch Franziskus gibt sich, der Zeit entsprechend, unentschieden und basisdemokratisch. Während sich die Vorgänger, etwa in ihren Antworten auf Fragen der Ehemoral, auf die Bibel stützten, liess Papst Franziskus in der Weltkirche eine Art Mitgliederbefragung durchführen. Die folgende Familiensynode operierte stark mit dem irreführenden Begriff der «Barmherzigkeit», als sei das Beharren auf den Worten Jesu ein Zeichen für Hartherzigkeit.

Magier in einem drittklassigen Varieté

Seine erste Enzyklika, «Lumen Fidei», deutsch: das Licht des Glaubens, trug noch stark die Handschrift Benedikts, der sie wesentlich formuliert hatte. Sie war intellektuell anspruchsvoll, etwa in der Beteuerung, dass Glaube und Vernunft vereinbar sind, ja, sein müssen, denn der Glaube bietet Christen die einzige Erklärung für die Welt, die Sinn macht.

Franziskus' zweite Enzyklika, «Evangelii Gaudium», bezeichnen gestandene Theologen hinter vorgehaltener Hand gern in der Kurzform als eine «Gaudi». Niederschmetternd, schliesslich war sie so etwas wie das Regierungsprogramm des neuen Pontifex. Seine nächste, «Laudato si», befasste sich mit «unserem Haus», mit der Umwelt: so umfassend und teilweise detailreich bis hin zur Mülltrennung, dass noch Generationen von Grünen-Parteitagern davon zehren könnten. Ihr Ziel war es durchaus, auf die Uno-Klimakonferenz 2015 in Paris Einfluss zu nehmen.



Kein Grund, kleinmütig zu werden: Franziskus mit Fiat in Amerika.

Politisch Einfluss zu nehmen, blieb sein Ziel, etwa wenn er den europäischen Staaten zornig empfahl, alle Grenzen für Flüchtlinge zu öffnen. Sofort. In Glaubensfragen bleibt er eher lax und ungenau. Man dürfe sich nicht, liess er eine spanische Zeitung wissen, «in die eigene Meinung verbohren», sondern müsse «mit Respekt zuhören und die Meinung anderer annehmen». Noch so ein Rätselspruch. Die Meinung des anderen anzunehmen, empfiehlt sich doch eigentlich nur, wenn deren Wahrheit erwiesen ist, am besten, wenn sie der kirchlichen entspricht.

In der katholischen Kirche nämlich, besonders im Papstamt, geht es weniger um Meinungen als um Dogmen. Ein Dogma ist nach altgriechischem Verständnis ein Lehrsatz über die Wirklichkeit, der unhinterfragbar wahr ist. So ein katholisches Dogma wäre beispielsweise die Gottessohnschaft Jesu.

Vielleicht sollte man dem antidogmatisch gesinnten Reformerpapst die Lektüre des katholischen Konvertiten Chesterton empfehlen. Der schreibt: «Das Ungute an der modernen Vorstellung vom geistigen Fortschritt besteht darin, dass dieser durchweg mit dem Sprengen von Fesseln, dem Beseitigen von Schranken, dem Abschaffen von Dogmen assoziiert wird.»

Für Chesterton ist der Mensch «das Dogmen verfertigernde Tier». Der moderne Skeptiker, der es ablehnt, sich an Systeme zu binden, der nicht an Zweckbestimmungen glaubt, «sieht sich in Gedanken als Gott, der selber keinen Glauben hat, aber auf alle Religionen herablickt». Er sinkt «zurück in die Unentschiedenheit streunender Tiere, die Bewusstlosigkeit der Gräser. Bäume haben keine Dogmen. Steckrüben sind extrem weitherzig.»

Das Wesen der katholischen Kirche ist es, Dogmen zu behaupten und eine objektiv feststellbare Wirklichkeit anzunehmen – ohne die Zweifel, die aus der Wirklichkeit schwankenden Boden gemacht haben und die bei den französischen Poststrukturalisten schliesslich in eine erkenntnistheoretische Sackgasse geführt haben. Interessanterweise gibt es mit dem Neuen Realismus in der Philosophie derzeit eine Strömung, die den Postmodernismus mit seinen ewig kreisenden Interpretationsspielen und Spiegelungen, seinen Brechungen und Relativierungen, mit seiner im Ergebnis grundsätzlich ironischen Weltsicht abzulösen scheint.

Katholiken wissen das längst, weshalb ein Papst, der sich der Wahrheit mit Hilfe von Mei-

Heute wird der Ritus besonders von jüngeren Gläubigen wiederentdeckt.

nungsumfragen annähern möchte, im Grunde mittlerweile hinter der Zeit zurück ist. Die Wahrheiten der katholischen Kirche äussern sich in ihrer Form schon seit Jesu Geburt, dieser einmaligen geschichtlichen Ungeheuerlichkeit, in der sich Gott eine menschliche Form gegeben hat.

Martin Mosebach, katholischer Papstkritiker ersten Ranges, hat am scharfsinnigsten über die Form nachgedacht. Äusserst selten, so führte er jüngst aus, werden Formen geboren, die alle Zeitläufte überstehen. Sie zu brechen, nannte man Tyrannis. Die griechischen Säulen etwa sind eine solche Form, oder die griechische Tragödie, die noch in der albernen Seifenoper weiterlebt. Eine Form, die anschei-

nend mühelos alle Zeiten überstand, war die heilige Messe, die organisch wuchs und im 16. Jahrhundert mit dem Trienter Konzil ihre endgültige Gestalt fand.

Doch ausgerechnet sie wurde im Zweiten Vatikanischen Konzil in den unruhigen sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zertrümmert. Mit der Idee, die Messe den neuen Zeiten zu öffnen, wurden Altäre zerhackt und brutalistische Opferblöcke in die Altarräume gestellt. Die Kirchenkunst wurde bildlos-avantgardistisch, also zur elitären semiotischen Feinschmeckerei. Der Priester wandte sich ans Publikum wie ein «Tages-themen»-Moderator und zelebrierte das Abendmahl so, dass man ihm dabei auf die Finger schauen konnte wie einem Magier in einem drittklassigen Variété. Die ehemaligen Barrikadenstürmer, heute sämtlich achtzig Jahre oder drüber, halten dennoch an ihrem juvenilen Modernisierungs- und Zeitgeist-blödsinn fest.

Gewaltige historische Pointe

Es war eine der geistlichen Grosstaten des letzten Papstes, mit seinem Apostolischen Schreiben *Motu Proprio* den alten, verachteten tridentinischen Ritus wieder zuzulassen – zu dem die lateinischen Gebete gehören, die Gregorianik und die gemeinsame Anbetungsrichtung von Priester und der Gemeinde in seinem Rücken *ad orientem*. Heute wird dieser Ritus besonders von jüngeren Gläubigen wiederentdeckt und über alle Massen geschätzt. Das Geheimnis kehrt zurück in die kahlgeschlagenen modernen Kirchen, dazu die Andacht und das Mysterium.

Sollte Papst Franziskus nicht eher in diese Richtung weiterdenken, über die Wahrheit der Form und der Dogmen, statt, wie kürzlich im *Spiegel* zu lesen war, in kleinem Kreise darüber zu sinnieren, dass er «womöglich als der Papst in die Geschichte eingehen wird, der die Kirche gespalten hat»? Das immerhin wäre im Reformationsjahr eine gewaltige historische Pointe. Möge ihm und der gesamten katholischen Kirche, der ersten globalen Institution der Geschichte (katholisch heisst nichts anderes als global), der Heilige Geist beistehen.

Vielleicht hilft zunächst der 2. Brief des Apostels Paulus an Timotheus, wo er ihn mahnt: «Verkündige das Wort, tritt dafür ein, es sei gelegen oder ungelegen; überführe, tadle, ermahne mit aller Langmut und Belehrung! Denn es wird eine Zeit kommen, da werden sie die gesunde Lehre nicht ertragen, sondern sich selbst nach ihren eigenen Lüsten Lehrer beschaffen, weil sie empfindliche Ohren haben; und sie werden ihre Ohren von der Wahrheit abwenden und sich den Legenden zuwenden. Du aber bleibe nüchtern in allen Dingen, erdulde die Widrigkeiten, tue das Werk eines Evangelisten, richte deinen Dienst völlig aus!» ○

Mitbestimmung als Strohalm

Von Christoph Mörgeli

Sie klammern sich wie Ertrinkende an den einzigen Strohalm. Es ist die letzte Verteidigungslinie ihres Rückzugsgefechts. In der Sendung «Arena» meinte SP-Nationalrat Eric Nussbaumer tapfer: «Der entscheidende Punkt bei der Frage EU-Beitritt ja oder nein ist: Will unser Land bei den europäischen Angelegenheiten mitentscheiden? Und wenn Sie zur Analyse kommen, nur das Verhältnis zu regeln, dann müssen Sie auch gleichzeitig sagen, Herr Blocher, wir wollen bei den europäischen Angelegenheiten nicht mitentscheiden.»

In einer ähnlichen Mischung aus Trotz und Verzweiflung begründet das Parteiprogramm der SP die Ankettung ans untergehende EU-Grossgebilde: «Die einzige realistische Frage lautet: Wollen wir diesem Einfluss ausgesetzt sein, ohne mitzureden, oder wollen wir alles daran setzen, um auch unsere Werte, unsere Ziele und unsere Interessen dort geltend zu machen, wo die – auch für uns – wichtigen Entscheide gefällt werden?»

Da stellt sich die Gegenfrage: Welches wäre das Mitentscheidungsrecht der Schweiz nach einem EU-Beitritt? Oder anders gefragt: Welches war das Mitentscheidungsrecht des bevölkerungsmässig ähnlichen Österreich in den letzten Jahren? Etwa bei der massiven Aufstockung der Griechenland-Kredite? Oder beim Einlassen einer Million Migranten durch die deutsche Bundeskanzlerin? Oder beim Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta)? Jean-Claude Juncker war der österreichische Protest «schnurzegal», denn die EU-Kommission sei die einzig kompetente Instanz. Bei US-Präsident Trump spricht Angela Merkel mittlerweile für die gesamte EU und gleich auch noch für die Nato.

Die EU-Kommission entscheidet wie die Geschäftsleitung eines Grosskonzerns. Mit garantiertem Monopol auf die Gesetzestätigkeit. Es gibt weder eine eigentliche Gewaltenteilung noch eine nennenswerte parlamentarische Mitsprache. Die Schweiz dürfte in der EU ganze 15 von 751 Parlamentariern stellen. Ein paar tausend Lobbyisten haben in Brüssels Hinterzimmern mehr zu sagen als 500 Millionen EU-Bürger. Doch im Vergleich zu den Österreichern hätten wir unendlich mehr zu verlieren: Sie haben die Macht vom Parlamentsgebäude in Wien ans Parlamentsgebäude in Brüssel abgetreten. Die Schweiz müsste die Macht nicht bloss von einem Rathaus ins andere Rathaus verschieben. Sie müsste die Macht den Bürgerinnen und Bürgern entwinden.

Der Autor ist Historiker und ehemaliger SVP-Nationalrat.

Trump: Ein Flop nach dem andern?

Von Peter Bodenmann — Trump rettet faktisch Obamacare, ohne die Demokraten. Und Trump schläfert die Kohleindustrie friedlich ein.



Immergleiche Polit-Show: US-Präsident Donald Trump (r.) mit einem Mineur.

Amerika hat zu viel Gas und zu viel Kohle. Das Land produziert heute mit Gas und mit Kohle je gut ein Drittel seines Stroms.

Trump will der Kohle zu einem Comeback verhelfen. Und so den «Diebstahl am Wohlstand» beenden. Dank der Schaffung von Arbeitsplätzen. Angeblich.

Das Projekt wird scheitern, wie alle seine bisherigen, gross angekündigten Reformen.

Grund 1 — Gas ist nicht mehr teurer als Kohle. Wer Strom mit Gas statt mit Kohle produziert, bläst 2,5-mal weniger Kohlendioxid in die Luft.

Grund 2 — Die Produktion von Strom mit Sonne und Wind wird immer günstiger. In den letzten drei Jahren sanken die Preise für Windkraftwerke um vierzig Prozent. Geiz ist geil.

Grund 3 — Gaskraftwerke lassen sich – im Gegensatz zu Kohlekraftwerken – vielschneller hoch- und runterfahren. Sie sind ökonomisch und ökologisch die ideale Ergänzung zum anstehenden Boom bei Solar- und Windkraftwerken.

Es ist verdammt schwierig, erfolgreich gegen den Markt zu regulieren. Niemand weiss das besser als die Linke. Es ist fast aussichtslos, erfolgreich gegen den Markt zu deregulieren.

Aber vielleicht verstehen wir Trump gar nicht. Es geht ihm gar nicht um diese Kohle. Es geht um die immer gleiche Polit-Show.

Trump will die Einwanderung von Muslimen aus sieben Ländern stoppen. Obwohl die Terroristen bisher nachweislich aus anderen Ländern kamen. Die Gerichte stoppten sein rechtswidriges Dekret. Trump schimpft über die lebensfremden Richter.

Trump will Obamacare kippen. Teile der Partei, die er gekapert hat, verweigern ihm die Unterstützung. Er zieht das Projekt zurück. Schuld sind Verräter in den eigenen Reihen.

Jetzt will Trump die Wiederauferstehung der Kohleindustrie einläuten. Er wird scheitern.

Vielleicht ist Trump heilfroh, dass er jeweils scheitert. Er erspart sich so viel Ärger. Millionen seiner Wählerinnen und Wähler verlieren ihre Krankenkasse nicht. Sonne, Wind und Gas reduzieren den CO₂-Ausstoss ohne ihn, so dass er das Klimaabkommen nicht kündigen muss.

Das Drehbuch: Trump versucht, seine Versprechen durchzusetzen. Alle waren und sind gegen ihn, den Freund des Volkes. Von den bösen Medien über die fremden Richter bis zu den Verrätern in der eigenen Partei und den unfähigen Geheimdiensten.

Aber ein Trump gibt nicht auf. Er hat einen Auftrag und kämpft weiter. Faktisch folgenlos und vielleicht deshalb politisch erfolgreicher, als viele denken. Kommt einem alles recht bekannt vor.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Die SRG, mal volkswirtschaftlich

Von Kurt W. Zimmermann — Die SRG ahnt inzwischen, dass sie zu teuer ist. Der europäische Vergleich bestätigt den Befund.

In absoluten Zahlen sind die Deutschen die Grössten. ARD und ZDF kommen auf 9,5 Milliarden Euro im Jahr.

Bei den Budgets für den öffentlichen Rundfunk kann nur die britische BBC einigermassen mit den Deutschen mithalten. Sie kommt auf 8,8 Milliarden Euro im Jahr. Dann folgen France Télévisions und Radio France mit 4,1, Italiens RAI mit 2,5 und Spaniens RTVE mit 1,9 Milliarden.

Und dann kommen schon die Schweiz und ihre SRG mit 1,5 Milliarden Euro im Jahr. Das Land, das – gemessen an der Bevölkerungszahl – in Europa auf Platz siebzehn liegt, hat also das sechstgrösste Budget Europas für öffentliches Radio und Fernsehen.

Noch eindeutiger ist das Bild, wenn wir die SRG einer Überprüfung nach makroökonomischen Kriterien unterziehen. Betrachten wir sie also einmal rein volkswirtschaftlich. Wir nehmen dazu die am wenigsten bestechlichen Kennzahlen: die Werte pro Kopf. Die Zahlen von 2016 hat die European Broadcasting Union (EBU) kürzlich publiziert. Frage: Welche Summe – in Euro – nehmen die Landessender pro Kopf der Bevölkerung ein? Weil sie keine Gewinne machen, entspricht das auch den Kosten pro Kopf.

Land	Kosten pro Kopf für Landessender
Schweiz	182.70
Belgien	137.45
Grossbritannien	124.67
Norwegen	119.50
Deutschland	115.60
Österreich	114.32
Finnland	86.26
Schweden	84.39
Frankreich	63.39
Niederlande	50.10
Italien	41.01
Spanien	40.29
Tschechien	30.98
Portugal	20.31
Polen	12.12
Durchschnitt EU	48.26

Interessant daran ist weniger, dass die Schweiz pro Kopf den teuersten Landesfunk Europas hat. Interessanter ist, mit welchem gewaltigem Vorsprung die SRG vorn liegt. Selbst in Belgien, das mit zwei sprachregionalen TV-Sendern und Radios in drei Sprachen mit der Schweiz vergleichbar ist, liegt das Budget deutlich tiefer. In nördlichen Ländern wie Finnland, Schweden



Nur die heilige Messe kostet mehr.

und den Niederlanden, die von Programmstruktur und Programmangebot her ähnlich sind, liegen die Budgets gar bei weniger als fünfzig Prozent der Schweizer Werte.

Nun, man kann immer eine Erklärung finden. So wird die SRG diesmal sicher betonen, dass der starke Franken und die starke Schweizer Kaufkraft das Bild verfälschen.

Dennoch hat sich um die SRG in den letzten Monaten eine bemerkenswerte Trendwende vollzogen. In der Politik, dort selbst auf der Linken, und ebenso sehr in der Öffentlichkeit hat sich der Eindruck verfestigt, dass die SRG zu teuer ist. Zahlen wie diejenigen der EBU bestätigen den Befund.

Die SRG ahnt inzwischen auch, dass sie ein Kostenproblem hat. «The Voice of Switzerland», 10 Millionen teuer, ist nicht mehr im Programm. Bei den neuen sechs Folgen des «Bestatters», 5 Millionen teuer, zögerte die SRG lange.

Dazu reagiert die SRG mit einer grossangelegten PR-Aktion, die im Februar gestartet ist. Bearbeitet werden in den nächsten Monaten darum Parlamente, Parteien und alle möglichen Verbände und Vereine – von Swiss-Ski über Bauernverband bis Bischofskonferenz.

Bei der Bischofskonferenz kann die SRG sicher auf Unterstützung hoffen. Die Kirchensteuer pro Kopf beträgt in der Schweiz 330 Franken. Die heilige Messe ist damit noch teurer als die heilige SRG.

ARD: Fake News

Von Henryk M. Broder — Holocaust- und Klimaleugner.

Wie Sie vermutlich wissen, ist die Leugnung des Holocaust in der Bundesrepublik kein Kavaliersdelikt, sondern ein Straftatbestand. Der einschlägige Paragraf des Strafgesetzbuches



kommt zwar selten zur Anwendung, aber es gibt ihn, und er markiert die Grenzen der Meinungsfreiheit. Wer dagegen den Klimawandel leugnet, riskiert keinen Zusammenstoss mit der Justiz, allenfalls eine Abmahnung durch eine der progressiven Institutionen der Republik, zum Beispiel durch das ARD-Kulturmagazin «TTT – Titel, Thesen, Temperamente».

Letzten Sonntag ging es bei «TTT» um einen Film über einen Prozess, der vor zwanzig Jahren in London geführt wurde. Der britische Antisemit und Holocaust-Leugner David Irving hatte die amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt wegen Beleidigung, übler Nachrede und Geschäftsschädigung verklagt, nachdem diese ihn einen «Lügner» genannt hatte. Der Prozess endete mit einer K.-o.-Niederlage für Irving.

Was macht «TTT» daraus? Erst einmal einen durchaus sachlichen Bericht über die Causa, den Film und die beiden Protagonisten, Irving und Lipstadt. Die Moral von der Geschichte, die toxische Pointe, kommt ganz zum Schluss. Man müsse «wachsam bleiben, denn Irvings Taktik des Leugnens und der Lügen scheint heute gesellschaftsfähig». Zu diesem Satz aus dem Off sieht man Donald Trump an seinem Schreibtisch und gleich darauf das verzerrte Gesicht des Präsidenten in Nahaufnahme und Zeitlupe. Dazu sagt die Stimme aus dem Off: «In Lipstadts Heimat, wo Trump den Klimawandel leugnet und lügt, wenn er angeblich Antisemitismus verurteilt, aber einen bekennenden Antisemiten, Steve Bannon, als engsten Berater hat.»

Das ist die Message. Es geht nicht um Irving, Lipstadt, den Film über den Prozess in London oder den Holocaust, es geht um Trump, den Klimaleugner, der sich von einem bekennenden Antisemiten beraten lässt. (Dafür, dass Bannon ein Antisemit sein soll, gibt es keinen Beleg, nur die Behauptung seiner Ex-Frau, er sei dagegen gewesen, dass die Kinder des Paares auf eine jüdische Schule geschickt werden.) Trump leugnet den Klimawandel und setzt damit das Werk des Holocaust-Leugnens Irving fort. Ist doch alles irgendwie dasselbe. Höchste Zeit, dass der betreffende Paragraf des deutschen Strafgesetzbuches entsprechend erweitert wird.

Burkhalters feministische Geheimwaffe

Sie habe «inneres Feuer», lobte Didier Burkhalter seine Nummer zwei, die EU-Chefunterhändlerin Pascale Baeriswyl. Doch wofür brennt es? Für Sozialismus, Feminismus oder Genschutz. Dafür wehrt sie sich gegen das «Grosskapital» und «Neoliberalismus». *Von Christoph Mörgeli*



«Ich habe eine spielerische Leichtigkeit entwickelt, mich anzupassen»: neue Staatssekretärin Baeriswyl.

Der freisinnige Chef war des Lobes voll über seine ranghöchste sozialdemokratische Mitarbeiterin. Sie habe sämtliche männliche Bewerber ausgestochen, meinte Didier Burkhalter über die ihn sichtlich anhimmelnde Pascale Baeriswyl. Die neue Staatssekretärin decke aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit «alle wesentlichen Bereiche des Aussendepartements» ab, nämlich «Europa, Multilateralität, Frieden, Sicherheit plus Menschenrechte».

Doch in der Aussenwirtschaftspolitik – für unsere Exportnation nicht ganz bedeutungslos – bringt Baeriswyl keinerlei Erfahrung mit. Stattdessen erinnert man sich im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) daran, wie das Aussendepartement wegen der streitbaren Friedensdiplomatin die Ausfuhr von Rüstungsgütern etwa nach Saudi-Arabien, Katar oder in die Emirate blockiert und zahlreiche

inländische Arbeitsplätze gefährdet hat. Wenn Bundesrat Burkhalter das «innere Feuer» seiner «Second Lady» lobt, lautet die entscheidende Frage für die Stellung der Schweiz in Europa und in der Welt, wofür denn deren inneres Feuer brennt. Und ob sie nicht da Brände anzettelt, wo statt einer hitzigen Brandbeschleunigerin eine kühle Interessenvertreterin gefragt wäre. Jedenfalls zeigt Baeriswyls bisheriger Werdegang und ihr gegenwärtiges Engagement im Vorstand der SP Basel-Stadt, wofür ihr parteiisches Kämpferherz schlägt. Ist sie im Laufe ihrer eindrucklichen diplomatischen Karriere gemässigt geworden? Sie winkt ab: «Ich war immer eine überzeugte Frauenrechtlerin, weil ich für Chancengleichheit einstehe.»

Als handle es sich um einen Scherz der besonderen Art, amtet seit dem 1. April Pascale

Baeriswyl als Chefunterhändlerin bei der EU. Sie soll in Brüssel die Interessen des Schweizer Wirtschafts-, Werk- und Bildungsplatzes verteidigen. Doch woher soll sie dazu die Überzeugung und das innere Feuer nehmen? Gegen die Mehrheit in ihrer traditionell pharmafreundlichen Stadtbasler SP legte sie sich für die Genschutz-Initiative ins Zeug, die 1998 mit 67 Prozent Nein-Stimmen scheiterte. In der *Basler Zeitung* prangerte Baeriswyl an, dass sich eine Mehrheit der Parlamentarier «als VertreterInnen der Wirtschaft» verstünden, was die vielen Verwaltungsratsmandate bewiesen. Damit repräsentierten sie vorwiegend «das Grosskapital, das heisst die Interessen einer schmalen und reichen, meist männlichen Bevölkerungsschicht».

Bürgertum als Ursache häuslicher Gewalt

Anita Fetz, ehemals Mitglied der progressiven Poch, dazu VPOD-Gewerkschafterin und Vorkämpferin der Organisation für die Sache der Frau (Ofra), stand der heutigen Staatssekretärin Baeriswyl viel zu weit rechts. Sie riet Fetz 1999 öffentlich von einer SP-Nationalratskandidatur ab, «weil sie der Partei schadet». Es gehe angesichts von vier bisherigen SP-Kandidaturen keinesfalls an, «auf neoliberale Art beliebig Menschen auszutauschen». Auch habe sich Anita Fetz «von einer aufmüpfigen, linken Feministin zu einer berechnenden, angepassten Machtpolitikerin entwickelt». Diesbezüglich hatte Baeriswyl in Fetz offenbar eine hervorragende Lehrmeisterin. Denn ohne Berechnung, Anpassung und Machtpolitik wäre die Sozialistin wohl kaum zur obersten Staatssekretärin der Eidgenossenschaft mit einem Jahreslohn von fast 400 000 Franken aufgestiegen. Während sie Fetz ehedem Anpasserei vorgeworfen hat, sagt dieselbe Pascale Baeriswyl heute ohne rot zu werden: «Ich habe eine spielerische Leichtigkeit entwickelt, mich anzupassen.»

Schon ihr Geburtsjahr war Programm. 1968 geboren, studierte Pascale Baeriswyl nach dem humanistischen Gymnasium Rechtswissenschaften an der Universität Basel und schloss ein Geschichts- und Französischstudium an. Dies hinderte sie nicht daran, gleichzeitig als Rechtsberaterin und Leiterin von «Halt-Gewalt», der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt des kantonalen Justiz- und Sicherheitsdepartements zu wirken. Projektverantwortlicher war ihr Parteigenosse, Grossrat und Jurist Peter Aebersold. Nach drei Jahren resümierte Baeriswyl, «dass eine merkliche

Sensibilisierung und eine bessere Zusammenarbeit zu verzeichnen seien». In einem Arbeitsbericht in der *Basler Zeitung* brachten Aebersold und Baeriswyl das Kunststück fertig, das Problem der häuslichen Gewalt im Zusammenhang mit Ausländern vollkommen zu verschweigen. Statt das Thema auch und vor allem mit Migranten aus fremden Kulturräumen in Verbindung zu bringen, sah Baeriswyl den Grund der häuslichen Gewalt – von seriösem statistischem Zahlenmaterial völlig unbelastet – in den «liberalen Ehe- und Familienentwürfen» des schweizerischen Bürgertums im 19. Jahrhundert angelegt.

1998 wurde Pascale Baeriswyl ordentliche Richterin im Nebenamt am Zivilgericht Basel-Stadt. Parallel dazu lief ihr Forschungsauftrag im Rahmen des acht Millionen Franken teuren Nationalfondsprogramms 40 «Gewalt im Alltag und organisierte Kriminalität», dem sich nahtlos das Programm 40+ «Rechtsextremismus – Ursachen und Gegenmassnahmen» mit weiteren vier Millionen Franken anschloss.

Als sich die führenden Basler Sozialdemokraten den am Rheinknie grassierenden Ausländerproblemen nicht länger verschliessen mochten und eine Integrationsinitiative planten, stellte sich Baeriswyl quer. Sie befand die vorgesehene Druckausübung zum Erlernen der deutschen Sprache als «politisch nicht den richtigen Weg». Man müsse die Migranten vielmehr zum Sprachenlernen «motivieren», denn dabei handle es sich auch um eine «emotionale Angelegenheit». Gemeinsam mit einer früheren Aktivistin der kommunistischen PdA brachte Baeriswyl diese SP-Integrationsinitiative denn auch glücklich zu Fall und kommentierte schon im Voraus: «Die ursprüngliche Integrationsinitiative ist wohl gestorben. Ich denke nicht, dass in der SP der Wille vorhanden ist, so etwas zu lancieren.» Denn eine Pflicht zum Deutschlernen ziehe zwangsläufig Sanktionen nach sich – womit sich die Frage stelle, «ob diese nicht diskriminierend seien».

Kleinfamilie: «Patriarchale Forderung»

Als eine Kleinkindererzieherin anzumerken wagte, es gebe «für Entwicklung und Wohlbefinden von Kindern nichts Besseres als die liebevolle Betreuung durch die Mutter», hat diese Aussage Baeriswyl nach eigenen Worten

«geradezu schockiert». Pascale Baeriswyl attackierte dieses Familienmodell als «patriarchale Forderung» der jüngeren Geschichte: «Der Mythos von der glücklichen Kleinfamilie ist trügerisch, sind doch sehr viele Familien von Gewalt betroffen.»

Im Jahr 2000 begann Baeriswyls steile diplomatische Karriere, vorerst mit Praktika bei der Direktion für Völkerrecht in Bern und danach auf der Schweizer Botschaft in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi. Sie war jetzt verheiratet, hatte zwei Kinder, und sie lebten im In- und Ausland als ganz normale «Kernfamilie», die sie 1998 in der linken *Wochenzeitung* noch als «liberale Männerfantasie» abgekantelt und gleichzeitig als die «Ideologie der sich konstruierenden bürgerlichen Gesellschaft» zerzaust hatte.

Die von den Medien irgendwann in die Welt gesetzte Mär, Baeriswyl habe als erste Diplomatin Kinder und Karriere unter einen Hut gebracht, wider-

legt das Beispiel von Christine Schraner Burgener, Schweizer Botschafterin in Berlin, deren erfolgreiche Laufbahn mit zwei Kindern schon fast zehn Jahre früher begonnen hatte.

Überraschende Ernennung

Von 2002 bis 2005 wirkte Pascale Baeriswyl als stellvertretende Sektionschefin Menschenrechtspolitik der Abteilung Menschliche Sicherheit in Bern. Der Begriff «Menschliche Sicherheit» hat bis heute keine international anerkannte Definition gefunden und erfreut sich gerade dank seiner Unfasslichkeit in der Diplomatie grösster Beliebtheit. Von 2005 bis 2008 war Pascale Baeriswyl in Brüssel Botschaftssekretärin der dortigen Schweizer EU-Mission.

Obwohl es sich dabei um eine vergleichsweise untergeordnete Position handelte, rühmt sie sich heute selbstbewusst der damals angeblich geknüpften Beziehungen zu höchsten Persönlichkeiten. Danach amtierte sie mit dem Titel einer Botschaftsrätin bei der Uno in New York, wovon sie den Delegierten der SP Basel-Stadt ebenso wie den Lesern der *Basler Zeitung* in regelmässigen Kolumnen in der Art von eher brav gehaltenen Schulaufsätzlein berichtete. Mitunter blitzte allerdings jene irrationale Selbstüberhöhung auf, der nicht wenige Vertreter unseres diplomatischen Korps erliegen: «Mein Flugzeug steuert auf eine geballte Ladung Weltgeschichte zu.»



Aussenminister Burkhalter.

Burkhalter will genau wie Baeriswyl eine Übernahme von EU-Recht.

Nicht selten präsentierten sich die Kolumnen der Diplomatin ziemlich undiplomatisch, etwa bei der Euphorie über die New Yorker 1.-Mai-Feiern oder bei ihrer Identifikation mit der von US-Präsident Obama gegen die Republikaner «erkämpften» Krankenversicherung oder der angeblichen «Polizeiwillkür» in ihrem Gastland. 2013 wurde die von ökonomischen Kenntnissen weitgehend unbefleckte Pascale Baeriswyl Chef der Task-Force für unrechtmässig erworbene Vermögenswerte («Asset Recovery») in der Schweiz, bevor sie ein Jahr später, nunmehr im Range einer Botschafterin, als Abteilungschefin an die Direktion für Völkerrecht wechselte. Auf Dezember 2016 ernannte Aussenminister Didier Burkhalter die wenig bekannte SP-Frau – zur Überraschung zumindest der bürgerlichen Bundesräte – zur Staatssekretärin im Aussendepartement. Regelrecht konsterniert waren gemäss Insidern die professionellen Diplomaten, dass Baeriswyl jetzt sämtliche Schweizer Botschafter beaufsichtigen solle, ohne selber je selbständig eine Vertretung im Ausland geführt zu haben. Die Frau Oberleutnant wurde dank Burkhalter gewissermassen direkt Generalin.

Bei ihrer ersten gemeinsamen Medienkonferenz mit Didier Burkhalter lobte Pascale Baeriswyl vor allem sich selber und ihr «fantastisches Netzwerk»; so sei der aus Dänemark

Pensionierung:

Wichtiges bespricht man mit dem Experten.



**Vermögens
Zentrum**

www.vermoegenszentrum.ch

stammende neue EU-Botschafter ein «Freund aus Brüsseler Zeit», mit dem sie kürzlich gefrühstückt habe. Als ob dies ein entscheidender Vorteil bei den harten Verhandlungen mit der EU wäre. Dann schmeichelte sie ihrem Vorgesetzten («einer der erfahrensten Aussenminister der Welt») und machte ein Vierteljahr vor Pensionierung des EU-Chefunterhändlers klar: «Ich stehe selbstverständlich gern bereit.» Der Kritik der Parlamentarischen Gruppe Schweiz - Israel an den Millionensubventionen des Aussendepartements für eine Uno-Organisation, die gegen Juden hetzt, begegnete Baeriswyl mit dem Stereotyp: «Einige meiner besten Freunde sind Juden.»

Letztlich in die EU

Selbstverständlich wurde FDP-Bundesrat Burkhalter befragt, weshalb er ausgerechnet eine Diplomatin mit SP-Parteibuch zu seiner Nummer zwei und zur EU-Chefdiplomatin gemacht habe. Er antwortete mit einem Lob des Schweizer Erfolgsmodells, gemäss dem Leute unterschiedlicher politischer Herkunft zusammenarbeiteten. Auch wenn die politische Herkunft zwischen den beiden unterschiedlich sein mag: Die politische Absicht ist es nicht. Sie liegen nicht nur mit ihrer die Humanität und die Menschenrechte betonenden Aussenpolitik auf derselben Linie. Burkhalter will genau wie Baeriswyl ein Rahmenabkommen mit der EU, das die Übernahme künftigen EU-Rechts und die Anerkennung von EU-Richtern beinhaltet.

Pascale Baeriswyl hat immer betont, sie müsse die Haltung des Bundesrates vertreten, nicht ihre eigene. Doch sie habe sich in ihrer Zeit als Diplomatin nie verbiegen müssen. Das heisst im Klartext: Sie musste nie von der SP-Aussenpolitik abweichen.

Dies kann nichts anderes heissen, als dass der Bundesrat eine lupenreine SP-Aussenpolitik betreibt.

Diese aber strebt letztlich einen EU-Beitritt an. Auch verlangt das sozialdemokratische Parteiprogramm die Abschaffung des Kapitalismus. Es wäre bei der als ausserordentlich parteikonform geltenden Staatssekretärin durchaus relevant, ob sie sich diesbezüglich bei ihren Verhandlungen mit der EU verbiegen muss oder nicht. Auf die entsprechenden Fragen nach ihrer persönlichen Meinung zu EU-Beitritt und Kapitalismusüberwindung bleibt Pascale Baeriswyl allerdings zugeknöpft. Ihr Medienbeauftragter lässt ausrichten: «Frau Baeriswyl setzt in ihrer Funktion als Staatssekretärin die Vorgaben des Bundesrates um. Einzelne Parteiprogramme spielen hierbei keine Rolle, weshalb sich Staatssekretärin Baeriswyl dazu aus Prinzip nicht äussert.» ○

Szenen einer Ehe

Selten war die Beziehung zwischen der SVP und ihren Bundesräten so harmonisch wie zurzeit. Aber in der Landesregierung spielen Guy Parmelin und Ueli Maurer nur Nebenrollen. Von Hubert Mooser

Es gibt Wochen im Leben eines Schweizer Bundesrats, in denen die Kluft zwischen dem Hochgefühl bei einem Bad in der Menge und dem darauffolgenden elektoralen Elend gross ist. Am letzten Freitagabend in Appenzell: SVP-Bundesrat Guy Parmelin geht mit der SVP-Corona bei Weisswein und Käsefladen auf Tuchfühlung mit der Bevölkerung. Zwei Tage später in Neuenburg folgt der brutale Absturz der SVP bei den Staats- und Grossratswahlen. Die Partei verliert 11 Sitze im Parlament. Dabei wollte die SVP mit dem Sympathieträger Guy Parmelin als Bundesrat auch in der Romandie durchstarten. Gerade in Neuenburg hat der Verteidigungsminister in der Person des früheren SVP-Staatsrats Yvan Perrin seinen grössten Fan. Dieser hat über die Wahl von Parmelin in den Bundesrat im Dezember 2016 sogar ein Buch veröffentlicht – das half auch nicht viel.

Parteichef Albert Rösti fühlte sich bemüsst, seinen Westschweizer Bundesrat sofort in Schutz zu nehmen: «Die Niederlage ist die Folge von internen Querelen», betont der Berner. Es könne von dieser Wahl nicht auf die gesamte Westschweiz und schon gar nicht auf Parmelin geschlossen werden. Und die Genfer SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz, eine enge Verbündete Parmelins im Parlament, findet: «Wenn überhaupt, werden wir erst nach den Wahlen im Waadtland Ende April einen Anhaltspunkt haben, ob es so etwas wie einen Parmelin-Effekt gibt.»

Grosse Erwartungen

Aber man kann es auch kritischer sehen. Als Wahllokomotive taugen die beiden SVP-Bundesräte nicht sonderlich. Seit fast einem Jahr sitzen die zwei Vertreter der grössten Bundeshausfraktion in der Landesregierung – brav und unauffällig. Nach der Wahl von Parmelin hatte man erwartet, dass der Gesamtbundesrat in neuer Konstellation die Dominanz des Mitte-links-Bündnisses durchbrechen könne. Aber in den letzten Wochen musste die SVP zur Kenntnis nehmen, dass ihre Bundesräte in der Regierung weiterhin nur Nebenrollen spielen.

«Auch mit zwei SVP-Bundesräten sind wir nur zwei von sieben. Man braucht eine Mehrheit, um gewisse Veränderungen herbeizuführen», pflegt Parmelin darauf zu antworten. Meistens treten die SVP-Bundesräte allein gegen alle an. Was Parmelin aus Rücksicht auf die Kollegialität nicht sagen darf, spricht Fraktionschef Adrian Amstutz aus: «Unsere Bun-

desräte sind verlässlich auf Kurs», sagt der Berner. «Es ist vorab FDP-Bundesrat Didier Burkhalter, der sich bürgerlich nennt, aber links regiert und damit die theoretisch bürgerliche Mehrheit in der Praxis in die Minderheit versetzt.» Noch deutlicher wird SVP-Nationalrat Andreas Glarner und findet wenig schmeichelhafte Worte für die FDPler, wobei der Vorwurf, der eine politisierte faktisch für die SP, noch der freundlichere ist.

Derweil zelebrieren die SVP und ihre Bundesräte vordergründig Harmonie. Das war nicht immer so. Früher herrschte Spannung, mitunter Feindseligkeit. Es gab viele dramatische Szenen, die manchmal in öffentlichen Beschimpfungen der eigenen Bundesräte durch die Parteispitze gipfelten. Die interne Organisation ist auch ein bisschen anders als bei den anderen Parteien. Ein CVP-Parlamen-

Manchmal stört die politische Realität den SVP-Harmonieverein also doch noch.

tarier beschreibt es so: Bei ihnen lese Doris Leuthard den Fraktionsmitgliedern die Leviten, bei der SVP gäben die Parlamentarier ihren Bundesräten den Tarif durch. Zurzeit gibt es aber zwischen der SVP und ihren Bundesräten eine Art Feuerpause, und die Zusammenarbeit klappt besser als auch schon.

Widmer-Schlumpf reloaded

Parteichef Albert Rösti, Fraktionschef Adrian Amstutz und Generalsekretär Gabriel Lüchinger sind des Lobes voll. Die Zusammenarbeit mit ihren Bundesräten rage heraus. Amstutz und Sicherheitspolitiker Thomas Hurter würden bei Parmelin ein und aus gehen, als wären sie im Verteidigungsdepartement zu Hause. Sogar der schlaue, introvertierte Marathonmann Maurer komme in seiner Rolle als Finanzminister mehr aus sich heraus, diagnostizieren Parteileute: Seinem Naturell entsprechend hält der Finanzminister die Partei aber nach wie vor auf gebührender Distanz. Pikant: Für die Schlüsselpositionen in seinem Departement hat er vor allem das Personal seiner Vorgängerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) rezykliert, was Finanzpolitiker Thomas Aeschi bedauert.

Auch falle Maurer zuweilen in alte Verhaltensmuster zurück. Wenn sich Parteistrategen nach dem Stand der Dinge erkundigten, speise



Eine Art Feuerpause: SVP-Bundesräte Maurer (l.), Parmelin (r.), Nationalrat Aeschi (z.v.l.), Parteipräsident Röstli (z.v.r.).

er sie freundlich ab: Es stünden gerade keine wichtigen Geschäfte in der Regierung an. Das nervt. Aber in den Fraktionssitzungen liess er zuweilen auch verstärkt einen anderen Maurer aufblitzen. Einen Maurer, der seine Parteikollegen fast beschwört, man solle öffentlich gegen ihn Druck machen, dann könne er im Bundesrat überzeugender auftreten.

Bundesräte und SVP marschieren im Einklang, aber der elektorale Trend zeigt zurzeit in eine für die Partei wenig erfreuliche Richtung. Niederlage in Neuenburg, Niederlage bei den Stadtratswahlen in Winterthur, Rückgang in Solothurn, Stagnation in Freiburg und Verlust des Staatsratssitzes im Wallis. Hinzu kommt noch der Schiffbruch, den Ueli Maurer mit seiner Unternehmenssteuerreform III (USR III) erlitten hat. So sonderbar es tönt: Die SVP war immer dann am erfolgreichsten, wenn sie auf ihre Bundesräte einprügelte oder wenn ihre Vertreter in der Landesregierung für Unruhe sorgten, wie zwischen 2003 und 2007 Christoph Blocher. Heute sind die SVP-Magistraten eher brav. Selten kommt von Parmelin und Maurer ein beherzter öffentlicher Positionsbezug. Die Kontroverse um die Masseneinwanderungsinitiative (MEI), der Gegenentwurf zur Rasa-Initiative, welche die MEI wieder rück-

gängig machen will, zentrale Geschäfte der SVP, rauschten an den beiden SVP-Bundesräten vorbei.

Kein Einfluss bei der EU-Politik

Maurer schreibt fleissig Mitberichte, die an Substanz gewonnen hätten, seit er Finanzminister sei, loben die Gegner. Aber sein Einfluss bleibe gering. Parmelin kämpft vor allem mit seinem Verteidigungsdepartement – obwohl man von ihm gerade in der Sozialpolitik mehr Einmischung erwartet hätte.

Nach seiner Wahl war man im Departement von SP-Bundesrat Alain Berset alarmiert. Immerhin sass Parmelin als Nationalrat während Jahren in der sozialpolitischen Kommission des Nationalrats – die letzten zwei Jahre vor seiner Wahl in den Bundesrat als Präsident. Aber wann fährt er Berset bei dessen linken Sozialvorlagen einmal in die Parade? «Sie verhalten sich halt kollegial», sagt Glarner. Vielleicht seien sie auch etwas übervorsichtig, weil sie unter ständiger Beobachtung der anderen Bundesräte stünden.

Die anderen Departemente interpretieren die Kollegialität etwas flexibler: Genüsslich lassen sie vertrauliche Informationen an die Medien fließen, wenn Finanzminister Maurer Verteidigungsminister Parmelin am Zeug flickt. Gern verbreiteten andere Departemente nach der

Niederlage bei der USR III auch die Geschichte, Maurer sei vom Bundesrat gezwungen worden, schnell ein neues Projekt zur Unternehmensbesteuerung aufzugleisen. Als er dies im Namen des Bundesrates verkündete, fand der Zürcher Nationalrat Alfred Heer, es sei an der Zeit, die Feuerpause zu beenden.

Der frühere Zürcher SVP-Präsident feuerte im *Sonntagsblick* eine heftige Salve ab gegen Maurers Steuerpolitik und die damit verbundenen, für die Schweiz «tödlichen Konzessionen» gegenüber internationalen Organisationen. Maurer müsse lernen, kritisierte Heer, wie die internationalen Gremien für Finanzfragen funktionierten, und das Steuerregime der Schweiz verteidigen, anstatt eine neue Steuerreform zu basteln. Vor der Fraktion und dann auch unter vier Augen mit Heer erläuterte der Finanzminister später seine steuerpolitische Taktik. Er werde jetzt den deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble anrufen, der sei bei diesem Dossier ein Verbündeter.

Heer traf fast der Schlag. «Schäuble soll ein Verbündeter sein? War es nicht der deutsche Finanzminister, der den Ankauf der gestohlenen CD mit Bankdaten unterstützt hat, die dann als Druckmittel gegen die Schweiz verwendet wurde?» Manchmal stört die politische Realität den SVP-Harmonieverein also doch noch. ○

«Ich schlitze sie auf»

Muslimische Schüler verbreiten in Schaffhausen Angst und Schrecken. Lehrern wurde mit dem Tod gedroht, Mädchen ins Gesicht gespuckt. Die Behörden versuchen, die Fälle zu vertuschen, und verbreiten nachweislich Unwahrheiten. *Von Philipp Gut*

Zwei Monate können eine lange Zeit sein, wenn man in Angst, ja gar in Todesangst lebt. So lange liess der Stadtschulrat von Schaffhausen den Fall Amir (Name geändert) liegen. Im November 2016 hatte ein Lehrer im Schulhaus am Bach bei Stadtschulratspräsidentin Katrin Huber (SP) Alarm geschlagen. Kameraden der dritten Sekundarklasse gegenüber drohte der siebzehnjährige Mazedonier, den Lehrer «abzustechen» und seine Klassenlehrerkollegin «aufzuschlitzen», wie Recherchen der *Weltwoche* ergaben. Mitschüler meldeten dies sofort den Betroffenen, und diese informierten die Schulratspräsidentin.

Darauf geschah – nichts. Die verantwortliche Behörde liess die Lehrer wochenlang allein und speiste sie mit ein paar verharmlosenden Sätzen ab. Ob man schon mit dem Schüler gesprochen und den Dialog gesucht habe? Erst eine Interpellation von Grossstadtrat Edgar Zehnder (SVP) vom 14. Februar über «schwerwiegende Sicherheitsprobleme an den Schaffhauser Schulen» brachte den Fall ins Rollen. Tags darauf bestätigte Stadtrat Raphaël Rohner (FDP) die Vorkommnisse, ohne Details zu verraten. Immerhin bestätigte er, dass ein Gespräch mit den Eltern und dem Schulrat stattgefunden habe – unter Polizeischutz.

Beten im Büro des Schulleiters

Unter dem öffentlichen Druck mussten die Behörden schliesslich über den Fall informieren. Der neue Stadtschulrat Ernst Sulzberger (GLP) war bei einem Besuch im Bach-Schulhaus am 17. Januar ebenfalls auf die Probleme angesprochen worden. An einer gemeinsamen Medienkonferenz am 24. Februar mit Stadtrat Rohner und Schulpräsidentin Huber bestätigte er das ganze Ausmass der Vorwürfe. Nach den Herbstferien habe sich Amir radikalisiert. Die Lehrer hätten eine Veränderung in seinem Charakter und in seinem Verhalten festgestellt. Während des Unterrichts habe er eine Website des Islamischen Zentralrats Schweiz (IZRS) besucht. Amir sei auf seine Mitschüler losgegangen. «Er hat Mädchen bespuckt und geschlagen», so Sulzberger. Überdies hat er sie unsittlich berührt. Dennoch habe der junge Mann «kein Problem mit Frauen». Nein, natürlich nicht. Auch Buben

habe Amir geschlagen, die Lehrer hätten sich vor ihm gefürchtet, einem Kollegen habe der Mazedonier ein Messer gezeigt, führte der Schulrat weiter aus. Schliesslich mussten die Behörden auch widerwillig zugeben, dass man dem radikalisierten jungen Mann erlaubt hatte, in der Schule nach muslimischem Ritus zu beten. Der Schulhausvorsteher soll ihm dafür sogar sein Büro zur Verfügung gestellt haben. Von einem «Gebetsraum» könne



Spielt Vorfälle herunter: Schulratspräsidentin Huber.

man aber nicht sprechen, relativierte der Schulrat. Nach monatelangem Abwiegen wurde Amir schliesslich in eine sogenannte Time-out-Klasse verlegt. Dort wird er mit fünf Mitschülern in einem Sondersetting mit hohem Personalaufwand betreut.

Die Versuche der Verantwortlichen, die Vorfälle wortreich herunterzuspielen, überzeugen umso weniger, als bei der Schaffhauser Polizei nicht weniger als neun Anzeigen gegen den gewalttätigen Schüler eingegangen sind, wie Polizeisprecher Patrick Caprez gegenüber der *Weltwoche* sagt. Die Polizei rapportiere zugunsten der Staatsanwaltschaft des Kantons Schaffhausen, Abteilung Jugendanwaltschaft. Den Ermittlern liegen

unter anderem detaillierte Berichte von betroffenen Lehrern über die Ereignisse vor.

Der Fall Amir ist nicht der einzige, der in Schaffhausen für Aufregung sorgt. Im Schulhaus Alpenblick zeigten sich im Sommer 2016 ähnliche Radikalisierungstendenzen. Schon damals versuchte der Stadtschulrat mit SP-Politikerin Huber an der Spitze, die Ereignisse mit allen Mitteln zu vertuschen. Dabei verbreitete er vorsätzlich Unwahrheiten, wie die *Schaffhauser Nachrichten* aufdeckten und wie die Protokolle der Schulratssitzungen zweifelsfrei belegen.

Eine muslimische Familie, die unter dem Verdacht islamistischer Radikalisierung steht, war aus dem Kanton Zürich nach Schaffhausen gezogen. Dort lebte bereits der Bruder des Mannes mit seiner Familie. Beide Familien verhielten sich so auffällig, dass beunruhigte Lehrer den Schulrat informierten.

Dann geschah Merkwürdiges: Am 30. September 2016 erhielten die Eltern der Oberstufe Alpenblick durch ihre Kinder aus heiterem Himmel einen Brief, unterzeichnet von Schulrätin Nathalie Zumstein (CVP) und Schulvorsteher Marco Schwaninger. Darin wurde auf die Vorgänge angespielt, die an der Schule zu reden gaben. Es bestünden «keine Auffälligkeiten» und «keine Verunsicherung», hiess es darin. Und weiter: Eine Anfrage von Zumstein im Schulrat im Zusammenhang mit einer Fachstelle für Radikalisierung sei «rein routinemässig» erfolgt. Es gebe «keinerlei Grund zur Sorge».

Das sonderbare Dementi war eine vorwegnehmende Reaktion auf einen gleichentags in den *Schaffhauser Nachrichten* erschienenen Artikel, von dem die Verantwortlichen wussten, wann er publiziert würde. Die Protokolle von mehreren Sitzungen des Stadtschulrats entlarven die wortreichen Entwarnungen jedoch als dreistes Täuschungsmanöver.

Neuerdings mit Kopftuch

Gemäss Protokoll der Stadtschulratssitzung vom 24. August zeigten sich zwei Lehrerinnen nämlich «sehr beunruhigt über ihre Beobachtungen». Es handle sich um «erfahrene Lehrpersonen», die «sicher nicht ängstlich» seien, «aber bei diesen Familien haben sie ein ausgesprochen ungutes Ge-

fühl». Sie möchten, «dass die Behörden Bescheid wissen, die Sache ernst nehmen und womöglich auch Massnahmen einleiten», heisst es im Protokoll.

Die Lehrerinnen fänden das Verhalten der beiden Familien «komisch». Ein Mädchen trage neuerdings ein Kopftuch «und weigert sich, es zum Aufsetzen einer Perücke fürs Schultheater abzunehmen – das ist neu und unerwartet». Beim Zeugnisgespräch habe der Bruder «einen viereckigen Abdruck auf der Stirn» gehabt, «das sei vom Beten». Und weiter: «Beide Väter weigern sich, den Lehrerinnen die Hand zu geben.» Bei einem Einweihungsfest sei die Familie «immer beobachtend separat» gestanden, und das jüngste Kind sei in einem Buggy gesessen und habe «mit einem Spielzeuggewehr auf die Anwesenden» gezielt. Schliesslich seien die Eltern häufig beob-

«Beide Väter weigern sich, den Lehrerinnen die Hand zu geben.»

achtend auf dem Schulhausareal herumgeschlichen. Zudem wies ein Mitglied des Stadtschulrats laut Protokoll «auf einen anderen, seit Jahren hängigen Fall hin, bei dem er von keiner Amtsstelle Hilfe erhält».

Problemschüler, Problempolitiker

Ausdrücklich ist im Protokoll von einer Anlaufstelle für solche Fälle von Radikalisierungen die Rede, was der Stadtschulrat im Elternbrief vom 30. September dann wahrheitswidrig abstritt – wie auch die übrigen Fakten. Und es kommt noch dicker: Am 7. September, also ebenfalls noch vor jenem ominösen Elternbrief, tagte der Stadtschulrat wieder. Man habe sich wegen der Handschlagverweigerung im Schulhaus Alpenblick bei der Polizei nach einer Anlaufstelle erkundigt, heisst es im Protokoll. Von den Vorfällen wüssten nur die Schulbehörde und die Teams des Schulhauses Alpenblick. Irgendjemand habe die *Schaffhauser Nachrichten* informiert. Das dürfe nicht sein. Auf einen Anruf von deren Chefredaktor habe Schulrätin Zumstein diesem mitgeteilt, «dass nichts passiert sei. Wenn etwas an die Öffentlichkeit gelangt, wird die Sache nur grösser und nützt den Schulen nichts.»

Das hochnotpeinliche Schelmenstück ist noch nicht zu Ende. Verschiedene Medien pochen auf das Öffentlichkeitsprinzip der Verwaltung und verlangen Einsicht in die Protokolle zum Fall Amir. Weder die Vertuschungsversuche noch die mehrfache Verbreitung von Unwahrheiten hatten bisher Konsequenzen für die verantwortlichen Stadtschulräte. Die Schaffhauser Lehrer sind nicht zu beneiden: Sie haben nicht nur mit Problemschülern, sondern auch mit Problempolitikern zu kämpfen. ○

Hilfswerke

Freiburger Verbindungen

Der Caritas-Direktor Hugo Fasel beschäftigt seine beiden Töchter. SP-Chef Christian Levrat unterstellt der *Weltwoche* «Fake News».



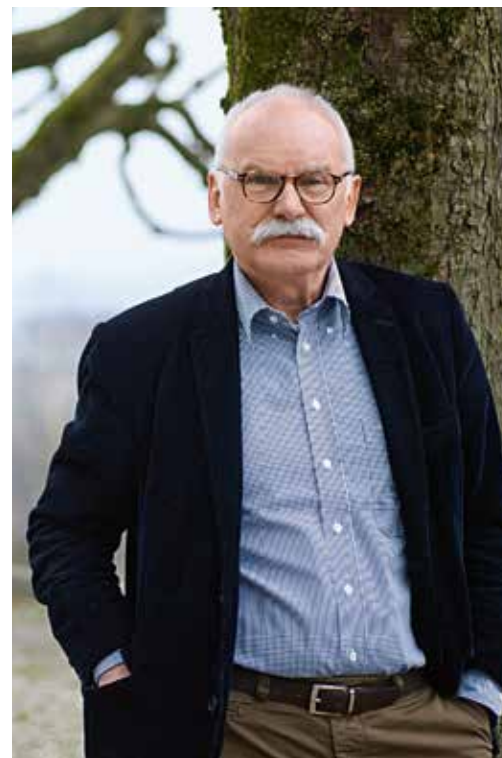
«Angriff»: SP-Präsident Levrat.

Seit fast zehn Jahren ist Hugo Fasel Direktor von Caritas, einem der grössten Hilfswerke der Schweiz. Die *Weltwoche* machte publik, dass seine beiden Töchter mittlerweile ebenfalls bei der Caritas arbeiten. Ein Fall von Vetterliwirtschaft? In seiner Stellungnahme betonte der Caritas-Kommunikationschef, dass das ganze Anstellungsverfahren rechtens war. Die Jobs seien ausgeschrieben worden, der Direktor (und Vater) sei zu keinem Zeitpunkt involviert gewesen, interne Kritik habe es keine gegeben – was nach-

Fasel und Levrat stammen aus dem Kanton Freiburg, beide waren gemeinsam im Parlament.

weislich falsch ist: Der Präsident des Personalverbandes und damit die offizielle Vertretung der Arbeitnehmer hatte in einem Schreiben an die Geschäftsleitung (darunter den Kommunikationschef) die Anstellung als «problematisch» und «ungeschickt» kritisiert. Selbst wenn das Verfahren legal sei, sei die Beschäftigung von Kindern von Mitgliedern der höchsten Führungsebene für ein Hilfswerk wie die Caritas mit seinem hohen moralischen Massstab «heikel».

So weit die Faktenlage. Am Erscheinungstag der *Weltwoche* wurde SP-Präsident Christian Le-



«Problematisch»: Caritas-Direktor Fasel.

vrat vom welschen Radio RTS auf den Fall angesprochen. Sowohl Fasel wie Levrat stammen aus dem Kanton Freiburg, beide waren längere Zeit gemeinsam im Parlament und sind sich auch politisch nahe. Der Journalist fragt Levrat, ob es richtig gewesen sei, Familienmitglieder einzustellen, auch wenn das Verfahren rechtlich korrekt verlaufen sei. Der SP-Politiker schaltet auf Angriff. Die Geschichte stamme aus der *Weltwoche*, und die grosse Mehrheit der Informationen darin seien «falsch» und hätten «keinen Bezug zur Wirklichkeit». Er wolle die «Fake News» deshalb auch nicht kommentieren. Er wiederholt den Vorwurf, selbst als der Journalist insistiert und erklärt, die Fakten seien korrekt, auch ihm liege das Schreiben des Personalverbandes vor. Die *Weltwoche* fragte bei Levrat nach, welche Informationen in diesem Artikel falsch seien und ob er es denn korrekt fände, dass bei einem von Spenden und Steuergeldern lebenden Hilfswerk die Kinder von Geschäftsleitungsmitgliedern beschäftigt werden.

Die Anfrage erfolgte letzten Freitag, bis Redaktionsschluss (Dienstagabend) mochte Levrat keine Stellung nehmen. Was vielleicht damit zu tun hat, dass auch er vor Jahren für die Caritas als Anwalt im Bereich Asylwesen arbeitete. Man kennt sich, man deckt sich, und Papi besorgt seinen Töchtern Jobs im Hilfswerk. *Peter Keller*

Was ist los im Kanton Neuenburg?

Die Wähler schätzen es, dass nach Jahren wieder Ruhe in die Regierung eingekehrt ist. Die Konkurrenz zwischen dem Kantonsteil am See und jenem in den Bergen erschwert allerdings dringend nötige Reformen. Der Absturz der SVP im Parlament ist schwindelerregend. Ich sehe dafür mehrere Gründe. *Von Raphaël Comte*

Im Laufe der letzten Jahre hat die Neuenburger Regierung zahlreiche Umwälzungen erlebt. Durch Nichtwiederwahlen, Rücktritte und Nichtkandidaturen wurde das Amt des Staatsrats zu einer hochriskanten Position. Dieses manchmal wenig glanzvolle Spektakel hat zweifellos das Vertrauen der Neuenburger Bevölkerung in ihre Regierung beeinträchtigt. Die Neuenburgerinnen und Neuenburger sind normalerweise nicht besonders aufmüppig: Sie respektieren die Institutionen und schätzen ihre Vertreter, die, ohne unnötigen Lärm zu veranstalten, ihren Pflichten nachkommen.

Die Herausforderungen für die Neuenburger Regierung sind zahlreich. Rote Zahlen, wenig attraktive Steuerbedingungen, hohe Arbeitslosigkeit und Sozialausgaben machen grundlegende Reformen unabdingbar. Die jetzige Regierung hat diese Reformen angepackt, wohlwissend, dass sie nicht immer allen gefallen würden. Einige unpopuläre Entscheide haben sich übrigens direkt auf die Staatsratswahlen ausgewirkt: Hinter dem führenden Trio Jean-Nathanaël Karakash (SP) und den beiden FDP-Vertretern Laurent Favre und Alain Ribaux büsstes die beiden Sozialdemokraten Monika Maire-Hefti und Laurent Kurth einige Stimmen ein, denn sie mussten sich in den letzten Monaten mit Dossiers beschäftigen, die besonders heikel waren. Aber das Verdikt der Wähler ist eher harmlos und als Warnschuss gemeint. Eine gelbe Karte, wenn man so will, wo die Bevölkerung bei früheren Wahlen vielleicht die rote gezückt hätte.

Es brauchte etwas Pfeffer

Neuenburg ist ein Kanton, der oftmals in zwei Teile gespalten ist: den tiefgelegenen Teil mit der Stadt Neuenburg und dem See und den höhergelegenen Teil mit La Chaux-de-Fonds, der drittgrössten Stadt der Romandie, und den umliegenden Bergen. Diese beiden Pole konkurrenzieren sich regelmässig und streiten sich um die Investitionen des Kantons. Wenn ein Franken oben ausgegeben wird, verlangt man unten eine gleichwertige Behandlung und umgekehrt. Diese Ansprüche, das regionale Gleichgewicht zu wahren, sind natürlich keine Hilfe bei der Sanierung des Finanzhaushalts.

Genau diese Spaltung zwischen oben und unten kam im Februar zum Tragen, als über eine Reform des kantonalen Spitalsystems abgestimmt wurde. Während der Staatsrat eine Kon-



Die ganze Kraft: Neuenburger Politiker Ribaux (l.), Favre (M.), Weber-von Kaenel.

zentration der Akutspitäler am Seeufer befürwortete, sorgte die äusserst starke Beteiligung der Bevölkerung der Neuenburger Berge dafür, dass die Pläne der Regierung scheiterten. Das Volk wollte zwei gleich wichtige Standorte beibehalten, einen in Neuenburg und einen in La Chaux-de-Fonds. Die Wählerinnen und Wähler haben also gewissermassen die Kantonsregierung bei der Abstimmung im Februar in die Schranken gewiesen, aber bei den Wahlen am letzten Wochenende haben sie darauf verzichtet.

Letztendlich ist dies ein relativ gesunder Ausdruck der direkten Demokratie: Wenn die Bevölkerung gegen ein Projekt der Regierung ist, sind die Volksinitiative und das Referendum wirksame Mittel, um es zu bekämpfen. Man kann anderer Meinung sein als die Gewählten bei einem bestimmten Thema, aber ihnen trotzdem im Allgemeinen vertrauen bei der Verwaltung des Kantons. Die Neuenburgerinnen und Neuenburger haben es also vorgezogen, ein Team beizubehalten, mit dem sie nicht immer übereinstimmen, anstatt das Risiko einzugehen, neue Leute zu holen, die auch keine Verbesserung der Lage garantieren können.

Die Bevölkerung anerkennt mindestens eine grundlegende Leistung ihrer Regierung: Diese hat es geschafft, dass nach vielen Jahren der Krise wieder Ruhe und Einigkeit eingekehrt sind im Staatsrat. Und die Bürger haben verstanden,

dass die Mitglieder der Regierung schmerzhaft Reformen nicht zum Spass vorschlugen, sondern weil es nicht anders geht.

Obwohl beim Staatsrat die Stabilität obsiegte, machte sich das Volk einen Spass daraus, die Karten im Parlament völlig neu zu verteilen. Es brauchte etwas Pfeffer, sonst wäre es ein gar langweiliges Wahlwochenende geworden. Grosse Siegerin der Wahlen ist die FDP, die acht Sitze gewonnen hat. Sie hat sicher von der Glaubwürdigkeit ihrer beiden Staatsräte profitiert, die mit beeindruckender Stimmzahl wiedergewählt wurden. Bei den Linken hat die Unzufriedenheit eines Teils der Wähler mit den sozialdemokratischen Staatsräten zu einem Stimmengewinn der Grünen auf Kosten der SP geführt. Sie waren nicht an den unpopulären Entscheiden der Regierung beteiligt gewesen und konnten fünf Sitze erobern.

Und die letzte Lektion der Wahlen: der Absturz der SVP, die von ihren zwanzig Sitzen nur neun halten kann. Das ist ein historisch tiefes Resultat für diese Partei seit ihrer Ankunft im Kanton Neuenburg. Die Gründe für diese Niederlage sind angesichts des schwindelerregend steilen Absturzes noch nicht klar eingrenzbar. Handelt es sich um eine verspätete Sanktion wegen des Rücktritts von Yvan Perrin aus dem Staatsrat während der Legislatur infolge von persönlichen Problemen? Der

Wahlkampf der SVP war äusserst chaotisch gewesen mit einem Kandidaten für den Staatsrat, der vor den Wahlen geäussert hatte, er fühle sich nicht wohl in der SVP und würde möglicherweise nach den Wahlen die Partei wechseln. Es ist schwierig für eine Partei, unter solchen Bedingungen das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zu gewinnen.

Zu vieles lastet auf einer Person

Die SVP hat vielleicht zu sehr darauf vertraut, dass die Lancierung einer Volksinitiative, die die inländischen Arbeitnehmer bevorteilt – nach dem Beispiel der Tessiner Initiative –, ausreichen würde, um ihr die nötigen Stimmen zu sichern. Offensichtlich sind die Probleme der Neuenburger SVP grundlegender, und es fällt der Partei immer wieder schwer, neue Persönlichkeiten zu finden, die für ihre Ideen einstehen wollen.

Seit ihrer Gründung bildet ein Mann, Yvan Perrin, das Fundament der SVP Neuenburg. Sein Charisma und sein politisches Gespür haben die SVP in Neuenburg zu einem festen Wert gemacht. Aber eine Partei kann nicht auf einer Person aufbauen, und die SVP kann sich nicht jedes Mal an ihren Schutzengel wenden, wenn sie Probleme hat. Es ist übrigens interessant, dass diejenigen, die Yvan Perrin zu Hilfe rufen und ihn gebeten haben, die Präsidentschaft der SVP Neuenburg wieder zu übernehmen, ihn heute für die Niederlage verantwortlich machen wollen. Die Politik ist oftmals geprägt durch Undankbarkeit: Im vorliegenden Fall ist die Undankbarkeit grenzenlos!

Wie in der vergangenen Legislatur wird es in Neuenburg zu einer politischen Zusammenarbeit kommen zwischen einem Staatsrat mit linker Mehrheit und einem Grossen Rat mit einer rechten Mehrheit. Die Herausforderungen, denen sich der Kanton gegenüber sieht, und die Reformen, die anstehen, sind so anspruchsvoll, dass grosse Übereinkünfte zwischen links und rechts, und insbesondere zwischen der SP und der FDP, unumgänglich sind. Gelingt das nicht, wird es zweifellos zu Blockaden kommen, und der Kanton würde vier Jahre mit nutzlosen Grabenkämpfen verschwenden.

Diese Notwendigkeit, zu einer Übereinkunft zu gelangen, wird noch verstärkt durch eine Besonderheit des Neuenburger Grossen Rats: Eine Vielzahl von Reformen verlangt ein qualifiziertes Mehr von drei Fünfteln der Parlamentarier. Der Staatsrat wird also seine ganze Kraft einsetzen müssen, um eine grosse Mehrheit des Parlaments davon zu überzeugen, die Reformen zu unterstützen, die der Kanton braucht.

Raphaël Comte (FDP) ist Neuenburger Ständerat. Er wurde am 17. Januar 2010 als Nachfolger von Didier Burkhalter mit nur dreissig Jahren ins Stöckli gewählt. Von 2001 bis 2009 gehörte er dem Grossen Rat des Kantons Neuenburg an.

Aus dem Französischen von **Jacqueline Byland**

Bundeshaus

Die Ferienberge der Chefbeamten

Eine geheime Liste des Bundesrates zeigt, dass das Horten von Urlaubstagen unter Top-Funktionären ein beliebter Volkssport ist. Bei der Pensionierung winken saftige Entschädigungen für nichtbezogene Ferien.

Als der Chef des Bundesamtes für Bauten und Logistik, Gustave Marchand, während Jahrzehnten Herrscher über das Immobilienimperium des Bundes, im November 2016 in Rente ging, versüsste ihm der Bundesrat die Pensionierung mit fast 84 000 Franken als Entschädigung für nichtbezogene Ferien, wie der *Tages-Anzeiger* aufgedeckt hat. Marchand hatte fast 60 Ferientage auf seinem Konto. In den Wochen davor war bereits rüchbar geworden, dass auch der Topdiplomate des Bundes, Jacques de Watteville, ein ordentliches Ferienpolster angesammelt hatte.

Derartige Ferienberge dürfte es gemäss den Weisungen des Bundesrates und des Eidgenössischen Personalamtes eigentlich gar nicht mehr geben. Urlaub muss innerhalb einer bestimmten Frist bezogen werden.

Alarmiert durch die Fälle Marchand und de Watteville, hat der Bundesrat deshalb eine Auflistung aller Ferienguthaben seiner Spitzenbeamten verlangt.

Das Geheimpapier trägt den Titel «Zeit- und Ferienguthaben der Topkader der Bundesverwaltung». Sein Inhalt ist besorgniserregend, denn er beweist, dass das Anhäufen von Urlaubstagen bei Chefbeamten fast eine Art Volkssport war. Nun macht der Bundesrat massiv Druck für einen schnellen Abbau von übergrossen Feriensaldos.

Der Spitzenreiter

Absoluter Spitzenreiter unter den hochkarätigen Ferienhortenden ist demnach der Direktor des Bundesarchivs, Andreas Kellerhals. Seine Aufgabe ist die Aufbewahrung des staatlichen Schriftguts. Wie ist es möglich, dass der Herr über die Aktenberge des Bundes in den letzten Jahren keine Zeit fand, um seinen Ferienberg abzutragen? Der 63-Jährige hat bis zum 31. Dezember 2016 mehr als 70 Ta-

ge angehäuft. Der Direktor der Wettbewerbskommission, Rafael Corazza, wäre als 66-Jähriger längst im Pensionsalter. Der Bundesrat hat jedoch 2015 sein Arbeitsverhältnis bis Juli 2018 verlängert. Fast könnte man meinen, dass dies nur deshalb geschehen ist, damit Corazza Ferientage abtragen kann. Er hatte Ende letzten Jahres 62 Tage auf seinem Konto.

Auch der Direktor des Bundesamtes für Gesundheit, Pascal Strupler, weist einen respektablen Urlaubssaldo auf, den es nicht geben dürfte. Strupler hat in den vergangenen Jahren einen veritablen Hügel von 55 Tagen aufgeschüttet. Und in seinem eigenen Departement fragen sich Leute, wie das möglich gewesen sei, wo doch Strupler regelmässig seine Ferien genommen habe.

Und was ist bloss mit den Generalsekretärinnen der SVP-Bundesräte los, die im Vergleich mit den Stabschefs anderer Departements auf den mit Abstand höchsten Ferientage-Überhang kommen? Die Generalsekretärin von Guy Parmelin, Nathalie Falcone, steht mit 42 Tagen zu Buche, diejenige von

Ueli Maurer, Rahel von Kaenel, immer noch mit gut 29 Tagen.

Besserung in Sicht?

Die Betroffenen selber geloben Besserung: So lässt der Direktor des Bundesamtes für Gesundheit ausrichten, er habe derzeit (Ende März) noch einen Überhang von 23,5 Ferientagen. Bereits 2015 sei eine Vereinbarung zwischen ihm und dem Generalsekretariat des Innendepartements über den sukzessiven Abbau von Ferienguthaben getroffen worden. Entsprechend habe BAG-Direktor Strupler bereits Ferien abgebaut und sei daran, weiterhin nach und nach freie Tage zu beziehen.

Hubert Mooser



Gustave Marchand.

Im Departement fragen sich Leute, wie das möglich gewesen sei.

Die rote Tamara

Mit ihren knallharten Forderungen stösst Juso-Chefin Tamara Funicello sogar Genossen vor den Kopf. Die *Weltwoche* hat die bekennende Marxistin beim Zürcher Volkshaus getroffen und dabei eine erstaunlich realistische Frau kennengelernt. Von Wolfgang Koydl und Daniele Kaehr und Maya Wipf (Bild)

Berührungsängste? Keine Spur. Schüchternheit, Komplexe gar? Fehlanzeige. Wie eine Naturgewalt fegt die kleine Frau über den Wochenmarkt am Helvetiaplatz – selbstbewusst, resolut und praktisch nicht zu bremsen. Mit der roten Juso-Fahne in der Hand sieht sie aus, als sei sie geradewegs Delacroix' Gemälde mit der über die Barrikaden stürmenden Madame Liberté entstieg. Das Fotografenteam der *Weltwoche*, das sie zum Fotoshooting mit sozialistischen Requisiten an den denkwürdigen Ort der Zürcher Arbeiterbewegung gebeten hat, hält kaum Schritt mit ihr.

«Volle Kraft voraus», das ist das Motto von Tamara Funicello, seit sie vergangenen Sommer zur Chefin der Schweizer Jungsozialisten gewählt wurde. Immer unter Strom und immer mit einem vorlauten Mundwerk, dem Markenzeichen der gebürtigen Bernerin. Wobei das Klischee von den langsamen Bernern bei ihr nicht stimmt. Da schlägt wohl eher ihr italienisches Erbgut durch: Sie feuert Worte ab wie ein Maschinengewehr Patronen – ratternd schnell und ebenso treffsicher.

Nur wenige Schweizer Politiker verstehen sich so gut auf die Kunst der Provokation wie Funicello – ausser vielleicht Andreas Glarner, wie sie mit diebischem Lächeln anmerkt: «Der ist so was wie die Juso der SVP.» Ist sie populistisch? Ja. Na und? Populismus gebe es in jeder Partei: «Wer nicht populistisch ist, hat nicht begriffen, wie das Spiel läuft.»

Pralinés in Penis-Form

Funicello freilich schafft es, dass auch vielen in der eigenen Partei der Atem stockt. Mal verteilt sie Pralinés in Penis-Form, mal fordert sie die Abschaffung der Grenzen und totale Niederlassungsfreiheit für jeden Erdenbürger. Mal will sie die 25-Stunden-Woche, mal verbrennt sie mit Genossinnen publikumswirk-



«Gegen jede Verschlechterung»: Tamara Funicello.

sam BH. Und stets steht die Überwindung des Kapitalismus im Mittelpunkt. «Wir sind der Dorn im Arsch der SP», meinte sie einmal, «und dieser Dorn darf ruhig ab und zu etwas wehtun.»

Seit ihrer Wahl schmerzt der Stachel noch mehr, und die Mutterpartei rückt weiter nach links. Im europäischen Vergleich waren Schweizer Sozialdemokraten schon immer linker als Genossen anderswo. Für Funicello ist das kein Manko: «Wir erleben eine Polarisierung der Politik, rechts wie links», erklärt sie. Mit bürgerlicher Sozialdemokratie kommt man unter die Räder, wie zuletzt die

Implosion der niederländischen Arbeitspartei bei den Wahlen zeigte. «Aber Syriza in Griechenland, Podemos in Spanien, Corbyn in England und französische Präsidentschaftskandidaten wie Mélenchon und Benoît Hamon stehen alle deutlich links.» Ein realpolitischer Nebeneffekt des linken Juso-Stachels: «Es gibt keine Partei links von der SP.»

Elemente der Erpressung

Auch jene in der SP, die Funicello wohlgesinnt sind, nennen sie naiv, weltfremd und utopisch. Für ihre Gegner ist sie bestenfalls Krawallnudel und Bürgerschreck, schlimmstenfalls eine rote Gefahr. Für mehrheitsfähig hält kaum jemand irgendeine ihrer Forderungen, schon gar nicht im grundsätzlich konservativ gepolten Schweizer Stimmvolk. Warum also feuert sie weiter aus allen Rohren? Verliert sie lieber eine Abstimmung als einen knackigen Slogan?

«Mein Ziel ist es nicht, gewählt zu werden», sagt Funicello bestimmt, nachdem sie die Kaffeetasse wieder abgesetzt hat. «Mein Ziel ist es, etwas zu verändern. Deshalb sage ich Dinge, von denen ich finde, dass sie wichtig sind.» Die provokanten Sprüche dienten als Mittel zum Zweck, um ihre «Positionen ins Licht» zu rücken. «Ich

überlege mir schon, was ich sage», bekräftigt sie. «Ausserdem bin ich per se Optimistin, sonst wäre ich nicht Sozialistin.»

Dass optimistisch nicht gleichbedeutend ist mit blauäugig, sondern untermauert ist von kalkulierten, ja machiavellistischen politischen Erwägungen, zeigt sich, wenn man einige ihrer Radikalforderungen hinterfragt. So ist sie sich natürlich im Klaren, dass eine globale Niederlassungsfreiheit die Armen der Welt in reiche Länder treiben würde – es sei denn, man verbessere die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Migranten. Sie gibt zu, dass ihr Vorschlag Elemente der

Erpressung enthält: «Heute lehnen wir uns zurück und sagen: <Das ist nicht unser Problem.> Wenn wir aber sehen, dass unser Nichtstun konkrete Folgen für uns hätte, ändert sich dies.»

Ähnlich argumentiert sie bei ihrer Forderung nach einem globalen Mindestlohn. «Natürlich ist das utopisch», gesteht sie, «aber die Geschichte wird mir recht geben.» Und wer, bitte schön, soll diesen Mindestlohn umsetzen? Die Uno, irgendeine Weltregierung? «Bei Freihandelsabkommen geht's doch auch, dass sich das Kapital international an verbindliche Regeln hält», schiesst sie zurück. Ausserdem habe die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) «zig Sachen ausgearbeitet» zum Schutz der Werkstätigen. Die brauche man nur umzusetzen.

Ist es nicht ungeheuer frustrierend, ein sozialistisches Paradies zu predigen in einem Land, in dem die Wähler zuverlässig Verbes-

«Der Kapitalismus wird auch nicht – bumm – auf einen Schlag tot sein.»

serungen ihrer Lebenssituationen an der Urne ablehnen – sei's Mehrurlaub oder Mindestlohn? «In der Schweiz leben wir in einem System, das nicht das unsere ist», sagt sie. «Mit diesem Widerspruch muss man als Marxistin klarkommen. Der Kapitalismus wird auch nicht – bumm – auf einen Schlag tot sein.» Was das Stimmverhalten betrifft, so entschieden Schweizerinnen und Schweizer nicht frei von Zwängen: «Es ist doch nicht so, dass sie nicht wüssten, was sie mit mehr Freizeit anfangen sollen», ruft sie empört aus. «Sie haben nur Angst vor Konsequenzen für ihren Arbeitsplatz.»

Feurig wie eh und je

Es wird ein langer Kampf werden um eine bessere Welt. Vorerst kämpfe sie «gegen jede Verschlechterung». Wird ihr revolutionäres Feuer nicht mit zunehmendem Alter – und grösserer Weisheit? – verlöschen? Nein, das glaubt sie nicht. «Als ich mit 22 Gewerkschaftssekretärin wurde, hat man mir gesagt: <Wart ab, irgendwann wirst du müde. Dann ist der Idealismus weg.>» Heute ist sie 27 und nach eigener Einschätzung so feurig wie eh und je.

Markus Somm jedenfalls, der Chefredaktor der *Basler Zeitung*, der ihr prophezeite, dass sie früher oder später «auf unserer Seite landen» werde, solle sich keine grossen Hoffnungen machen. «Ich bin überzeugt, dass wir morgen die Welt verändern», betont Funicello. Dann wickelt sie sorgfältig die Juso-Fahne zusammen wie einen Regenschirm und stülpt ihr ein Plastikkondom über. Ordnung muss sein, auch bei der Weltrevolution. ○

Zuwanderung

Immer diese Yapraks

Seit Jahren müsste eine Familie aus der Türkei die Schweiz verlassen. Doch ihre Unterstützer verhindern die Ausschaffung mit immer neuen Gesuchen. Die Rechtsmittel scheinen unerschöpflich.

Es ist eine Art unendliche Geschichte. Seit sechs Jahren müssten Yasemin Yaprak aus der Türkei und ihre Kinder die Schweiz verlassen. Schon 2011 haben die Behörden festgestellt, dass es sich bei der Familie nicht um Flüchtlinge handelt. Doch statt zu gehen, reichen die Yapraks Gesuch um Gesuch, Beschwerde um Beschwerde ein. Sogenannte Flüchtlingshelfer und die von ihnen bezahlten Anwälte erfinden immer neue Gründe, warum die Familie angeblich nicht in die Türkei zurückkann. Die Behörden weisen diese Eingaben zwar regelmässig ab. Doch die Ausschaffung kann dank der Tricks ihrer Unterstützer immer wieder vereitelt werden.

Nach ihrer Einreise in die Schweiz 2010 begründete Frau Yaprak ihr erstes Asylgesuch unter anderem damit, dass sie und ihre Kinder von häuslicher Gewalt durch ihren Ehemann betroffen gewesen seien. Im April 2011 lehnte der Bund das Gesuch ab. Die Aussagen der Yapraks seien unglaublich. Die Familie wurde ein erstes Mal weggewiesen. Doch diese erhob Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht. Im September 2011 lehnte das Gericht die Beschwerde ab. Im November 2011 reichte die Familie ein neues Asylgesuch ein. Im November 2013 trat der Bund nicht auf dieses Gesuch ein, verfügte erneut die Wegweisung und ordnete deren Vollzug durch den Kanton St. Gallen an; die Familie lebte damals im Ausreisezentrum Seeben SG. Doch die Yapraks legten Beschwerde ein. Im Februar 2014 wies das Bundesverwaltungsgericht auch diese Beschwerde ab.

Ab ins Kloster

Im Frühling 2014 stand die Ausschaffung der Familie unmittelbar bevor. Vollzogen werden konnte diese aber nicht: Im Mai 2014 waren die Yapraks plötzlich aus dem Zentrum Seeben verschwunden. Einige Wochen später tauchten sie wieder auf: im Kloster St. Katharina in Wil. Das Solidaritätsnetz Ostschweiz, ein Zusammenschluss sogenannter Flüchtlingshelfer, hatte die illegale Unterbringung im Gotteshaus organisiert (*Weltwoche* Nr. 37/14). Die Yapraks stellten umgehend ein neues Asylgesuch. Frau Yaprak hatte inzwischen einen neuen Partner und mit diesem mehrere Kinder in die Welt gesetzt. Das neue Gesuch begründete die Familie damit, dass sie wegen der wilden Ehe in der Türkei be-

droht sei. Der Bund wies diese Begründung aber als nicht asylrelevant ab. Doch die Yapraks reichten wieder Beschwerde ein. Das Bundesverwaltungsgericht lehnte diese im April 2015 ab. Das Argument der drohenden Blutrache sei fadenscheinig.

Die Yapraks hätten nun bis zum 5. Mai 2015 ausreisen müssen. Doch sie siedelten stattdessen in eine Wohnung in Wil um, die ihnen ihre Unterstützer vermittelt hatten. Die Helfer lancierten zudem eine Petition zum Verbleib der Familie in der Schweiz, sammelten 400 Unterschriften und reichten diese beim Kanton ein. Weiter starteten sie mit Hilfe mehrerer Zeitungen eine Kampagne gegen die Leitung des Ausreisezentrums Seeben, wo die Yapraks zwei Jahre gelebt hatten. In diesem Zentrum herrsche ein «Hausklima der Angst und Einschüchterung», liess sich Frau Yaprak zitieren. Unter



Gesuche und Beschwerden.

anderem behauptete sie, der Unterricht für schulpflichtige Kinder in Seeben sei «kaum vorhanden» und «ein Hohn». Die Leiter des Zentrums wiesen die Vorwürfe zurück. Die Universität Zürich bescheinigte dem Zentrum später in einem Gutachten eine sehr gute Schulqualität (*Weltwoche* Nr. 28/15).

Im November 2016 reichten die Yapraks ein Wiedererwägungsgesuch ein. Begründet wurde dieses mit dem missglückten Militärputsch in der Türkei im vorangegangenen Sommer. Die Yapraks seien nach einer Rückkehr wegen der gegenwärtigen Vorgänge einem hohen Verfolgungsrisiko ausgesetzt. Der Bund trat aber nicht auf das Gesuch ein. Frau Yaprak sei «einfache Bürgerin». Sie und ihre Kinder hätten in der Türkei keine Nachteile zu erwarten. Die Yapraks erhoben sogleich Beschwerde, unter anderem mit der Begründung, die Interessen der Kinder seien zu wenig berücksichtigt worden. Im letzten Februar lehnte das Bundesverwaltungsgericht auch diese Beschwerde ab.

Doch die Familie Yaprak ist noch immer in der Schweiz. Ihre Unterstützer behaupten nun, die Schweiz habe den Yapraks gegenüber «eine Wiedergutmachungspflicht», wie dem *St. Galler Tagblatt* zu entnehmen war. Offenbar versuchen die Anwälte, der Familie über ein Härtefallgesuch ein Bleiberecht zu verschaffen. Die Rechtsmittel scheinen auch nach insgesamt acht abgewiesenen Gesuchen und Beschwerden nicht ausgeschöpft. *Alex Reichmuth*



Pfadibewegung steht höher im Kurs: Kadenschulung in Mollis GL.

Eine Lanze für die Offiziere

Der Milizoffizier hat seine gesellschaftliche Rolle verloren. Dabei bleibt die militärische Führungserfahrung unverändert wertvoll. Der schleichende Wandel zur Berufsarmee ist zu stoppen.

Von René Zeller

Wer kennt Philippe Rebord? Der knapp sechzigjährige Westschweizer Berufsoffizier trägt drei Sterne auf seinen Schultern. Seit Anfang Jahr ist er Chef der Armee.

Es gibt viel zu tun für Korpskommandant Rebord. Das Umbauprojekt «Weiterentwicklung der Armee» (WEA), über das im Parlament jahrelang gestritten worden ist, soll endlich flügge werden. Im Rüstungsbereich klaffen eklatante Lücken, nicht nur die Luftwaffe droht zur musealen Truppengattung degradiert zu werden. Und nicht zuletzt muss sich der Armeechef mit seinen wichtigsten Verbündeten arrangieren: den Milizoffizieren.

Auf dem Rückzug

Man muss keine Umfragen oder Studien bemühen, um zu konstatieren, dass sich der Milizoffizier auf dem Rückzug befindet. Das ist allein schon der personellen Schrumpfkur geschuldet, der die Armee seit dem Mauerfall von 1989 unterworfen ist. Wer heute eine Offiziersschule absolviert, stösst mit der Brevetierung zu einer «specie rara». Damit einher geht eine schleichende Marginalisierung auf vier Terrains.

Erstens: Die Armee selber stempelt die Milizoffiziere zu Nebendarstellern. Die Armee-reform 95 und die kurz darauf nachgeschobene Armee-reform XXI haben die Chancen von Milizionären, höhere Kommandofunktionen zu

übernehmen, drastisch verschlechtert. Die Berufsoffiziere, die naturgemäss auf den Karrierespinnen nach oben drängen, sind klar im Vorteil. Die militärischen Milizverbände haben in den letzten Jahren versucht, Gegensteuer zu geben. Ohne sichtbaren Erfolg.

Zweitens: Auf dem politischen Parkett hat die Armee längst nicht mehr den Rückhalt wie noch zu Zeiten des Kalten Kriegs. Früher sassen in den Militärkommissionen der eidgenössischen Räte Schwergewichte wie Carlo Schmid, Helmut Hubacher, Adolf Ogi, Jean-Pierre Bonny. Christoph Blocher hielt als Parlamentarier die Tradition von anno dazumal aufrecht, dass es sich für einen erfolgreichen Unternehmer gezieme, gleichzeitig als Nationalrat und Regimentskommandant zu wirken. Heute muss man im Bundeshaus die sicherheitspolitischen Überzeugungstäter, die einen mit militärischer Erfahrung gefüllten Tornister am Rücken tragen, unter Einsatz einer Lupe suchen. Sinnbildlich ist auch, dass auf der Liste der zahllosen parlamentarischen Interessengruppen das Stichwort «Armee» fehlt. Friedensförderung, Feuerwehr und Pfadibewegung stehen höher im Kurs.

Drittens: Vorbei sind die Zeiten, als sich aus dem Kader von Grossbanken und Versicherungen ganze Regimentsstäbe rekrutieren liessen. In den Teppichetagen der Wirtschaft ist die

militärische Führungserfahrung längst kein zwingender Anstellungsgrund mehr, wie Feldforschungen aufgezeigt haben. Eine Erhebung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften bei 457 Berufs- und Milizoffizieren ergab 2016 zwar, dass die Befragten der militärischen Führungsausbildung immer noch einen hohen Nutzwert im zivilen Berufsalltag beimessen. Aber ausländische CEOs und auch viele Personalchefs stimmen nicht mehr in dieses Loblied ein.

Viertens: Der gesellschaftliche Stellenwert des Offiziers erodiert, in der Langfristperspektive sogar eklatant. In den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurden in Heiratsanzeigen nicht selten schneidige Kavaliere im Offiziersgewand gesucht. General Guisan blieb nach dem Zweiten Weltkrieg noch lange ein Idol, Regiments- und Bataillonskommandanten waren immerhin Respektspersonen. *Tempi passati.*

Belächelt statt beklatscht

Es ist höchste Zeit, eine Lanze für den Milizoffizier zu brechen. Warum wagt kaum mehr jemand zu sagen, dass die Bereitschaft, militärisch Verantwortung zu übernehmen, ein lobenswerter Effort zugunsten des Gemeinwesens ist? Warum mangelt es an Politikerinnen und Politikern, die sich dem Mainstream widersetzen und nicht nur in Sonntagsreden

für eine starke Milizarmee entstehen? Warum werden angehende Offiziere belächelt oder gar angefeindet, nicht aber beklatscht? Mit Verlaub: Deren Leistungsbereitschaft zugunsten des Gemeinwesens ist nicht elitär, sondern respektheischend.

Macht die Armee genug, um Gegensteuer zu geben? Im Februar dieses Jahres skizzierte der neue Chef der Armee in Kriens an einem internen Anlass von Generalstabsoffizieren – genannt «Korpsgeist» – erstmals seine Prioritäten. Korpskommandant Rebord forderte nicht nur, dass materielle Mängel (Luftwaffe) zügig zu schliessen und die Attraktivität des Zivildienstes einzugrenzen sei. Er rief die Anwesenden auch dazu auf, an den Offiziersstolz appellierend, die Reihen zu schliessen und die anstehende Armeereform vorbehaltlos umzusetzen: «Wir, die Offiziere, sind die ersten Verteidiger der Soldaten.»

Zu verteidigen gilt es die Soldaten allerdings nicht dergestalt, dass die Rekrutenschule möglichst weich zu wattieren ist. Korpskommandant Daniel Baumgartner, der die Teilstreitkraft Heer führt, sprach unlängst öffentlich von Jokertagen für Rekruten, von physischen Erleichterungen im Ausbildungsalltag auch. Mit Zückerchen ist der jungen Generation nicht gedient. Sie will wie frühere Generationen gefordert werden, nicht gehätschelt. In die richtige Richtung zielt demgegenüber die Absicht, angehenden Offizieren und Unteroffizieren Ausbildungsgutschriften auszurichten. Mit solchen Massnahmen verteidigt der neue Armeechef die Soldaten, die mehr zu leisten bereit sind als andere.

Zerstrittene Milizverbände

Selbstredend liegt es aber nicht an den Berufsmilitärs allein, Milizkadern den Rücken zu stärken. Auch die Milizverbände müssen dringend über die Bücher. An ihnen läge es, den unzweifelhaft bestehenden Wert der militärischen Führungsausbildung und die Funktion der Armee als Klammer nationaler Identität wieder stärker in den Vordergrund zu rücken. In diesem Kontext kommt ihnen die noble Aufgabe zu, höhere Offiziersränge nicht kampfflos dem Instruktionkorps zu überlassen. Es wäre fatal, wenn der schleichende Wandel zur Berufsarmee fortschreiten würde.

In den letzten Jahren aber legten sich die Offiziersgesellschaften gleichsam selber lahm. Bei der Ausgestaltung der WEA-Reform waren sie heillos zerstritten, im Abstimmungskampf um den Kampfjet Gripen waren sie kein Faktor. Auf Milizoffiziere, die sich in Grabenkämpfen verheddern und so die gemeinsame Sache – eine konzeptionell glaubwürdige, zeitgemäss ausgerüstete Armee – aus den Augen verlieren, kann niemand stolz sein.

Der Autor war Major der Artillerie und Medienoffizier im Stab Feldarmekorps 4.

Militär

«Grosse Stärke unserer Armee»

Der Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft (SOG), Stefan Holenstein, fordert mehr Herzblut für das Milizprinzip.

Herr Holenstein, die Armeereformen seit 1995 haben die Miliz nicht gestärkt. Ist die Milizarmee ein Auslaufmodell?

Nein. Das Milizprinzip ist die grosse Stärke unserer Armee. Man muss den Milizkern wieder stärken, und vor allem sollten die Armeepaner stärker auf die Miliz hören.

Geht die anstehende Armeereform WEA in die richtige Richtung?

Ja. Die SOG hat sie mitgetragen. Wir wollen mit der WEA auch die Milizverträglichkeit verbessern. Im Wettstreit um Talente muss die Armee vor allem bei Maturanden und angehenden Studenten punkten. Wichtig ist zudem, dass bei den hohen Offizierschergen die Miliz wieder stärker berücksichtigt wird.

Milizionäre beklagen, mit der WEA werde die Asymmetrie zwischen der von Profis bestückten Armeezentrale und der schrumpfenden Milizarmee noch grösser.

Nicht unbedingt. Man baut ja auch bei der Administration ab. Aber die Armeestruktur ist trotz sinkenden Beständen nicht einfacher geworden. Es ist deshalb nicht opportun, bei den höheren Stabsoffizieren markant abzubauen.

Sind die geplanten Korrekturen im Ausbildungsbereich geeignet, das Verhältnis von Armee und Wirtschaft zu verbessern?

Es sollen echte Anreize geschaffen werden. Die geplanten Ausbildungsgutschriften für Unteroffiziere und Offiziere erachte ich als eine hervorragende Neuerung. Auch eine verbesserte Koordination mit Universitäten und Fachhochschulen ist zielführend.

Die Milizverbände sind zerstritten. So schwächen sie die Position der Armee.

Das muss man relativieren. Die Pro Militia als konservativ orientierte Organisation ist willens, die WEA konstruktiv zu begleiten. Nur noch die – heute marginale – Gruppe Giardino befindet sich auf Kollisionskurs.

Wird die SOG überhaupt noch gehört in Bern?

Wir haben in den letzten vier Jahren unsere Vorstellungen zum WEA-Projekt

aktiv eingebracht und wichtige Korrekturen erwirkt. Jetzt geht es um die Umsetzung der WEA, der Tatbeweis steht an. Wir fordern dezidiert, dass die Milizverbände eng einbezogen werden. Wir wollen Einsitz nehmen in den wichtigen Organen und in Begleitgruppen.

Wie lauten Ihre Kernforderungen?

Wir werden auf die Milizverträglichkeit pochen. Zudem ist die Armee personell und materiell so zu alimentieren, dass sie funktionsfähig bleibt. Wir haben jetzt schon zu wenig Personal, bei Kadern und Soldaten. Beim Zivildienst, wo heute faktisch Wahlfreiheit herrscht, müssen wir zurückbuchstabieren. Zudem wird das

Budget von fünf Milliarden Franken nicht reichen, um längerfristig die nötigen Beschaffungsvorhaben zu realisieren.

Allein der Wunschkatalog der Luftwaffe ist sehr ambitiös. Wollen Sie mehr Geld?

Absolut. Wir brauchen dringend neue Kampfjets in nötiger Anzahl. Wir wollen keine Alibiübung.

Die SOG will siebzig neue Kampfflugzeuge.

Das fordern wir seit langem. Dazu kommt das sistierte Luftabwehrprojekt Bodluf. Auch beim Heer, bei der Artillerie, sind Modernisierungen unabdingbar, zudem benötigt die Armee neue Radschützenpanzer. Zeitgemässe Kommunikationsmittel müssen beschafft werden, die Cyberabwehr bedingt Investitionen. Dafür reichen fünf Milliarden Franken nie!

Bundesrat Ueli Maurer war als Verteidigungsminister ein glühender Verfechter der Milizarmee. Spüren Sie bei Nachfolger Guy Parmelin das gleiche Feuer?

Wir schätzen Bundesrat Parmelin als Gesprächspartner, er hat ein offenes Ohr für die Miliz. Wünschbar wäre aber, dass er den Milizgedanken stärker propagiert. Die SOG kritisiert die Kommunikation des Verteidigungsdepartements nicht nur in diesem Kontext. Es wird zu passiv kommuniziert.

Stefan Holenstein, 55, ist Oberst im Generalstab. Der gebürtige Zürcher präsidiert seit einem Jahr die Schweizerische Offiziersgesellschaft.

Interview: René Zeller



Stefan Holenstein.

Power aus der Provinz

Die Energiewende findet auch auf dem Dach des Feuerwehrdepots von Herbetswil SO statt. Denn der Gemeindepräsident prägt die Energiepolitik mit: CVP-Nationalrat Stefan Müller-Altermatt.
Von Markus Schär

Der Gemeindepräsident rollt lautlos im Renault Twizy an, als der Besucher aus dem Postauto steigt. Willkommen in Herbetswil SO: 542 Einwohner, 16 Quadratkilometer Fläche, davon zwei Drittel Wald. An der Kreuzung mit dem Postautohalt steht ein Kreuzifix, im Bauerngarten lockt ein Wildbienenhotel, am Sonnenhang glitzert ein Solarpanel auf einem Scheunendach. Und quer über das Dorf und die Juraketten zieht sich die Hochspannungsleitung, die den Strom von den Grimselwerken nach Basel führt.

«Herbetswil im tiefen Schnee, 6. März 2006» zeigt das

Foto, das im etwas grossgerateten Gemeindehaus das Büro des Präsidenten zielt. Es hängt noch vom Vorgänger da; der jetzige Amtsinhaber kämpft auch für eine strenge Klimapolitik. Stefan Müller-Altermatt, 40, zog ins Dorf, ins Elternhaus seiner Frau, als vor zwanzig Jahren das erste von inzwischen vier Kindern zur Welt kam. Er baute als Doktorand in Biologie den Naturpark Thal auf, dank dem die Region nach dem Niedergang der Eisenwerke von Von Roll eine Zukunft bekommen sollte. Er willigte ein, als ihn zwei Männer an der Türe fragten, wie es mit der Schulkommission wäre: «Als sie gingen, sagten sie dann noch, es sei übrigens für die CVP.» Und er bot sich an, als Herbetswil 2009 einen neuen Gemeindepräsidenten brauchte.

Lösung in der Wüste

«Ich nehme dieses Amt extrem ernst», versichert Stefan Müller-Altermatt in seinem kargen Büro. «Es gibt mir auch viel.» Er bittet den Reporter deshalb: «Sie können über mich so böse schreiben, wie Sie wollen – aber kein schlechtes Wort über das Dorf.» Denn das würde seine weniger kritikgestählten Mitbürgerinnen und Mitbürger treffen, mit denen er sich bestens versteht. Die 430 Stimmberechtigten wählten ihn vor vier Jahren bei nur acht leeren Linien ohne Gegenstimme wieder, was – wie der Präsident witzelt – zur Anfrage des nordkoreanischen Herrschers Kim Jong-un für eine Weiterbildung führte. Und auf den 265 Wahlzetteln bei den Nationalratswahlen 2015 stand sein Name 311-mal, also auf der Mehrheit der Listen in der Gemeinde doppelt.



«Historische Chance»: Politiker Müller-Altermatt.

«Ich lerne in Herbetswil für Bern, nicht umgekehrt», betont der Nationalrat. Der bescheidene Provinzler, der weiter in seinem Herkunftsort Wolfwil «vor em Bär» im Musikverein Konkordia Waldhorn spielt und für diesen Musikverein Berichte in der Lokalzeitung schreibt, gewinnt aber auch im Bundeshaus immer mehr an Gewicht. Er führte den Nationalrat als Kommissionssprecher durch die langwierige Debatte zur Energiestrategie

«Ich lerne in Herbetswil für Bern, nicht umgekehrt.»

2050. Er leitet jetzt die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie. Er sitzt im Komitee für das Energiegesetz, über das wir am 21. Mai abstimmen. Und er denkt als Vizepräsident auch über die Zukunft der CVP Schweiz nach. So schrieb er nach den Wahlen 2015 ein «Plädoyer für eine neue Mitte-Partei»: Nach dem Misserfolg von CVP, BDP, GLP und EVP bietet sich «eine historische Chance, die Mitte zusammenzuführen» – zu einer neuen Partei namens «Die Moderaten».

Zur Karriere in Bern kam es so: «Ich habe mich zwei Tage vor dem Erdbeben in Japan an einer Podiumsveranstaltung vor 70 Zeugen entgegen der Mehrheitsmeinung meiner Partei gegen den Bau neuer Atomkraftwerke ausgesprochen», schrieb der damalige Kantonsrat aus Herbetswil am 19. März 2011 in einem Leserbrief im *Oltner Tagblatt*. «Der Vorwurf, ich

sei ein Populist oder ein Opportunist, ist also nichtig.» Die Schweiz müsse aus der Atomkraft aussteigen, forderte Stefan Müller-Altermatt, allerdings liessen sich die Atomkraftwerke leider kaum durch erneuerbare Energien ersetzen: «Die Sonne scheint zu inkonstant, und das Potenzial der Windenergie ist vernachlässigbar – selbst dann, wenn wir den Jurabogen mit Tausenden Windrädern zupflastern, gewinnen wir keine Bandenergie.» Deshalb finde sich eine Lösung nur jenseits der Grenzen des Nationalstaates – in der Wüste: Europa müsse Libyens Gewaltherrscher Gaddafi beseitigen und Nordafrika befrieden, nicht mit Waffen, sondern

mit Investitionen in die Solarindustrie, nämlich in das Megaprojekt Desertec in der Sahara.

Dann zwang CVP-Bundesrätin Doris Leuthard ihre Partei zur Energiewende. Und vor allem packten die Sozialdemokraten die Chance, CVP und BDP zur Koalition zu nötigen: Wer die Mitte-links-Mehrheit im Bundesrat mit Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) retten wollte, der musste auch für den Atomausstieg stimmen. So schaffte der einstige Dissident Stefan Müller-Altermatt im Oktober 2011 die Wahl, als «erster Nationalrat aus dem hinteren Dünnerntal», wie ihn die *Solothurner Zeitung* feierte. Auch im Bundeshaus wolle er sich für eine nachhaltige Entwicklung von Ökologie, Wirtschaft und Gesellschaft einsetzen; das sei «in Kombination mit einer wertkonservativen Grundhaltung» auf dem Land, also im Bezirk Thal, mehrheitsfähig.

Die Herbetswiler stimmten denn auch im Dezember 2012 für eine Solaranlage auf dem Dach des Feuerwehrmagazins. «Projekte wie dieses sind in ihrer Summe die Energiewende, um die gestritten wird», schwärmte ihr Präsident im *Tages-Anzeiger*. «Es ist Zeit für Taten.» Viel mehr ist allerdings in Herbetswil seither nicht geschehen. Solarpanels finden sich nur noch auf zwei Scheunen und einigen Eigenheimen, und Windräder möchte auch der Vater des Naturparks nicht auf den Juraketten sehen: «Im Berner Jura gibt es viel günstigere Standorte.» Das grösste Projekt ist ein Wärmeverbund mit Holzschnitzelheizung, beliefert aus den Wäldern rund um das Dorf: «Nicht einmal so können wir aber bei den Kosten mit

dem Öl aus Libyen und Aserbaidschan mit-halten.» An Sonnentagen, wenn niemand Strom brauche, sei die Gemeinde ein Netto-produzent, scherzt der Präsident. Die Autarkie anzustreben, wäre aber «bireweich».

«Der schlimmste Subventionsjäger»

Dabei würden die Herbetswiler ihrem Präsi-denten bei aller Beliebtheit auch kaum folgen: «Ich verliere relativ viele Abstimmungen.» Die Gemeinde mit zehn Prozent Ausländern, da-von dreissig Deutsche und nur ein Mann aus dem Balkan, stimmte mit 63 Prozent für die Masseneinwanderungsinitiative. Sie schmet-terte die «grüne Wirtschaft» mit 33 zu 118 (79 Prozent) und die Energiesteuer mit 3 zu 152 (98 Prozent!) Stimmen ab. Und sie sprach sich auch mit 78 Prozent gegen die Atomausstiegs-initiative der Grünen aus – ausnahmsweise zusammen mit ihrem Präsidenten, der sich von seinen Gesinnungsgenossen beschimpfen lassen musste, weil er den schnellen Ausstieg aus der Atomkraft für unrealistisch hält.

Für die Energiewende aber kämpft Stefan Müller-Altermatt, selbst wenn sich seine Träu-me vom Solarstrom aus der Wüste zerschlagen haben: «Ich lernte, dass wir in den Alpen fast so gute Bedingungen haben wie in der Sa-hara.» Der Naturwissenschaftler weiss natür-lich, dass mit dem unzuverlässigen Flatter-strom aus Solarpanels noch nichts gewonnen ist, aber er hofft auf den Fortschritt der Spei-chertechnologie. Und vor allem schimpft er, im Energiesektor herrsche Krieg. Als Anführer sieht er Politiker, die die Kohle retten wollen, wie Senator Rob Portman aus Ohio – dessen Vorfahren aus Herbetswil nach Amerika aus-wanderten. «Wir haben im Energiesektor kei-nen Markt, pro Minute fliessen 10 Millionen US-Dollar an Subventionen für fossile Ener-gieträger», rechnet der Nationalrat vor. Also gehe es auch in der Schweiz nicht «ohne ein Mü Protektionismus».

Das brächte auch Geld für Herbetswil. Die Solaranlage auf dem Feuerwehrmagazin lie-fert bis zu 150 Kilowatt, wenn denn wirklich die Sonne scheint. «Für die Kilowattstunde bekommen wir vier Rappen», sagt der Ge-meindepräsident, «so guet wie nüüt.» Wenn das Volk das Energiegesetz samt Ausbau der Kostendeckenden Einspeisevergütung an-nähme, würde das Herbetswiler Projekt aber in den Fördertopf rutschen: «Wir bekämen endlich die Subventionen, die ich den Bürgern versprochen habe.»

Deshalb deponiert Stefan Müller-Altermatt eine letzte Bitte an den Reporter. Die *Basler Zeitung* bezeichnete ihn – im Gegensatz zu vielen Kollegen im Komitee für das Energie-gesetz, die persönlich davon profitieren – als Überzeugungstäter. «Dabei bin ich der schlimmste Subventionsjäger; ich will das so in der *Weltwoche* geschrieben haben.» Bitte sehr. ○

Verkehr

Endstation «Grosser Bruder»

Mein Albtraum vom autonomen Fahren: Das Auto wechselt allmählich vom Objekt- in den Subjektstatus.

Von Gottlieb F. Höpli

Meistens ist es so: Erst kommt die Sache. Dann das Wort dazu. Der Mensch konnte ja nicht von einem Messer reden, bevor er herausfand, dass man die scharfe Kante eines Steins zum Schneiden benutzen konnte. Den man dann eben seit der Steinzeit «Messer» nannte: «schneidender Stein». Manchmal dauert es aber auch ziemlich lange, bis die Sache zum Begriff kommt. So ein Fall ist das Automobil, ziemlich künstlich aus dem altgriechischen *autós* (selbst) und dem lateinischen *mobilis* (beweglich) zusammengesetzt. 1885 setzte Carl Benz mit dem «Patent-Motorwagen Nummer 1» in Mannheim das erste moderne «Selbst-Fahr-zeug» mit Verbrennungsmotor in Gang. Nicht ahnend, dass das neueste Auto des Jahres 2010 eine zehnstellige Nummer würde tragen müs-sen. Weil der Automobilbe-stand dann nämlich weltweit die Grenze von einer Milliarde überschreiten würde.

Aber noch immer war es während langer Zeit mit dem «selbst» nicht weit her. Es bedeutete lediglich, so die bald hundertjährige, aber immer noch zutreffende Definition des Freiherrn Löw von und zu Steinfurth, dass wir es mit einem Fahrzeug zu tun haben, «das die zu seiner Ortsveränderung dienende Ener-giequelle in sich trägt».

Geringe Begeisterung des Publikums

Ein bescheidenes Selbst also, mit mehr Objekt- als Subjektcharakter. Und die Befehle, das moderne Objekt zu bewegen, waren kaum we-niger mühsam zu erteilen als bei einer Pferde-kutsche – im Gegenteil: Zuruf oder sanftes Be-wegen der Zügel waren in den Anfängen gewiss deutlich effizientere Willensbekun-dungen als das Ankurbeln des Verbrennungs-motors, das mühsame Drehen des Lenkrads oder das Anziehen der Bremsen.

Heute jedoch wechselt das Auto allmählich vom Objekt- in den Subjektstatus. Assistenzsys-teme, die das Lenken, Bremsen, Einparken und sogar das Auffinden des Ziels erleichtern oder teilweise sogar schon selbständig übernehmen, sind erst der Anfang. Immer näher rückt der Zeitpunkt, zu dem der Fahrer nicht mehr Herr des mobilen Geschehens sein wird. Zu dem er als Lenker überflüssig, zum gewöhnlichen Pas-sagier zurückgestuft wird. Das «autonome Fahren» schreibt die Autonomie nicht mehr dem Fahrer, sondern dem Fahrzeug zu.

Mich erstaunt, dass der Wechsel des Fahrers in den Objektstatus als epochaler Fortschritt in der Geschichte der Menschheit gepriesen wird. Zumindest von den Experten und der Wer-bung. Nur das Zielpublikum, also die Subjekte, die das Steuerrad loslassen sollen, ist deutlich weniger begeistert. Während doch keine Auto-seite in der Zeitung auf das Lob des autonomen Fahrens verzichten mag. In jeder Ausgabe. Aber die Automobilisten bleiben, zur Verzweiflung von Verkehrs- und Energiepolitikern, störrisch. Sie wollen autonom sein und darüber hinaus sogar der über ein Jahrhundert alten Energie-quelle, dem Verbrennungsmotor, treu bleiben. Die enthusiastischen Pläne der Energiewender finden in den Statistiken über das Kaufverhal-ten der Automobilisten bisher wenig Resonanz.



Intelligenz eines Fahrzeugs.

Die geringe Begeisterung des Publikums für alternative Antriebssysteme und steigen-de Autonomieansprüche der neuesten Automodelle hat wohl auch mit dem Tunnel-blick heutiger wissenschaftli-cher Prognosen zu tun, die in der Regel immer nur eine Pers-pektive kennen: die lineare

Fortschreibung oder gar die Extrapolation des Bekannten. Was, wenn moderne Level-5-Autos («kein Fahrer erforderlich») aufgrund der ihnen bekannten Reisegewohnheiten des Passagiers bald einmal selber bestimmen wollen, wohin die Reise gehen soll und auf welcher Strecke? So, wie Algorithmen heute schon zu wissen glauben, welches Buch ich als Nächstes lesen, welche Informationen ich zur Kenntnis nehmen werde. Oder wenn das selbstbewusste Fahrzeug sich weigert, Passagiere mit Übergewicht, Alkohol- oder Nikotinfahne zu transportieren, weil es mit den neuesten Daten des Bundesamtes für Gesundheit gefüttert wurde? Oder sich ganz einfach weigert, loszufahren, weil auf der Um-fahrung der Stadt XY der CO₂-Ausstoss auf-grund der neuesten Klimaschutzverordnung als zu hoch deklariert wird?

Da wird der Automobilist dann womöglich zum Selbstdenker und beschliesst: «Solange ich die Wahl habe, bleibe ich lieber selbst der Chef.» Aber auch Mitleid mit dem Automobil ist angebracht, das sehr rasch kein Selbst-Fahr-zeug mehr sein wird. Weil dann bereits nicht mehr die technologische Intelligenz des Fahr-zeugs bestimmen wird. Sondern ein «Grosser Bruder», irgendwo an einem Schreibtisch in Bern. Oder in Brüssel.

Wer hat Angst vor Kiko und Boro?

Sie waren die einzigen Schwarzen im Dorf, Behörden- und Lehrerschrecke. Dann wurden sie mit irrwitzigem Mundart-Rap bekannt. 2014 verhalfen sie dem legendären jamaikanischen Bob-Team zu einem Comeback bei Olympia. Heute kennt in St. Gallen jeder die Hernandez-Brüder. *Von Rico Bandle und Manuel Rickenbacher (Bild)*

Es war ein kleiner Skandal in St. Gallen: Das Kulturamt hatte für ein Mundart-Rap-Projekt zweier junger Einwanderer aus der Dominikanischen Republik ein paar tausend Franken gesprochen. Man dachte wohl, etwas Gutes für die Integration zu tun. Doch dann lag die CD vor. Darauf zu sehen waren zwei bullige schwarze Jungs in Anzug und Krawatte, die in einem altherwürdigen Raum vor einer Schweizerfahne sitzen. «Päch für d Schwiz» stand darauf geschrieben. Auf der Rückseite waren der Hintern und die Beine einer Frau abgebildet, dazu der lachende Kiko – und das Logo des kantonalen Kulturbüros.

Begegnung mit Jodelkönigin Kaelin

Natürlich gab es Beschwerden. Die Beamten kamen in Erklärungsnot. Wie kann man aus Steuergeldern so etwas Sexistisches und Primitives unterstützen? Für die nächste CD gab es dann kein öffentliches Geld mehr. Seither aber liefern die beiden Rapper regelmässig Stoff für kuriose Schlagzeilen in den Gratismedien: «Musiksender boykottiert Kiko & Boro-Video», «Kiko und Boro managen das jamaikanische Bob-Team», «Kiko und Boros Wok-Rodler gewinnen bei Stefan-Raab-Show». Dazu gehören die obligaten Gangster-Posen mit teuren Autos und grossbusigen Frauen. Als wollten die beiden der Ausländer-Kriminalstatistik die Ehre erweisen, bei der die Dominikanische Republik ganz oben steht.

Besonders für Aufsehen sorgte das Bruderpaar vor ein paar Jahren in einer SRF-Sendung, wo es Schlagerlegende und Jodelkönigin Monika Kaelin besuchte. Kaelin war am Ende von den harten Jungs dermassen begeistert, dass sie sich persönlich für deren Einbürgerung einsetzen wollte.

Frank und Boris Cabrera-Hernandez, so ihr bürgerlicher Name, schlagen für ein Treffen das Restaurant «Gschwend» in St. Gallen vor, ein traditionelles Lokal im Stadtzentrum mit Bäckerei und Café. Das Personal begrüsst die beiden sichtlich erfreut, der Chef kommt ebenfalls zur Begrüssung vorbei. Man kennt sich hier. Auch als wir später durch die Stadt spazieren, stossen die beiden ständig auf Bekannte. «St. Gallen ist halt ein Dorf», sagt Frank. Doch nur an der Kleinräumigkeit liegt es nicht: Die beiden sind äusserst gesellig, erweisen sich als witzige und schlagfertige Gesprächspartner.

Wo Kiko und Boro auftauchen, da wird viel geredet, viel gelacht, da ist es nie langweilig. «Weisst du», sagt Frank (Kiko), «wir haben



«Mini Fründin isch i de Branche»: Rapper-Duo Kiko und Boro.

zwei Sorten von Fans: jene mit einem IQ unter 90, die unsere Gangsterrap-Posen ernsthaft geil finden, und jene mit einem IQ über 110, die den Witz dahinter verstehen. Jene dazwischen empören sich über uns.»

Frank, 31, und Boris, 33, waren sechs und acht Jahre alt, als sie von Santo Domingo nach Hefenhofen zu ihrer Mutter zogen, die mit ihrem Schweizer Mann bereits im Thurgau wohnte. Kaum waren die Kinder eingezogen, suchte der Stiefvater das Weite, hinterliess

nichts als Schulden. Die Mutter, die nur wenig Deutsch sprach, war mit ihren drei Söhnen und der Tochter auf sich allein gestellt.

Wann immer etwas passierte im Dorf – Vandalismus, Diebstahl, Gewalt –, richteten sich die Blicke auf die Hernandez-Brüder. Dauernd hatten die Jungs mit der Polizei zu tun. Die bulligen, dunkelhäutigen Brüder dürften zwar alles andere als Unschuldslämmer gewesen sein, doch oft erwies sich der Verdacht als unbegründet. Schlimmer als das Misstrauen

von Polizei und Behörden war, dass die Familie ungewollt in die Fänge der Sozialindustrie geriet. Das Sozialamt erwog gar, der Mutter einen Jungen wegzunehmen, da sie als arbeitende, alleinerziehende Frau überfordert sei. Sie bot an, nicht mehr zu arbeiten, doch das wollte man auch nicht.

Nach dem Umzug nach Amriswil entschieden die Schulbehörden, die drei Brüder auf drei Schulhäuser zu verteilen – die geballte Hernandez-Ladung wollte man keiner Schule zumuten. Über ein Jahr lang musste die Familie jeden Mittwochnachmittag nach Frauenfeld zur Jugendanwaltschaft, um Bericht zu erstatten. Gemäss den Brüdern ohne jeglichen Grund. «Zufälligerweise lernte meine Mutter eine Anwältin kennen, die Spanisch sprach. Sie kam dann einmal mit nach Frauenfeld, redete mit den Behörden, plötzlich mussten wir nicht mehr hin», erzählt Boris.

Jeden Samstag kam ein Sozialarbeiter bei der Familie vorbei. «Das war ein netter Mann. Was er bei uns machte, habe ich nie begriffen. Er musste einfach seine Stunden absitzen», sagt Frank. Boris: «Ich bin diesen Leuten nicht böse. Einige meinten es ja gut.» Frank widerspricht: «Ich schon. Wie man uns da behandelt hat, das war zum Teil wirklich bösartig. Die haben es voll ausgenutzt, dass sich meine Mutter nicht wehren konnte.»

Mama steht über allem

Die Familie zog nach St. Gallen. Frank war ein guter Sekundarschüler, schaffte es an die Wirtschaftsmittelschule (WMS). Boris hingegen wurde wegen einer Schlägerei vorzeitig aus der Sekundarschule geschmissen, «völlig zu Unrecht», wie er beteuert. Er ging dann auf den Bau arbeiten.

Mitten im Gespräch stösst Mutter Maria zu uns. Eine stolze, ältere Dame, die ein Leben lang für ihre Kinder geackert hat. Erst in der Fabrik, dann bis zur Pensionierung als Putzkraft in einem Altersheim. Sie ist froh, dass der Journalist Spanisch versteht. Die zwei Söhne himmeln sie an. «Sie war immer sehr streng mit uns», sagt Frank. Er erzählt, wie schockiert er war, als er als Kind einen Schweizer Schulfreund besuchte. Die Mutter sei ins Zimmer gekommen, da habe der Freund sie einfach weggewiesen. «Geh weg, wir wollen allein sein!» Er sei völlig verblüfft gewesen. «Ich konnte nicht glauben, dass man so respektlos mit der eigenen Mutter redet. Ich hätte mich das nie getraut.» Es sei für ihn und Boris auch völlig klar gewesen, dass sie die Mutter finanziell unterstützten, sobald sie eigenes Geld verdienten.

Es war ein grosses Glück für Frank, dass er nach Abschluss der WMS eine Anstellung beim schrillen Luxusuhren-Händler und Party-Veranstalter Antonio Piredda fand. Für Piredda reiste er mehr als zehn Mal nach Hongkong, er sah die Welt, knüpfte Kontakte. Piredda erkannte Franks künstlerisches Talent und wurde

zum grossen Förderer von Kiko und Boro, die oft unter dem Namen «361 Grad» auftreten. Via Piredda kamen die Brüder auch zum jamaikanischen Bob-Team, bekannt aus dem Film «Cool Runnings», dem sie ein vielbeachtetes Comeback an den Olympischen Spielen in Sotschi ermöglichten. Die beiden brachten die Team-Mitglieder zusammen, suchten Sponsoren, trieben einen Occasions-Bob auf, sorgten dafür, dass das Team im Vorfeld genügend Rennen absolvierte, um sich für die Spiele zu qualifizieren. Noch verrückter wird die Geschichte, wenn man berücksichtigt, dass Frank über seine Berner Freundin mit dem Bob-Olympiasieger Edy Hubacher (Sapporo 1972) befreundet ist. Hubacher reiste sogar schon einmal mit der Hernandez-Familie in die Dominikanische Republik.

Wir haben mittlerweile ins «Café Restaurant Neugass» gewechselt, sitzen an dem warmen Frühlingstag auf der wunderbaren Terrasse. Auch hier scheinen alle Frank und Boris zu kennen. Einige Leute setzen sich zu uns an den Tisch. Die Geschichten sprudeln bei den Brüdern nur so. Und immer mal wieder fragt man sich, ob alles wahr sein kann, was sie erzählen.

Das Cover für «Päch für d'Schwiz» sei im Gemeindehaus von Goldach entstanden, ein Freund ist der Sohn des damaligen Gemeindeammanns. Auch das durch Extravaganz auffallende Video zum erfolgreichsten Kiko-&-Boro-Song («Sie wird gefilmt während em Sex, mini Fründin isch i de Branche») sei durch einen Freundschaftsdienst entstanden. Ein Bekannter verschaffte ihnen für den Dreh Zugang zu einer Supervilla im Thurgau. Dazu mieteten sie sich für 800 Franken einen Porsche, ein riesiger Betrag für die beiden. «Als wir ankamen, sahen wir, dass schon drei Porsches da standen. Wir hätten uns das Geld sparen können.»

Frank und Boris reden über ihre Freundschaft mit dem deutschen Rapper Sido, erzählen, wie sie mit Antonio Piredda US-Superstar 50 Cent nach einem Auftritt am Open Air Frauenfeld in den St. Galler Club «Glow» zur Afterparty brachten. Und wie sie mit alt Bundesrat Hans-Rudolf Merz eine Bratwurst assen. Alles tönt riesig bei den beiden, und fast könnte man vergessen, dass sie wie fast alle Musiker in der Schweiz nicht annähernd von der Musik leben können. Und dass sie auch schon längere Zeit nichts mehr veröffentlicht haben. Sie betreiben ein Tonstudio, machen ab und zu Werbung, übernehmen das Booking für andere Künstler. So

kommen sie knapp durch. «Ich brauche nicht viel. Notfalls würde mir ein Sofa zum Schlafen und ein Kebab zum Essen reichen», sagt Frank.

Dass der grosse Erfolg als Rapper ausblieb, hat mit ihrer unverblühten Art zu tun, vielleicht auch mit ihrem genuinen Ostschweizer Dialekt. Die beiden pfeifen auf die Political Correctness, imitieren auf St.-Galler-Deutsch US-Gangsterrapper, ihre Texte unterschreiten bei allem Wortwitz oft die Grenze des guten Geschmacks.

Das Gegenteil von Knackeboul

Ihre Entertainment-Qualitäten allerdings sind unbestritten. Vor allem Frank (Kiko) wäre mit seiner Schlagfertigkeit und Formulierungsgabe der geborene TV-Moderator, der manch einen SRF-Mitarbeiter in den Schatten stellen würde. Auch als Stand-up-Komiker könnte man sich ihn vorstellen. Doch das Schweizer Fernsehen hatte 2012 schon gezögert, die beiden in die Sendung «Cover me» einzuladen, wo Rapper auf Schlagersänger treffen. Zu gross erschien ihnen anfangs das Risiko, die bösen schwarzen Jungs vor die Kamera zu lassen. Ihre Folge mit Monika Kaelin («Ich habe sofort gespürt, das sind einfach tolle Jungs, gut erzogen») wurde dann zur witzigsten und unterhaltsamsten der ganzen Serie.

In der Szene können sie kaum auf Unterstützung zählen. Der Wortführer der Schweizer Rapper, Knackeboul, hat sich ganz dem Gutmenschen-Hiphop verschrieben. Er ist mittlerweile mehr Missionar für die reine Moral als Künstler. Genau das Gegenteil von Kiko und Boro. Auch mit ihrer Art, wie sie über die Schweiz reden, fallen sie aus der Reihe. «Ich kann nicht verstehen, weshalb sich so viele Schweizer schämen, mit einem Schweizerkreuz herumzulaufen», sagt Frank. «Wenn aber Ausländer patriotisch sind, so findet man das schön.» Boris: «Ich habe schon mit sechzehn gesagt, wenn ich Schweizer



«Päch für d' Schwiz»: Debut-CD.

Monika Kaelin: «Ich habe sofort gespürt, das sind einfach tolle Jungs, gut erzogen».

wäre, würde ich eine Schweizer-Gang gründen, um mich zu wehren.» Frank: «Die wahren Rassen sind doch diese weltoffenen Hipster. Die schliessen alle aus, die nicht so sind wie sie.» Die beiden zeigen sich gerne mit Sennenhemd oder dem Trikot der Schweizer Fussballnationalmannschaft. Natürlich ist das ein Spiel: Der zur Schau gestellte Heimatstolz ist für viele Leute eine ähnlich grosse Provokation wie Macho-Posen vor teuren Autos.

Eingebürgert sind die beiden aber immer noch nicht. Monika Kaelin, Sie sind gefragt. ○

Bilaterales Millionengrab

Zuwanderer und Grenzgänger haben Zugang zu den meisten Sozialleistungen in der Schweiz. Gleichzeitig soll eine aufwendige Kontrollbürokratie sicherstellen, dass kein Druck auf die Löhne entsteht. Die messbaren Kosten dieses Systems nähern sich der Milliardengrenze. *Von Florian Schwab*



Import von Arbeitslosigkeit mit Folgen.

Arbeitsuchende aus dem Ausland bekommen bald keine Sozialhilfe mehr. Das hat das Parlament im Dezember beschlossen. Zuvor hatten immer wieder einzelne Kantone und Gemeinden für Empörung gesorgt, indem sie auch jene Zuzüger aus der EU mit Sozialhilfe

versorgten, die für eine maximal dreimonatige Stellensuche in die Schweiz gekommen waren. Verglichen mit dem, was das Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit (FZA) sonst so an Kosten für den Sozialstaat verursacht, war das nun behobene

Problem allerdings bescheiden: Die folgenden Auswertungen zeigen, dass sich die messbaren Sozialkosten der Personenfreizügigkeit zwischen 2010 und 2015 von 456 Millionen Franken auf 898 Millionen fast verdoppelt haben (Grafik nächste Seite links).

Brisanterweise tauchen zwei der massgeblichen Preistreiber in keiner amtlichen Statistik auf. Doch zunächst ein Blick auf die offiziell ausgewiesenen Kosten der Personenfreizügigkeit:

1 — Arbeitslosenversicherung

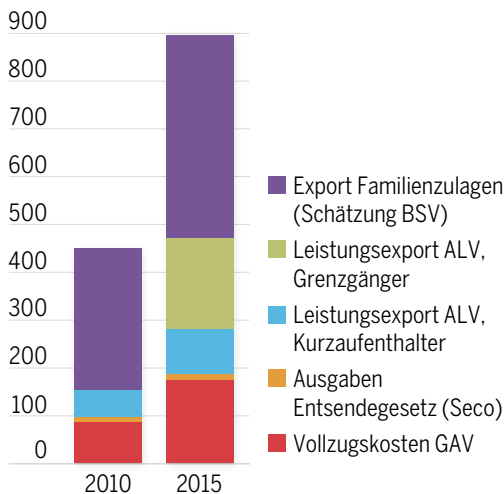
Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) ortet gewisse Umverteilungseffekte von Schweizern auf EU-Bürger bei der Arbeitslosenversicherung (ALV). Vor Inkrafttreten des FZA im Jahr 2002 waren Kurzaufenthalter (vergleichbar mit früheren Saisoniers) von der ALV ausgeschlossen. Seither werden sie gleich behandelt wie Schweizer und erwerben mit zunehmender Beschäftigungsdauer Ansprüche auf Arbeitslosenentschädigung. Zwischen 2002 und 2010 wuchsen die Leistungen von null auf 59 Millionen Franken an. Im Jahr 2015 betragen sie bereits 96 Millionen Franken.

Ein weiterer Kostentreiber sind die sogenannten Rückerstattungen für Grenzgänger. Seit 2012 muss die Schweiz für Grenzgänger mit Wohnsitz in der EU die im betreffenden Land üblichen Leistungen bei Arbeitslosigkeit bezahlen. Und zwar, je nach Beschäftigungsdauer in der Schweiz, für die Dauer von drei bis fünf Monaten. Die entsprechenden Kosten betragen 193 Millionen Franken im Jahr 2015. Im letzten Sommer hat die zuständige EU-Kommissarin Marianne Thyssen angekündigt, die massgebliche Verordnung abzuändern: Die Schweiz müsste dann die im Inland gültigen Ansätze auch an arbeitslos gewordene Grenzgänger im Ausland bezahlen. Im vierten Quartal 2016 waren mehr als 318 000 Grenzgänger in der Schweiz beschäftigt, 3,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Probleme beim Import von Arbeitslosigkeit ortet auch das Büro Bass. Im Auftrag des Staatssekretariats für Migration (SEM) hat das Beratungsunternehmen letztes Jahr die Auswirkungen der Euro-Krise auf die Schweiz analysiert: Durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Südeuropa sei es zu einer vermehrten Einwanderung aus den von der Krise stark betroffenen Ländern gekommen. Und offenbar auch zur Zuwanderung

Sozialkosten Personenfreizügigkeit

In Mio. Fr.



QUELLEN: PARITÄTISCHE KOMMISSIONEN, EIGENE BERECHNUNGEN
BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN (BSV),
STAATSEKRETARIAT FÜR WIRTSCHAFT (SECO),

Verdoppelung der Sozialkosten.

von Personen mit einem Hang zu Arbeitslosigkeit: Von den im Jahr 2011 eingewanderten Personen aus den Krisenländern bezogen 18 Prozent innerhalb von zwei Jahren Leistungen der Arbeitslosenversicherung (Grafik Mitte). Bei jenen, die im Jahr 2004 zugewandert waren, bezogen zwei Jahre später, also 2006, nur 10 Prozent Arbeitslosenunterstützung.

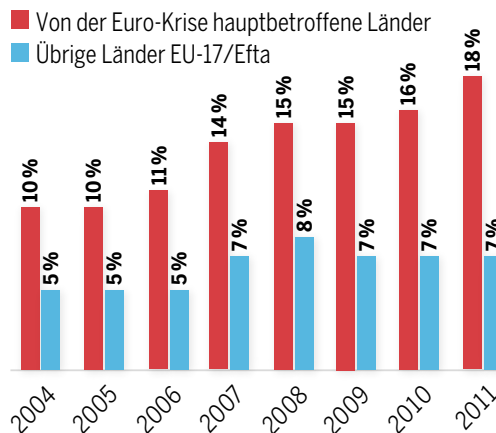
2 — Beiträge des Seco für FlaM

Die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (FlaM) sollen sicherstellen, dass die Löhne in der Schweiz trotz der Personenfreizügigkeit nicht sinken. Dazu ist eine umfangreiche Bürokratie für Kontrollen notwendig, die teils auf kantonaler Ebene durch die tripartiten Kommissionen (Kanton, Gewerkschaften, Arbeitgeber) oder auf Branchenebene durch die paritätischen Kommissionen (Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände) durchgeführt werden. Das Staatssekretariat für Wirtschaft leistet finanzielle Beiträge an die paritätischen und an die tripartiten Kommissionen für Kontrollen bei sogenannten entsendeten Mitarbeitern, sprich bei Angestellten ausländischer Unternehmen, die Aufträge in der Schweiz ausführen. Diese Subventionen haben zwischen 2010 und 2015 von 11 auf 13 Millionen Franken zugenommen.

So weit das offizielle Bild. Recherchen der *Weltwoche* zeigen aber, dass die Sozialkosten der Personenfreizügigkeit deutlich höher liegen. Unterlagen, die dieser Zeitschrift exklusiv vorliegen, dokumentieren das neueste Ausmass von zwei weiteren massgeblichen Kostentreibern: Vollzugskosten für allgemeinverbindlich erklärte Gesamtarbeitsverträge (AVE

Einwanderung in die Arbeitslosenversicherung

Anteil der Neuzuzüger pro Jahr, die nach zwei Jahren Aufenthalt mindestens einmal ALV-Leistungen bezogen haben



QUELLE: BÜRO BASS, 2016

Fast jeder Fünfte wird arbeitslos.

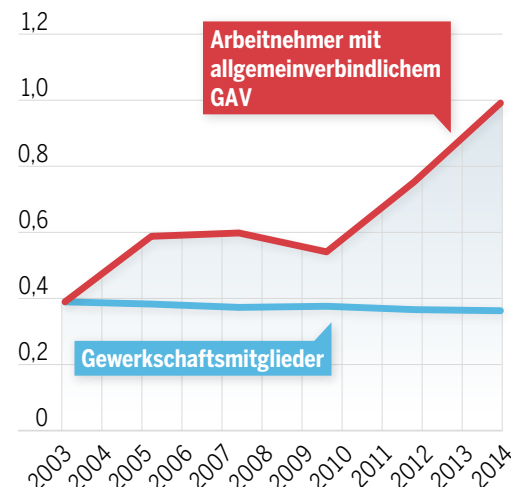
GAV) und in die EU überwiesene Familienzulagen. Beide Aspekte werden in den Publikationen der Verwaltung kaum je erwähnt, geschweige denn zahlenmässig ausgewiesen.

3 — Vollzugskosten GAV

Eine paritätische Kommission besteht aus den Gewerkschaften und dem Arbeitgeberverband einer bestimmten Branche. Sie sorgt für die Einhaltung des Gesamtarbeitsvertrags (GAV) und des darin festgehaltenen Mindestlohns. Der Bundesrat kann solche GAV für allgemeinverbindlich erklären, wenn die Mehrheit der Firmen in dieser Branche im jeweiligen Arbeitgeberverband organisiert ist und wenn die Mehrheit der in dieser Branche tätigen Ange-

Macht der Gewerkschaften

Sinkende Anzahl Mitglieder, steigende Anzahl Arbeitnehmer mit allgemeinverbindlichem GAV, in Mio. Personen



QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK

Aus dem Gleichgewicht.

stellten Mitglied in einer Gewerkschaft ist. Die zweite Anforderung ist jedoch seit Inkrafttreten des FZA zunehmend in Frage gestellt worden. Die Folge ist, dass heute fast eine Million Arbeitsverhältnisse auf einem AVE GAV beruhen, während es nur rund 360 000 Gewerkschaftsmitglieder gibt (Grafik rechts). Durch die Personenfreizügigkeit verhandeln die Gewerkschaften heute die Arbeitsverträge von fast dreimal so vielen Arbeitnehmern, wie sie eigentlich vertreten.

Problematisch ist, dass die paritätischen Kommissionen von den Beschäftigten in der Branche Zwangsabgaben in Form von Lohnprozenten erheben. Diese sogenannten Vollzugskostenbeiträge belaufen sich je nach Be-

FOKUSKMU

Die Sendung für Wirtschaft & Gesellschaft

Gebühren und Abgaben – Schikane für die KMU?

ab Montag, 10. April 2017 um 17.35 Uhr

auf diesen Sendern:

und unter:

www.fokus-kmu.tv

Bilaterale

Vorteil Staat

Die Kosten der Zuwanderung zeigen sich auch in der wachsenden Verwaltung.

Die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU ist im Prinzip auf die Arbeitswelt ausgerichtet, aber ihre Wirkungen gehen weit darüber hinaus. Die Einwanderung hat zum absoluten Wachstum der Schweizer Wirtschaft beigetragen, was von vielen als Vorteil gesehen wird. Der freie Personenverkehr ist aber auch mit Kosten verbunden, die weniger direkt ins Auge springen. Es geht nicht nur um die Gefahr, dass die Zuwanderung in die Schweizer Sozialwerke intensiver und teurer wird (wie im nebenstehenden Artikel dargelegt), sondern auch um eine höhere Beanspruchung der hiesigen Infrastruktur sowie des öffentlichen und privaten Raumes.

Es ziehen nicht nur Arbeitskräfte in die Schweiz: Von den gut 140 000 Personen, die 2016 brutto eingewandert sind, kamen lediglich 48 Prozent mit dem Vorsatz, hier zu arbeiten. Gut 31 Prozent kamen im Rahmen des Familiennachzugs ins Land und 11 Prozent zur Aus- und Weiterbildung. Es lässt sich wohl schwer ermitteln, wie weit die mit dem Bevölkerungswachstum zusammenhängende erhöhte Beanspruchung von Strassen, öffentlichem Verkehr, von Wohnraum, Schulen, Hochschulen, Gesundheitsversorgung oder Freizeitraum durch die von den Ausländern bezahlten Steuern und Gebühren abgegolten wird und wie weit nicht. Beim subventionierten Verkehr oder bei der fast gratis angebotenen Bildung ist zu vermuten, dass die Schweizer einen überproportionalen Teil der Kosten tragen, wenn die Überfüllung schubartige, oft für Fehlplanungen anfällige Erweiterungsinvestitionen nötig macht.

Zudem begünstigt das importierte Bevölkerungswachstum der Tendenz nach den Staat. Die öffentliche Verwaltung profitiert von ergiebigerem Steueraufkommen, einem wachsenden Budget und einer Ausweitung ihrer Tätigkeit, ähnlich ist es im Gesundheitswesen und in der Bildung. Bei der AHV führen einzahlende Zuwanderer zum Fehlschluss, es gehe ihr relativ gut. Und besonders pikant ist die Belastung, auf die der Freiburger Ökonomeprofessor Reiner Eichenberger hinweist: Mit wachsender Bevölkerung wird es für die Schweiz immer teurer, ihre Klimazusagen zu erfüllen, denn da wird nur in Tonnen pro Land, nicht pro Kopf gemessen. *Beat Gygi*

ruf auf mehrere hundert Franken pro betroffenen Mitarbeiter und Jahr.

Die *Weltwoche* hat vor vier Jahren die finanzielle Intransparenz dieser parastaatlichen Kommissionen angeprangert und vor Bundesverwaltungsgericht Einsicht in die Jahresberichte erstritten. Kürzlich hat das Seco, das die Aufsicht über die paritätischen Kommissionen ausübt, die finanzielle Berichterstattung für das Jahr 2015 zugänglich gemacht.

Der Vergleich zwischen 2010 und 2015 zeigt, dass die Buchhaltung mittlerweile deutlich aussagekräftiger und transparenter ist. Manche paritätischen Kommissionen haben heute gar einen tieferen Finanzaufwand als 2010. In der Summe haben sich die Einnahmen der immer zahlreicheren Kommissionen gleichwohl von 86 Millionen auf 176 Millionen Franken mehr als verdoppelt. Massgeblichen Anteil daran hat der im Jahr 2011 für allgemeinverbindlich erklärte GAV in der Zeitarbeitsbranche: Er schlägt mit Vollzugskostenbeiträgen in Höhe von 41 Millionen Franken zu Buche.

Den Jahresberichten ist ferner zu entnehmen, dass im Jahr 2015 mindestens 38 Millionen Franken von den paritätischen Kommissionen an die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände geflossen sind. Teilweise werden damit die Vollzugskostenbeiträge der Mitglieder zurückerstattet und teilweise Leistungen im Zusammenhang mit dem GAV abgegolten, beispielsweise administrativer Art. Die mit Abstand grösste einzelne Profiteurin ist die Gewerkschaft Unia, die rund 15 Millionen im Jahr aus den ausgewerteten AVE GAV erhielt.

4 — Familienzulagen

Erwerbstätige Eltern kennen den Punkt auf dem Lohnausweis: Familienzulagen. Ein Angestellter, egal, ob in Voll- oder Teilzeit, erhält monatlich mindestens 200 Franken pro Kind unter 16 Jahren. Für in Ausbildung stehende Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 gibt es mindestens 250 Franken. Manche Kantone schreiben höhere Sätze vor. So gibt es beispielsweise in Genf für das dritte und vierte Kind je 400 Franken.

Wegen des Freizügigkeitsabkommens und des darin enthaltenen Verbots, Arbeitnehmer aus der EU anders zu behandeln, erhalten nicht nur Schweizer Arbeitnehmer diese Familienzulagen, sondern auch ausländische. Selbst bei Grenzgängern und Kurzaufenthaltern mit Kindern im Ausland wird meist der volle Schweizer Ansatz bezahlt. Eine Reduktion gibt es nur, wenn bereits das Wohnland eine ähnliche Sozialleistung kennt. Dann zahlt die Schweiz nur die Differenz zum hiesigen Satz. Eine französische Grenzgängerin mit vier Kindern, die in Genf arbeitet, bekommt also bis zu 1200 Franken extra ausbezahlt. Das entspricht ungefähr der Hälfte des durchschnittlichen Bruttoeinkommens in Frankreich.

Ein anderes Beispiel: Ein Rumäne mit zwei Kindern arbeitet mit einer Kurzaufenthalter-Bewilligung in Zürich, wo es 200 Franken pro Kind gibt. Die 4800 Franken Kinderzulagen pro Jahr sind doppelt so hoch wie ein rumänischer Mindestlohn und wie das verfügbare Median-Einkommen in dem Land (2315 Euro laut Eurostat).

Die Familienzulagen, die aus Lohnprozenten finanziert werden, sind eines der grössten Sozialwerke in der Schweiz. Das zeigt die Statistik:

Ein Angestellter erhält monatlich mindestens 200 Franken pro Kind unter 16 Jahren.

5,8 Milliarden Franken wurden im Jahr 2015 verteilt. Damit sind die Familienzulagen fast so bedeutend wie die Arbeitslosenversicherung, deren Leistungen im selben Jahr 6,8 Milliarden betragen. Aber: Wie viel Geld in Form von Familienzulagen wird für Kinder und Jugendliche verteilt, die in der EU leben?

Als sich die SVP-Fraktion im Jahr 2009 per Interpellation erstmals nach den Auswirkungen des FZA auf die Familienzulagen erkundigte, stellte der Bundesrat für 2011 «eine gesamtschweizerische Statistik» in Aussicht. Diese werde Aufschluss darüber geben, «wie hoch die Leistungen für Kinder in der Schweiz, für Kinder in einem EU- oder Efta-Staat und für Kinder im übrigen Ausland sind». Tatsächlich wurde zwei Jahre später erstmals eine Statistik zu den Familienzulagen veröffentlicht. Die versprochene Aufschlüsselung der ausländischen Empfänger sucht man darin indes vergebens. Auf Anfrage wiegelt das Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ab: Aus den verfügbaren statistischen Daten könne nicht ermittelt werden, «wo die Kinder, die den Anspruch auslösen, ihren Wohnsitz haben». Die dünne Datenbasis ergebe sich aus der Tatsache, dass die Auszahlung sehr dezentral über die Arbeitgeber und etliche hundert Familienausgleichskassen erfolge.

Nach einigem Nachhaken erklärt sich das BSV doch noch bereit, eine «grobe Schätzung» zu versuchen: Im Jahr 2011 hatte es eine Umfrage unter den Familienausgleichskassen durchgeführt, welche ergab, dass rund acht Prozent der begünstigten Kinder und Jugendlichen im EU-Raum wohnhaft seien. Die Leistungen an diese hätten sich im Jahr 2011 auf rund 325 Millionen Franken summiert. Extrapoliere man die Ergebnisse, so komme man für 2016 auf zirka 420 Millionen Franken. Damit stünden die Familienzulagen mit grossem Abstand an erster Stelle bei den Sozialkosten der Personenfreizügigkeit. Für die Zukunft stellt das BSV genauere Zahlen in Aussicht: «Per 1.1.2019» sei geplant, dass, «die Kassen das Wohnsitzland jedes Kindes erfassen müssen».

Man darf gespannt sein, ob das Vorhaben diesmal in die Tat umgesetzt wird. ○

Flucht nach vorn

Die Führung des Sika-Konzerns sucht im Kampf gegen die Eigentümerfamilie das Wachstum zu forcieren und den Publikumsaktionären zu gefallen.

Die Führung des Chemiespezialitäten-Konzerns Sika befindet sich auf einem wilden Ritt. Seit Ende 2014 widersetzt sich der Verwaltungsrat zusammen mit dem Management dem Ziel der Eigentümerfamilie Burkard, die Stimmenmehrheit an den französischen Konzern Saint-Gobain zu verkaufen. So wird an der Generalversammlung vom nächsten Dienstag der Verwaltungsrat um Präsident Paul Hälg die Stimmrechte der Familie (rund 52 Prozent) erneut blockieren müssen, wenn das Gremium beim Traktandum Wahlen sich selber wieder für ein Jahr ins Amt bringen und gegnerische Kandidaten verhindern will. Es ist aber vielleicht das letzte Mal, dass der gegenwärtige Verwaltungsrat zu dieser Betäubungsmassnahme greifen und an seinen gelähmten Gegnern vorbeirennen kann.

Je teurer, desto mehr Unterstützung

Der juristische Kampf zwischen dem Sika-Verwaltungsrat und der Eigentümerfamilie



Sika-Chief Jan Jenisch.

Burkard ist zurzeit vor dem Zuger Obergericht hängig, ein Entscheid wird in der zweiten Jahreshälfte erwartet. Die erste Instanz, das Zuger Kantonsgericht, hatte sich bei seinem Entscheid im Oktober 2016 auf die Seite des Verwaltungsrats gestellt und – grob gesagt – die Meinung vertreten, dass die Sika-Statuten es erlauben, den Käufer Saint-Gobain abzuweisen. Vom Obergericht erwarten etliche Rechtsexperten, dass es sich weniger von regionalen und industriepolitischen Gedanken leiten lässt als die Vorinstanz und die Durchsetzung der Eigentumsrechte der Familie, die ihre Beteiligung verkaufen will, ernsthafter berücksichtigt. Fällt der Entscheid zu-

gunsten der Familie aus, ist der Ritt der heutigen Konzernführung zu Ende, möglicherweise auch erst nach einem Entscheid des Bundesgerichts.

gunsten der Familie aus, ist der Ritt der heutigen Konzernführung zu Ende, möglicherweise auch erst nach einem Entscheid des Bundesgerichts.

Vorläufig aber forciert die Sika-Spitze mit Konzernchef Jan Jenisch das Tempo. Sie kauft auf der ganzen Welt Firma um Firma, baut neue Fabriken, steigert den Umsatz, verbessert die Gewinnzahlen und wechselt Spitzenmanager aus. Die Erfolgskurven verlaufen nach oben, auch der Aktienkurs. Seit Bekanntgabe der Verkaufsabsicht der Familie im Dezember 2014 hat sich der Börsenwert des Konzerns

Fällt der Entscheid zugunsten der Familie aus, ist der Ritt der heutigen Konzernführung zu Ende.

mehr als verdoppelt, er beträgt heute gut 13 Milliarden Franken. Die Konzernführung hat starke Anreize, derart ungestüm vorwärtszustürmen. Je teurer das Unternehmen an der Börse wird, desto mehr Unterstützung kann sich das Management von Publikumsaktionären erhoffen, die gegen die dominierende Familie eingestellt sind. Die nun beantragte höhere Dividende passt ins Bild, wirft aber auch die Frage auf, ob der Wachstumsdrang irgendwann in ein Wachstumsfieber mit schwächender Wirkung für das Unternehmen ausarten wird. ○

Türen auf fürs Eigenheim mit unserer günstigen Starthypothek. Jetzt Offerte anfordern!

Auf Wunsch mit Lebensversicherung!

Mehr unter zkb.ch/eigenheim

Sie suchen eine faire und verlässliche Partnerin? Wir sind im ganzen Kanton für Sie da. Unsere Eigenheim-Experten beraten Sie gerne.

Die nahe Bank



Zürcher Kantonalbank

Bonus-Spritzen

Die Bonuszahlungen bei der Credit Suisse sorgen in der Öffentlichkeit für Empörung und Neid. Vor allem die Aktionäre müssen sich Sorgen machen, wenn die Mitarbeiter zu hohe Boni von der Bank beziehen. *Von Beat Gygi*

Unersättlich, unverdient, ungerecht – diese und noch viel weiter gehende Vorwürfe prägen die Stimmung in vielen Kommentaren von Politikern, Marktbeobachtern oder Journalisten zur Lohnpolitik der Grossbank Credit Suisse (CS). Der vor etwa zwei Wochen veröffentlichte Vergütungsbericht der CS zum Geschäftsjahr 2016 ist im Publikum und auch in der Finanzbranche sowie unter Aktionären noch nicht verdaut. Viele sehen in der CS-Lohnpolitik eine Art Rückfall in die alte Krankheit der überzogenen Managerlöhne. Oder kann man das gesund nennen, wenn CS-Konzernchef Tidjane Thiam für 2016 eine Entschädigung erhält, die mit 11,9 Millionen Franken hochgerechnet um fast 30 Prozent über dem Vorjahr liegt, und Verwaltungsratspräsident Urs Rohner mit einem Fixlohn von 4 Millionen Franken etwa 25 Prozent mehr bekommt als im Vorjahr – und die Bank gleichzeitig einen Verlust von 2,7 Milliarden Franken gemacht hat?

Wie ein Uhrwerk

Ein Riesenverlust und gleichzeitig höhere Boni – treffen die Vorwürfe also ins Schwarze? Beginnen wir beim letzten Begriff: unkontrolliert. Unkontrolliert ist die Entschädigungspolitik der CS keineswegs, nein, sie läuft fast ab wie ein Uhrwerk. Der 35-seitige Vergütungsbericht für 2016 beschreibt ausführlich, wie intensiv Verwaltungsräte und Experten sich mit der Bemessung der fixen und variablen Vergütungen sowie der zeitlichen Staffelung der Zuteilung befassen und wie die Zahlen am Schluss aussehen. Das Uhrwerk besteht primär aus dem dreizehnköpfigen CS-Verwaltungsrat mit Präsident Urs Rohner sowie dem aus vier Verwaltungsräten bestehenden Vergütungsausschuss, der die Entschädigungspolitik grossenteils gestaltet und umsetzt. Die Bankenwelt tickt heute in Salärfragen oft klarer als die Industrie: Es geht um drei Schritte mit folgenden Fragen:

- 1 — Wie gross sollen die Bonus-Pools sein, die für variable, leistungsbezogene Vergütungen insgesamt zur Verfügung stehen? Welcher Teil des Gewinns wird dafür reserviert?
- 2 — Nach welchen Grundsätzen sollen diese Pools an die Mitarbeiter verteilt werden?
- 3 — In welcher Form werden die Boni ausbezahlt und wie ist die zeitliche Staffelung bei der Zuteilung der Abgeltungen?

Stephan Hostettler, Managing Partner bei HCM International, einer auf Governance, finanzielle



Rückfall in die alte Krankheit der überzogenen Managerlöhne? CS-Chef Thiam.

Steuerung und Vergütung spezialisierten Beratungsfirma, weist darauf hin, dass bei Banken die Bonussumme des gesamten Unternehmens dank dieser klaren Abfolge der Schritte heute besser überblickbar sei als in vielen Industriekonzernen. In den Bonus-Pools seien sämtliche variablen Zahlungen des Unternehmens enthalten und damit für den Verwaltungsrat sichtbar. In andern Branchen gebe es beispielsweise oft Bonusvereinbarungen in einzelnen Regionen oder Bereichen, die dem obersten Führungsgremium unbekannt seien. Zudem ist es seiner Ansicht nach kein Wunder, dass in der Öffentlichkeit vor allem über die beiden letzten Schritte, über die individuelle Bonushöhe sowie die Bonusinstrumente, debattiert wird und viel weniger über die grundsätzlichere erste Phase, die Finanzierung des Bonus-Pools.

Dabei zeigt bei der CS bereits die Frage nach der «richtigen» Grösse der Bonus-Pools, in welcher ungemütlicher Lage die Konzernführung mit ihrer Lohnpolitik steckt. Die Bonus-Pools werden jährlich für alle Divisionen einzeln festgelegt, und laut den Angaben peilt der Verwaltungsrat eine «ausgewogene Verteilung des Gewinns zwischen Aktionären und Mitarbeitenden» an. Ziel ist also eine faire Aufteilung des Gewinns auf Eigentümer und Angestellte. Als Haupt-Messgrösse gilt bei der CS der ökonomische Gewinn. Auf Stufe der

Gruppe und der Divisionen ist dies der Gewinn vor Steuerzahlungen, vor Aufwand für Bonus-Pools und nach Abzug der Eigenkapitalkosten. Mit anderen Worten: Es muss grundsätzlich zuerst Gewinn gemacht werden, bevor Boni verteilt werden können. Bei der UBS ist es ähnlich: Der Pool für leistungsabhängige Zuteilungen jedes Unternehmensbereichs ist grundsätzlich so bemessen, dass er einem Prozentsatz des Gewinns entspricht (vor Berücksichtigung der Bonuszuteilungen).

Abwanderungsgelüste

Hinzu kommen dann etliche Korrekturfaktoren, etwa zu eingegangenen Risiken, zur Einhaltung der Gesetze, ethische Überlegungen; berücksichtigt werden zudem die Leistung der Manager im Vergleich zu Konkurrenten, die Stellung am Markt, Markttrends und die ganze Regulierung. Aber kann es wirklich Boni in einem Verlustjahr geben? Ja, die CS-Regeln sehen vor, dass Goodwill-Abschreibungen, Immobilientransaktionen, der Verkauf von Geschäftsbereichen, Restrukturierungskosten sowie «signifikante Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten» nicht in den für Boni massgebenden Gewinn einberechnet werden. Die etwa drei Milliarden Franken Altlasten aus dem Streit mit der US-Justiz werden für die Bonuspakete 2016 also ausgeblendet. So kommt es,

dass die Gesamtvergütung der CS-Geschäftsleitung mit Fixsalär, kurzfristiger und langfristiger variabler Entschädigung für 2016 auf 82 Millionen Franken zu stehen kam, nachdem sie 2015 gut 64 Millionen ausgemacht hatte.

Steckt da wirklich nur das Ausblenden ausserordentlicher Kosten dahinter? Nein, der Vergütungsausschuss hat die oben angesprochene «ausgewogene Verteilung» zwischen Aktionären und Mitarbeitern bewusst in Richtung Manager gezerrt. Im Vergütungsbericht liest es sich so: «Bei der Bestimmung der Vergütungspools für 2016 berücksichtigte der Vergütungsausschuss die bedeutende Reduktion der divisionalen Pools von Global Markets und Investment Banking & Capital Markets für 2015 als Resultat der enttäuschenden Finanzergebnisse im Investment-Banking-Geschäft 2015. Als Folge dieser Reduktion verzeichneten die Bereiche Global Markets und Investment Banking & Capital Markets im ersten Quartal 2016 ein deutlich angestiegenes Fluktuationsrisiko innerhalb der Belegschaft. Dies veranlasste den Verwaltungsrat dazu, spezielle Retention-Awards zu genehmigen, um unerwünschte Austritte von Mitarbeitenden in kritischen Funktionen zu verhindern.»

Mit andern Worten: Eine stärker an der Leistung orientierte Vergütung hat im Vorjahr die Entschädigungen nach unten gedrückt und bei etlichen Managern Abwanderungsgelüste geweckt. Als Gegenmittel wurden nun die Vergütungen 2016 wieder erhöht, also eigentlich über das Niveau, das betriebswirtschaftlich gerechtfertigt wäre – und das wahrscheinlich auch gerecht wäre den Aktionären gegenüber. Der Pool für die variable Vergütung der CS lag 2016 mit 3,09 Milliarden Franken etwas höher als 2015 (2,92 Milliarden). In der Grafik unten zeigt sich, dass die CS unter den aufgeführten Banken die einzige ist, deren Bonus-Pool jüngst sichtlich zugenommen hat. Nimmt man die Fixlöhne sowie kleinere Sonderposten hinzu, zeigt sich eine leichte Zunahme der

Gesamtvergütung des Konzerns auf 10,65 Milliarden Franken.

Die UBS steht besser da

Diese Praxis kommt in der untenstehenden dritten Grafik, einem Auszug aus einer Studie von HCM International, auf drastische Weise zum Ausdruck: Die CS hat in den Jahren 2011 bis 2016 netto und kumuliert einen wirtschaftlichen Gewinn von 18 Milliarden Dollar erzielt und in dieser gleichen Zeit 20 Milliarden in die Bonus-Pools geleitet – also mehr Boni an ihre Kader ausgeschüttet als Geld verdient. Aktionäre dürften den Vorwürfen «ungerecht» und «unersättlich» zustimmen. Die UBS steht insofern besser da, als sie mit 19 Milliarden Dollar in den sechs Jahren zwar ähnlich viel an Boni ausgeschüttet, dabei aber immerhin 33 Milliarden Gewinn erarbeitet hat. Ähnlich wie bei der CS lief es bei der Deutschen Bank, bei der ebenfalls 20 Milliarden Dollar abflossen, während sogar nur 14 Milliarden verdient wurden. Aber immerhin hat die Deutsche Bank die Bonus-Pools jüngst deutlich geringer bemessen, während die CS den Hahn aufdrehte.

Wer sitzt eigentlich an den Regelventilen der Entschädigungspolitik? Es sind die Vergütungsausschüsse. Bei der CS wird der Vergütungsausschuss von Jean Lanier geleitet; der französische Staatsangehörige präsidiert im Weiteren Verwaltungsräte von Swiss-Re-Tochtergesellschaften. Mitglieder sind zudem die Ökonomeprofessorin Iris Bohnet, die in ihrer akademischen Karriere von der Universität Zürich an die Spitze der Kennedy School an der Harvard University gelangt ist, des Weiteren Andreas N. Koopmann, der frühere Chef des Verpackungsmaschinenherstellers Bobst, sowie Kai S. Nargolwala aus Singapur, der früher bei der Bank of America sowie bei Standard Chartered tätig war. Der Ausschuss der CS hielt laut den Angaben 2016 zehn Sitzungen ab, Telefonkonferenzen eingeschlossen, einige unter Beizug von Risiko- und anderen Fach-

kommissionen – und laut Regeln dürfen Verwaltungsratspräsident und CEO an den Sitzungen teilnehmen.

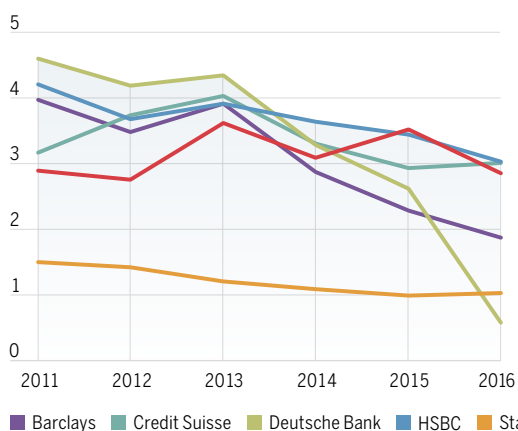
Der Ausschuss operiert aber sozusagen im Rahmen des Lohnrasters, das in der Finanzbranche üblich ist. Das Gremium lässt sich vom Vergütungsberater McLagan über Branchen- und Markttrends sowie Leistungs- und Vergütungstrends der wichtigsten Konkurrenten orientieren. Auf der Vergleichsliste figurieren Bank of America, Barclays, Citigroup, Deutsche Bank, Goldman Sachs, JP Morgan Chase, Morgan Stanley und UBS. Der Konkurrent HSBC wird nicht erwähnt, ein Vergleich könnte sich aber lohnen, wie sich in der dritten Grafik zeigt. Mit 22 Milliarden Dollar waren die Bonus-Pools 2011 bis 2016 zusammengenommen viel weniger gross als die kumulierten Gewinne von 94 Milliarden. Ins Bild passt, dass Konzernchef Stuart Gulliver, der Kollege von Thiam, 2016 auf eine Gesamtentschädigung von 5,7 Millionen Pfund kam.

Ansporn zu Superleistungen

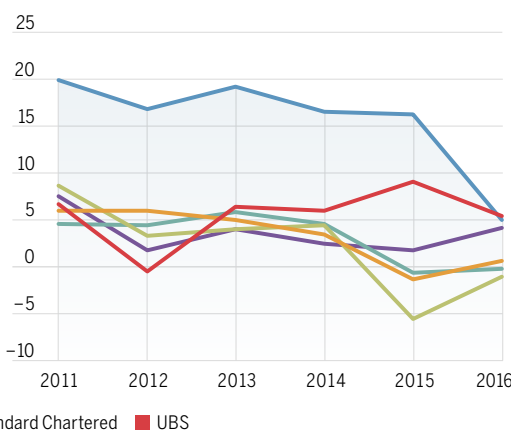
Der CS-Ausschuss rechtfertigt zum Beispiel die Vergütung für CEO Thiam ausführlich und an wiederholten Stellen zu einem guten Teil mit qualitativen Beurteilungen, mit Wendungen wie «seine soliden Führungsqualitäten, sein umsichtiges und massvolles Vorgehen und seine erfolgreiche Gestaltung der Gruppe als einheitliche, kundenorientierte Bank» oder «sein persönliches Engagement zur Beilegung bedeutender Rechtsfälle aus der Zeit vor seinem Amtsantritt». Er habe, so die CS-Verwaltungsräte, «anerkanntermassen für den Schutz und den Ausbau der Reputation und der Marke» gesorgt. Es scheint, als wolle die CS-Führung ihre Kader durch spezielle Bonus-Spritzen zu wirklichen Superleistungen anspornen. Diese wären nötig, um dem Dilemma zu enttrinnen, dass sie die Mitarbeiter nur bei der Stange halten kann, wenn sie ihnen Löhne zahlt, die sich die Bank in der heutigen Form langfristig eigentlich nicht leisten kann. ○

Das Bonus-Denken beherrscht die Gewinnverteilung

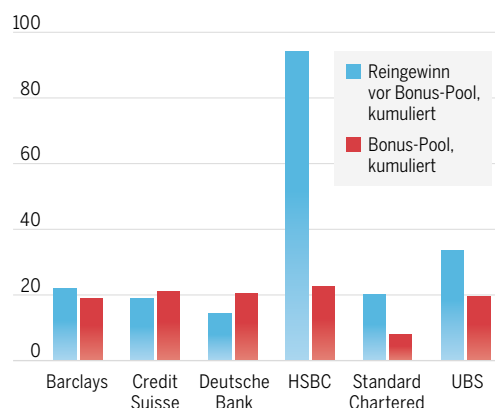
Bonus-Pool, in Mrd. US-Dollar



Reingewinn vor Bonus-Pool, in Mrd. US-Dollar



Das Verhältnis zwischen Bonus-Pool und Reingewinn, 2011–2016, in Mrd. US-Dollar



QUELLE: GESCHÄFTSBERICHTE, HCM INTERNATIONAL LTD

Die Bankenwelt tickt heute in Salärfragen oft klarer als die Industrie.



Entscheidungen wie in der Armee: Präsident as-Sisi.

Retter vom Nil

Gefängnis für Kritiker, Todesurteile für Islamisten, scharfe Wirtschaftsmedizin gegen die Armut: Trotz Schocktherapie ist Ägyptens Präsident as-Sisi beim Volk noch immer populär. Für US-Präsident Trump und den Westen ist er eine tragende Säule der Nahost-Politik. *Von Pierre Heumann*

Als Abdel Fattah Said as-Sisi vor elf Jahren am United States Army War College in der kleinen Stadt Carlisle des nordamerikanischen Bundesstaates Pennsylvania an seiner Dissertation über «Demokratie im Mittleren Osten» schrieb, war er ein unauffälliger, weitgehend unbekannter ägyptischer Berufsoffizier, der sich in Amerika weiterbilden wollte. Keiner – wohl nicht einmal er selber – hätte gedacht, dass er bald schon der mächtigste Mann Ägyptens und einer der einflussreichsten Politiker des Mittleren Ostens sein würde, für den sein Dissertationsthema plötzlich mehr als bloss eine akademische Fingerübung werden sollte.

«Es könnte», schrieb Doktorand Sisi damals, «noch zwei bis drei Generationen dauern, bis im Mittleren Osten die Demokratie eingeführt wird.» Derzeit seien weder die wirtschaftlichen noch die sozialen Bedingungen reif dafür. Die Voraussetzungen für die Volksherr-

schaft seien nämlich der Sieg über die Armut sowie stabile soziale Verhältnisse, schrieb der angehende Doktor Sisi.

60 Prozent stehen hinter Sisi

Jetzt setzt er diese Grundüberzeugung rigoros um. Sisi regiert mit eiserner Faust. Seine Kritiker inhaftiert er, seinen Gegnern droht die Todesstrafe. Die Muslimbrüderschaft, die islamistische Bewegung seines Vorgängers Mohammed Mursi, hat er zur Terrororganisation erklärt und verfolgt sie. Büros von Menschenrechtsorganisationen liess er schliessen, westliche NGOs verbieten. Sisi hat den Bau von sechzehn neuen Gefängnissen befohlen, wo er schätzungsweise 60 000 politische Gefangene wegsperret.

Hart und streng ist auch seine Wirtschaftspolitik. Um die Wirtschaft vor dem Kollaps zu bewahren (und um Kredite internationaler Or-

ganisationen lockerzumachen), greift Sisi zu Schocktherapien. Im Herbst liess er das ägyptische Pfund floaten, worauf es gegenüber dem Dollar innerhalb weniger Monate fünfzig Prozent des Wertes verlor. Fast die Hälfte der 92 Millionen Ägypter, die mit weniger als 1,9 Dollar pro Tag auskommen müssen, verlor einen grossen Teil ihres sowieso schon kärglichen Einkommens.

Die Konsequenzen für die Mehrheit der Bürger sind dramatisch. Die Löhne sind tief wie eh und je – aber die Preise für Nahrungsmittel oder Mieten sind um dreissig bis vierzig Prozent in die Höhe geschossen. Zudem hat Sisi eine Mehrwertsteuer eingeführt und Subventionen gekürzt oder ganz gestrichen, was Millionen von Familien in Existenzkrisen stürzt.

Wie sich die Armut und die brutalen Polizeistaatsmethoden auf die Popularität Sisis auswirkten, frage ich in Kairo Khaled Dawoud,

den Sprecher der kleinen Oppositionspartei al-Doustour. Dawoud war während vieler Jahre Amerika-Korrespondent der führenden Tageszeitung *Al-Ahram* und ist eine Vertrauensperson von Mohammed al-Baradei, dem ehemaligen ägyptischen Vize-Präsidenten und Ex-Chef der Internationalen Atomenergieorganisation, der heute in Wien lebt. Sisis Popularität – er hatte laut offiziellen Angaben bei den Präsidentschaftswahlen vor drei Jahren 97 Prozent der Stimmen erhalten – habe zwar «dramatisch» abgenommen, sagt Dawoud. Aber die Mehrheit des Volkes stehe nach wie vor hinter ihm. Sisi hat Zustimmungswerte, über die sich Politiker im Westen freuen würden. Mehr als sechzig Prozent beurteilen seine Leistungen als gut, wenn man einer Umfrage des unabhängigen Instituts Baseera glauben will.

Trend nach oben

Sisi, sagt Dawoud, sei es gelungen, sich als Landesvater zu etablieren, der als Einziger wisse, was gut für das Land ist. Die Mehrheit der Nation halte zu Sisi, damit er sie vor dem Schicksal Syriens oder Libyens bewahre. «Sehen Sie», sagt Dawoud im Gartenrestaurant des «Marriott»-Hotels und trinkt seinen Kaffee, «wir können uns hier ruhig unterhalten, ohne Angst zu haben, von einer Bombe oder einer Rakete des Islamischen Staates getroffen zu werden. Bei uns in Kairo herrscht kein Chaos.»

Ägypten hat turbulente Jahre hinter sich. Vor sechs Jahren, nach dem Sturz des Langzeitherrschers Hosni Mubarak, übernahm zunächst eine mit Offizieren bestückte Übergangsregierung die Macht, bevor im Sommer 2012 Mursi, der Kandidat der Muslimbrüder, zum Präsidenten gewählt wurde. Ein Jahr später übernahm Sisi die Kontrolle und machte Mursi wegen Landesverrats den Prozess.

Nichts deutet darauf hin, dass Sisi früher Ambitionen hatte, Präsident des Neunzig-Millionen-Volkes zu werden, sagt mir ein Sisi-Berater, den ich im traditionsreichen Café «Riche» treffe, wo einst der legendäre Romancier Nagib Mahfuz verkehrte und in den 1919er Jahren der Aufstand gegen die britische Besatzung organisiert wurde. Doch nachdem sich Mursi über das Gesetz gestellt hatte, auf den Strassen Ägyptens Chaos herrschte und, wie man damals schätzte, vierzehn Millionen gegen Mursi protestierten, habe es Sisi als seine Pflicht angesehen, dem wilden, zerstörerischen Treiben ein Ende zu setzen und das Land vor dem Untergang zu retten.

Solches ist wohl von vielen Politikern zu hören, wenn sie ihren persönlichen Machttrieb beschönigen wollen. Doch Sisi-Fans schwören darauf, dass das die Wahrheit ist. «Wir sind überzeugt, dass die Islamisten wieder die Herrschaft übernehmen wollen», sagt Shihab Wagih und befürchtet: «Das gäbe dann wieder ein Chaos.» Wagih ist Sprecher der Free Egyptians Party,

die der Unternehmer Nagib Sawiris nach dem Sturz Mubaraks gegründet hat, um im neuen Ägypten Wirtschaftsinteressen zu vertreten.

Sisi trat vor drei Jahren bei seinem Einzug in den Präsidentenpalast ein kaputtes Erbe an. Die ägyptische Wirtschaft steuerte auf den Abgrund zu. Die Devisenreserven waren so knapp, dass sie nicht einmal für die Importe von drei Monaten ausreichten. Die Gesellschaft war gefährlich gespalten. Das Nachbarland Libyen, mit dem Ägypten eine Grenze von mehr als tausend Kilometern teilt, war am Zerfallen.

Jetzt kann Sisi Erfolge vorweisen. Internationale Banker erkennen erstmals seit vielen Jahren wieder einen Trend nach oben. Es gebe «einige gute Zeichen für Ägyptens belagerte Wirtschaft», schrieb Mitte März das Wirtschaftsmagazin *Economist* und stellte fest, dass ausländische Investoren wieder Vertrauen ins Nilland haben. Auch der Tourismus, ein stets schnell reagierender Indikator für das Ansehen eines Landes, fasse wieder Fuss, nachdem ihm in den vergangenen Jahren Chaos und Terroranschläge arg zugesetzt hätten, sagen Reiseveranstalter in Kairo.

Sisis Regierungsstil sei zwar von seiner langen Offizierskarriere geprägt, meint ein westlicher Botschafter. Er treffe seine Entscheidungen wie in der Armee, dulde weder Kritik noch Widerspruch. Als ehemaliger Geheimdienstoffizier kümmere sich Sisi um sämtliche Details: «Er ist ein Kontrollfreak.»

Aber obwohl der Präsident das politische System einsam dominiert, gibt es auf den Strassen keine Anzeichen für einen Sisi-Personenkult. Während zu Mubaraks Zeiten überall Poster mit dessen Konterfei zu sehen waren, wirke Sisi im Hintergrund, sagt der westliche Diplomat: «Er hat sich aus dem Tagesgeschäft herausgenommen.» Das sei eine Taktik, die typisch für den Stil orientalischer Autokraten sei. Wenn das Volk unzufrieden ist, nimmt sich der Präsident aus der Schusslinie, entlässt den verantwortlichen Minister und ernennt einen neuen.

Sisi, Jahrgang 1954, wuchs in einem traditionellen Umfeld auf, zusammen mit dreizehn Geschwistern und Halbgeschwistern. Seine Mutter, die während seines zweiten Jahres im Präsidentenpalast starb, beschrieb er als «authentische ägyptische Frau». Sein Grossvater stellte Perlmuttertschachteln her, die er an einem eigenen Stand auf dem Khan-al-Khalil-Markt verkaufte, dem beliebtesten Touristenmarkt Kairos.

Als Teenager schrieb sich Sisi auf Rat seines Vaters in einem Militärgymnasium ein, weil er wirtschaftlich auf Nummer sicher gehen wollte. Die Kombination von Armeedisziplin, strengen Familienstrukturen und einer tiefen religi-

ösen Überzeugung «machten aus ihm einen Menschen, der zutiefst traditionell» ist, meint Peter Hessler, der im *New Yorker* über «Ägyptens gescheiterte Revolution» geschrieben hat. Der künftige Präsident heiratete seine Cousine, wie das bei konservativen Ägyptern üblich ist.

Roter Teppich im Weissen Haus

Kampf gegen Islamisten, wirtschaftliche Erfolge: Mit dem neuen US-Präsidenten Donald Trump beginnt für Sisi auch in der Aussenpolitik eine neue Ära. So wurde er diese Woche mit allen Ehren im Weissen Haus empfangen. Trump sehe in Sisi einen «strategischen Partner gegen den Islamischen Staat», sagt der israelische Ägyptenspezialist Yossi Meital. Im Gegensatz zu Barack Obama, Trumps Vorgänger, sei die Respektierung der Menschenrechte für die neue US-Regierung weniger wichtig als der Sieg über den Terror. Arabische Medien berichten zudem davon, dass Trump Sisi bei einer

künftigen Friedenskonferenz für den Nahen Osten eine zentrale Rolle zuweisen werde.

Kairos regionale Bedeutung sei im Vergleich zu früheren Jahren zwar «signifikant gesunken», sagt H.A. Hellyer vom Royal United Services Institute. Niemand könne Sisi aber ignorieren, wenn es um die Zukunft des von Konflikten geprägten Nahen Ostens gehe. Vor allem bei der Lösung der Libyenkrise werde Sisis Mitwirken wichtig sein. Allzu viel solle man von Ägyptens Gestaltungswillen in der Region allerdings nicht erwarten, warnt allerdings Khaled Dawoud von der oppositionellen Verfassungspartei: «Wir haben zu Hause genügend eigene Probleme.» ○



Verfolgt: Muslimbrüder.

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR IT-SPEZIALISTEN

Mit www.itjobs.ch die besten IT-Spezialisten finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.itjobs.ch

itjobs CH
KARRIERE AUF SICHER

Reiterin der Apokalypse

Mit dem Slogan «Das besänftigte Frankreich» punktet Marine Le Pen im Wahlkampf. Sie will eine staatlich gelenkte Wirtschaft. Der Front national ist die einzige rechtsextreme Partei Europas mit einem linken Programm. Frankreich würde vollends verarmen, sollte Le Pen ihre Ideen verwirklichen. *Von Jürg Altwegg*



National und sozialistisch: Front-national-Chefin Le Pen.

Damals war auch Jean-Marie Le Pen, dessen Vermögen auf eine ausserfamiliäre Erbschaft zurückgeht, in die Fänge der Polizei geraten. In zwei Koffern wurden die Millionen vor seiner Scheidung von Marines Mutter in die Schweiz gebracht. Sein Name stand auf einer Liste, die den Genfer Privatbankier Jacques Darier in ein französisches Gefängnis brachte: Er hatte sie im Augenblick seiner Verhaftung verschluckt.

Solche Szenen spielten sich in den frühen achtziger Jahren ab, nach dem Sieg der Sozialisten und Kommunisten, als das Kapital noch nicht frei zirkulieren durfte. Geldschmuggler hatten Hochkonjunktur. Mit Marine Le Pen droht eine Fortsetzung des Schreckensszenarios: Grenzen zu, Frexit und die Abwertung des wiedereingeführten Franc. Exodus der – verbliebenen – Reichen und der Investoren. Die Folgen für die Schweiz sind relativ leicht vorstellbar.

Für die Wiederherstellung der nationalen Grenzen votiert die Hälfte der Franzosen. Zu

diesem Schluss kommt eine Umfrage des Instituts Opinionway. Mehr Unterstützung findet nur die Begrenzung der Spitzenlöhne: 78 Prozent. Das vom Sozialisten Benoît Hamon propagierte Mindesteinkommen befürworten nur 36 Prozent. Der von François Fillon geforderte Abbau von 500 000 Beamtenstellen erreicht eine Zustimmung von 31 Prozent. Für den Abschied von der EU und den Ausstieg aus dem Euro sprechen sich je 21 Prozent der Franzosen aus.

Immun gegen Skandale

In drei Punkten unterscheiden sich die Wähler des Front national um Welten von diesem Profil: Sie befürworten als Einzige den Frexit (zu 80 Prozent), der bei den Linken 15 Prozent, bei Emmanuel Macron 9 und bei Fillons Republikanern 11 Prozent Zustimmung erreicht. Für die Rückkehr zu den nationalen Grenzen plädieren sie zu 90, für jene zum Franc zu 72 Prozent. Diese Zahlen bringen Marine Le Pen ins Dilemma: Über Europa verspricht sie eine Ab-

stimmung und für den Fall einer Niederlage ihren umgehenden Rücktritt. Deshalb, räumt sie inzwischen ein, wolle sie mit Europa verhandeln. Nur wenn das nicht gelinge, werde sie den Franzosen sagen: «Wir müssen raus aus der EU und ein Europa der Vaterländer und ihrer Zusammenarbeit begründen.» Diese Erklärung machte sie vor dem Verband der Arbeitgeber (Medef), der erstmals einen Kandidaten des Front national angehört hatte.

Das Programm des Front national umfasst 144 Punkte, federführend bei dessen Verfassung war der Ökonom Bernard Monot, seit 2014 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Es strotzt vor Begriffen wie «intelligenter Protektionismus», «wirtschaftlicher Patriotismus», «nationale Priorität», «Kontrolle der ausländischen Investitionen». Es soll ein «Ministerium für die wirtschaftlichen Veränderungen», eine «Kontrolle der ausländischen Investitionen» und für die Banken eine Pflicht zur Finanzierung der KMU geben. An der Reichensteuer, die

ab einem Vermögen von 1,3 Millionen Euro erhoben wird und die Fillon als Einziger abschaffen will, hält Marine Le Pen fest. Für die unteren Einkommen werden die Steuern um 10 Prozent gesenkt, ab 70 000 Euro bleiben die Abgaben bei 40 und mehr Prozent. Zur «Förderung der Kaufkraft» werden monatlich 80 Euro verteilt und die Renten erhöht. Das Rentenalter wird wieder auf sechzig Jahre gesenkt, Macrons «Loi El Khomri» für die Flexibilisierung des Arbeitsrechts wird rückgängig gemacht, und an der 35-Stunden-Woche wird festgehalten.

Der Front national will mehr Militärausgaben, Polizisten und Krankenschwestern. Wer Fremdarbeiter einstellt, muss auf deren Löhne eine zusätzliche Abgabe von 10 Prozent entrichten. Auf alle Importe werden 3 Prozent erhoben. Aufträge der öffentlichen Hand sind französischen Unternehmen vorbehalten. Ein rasanter Anstieg der Verschuldung ist im Programm explizit vorgesehen. Bekämpfen will man das Defizit mit verstärkten Massnahmen gegen Steuerhinterziehung und Sozialbetrug.

«Katastrophe», «Apokalypse», «Sprung ins Ungewisse», so fasste der *Figaro* die Reaktionen der Arbeitgeber zusammen. Die *Huffington Post* konstatierte, der Front national sei «die einzige rechtsextreme Partei Europas mit einem linken Programm». Le Pen selbst erklärte in der *Tribune de Genève*, «dass der Kommunist Georges Marchais nichts anderes sagte als ich». Mit Marchais und seinen Genossen in der Regierung hatte Mitterrand das sozialistische «Programme commun» einer staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik der Verstaatlichung von Banken und Firmen umzusetzen versucht: Der Front national ist Frankreichs neue Arbeiter- und Bauernpartei. Die Arbeitgeber schwanken zwischen Macron und Fillon, den Marine Le Pen von links bekämpfen muss.

Der Bruch mit dem Vater ist radikal. «Weniger Steuern, weniger Abgaben» lauteten die Forderungen von Jean-Marie Le Pen, der zunächst als Vertreter der kleinbürgerlichen «Poujadisten» – der Handwerker, Ladenbesitzer, Familienunternehmer gegen die Bürokratie – ins Parlament gewählt worden war. Marine Le Pen hatte die Leitung des Front national mit dem Makel der Erbin einer entstehenden Dynastie angetreten, sich aber nicht gescheut, den Vater wegen seiner antisemitischen Provokationen mit der «Auschwitz-Lüge» aus der Partei zu werfen. Auch der jungen Nichte Marion hat sie gerade beschieden, dass es für sie keinen Platz in der Regierung geben werde – allenfalls als Parlamentarpräsidentin sei sie vorstellbar.

Angesichts der Scheinbeschäftigung seiner Frau und zweier Kinder, die zur Anklage gegen

François Fillon geführt hat, kommt die Abgrenzung von ihrer Familie Marine Le Pens Glaubwürdigkeit zugute. Gegen alle Skandale scheint sie immun zu sein. Das Europaparlament fordert die Rückerstattung von 300 000 Euro: ausdrücklich wegen Scheinbeschäftigung. Das Geld floss nicht in die Familienkasse, es diente der Bezahlung von Angestellten der Partei. Auch mit der Steuer hat sie ein Problem: Laut *Le Monde* haben Vater und Tochter Le Pen für ihren gemeinsamen Immobilienbesitz nur den halben Wert deklariert. Dass sie im Clinch ist mit einer Behörde, deren Machtbereich sie auszuweiten verspricht, kann ihrem Wahlkampf nichts anhaben. Sie führt ihn ohne Provokationen und Entgleisungen und posiert auf den Plakaten mit dem überraschenden Slogan «La France apaisée», das besänftigte Frankreich. Allerdings scheint ihm die historische Dynamik, die bislang den Aufstieg des Front national begleitete, zu fehlen.

Wachhunde und moralische Imperative

Als Irrtum könnte sich erweisen, dass sie ihren Wahlkampf auf Macron konzentriert. Fillon hat sie offenbar bereits abgeschrieben. Oder hält ihn in der Stichwahl für leichter besiegt. Doch die Empörung über dessen Verfehlungen weicht inzwischen einer gewissen Nüchternheit. In mehreren Medien hat der Philosoph und Bestsellerautor André Comte-Sponville, der Macron wählen wird, darauf verwiesen, wie falsch es sei, Moral und Politik gleichzusetzen. Moralisch, schreibt Comte-Sponville, sei die Frage «Was soll ich tun?» Aber keineswegs die Verurteilung des anderen, dessen Motive man nicht kennt: «Das ist die Aufgabe der Justiz.»



FN-Vordenker Monot.

Alain Finkielkraut, Philosoph und «Unsterblicher» der Académie française, empfindet die laufende Wahlkampagne genauso als unerträgliche «Aufforderung zum Gehorsam» und als Vollzug moralischer Imperative: «Denkt nicht daran, was jetzt geschieht. Sondern, was geschehen ist. Und wählt geschlossen gegen die braune Gefahr.» Eifrig wird diese von den ideologischen Wachhunden ins Feld geführt – und könnte Marine Le Pen Schubkraft verleihen. Zwar

rechnen nur wenige mit Le Pens Wahl zur Präsidentin Frankreichs, aber langfristig sieht Finkielkraut den FN im Aufwind: Um die «nationale Präferenz» und generell alle Werte zu bekämpfen, die man dem Faschismusverdacht unterstellen könne, «überlässt man die Verteidigung der Republik, des Laizismus, der Kultur, der Sprache und generell der Tradition ausschliesslich der Partei von Marine Le Pen. Sie wird dadurch immer nur noch stärker – und ihr Sieg irgendwann unausweichlich.»



Trumps Woche

Enthüllt!

Brisante Neuigkeiten in der «Abhör-affäre». Im Fokus: Obamas Sicherheitsberaterin Rice.

Präsident Donald Trump kritisierte nach der gescheiterten Gesundheitsreform den konservativen Flügel der Republikaner (Freedom Caucus) scharf, drohte im Konflikt um Nordkoreas Atomprogramm mit einem Alleingang und schickte Schwiegersohn Jared Kushner als Emissär in den Nahen Osten.

Derweil sorgten Recherchen in der «Abhör-affäre» um Trump für grosses Aufsehen in Washington. Bloomberg News berichtete am Montag, Obamas Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice habe «in Dutzenden Fällen» veranlasst, dass die Identität von Mitgliedern von Trumps Wahlkampf- und Übergangsteam, die in Geheimdienstberichten aufgetaucht sind, enthüllt werden (US-Geheimdienste dürfen ausländische Offizielle überwachen, nicht aber eigene Bürger. In Berichten muss die Identität von zufällig erfassten US-Bürgern verdeckt werden). Laut Bloomberg-Rechercheur Eli Lake enthielten diese Dokumente «wertvolle politische Informationen über das Trump-Team: über Personen, die Trump-Mitarbeiter getroffen haben, über ihre Ansichten zur Aussenpolitik und über Pläne der neuen Regierung».

In einem TV-Interview beteuerte Rice, sie wisse «nichts» darüber, dass Trump und Mitglieder seines Übergangsteams bei Lauschangriffen von Geheimdiensten zufällig erfasst worden seien. Gemäss einem weiteren Bericht des Online-Newsportals Circa deuten Datenprotokolle von Computern des Weissen Hauses jedoch darauf hin, dass Rice während der letzten sieben Monate der Obama-Regierung auf zahlreiche Geheimdienstberichte zugegriffen hat. Mit anderen Worten: Rices Manipulationen fanden während der heissen Phase des Wahlkampfs ab Juli 2016 statt.

Die Enthüllungen sind delikat. Zwar ist Rices Vorgehen nicht zwingend illegal, doch stellt sich die Frage nach dem Motiv. Beobachter gehen davon aus, dass Trump an seinen Abhör-Vorwürfen gegen Vorgänger Barack Obama festhält. Er twitterte: «Es gab eine elektronische Überwachung von Trump und Personen, die ihm nahestehen. So etwas hat es noch nie gegeben.»

Diktatur der guten Absichten

Ich bekenne mich leidenschaftlich zu meinem Europäertum und zur europäischen Einigung. Gerade deshalb muss ich meine tiefe Sorge ausdrücken. Ein neues autoritäres, europäisches Staatswesen kommt. *Ein wehmütiger Essay von David Engels und Dorian Stroligo (Illustration)*

Inmitten der tiefsten Krise der römischen Republik schrieb Cicero: «Durch unsere Fehler, nicht durch irgendein Unglück, halten wir das Gemeinwesen zwar dem Wort nach fest, haben es in Wirklichkeit aber längst verloren.» Dieses Zitat hat mich immer tief berührt, da es unser heutiges Zeitgefühl wiedergibt. Tatsächlich befindet sich die europäische Welt in ihrer schwersten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg – und dass ausgerechnet 2017 die Römischen Verträge ihren 60. Geburtstag feiern, sollte mehr denn je Anlass sein, eine kritische Bilanz der europäischen Einigung und der dahinterstehenden geistigen Kräfte zu ziehen.

Als mehrsprachiger Belgier, aufgewachsen im Schatten der alten Kaiserstadt Aachen, kann ich nicht anders, als mich ohne Abstriche zu meinem Europäertum zu bekennen und die europäische Einigung als historisch lang überfälligen Prozess mit Freude zu begrüßen. Gerade deshalb aber empfinde ich es als eine besondere Verpflichtung, die tiefe Sorge, mit der ich die gegenwärtigen Entwicklungen betrachte, offen anzusprechen.

Europas Krise gründet nicht, wie je nach parteipolitischer Vorliebe zu lesen ist, auf Massenarbeitslosigkeit, Flüchtlingen, Staatsverschuldung, Bevölkerungsschwund, Globalisierung, Bildungsmisere, Technokratie oder Überalterung; dies sind reine Oberflächenerscheinungen. Europas Krise beruht auf einer geistigen Grundhaltung, welche die bisherigen Werte unseres Erdteils unter dem Vorwand, sie weltweit zum Sieg zu führen, umgedeutet, ausgehöhlt und unglaubwürdig gemacht hat. Die europäische Einigung hat diese Entwicklung nicht verlangsamt, sondern beschleunigt, indem sie sich nicht als Sachwalter der Zusammengehörigkeit des Abendlandes als geistiger und kultureller Schicksalsgemeinschaft definierte, sondern diese vielmehr durch Reduktion auf rein wirtschaftliche und technokratische Interessen langfristig diskreditierte. Überspitzt ausgedrückt: Die EU hat Europa vereinigt, aber das Abendland abgeschafft.

Beachtliche Geschichtsvergessenheit

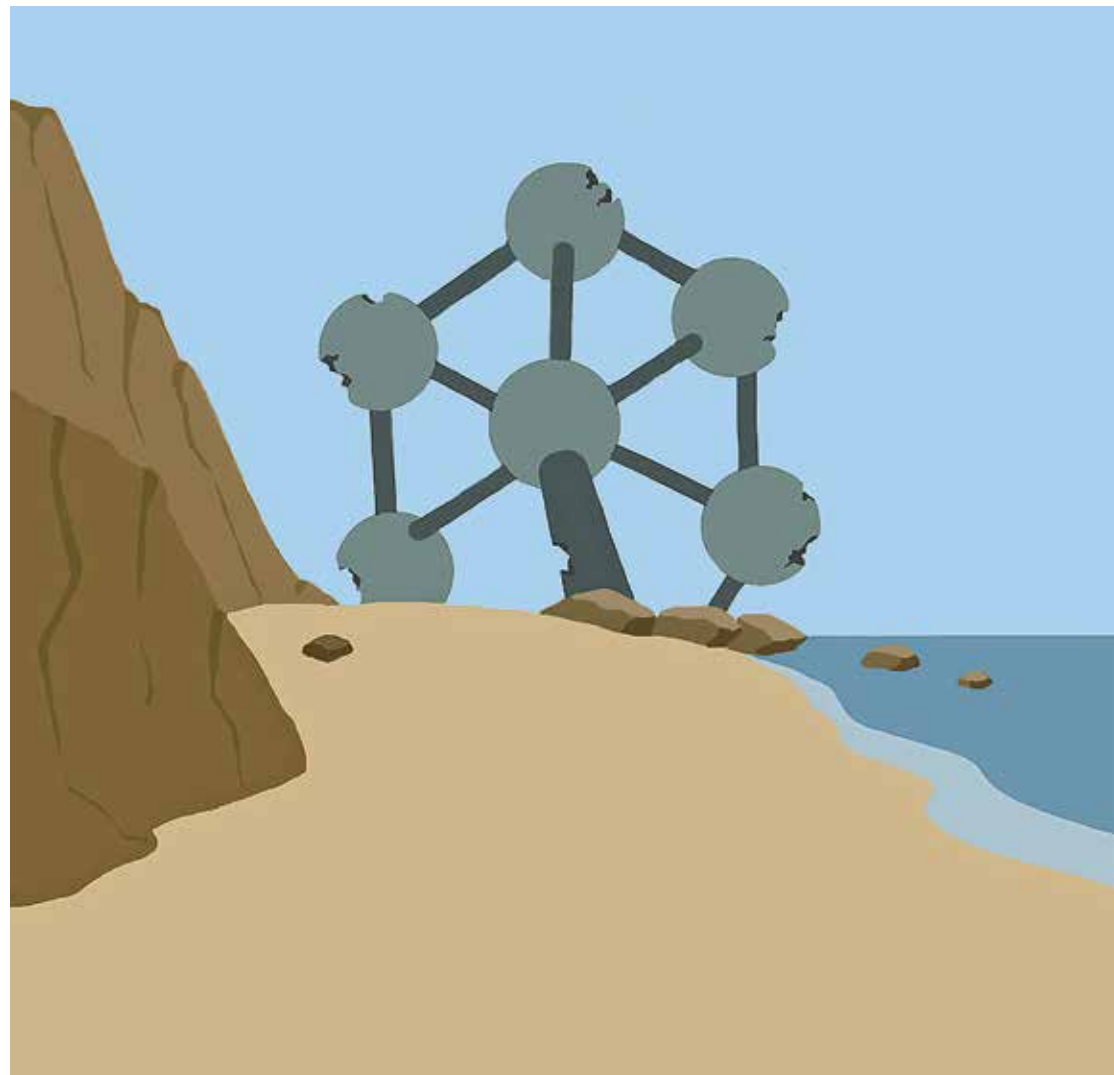
Heute ernten wir die Früchte dieses Vorgangs: Auch das neue Europa ist am Ende; ein Ende, das allerdings nicht die Züge tragischen Versinkens in Feuer und Tod trägt, sondern vielmehr eines staatlich beförderten demokratischen Niedergangs: eines bildungspolitisch beschleunigten geistigen Sich-Aufgebens, einer durch unser Wirtschaftssystem fest eingerich-

teten Dauerkrise und einer durch Materialismus und Arroganz induzierten spirituellen Verarmung. Sie lassen Willen und Empörungsvermögen so lange abstumpfen, bis es zu spät ist, den inneren Zusammenbruch abzuwenden. Auf die falsche Selbstzufriedenheit des «letzten Menschen», wie Nietzsche ihn mit Abscheu, Fukuyama mit Bewunderung beschrieben hat, mag dann ein letztes Aufbäumen folgen. Seine ersten Symptome treten uns in Form des «Populismus» überall vor Augen, nicht unähnlich dem Untergang der römischen Republik im ersten vorchristlichen Jahrhundert. Doch gleichzeitig mit der gegenwärtigen Geisteshaltung wird auch der letzte Rest von Demokratie fallen, der uns noch verbleibt.

Befragt man einen heutigen Europäer, welche Errungenschaften er mit der EU verbindet, wird er wohl auf Frieden, Wohlstand und Mo-

bilität verweisen; drei Werte, die durch die Römischen Verträge 1957 und die Gründung der Europäischen Gemeinschaften zu Hauptpfeilern des europäischen Einigungsprozesses wurden. Nun soll nicht bestritten werden, dass es sich um wichtige Bestandteile einer jeden Gesellschaftsordnung handelt; eine genauere Betrachtung vermittelt allerdings ein eher fragwürdiges Bild dieser angeblichen Erfolgsgeschichte.

Was die Erfüllung der Forderung «Nie wieder Krieg» betrifft, scheint diese zwar nach zwei Weltkriegen verständlich, als Kitt europäischer Einigung aber insoweit dürftig, als kollektive Gewalt ablehnung ja nur eine negative, keine positive Grösse darstellt: Aus geteiltem Nicht-Wollen folgt noch lange kein inneres Zusammenwachsen, und es ist sehr fraglich, inwieweit das «friedliche» Europa des 21. Jahrhunderts



Staatlich beförderter demokratischer Niedergang.

geistig und kulturell einiger ist als das kriegerische Europa des 18. Jahrhunderts.

Auch bedarf es einer beachtlichen Geschichtsvergessenheit, gerade die europäischen Institutionen für siebenzig Jahre Frieden verantwortlich zu machen: Der Friede Europas entsprang weniger der freiwilligen Bereitschaft der zerrümmerten Nationalstaaten, auf Krieg zu «verzichten», als vielmehr dem fünfzigjährigen Kalten Krieg zwischen der Nato und dem Warschauer Pakt mitsamt seinem atomaren Eskalationspotenzial. Auch nach dem Fall der Mauer ist die EU den Beweis ihres aussenpolitischen Geschicks schuldig geblieben: Weder der Jugoslawienkrieg noch der ukrainische Bürgerkrieg, noch der Zerfall der islamischen Nachbarstaaten konnten gebändigt werden.

Auch was den Wohlstand Europas betrifft, kommen Zweifel auf, ob der gegenwärtige Vorrang der Wirtschaft vor dem Geist tatsächlich so wünschenswert ist und inwieweit siebenzig Jahre Wohlstand wirklich Resultat geschickter Planung waren. Weder der Umgang mit dem Wiederaufbaupotenzial der Nachkriegszeit noch die mit Sättigung der Nachfrage sich wieder einstellende Arbeitslosigkeit wurden zum Ausgangspunkt grundlegenden Nachdenkens über die Verteilung der gewalti-

gen Reichtümer, die sich durch den technologischen Fortschritt ergaben. Die Polarisierung in Arm und Reich wurde einfach durch schuldenfinanzierte Steigerung der Sozialausgaben überspielt, solange die Existenz des Sozialismus die Aufrechterhaltung der «sozialen Marktwirtschaft» erzwang.

Nach 1995 war diese Fassade nicht mehr nötig, und es erhob sich unversehens der Ruf nach Sparmassnahmen, nach grösserer Mobilität des Kapitals, nach Lockerung der Lohnvereinbarungen – mit dem Resultat, dass die Arbeitslosigkeit in Europa Rekordhöhen erreicht, die Haushaltspolitik nicht mehr den Bürger schützt, sondern Allgemeinbesitz in die Hände grosser Unternehmen überträgt, und es nur eine Frage der Zeit ist, bis die nächste zerstörerische Finanzkrise Europa heimsucht.

Versäumte Chancen

Was schliesslich die Mobilität angeht, so wurden auch hier mehr Chancen versäumt als wahrgenommen. Die Möglichkeit, durch Arbeitsmobilität personalschwache mit einkommensbedürftigen Volkswirtschaften zusammenzubringen, hätte ungeahnte Möglichkeiten geliefert, nicht nur materiellen Ausgleich zu schaffen, sondern auch die kulturelle Vielfalt und Solidarität des Abendlands bewusst zu machen. Doch stand im Hintergrund dieser Massnahmen nicht das Interesse Europas, sondern nur der Eliten. Die als «Globalisierung» multikulturell beschönigte Auslagerung der Industrie nach Asien sowie die materialistisch gerechtfertigte Einfuhr von Wirtschaftsflüchtlingen aus den islamischen Nachbarstaaten haben demonstriert, dass es bei «Mobilität» nicht um die Stärkung des europäischen Gedankens ging, sondern um grösstmögliche Ausbeutung von Arbeitskraft und Stimmrecht. Gerade diese in recht kurzer Zeit erfolgte kulturelle Neugestaltung des Kontinents ist es, die – mehr noch als Armut und Dauerkrieg – zur gegenwärtigen fatalen Infragestellung unseres politischen Systems und seiner Grundwerte geführt hat.

Um Frieden, Wohlstand und Mobilität ist es also nicht zum Besten bestellt. Doch selbst wenn das anders wäre, würden sie als rein materialistische Begriffe nichts über die moralische, politische oder geistige Beschaffenheit der EU aussagen: Auch die römische Militärdiktatur sicherte den inneren Frieden; auch das despotische Mongolenreich ermöglichte grosse innere Mobilität; auch das kommunistische China bemüht sich um die Steigerung des Wohlstands seiner Bewohner.

Aber kann die Bereitschaft zu Krieg und Selbstaufgabe zugunsten ideeller Werte nicht sittlich höher stehen als das feige Wegschauen im Sinne des «Weltfriedens»? Kann der soziale Frieden eines armen, aber solidarischen Staates nicht dauerhafter sein als der allgegenwärtige Neid der entfesselten Konsumgesellschaft? Kann es nicht sein, dass der mobile Grosstädter

nur Einsamkeit findet, derweil so mancher Dorfbewohner ein Leben in geborgener Erfüllung führt?

Scheinbar freie Gesellschaft

Die wahre Identität eines Gemeinwesens leitet sich nicht aus seinen materiellen Zielen ab, sondern vielmehr, wie schon Montesquieu erkannte, aus dem Geist, der sie bewegt. Gerade dieser Geist scheint heute fragwürdig geworden zu sein, da er sich sowohl von seiner kulturellen als auch seiner spirituellen Verankerung entfernt hat.

Kulturell, weil die Zeiten, in denen die Europäer sich in bruchloser Kontinuität zu den jahrhundertealten Traditionen des Abendlandes sahen, längst vergangen sind: Geschichte wird bestenfalls als antiquierte Last wahrgenommen, auf die sich nur reaktionäre «Modernisierungsverlierer» berufen können. Schlimmstenfalls ist sie eine Ansammlung von Gräueltaten, für die man sich auch nach drei Generationen nicht genug entschuldigen kann: Von der einst durch Geschichte garantierten kollektiven Identität bleibt lediglich die kollektive Schuld. Deshalb definiert sich auch die EU nur als kulturunabhängiger, rein geografisch umgrenzter Universalstaat.

Die spirituelle Entfremdung rührt daher, dass das Aussterben des Christentums und die im Namen des Laizismus vollzogene Reduktion jeglicher Form von Geistigkeit auf eine Privatsache letztlich jeden absoluten Wert durch die Relativität permanenten Verhandels ersetzt. Dies garantiert nur scheinbar eine freie

Auch nach dem Fall der Mauer ist die EU den Beweis ihres politischen Geschicks schuldig geblieben.

und unbefangene Gesellschaftsgestaltung. In Wirklichkeit degradiert es jeglichen moralischen Leitwert zur semantischen Leerstelle. Was bedeutet schon der von der EU so oft beschworene Kantsche Imperativ, demzufolge nur jene Maximen individuelle Richtlinien werden sollten, die gleichzeitig auch allgemeines Gesetz werden könnten, wenn selbsternannte Minderheiten der Mehrheit ihren Willen aufzwingen und viele Bürger vor lauter sozialem und medialem Druck gar nicht mehr fähig sind, zu durchschauen, wann der angebliche Allgemeinnutz eigentlich ihre Würde verletzt?

So haben wir in den letzten Jahrzehnten eine ebenso verwirrende wie dramatische Sinnentleerung all jener Begriffe erleben müssen, auf denen bislang unsere Gesellschaft fusste: Da wurden die Grenzen zwischen links und rechts durch ein vom angeblichen «Sachzwang» diktiertes Bekenntnis zur liberalen Weltordnung verwischt. Da ist die politische Debatte zwischen Zentrum und Extremismus zum Vexier-



Migration

1:0 für Österreich

Unser Nachbar verbietet die Burka und verschärft das Asylrecht. Die Schweiz blockiert sich selbst.

Statt auf der Skipiste findet das Duell der beiden Wintersportnationen Schweiz und Österreich neuerdings auf dem politischen Parkett statt. Die Regierungskoalition aus SPÖ und ÖVP legt vor. Vor wenigen Tagen beschloss die österreichische Regierung ein Burkaverbot. Auch das Verteilen des Korans wird untersagt. Ein klares Zeichen gegen den radikalen Islam. Und hierzulande? In der Frühjahrssession lehnte der Ständerat einen Vorstoss von SVP-Nationalrat Walter Wobmann ab, der ein Verhüllungsverbot verlangte – mit den Stimmen der Linken und der Freisinnigen.

Zwei Kleinstaaten, beide mit gut acht Millionen Einwohnern, wirtschaftlich erfolgreich und international ausgerichtet. Die Schweiz hat sich verpflichtet, jährlich 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für Entwicklungshilfe zu leisten. Das sind gemäss jüngsten Erhebungen 3547 Millionen US-Dollar. Österreich gab im Vergleichsjahr gerade einmal 1144 Millionen für Entwicklungshilfe aus. Ein Drittel der Zahlungen der Schweiz. Eine Senkung der Quote wurde letztes Jahr im Berner Parlament abgelehnt – mit den Stimmen der Linken und der CVP. Am Ende waren zwei FDP-Enthaltungen entscheidend.

Für 2016 hat Österreich eine Asyl-Obergrenze von 35 000 Gesuchen eingeführt. Nach dem Willen der ÖVP soll diese Höchstzahl jetzt auf 17 000 halbiert werden. Die Koalition verschärft ihre Gesetze. Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene und Ausländer, die mit dem Familiennachzug ins Land kommen, müssen eine Integrationsvereinbarung unterzeichnen. Damit verpflichten sie sich, Sprach-, Werte- und Orientierungskurse zu besuchen. Wer sich verweigert, dem wird die Sozialhilfe gekürzt.

Derweil forderte die SVP-Fraktion eine Änderung der Bundesverfassung. Personen, die über einen sicheren Staat einreisen, sollen vom Asylverfahren ausgeschlossen werden. Gegen Asylentscheide dürfte nur noch vor einer Verwaltungsbehörde und nicht mehr vor einem Gericht Beschwerde geführt werden. Der Nationalrat versenkte den Vorstoss gegen die grassierende «Ich suche mir meine Wunschdestination selber aus»-Asylmigration – mit den Stimmen der Linken, der FDP und der CVP. Österreich baut seine Führung aus. *Peter Keller*

spiel doppelbödigere Bedeutungen verkommen, wo Fundamentalisten aller Art sich zu Garanten von Toleranz, Gleichheit und Demokratie stilisieren. Zugleich wird den Kräften der «Mitte» – nicht immer unberechtigt – vorgeworfen, eine Diktatur der guten Absichten zu errichten.

Fanatismen aller Art

Was bedeutet angesichts dieser neuerlichen Bestätigung der «Dialektik der Aufklärung» noch der hochgestimmte Beginn des Vertrags von Lissabon: «Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte [...] in einer Gesellschaft [...], die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet?»

Fanatismus aller Art wird in Europa zum Bewährungsakt der Toleranz umgedeutet; der Niedergang des Bildungssystems zum Triumph sozialer Gleichheit; Einverständnis in patriarchalische Unterdrückungsformen zu feministischer Selbstbestimmung; die unerträgliche Bereicherung der Finanzwelt zur adäquaten Stimulation der «Macher»; die elektronische Überwachung zum Schutzwall gegen den Terrorismus; dieser selbst meist zum bedauerlichen Einzelfall; Demokratie, wo sie über blosser Akklamationsakte hinausgeht, zur populistischen «Gefährdung»; Provokation zur Kunst und Bildung zu Elitismus; jahrzehntelang verschleppte Prozesse zur Apotheose des Rechtsstaats; Vandalismus zu legitimer Kritik am an-

Der Zusammenprall zwischen den politischen Welten, wie er sich 2017 abzeichnet, wird hart sein.

geblichen Polizeistaat; Grenzkontrollen zum Anschlag auf die Menschenwürde; Arme und Arbeitslose zu Globalisierungsverlierern; Bevölkerungsniedergang zur Busse für historische Schuld; Steuerflucht zum Anreiz für Sozialstaatsabbau; und Gettoisierung zu Pluralismus und Willkommenskultur.

Nationalistische Parteien reden vom Abendland, christliche Parteien setzen bekennende Muslime auf ihre Liste, sozialistische Parteien stärken die ultraliberale Weltordnung, und kommunistische Parteien sprechen sich gegen Überfremdung aus. Aber alle beschimpfen einander als Faschisten und postfaktische Lügner. Was bleibt dem Bürger da übrig als das zynisch-resignierte «Was ist Wahrheit» eines Pontius Pilatus? Ein solcher Zustand kann nicht von Dauer sein. Schon jetzt sucht sich der Wunsch nach festen, allgemeingültigen Fixpunkten des Denkens einen ersten Ausdruck im gefährlichen Überschlag von Extremismus, Fundamentalismus, Populismus. Brexit, Euro-Krise, Massen-

einwanderung. Wahlen in Frankreich und Deutschland – der Zusammenprall zwischen den politischen Welten, wie er sich 2017 abzeichnet, wird hart sein und lange Jahre unentschieden bleiben.

So wie das gegenwärtige System unhaltbar ist, so ist auch die angeblich heile Welt, in der Europa und Christentum Synonyme waren, unwiederholbar vergangen. Verloren zwischen der Überholtheit der Vergangenheit und der Diskreditierung der Moderne, dürften sich die Lähmung von EU und Nationalstaaten sowie das Anwachsen der Krisenfaktoren bis zu einer Masse steigern, wo die Implosion nicht mehr vermieden werden kann. Rechtsunsicherheit, gewalttätige Ausschreitungen, wirtschaftlicher Niedergang, Verarmung und politische Unsicherheit werden dann wohl an der Tagesordnung sein, bis nur noch Gewalt Ruhe und Ordnung wiederherstellen kann.

Vielleicht braucht, vielleicht will der Westen ja eine solche Roskur, um sich erneut bewusst zu werden, dass eben doch nicht alles verhandelbar ist: Dass jenseits der schönen Phrasen und faulen Kompromisse Wahrheiten bestehen, die unhintergebar sind – so wie Familie, Freunde, Treue, Mut, Vertrauen, Pflicht, Verantwortung.

Machtverlagerung nach Berlin

Doch wird die Gesellschaft, die aus jenen Krisenzeiten hervorgeht, wenig Ähnlichkeit mit unserer heutigen Lebenswelt haben. Ob die EU dabei zunächst zerfällt und sich dann als «Kern-EU» um Deutschland und seine nachgeordneten Anrainerstaaten neu konstituiert oder ob sie mit einigen Verlusten wie Grossbritannien oder Griechenland ihre gegenwärtige Machtverlagerung von Brüssel nach Berlin weiter fortsetzt, ist letztlich ebenso belanglos wie die Frage, ob die Populisten sich mit den Eliten arrangieren oder die Eliten sich populistisch gerieren werden: Trotz äusserlich aufrechterhaltener freiheitlicher und demokratischer Verfassung wird unsere Staatenordnung bald der Vergangenheit angehören. An ihre Stelle wird ein autoritäres, gesamt-europäisches Staatswesen treten. Man mag (und man wird) dies bedauern. Doch, um mit Titus Livius zu reden, dessen Aktualität erst heute ganz ermessens werden kann, leben wir in einer Zeit, wo «wir weder unsere Leiden noch die Heilmittel ertragen können».



David Engels ist Inhaber des Lehrstuhls für Römische Geschichte an der Université libre de Bruxelles. Bekannt wurde er durch sein Buch «Auf dem Weg ins Imperium», in dem er die heutige Krise des Westens mit dem Untergang der Römischen Republik vergleicht.

Eine Stunde der Wahrheit

Von Hansrudolf Kamer — Xi Jinping erhält Gelegenheit, seinen Gegenspieler zu prüfen. Ist Donald Trump ernst zu nehmen oder nur ein twitternder Papiertiger?



Vor dem Rencontre des obersten Führers von China mit dem amerikanischen Präsidenten wird nüchtern festgestellt, das Reich der Mitte habe, im Gegensatz zu Amerika,

eine Strategie. Das trifft wohl zu – nach acht Jahren Obama und erst zweieinhalb Monaten Trump keine grosse Überraschung.

Trump hat im langen Wahlkampf wiederholt die chinesischen Handelspraktiken bemängelt. Im Januar beschloss er den Ausstieg aus den Verhandlungen über das transpazifische Freihandelsabkommen. Das Telefonat mit der taiwanischen Präsidentin stellte die alte Ein-China-Politik aus den Zeiten Nixons und Kissingers in Frage.

Aussenminister Rex Tillerson drohte gar mit einer Seeblockade, um China den Zugang zur Südchinesischen See zu verweigern. Nordkorea war und ist ein Thema. Trump verlangte mehrmals, dass China Druck ausüben solle, um das nordkoreanische Atom- und Raketenprogramm zu stoppen. Vor kurzem doppelte er nach und sagte, notfalls werde Amerika allein agieren. Das Wie allerdings blieb offen.

Die Nagelprobe steht erst bevor

Alles halb so wild? Die Ein-China-Politik ist wieder die Leitlinie der Administration Trump. Bei seinem Besuch in Peking ging Tillerson sogar noch weiter und unterschrieb die chinesische Sicht der Dinge mit der Wortwahl, die bilateralen Beziehungen basierten auf «Non-Konfrontation, Konfliktvermeidung, gegenseitigem Respekt und einer Win-win-Zusammenarbeit».

Diese leer klingenden Phrasen werden weiterhin in Asien gelesen als Anerkennung einer chinesischen Einflusszone und als eine Verpflichtung auf Nichteinmischung in Fragen wie Taiwan und Menschenrechte. Trumps Wechselbäder und die Mischung aus Traditionellem und Unkonventionellem lässt Freund und Feind rätseln. Strategische Mehrdeutigkeit kann durchaus ein Mittel der Politik sein, aber nur, wenn dahinter eine klare Überzeugung steckt. Hier steht die Nagelprobe erst bevor.

So ist Trump für viele Traditionalisten ein Protektionist, der nichts von der Komplexität der internationalen Wirtschaft versteht. Doch

ist er nicht der Erste, der Chinas Handelspraktiken und das politisch-militärische Auftrumpfen anprangert. Mitt Romney hatte im Wahlkampf 2012 immer wieder harte Massnahmen gegen China gefordert. Sogar Obama verhängte zu Beginn seiner Präsidentschaft Strafzölle für chinesische Autoreifen. Insgesamt liess er vor der Welthandelsorganisation in sechzehn Fällen ein Verfahren einleiten.

Europa ist Nebensache

Viel bewirkt hat es nicht. Das Problem ist politisch. Die Diskussion im Westen darüber wird aber nur wirtschaftlich geführt. Auch die Auswertung von Obamas Strafaktion von 2009 war rein ökonomisch: Die Studie des Peterson Institute for International Economics kam zum Schluss, dass zwar als Folge der Strafzölle ungefähr 1200 Arbeitsplätze in Amerika geschaffen oder erhalten wurden, die Kosten aber enorm gewesen seien.

Der wirtschaftlichen Milchmädchenrechnung stehen politische und strategische Kalkulationen gegenüber. Hier sieht die Bilanz nicht gut aus. Als China 2001 in die Welthandelsorganisation aufgenommen wurde, erklärten die Präsidenten Clinton und Bush und andere westliche Führer, dass dies die Handelsdefizite reduzieren und China dazu bringen werde, dem Kommunismus und der repressiven Kont-

rollpolitik abzuschwören. Ähnliches war wieder zu hören, als Peking die Olympischen Spiele 2008 zugesprochen wurden.

Ungefähr das Gegenteil ist eingetreten. Die Handelsdefizite wuchsen, die Abhängigkeit von China nahm zu. Unter Xi Jinping besinnt sich Peking auf die kommunistische Tradition, praktiziert entsprechende Repression gegen jegliche Dissidenz und nutzt den neuen Reichtum, um massiv aufzurüsten. Damit nicht genug. China, so war zuletzt in Davos zu hören, werde sich zum Führer des globalen Freihandels aufschwingen. Im *Economist* war zu lesen, das Reich der Mitte empfehle sich nun der ganzen Welt als Förderer und Hüter eines neuen internationalen Systems – der nicht näher erläuterten «chinesischen Lösung».

Das sind die strategischen Folgen der liberalen Handelspolitik gegenüber China. Simple Wirtschaftsarithmetik wird dem nicht gerecht. Für Amerika wird die Lage langsam ungemütlich. China umwirbt Regionalmächte wie die Philippinen und Vietnam inzwischen recht erfolgreich. In etwa vier Jahren soll Nordkorea über Interkontinentalraketen verfügen, die Amerikas Westküste erreichen können.

China hat indes kein Interesse, Nordkorea einzudämmen. Es ist daran interessiert, seine strategische Auf- und Überholjagd fortzusetzen und im pazifischen Raum eine hegemonale Stellung zu erreichen. Amerika – Europa ist Nebensache – wird die Rechnung für jahrzehntelanges Wunschdenken präsentiert. Alle Präsidenten seit Reagan haben die China-Problematik auf die lange Bank geschoben. Es ist deshalb nicht ganz uninteressant, welchen Eindruck Xi Jinping vom Rendez-vous in Mar-a-Lago mit nach Hause nimmt.



Rechnung für jahrzehntelanges Wunschdenken: nordkoreanischer Raketentest.



Immer für eine Überraschung gut: Moderatorin Buchli.



Ikone der Woche

In Hochform

Von Bernard Thurnheer

Rund eine Stunde vor der Sendung «Sport aktuell» des Schweizer Fernsehens wurde einst eine Nachwuchsmoderatorin getestet. Das war vor etwa fünfzehn Jahren. Zu sagen, sie würde auf Herz und Nieren geprüft, wäre eine glatte Untertreibung.

Als ich als *der eigentliche* Präsentator der Sendung damals ins Studio kam, bot sich mir ein vertrautes Bild. Zum x-ten Male wurde die relativ kleine, junge Frau mit dem ebenso «kleinen» Namen Steffi Buchli von irgendwelchen Chefs irgendwelcher Abteilungen begutachtet. «Jetzt hört dann einmal auf damit», entfuhr es mir, «das hat doch längst jeder gecheckt, dass die das kann!»

Unterdessen ist Steffi Buchli in weiten Teilen der Schweizer Bevölkerung ein Begriff. Sie ist, je nach Betrachter, «die Rothaarige», «die Tätowierte», «die Social-Media-Dauerpräsentante», «diejenige, die immer lacht». Nachdem die Fernsehzuschauer sich genug an ihrem Äusseren sattgesehen hatten, stellten sie schliesslich auch noch fest: Diese Frau kann etwas. Sie führt gute Interviews, sie ist in den Sportarten, über welche sie berichtet, sattelfest, sie ist eine kompetente Moderatorin sowohl von Talkshows mit Prominenten als auch von Sport-Hintergrundsendungen.

Sie gab mir das beste Geschenk

Und Steffi ist auch immer für eine Überraschung gut. An der Fussball-WM von 2014 riss sie nach dem Abschlussstraining vor dem Final heimlich ein Bündel Originalgras aus dem Maracana-Stadion-Rasen und schenkte es mir zum Geburtstag. Für mich das absolut beste Geschenk zu meinem 65.! Zwei Jahre später, an den Olympischen Spielen in der gleichen Stadt, windete es sie am Strand von Ipanema mitsamt dem Studio vom Festland fast ins Meer, was sie nicht etwa in Panik versetzte, sondern zur Hochform auflaufen und ihr Improvisationstalent entfalten liess.

Ich wünsche ihr, dass sie in den Medien noch möglichst lange präsent bleibt, auch wenn sich die Zahl ihrer Zuschauer beim neuen Sender, wohlwollend betrachtet, um den Faktor zehn verkleinern wird. Aber man kann nicht alles haben im Leben, nicht einmal die talentierte Steffi, und das weiss sie bestimmt selbst am besten.

Steffi Buchli, 38, hat diese Woche bekanntgegeben, dass sie nach vierzehn Jahren SRF verlässt und als Moderatorin und Programmleiterin zu UPC MySports wechselt.

Bernard Thurnheer, 67, ist eine Schweizer Sportreporter- und Moderatorenlegende. Sein neues Buch, «Hauptsache es flimmert! Ein Leben mit dem Fernsehen» (Giger-Verlag), steht auf der Sachbuch-Bestsellerliste.



Die Bibel

Zum Dienen gekommen

Von Peter Ruch

Denn auch der Menschensohn ist nicht gekommen, um sich dienen zu lassen, sondern um zu dienen und sein Leben hinzugeben als Lösegeld für viele (Markus 10, 45). Diese Bibelstelle passt zur Passionszeit. Mit «Menschensohn» meint Jesus offensichtlich sich selbst. Dieser merkwürdige Titel wurde im Alten Testament ursprünglich verwendet, um den Abstand zwischen Gott und Mensch zu betonen. In den Psalmen erfolgt dann eine Wende, und Gott wird dafür gepriesen, dass er sich dem Menschen annähert: *Was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst?* (Psalm 8, 5). Am häufigsten taucht der Begriff beim Propheten Ezechiel auf. Gott redet ihn über siebzig Mal als Menschensohn an. Und Daniel erwartet zur Endzeit den göttlichen Weltenherrscher, der einem Menschen gleicht.

Daran knüpft das Evangelium an. Jesus ist Gottes Abgesandter. Stammt einer so unmittelbar von Gott, so verbindet sich damit automatisch die Vorstellung von Macht, Würde und Erhabenheit. Diese Vorstellung schiebt nun Jesus beiseite mit der Aussage, er sei nicht zum Herrschen gekommen, sondern zum Dienen. Eine ungeheure Drehung, wenn man bedenkt, wie sich Götter und Pseudogötter im Allgemeinen durch Distanz, Pracht und Unterdrückung definieren.

Diese Drehung der natürlichen menschlichen Denkweise bleibt nicht ohne Wirkung. Gefällt sich Gott selber in der Rolle des Dieners, so ist es nicht mehr nötig, sein Selbstwertgefühl mit Hochmut und Männchenmachen aufzubauen. Dienen ist nicht mehr eine Domäne der Sklaven und Untertanen, sondern passt zu jedem und jeder. Das Erfreulichste daran scheint mir, dass wir auf diesem Weg schon ordentlich viel erreicht haben. Die Hierarchien sind flach, und selbst die höchsten Amtsträger im Staat nennen sich «Minister». Das Wort ist von «minor» abgeleitet und bedeutet «geringer». Minister sind Geringe, also Diener an der Gemeinschaft. Klingen die Worte Jesu in vielen Ohren nach, so wird die Gesellschaft noch liebevoller, friedlicher und gerechter.

Peter Ruch war 35 Jahre lang reformierter Pfarrer in Pfyn, Schwerzenbach und Küssnacht am Rigi. Hier schreibt er wöchentlich über Bibelworte.

Idole

Mein Freund Martin Walser

Ich hatte meinen Lieblingsschriftsteller mit Postkarten eingedeckt, bin ihm zu allen Lesungen nachgereist. Dann haben wir uns kennengelernt. Von Matthias Ackeret

Manchmal kann die Bekanntschaft mit Martin Walser lebensgefährlich sein. Ein Freitagabend im vergangenen Oktober. Der Schriftsteller hat einen Auftritt im Theater Neumarkt. Wenige Stunden zuvor sandte er mir eine SMS, dass er um 17.21 Uhr mit dem Schnellzug aus Kreuzlingen im Zürcher Hauptbahnhof eintreffen werde. Ich warte beim Gleis 14, der Zug ist pünktlich. Walser trägt einen langen Regenmantel, seinen charakteristischen schwarzen Hut, in der Hand die zerbeulte Mappe. Er freue sich, mich zu sehen, sagt er. Den Vorschlag aber, ein Taxi ins benachbarte Niederdorf zu nehmen, lehnt er ab. «Mir gönnt z Fuss.» Als wir wenig später zur Rushhour das Central überqueren, nähert sich von der linken Seite das 15er-Tram, von der anderen kreischend der 4er. «Jetzt nur nicht das gleiche Schicksal wie der Seelig», murmelt der Schriftsteller. Auf Alemannisch. Doch längst haben wir die rettende Traminsel erreicht. Carl Seelig, der Vormund von Walsers Namensvetter Robert Walser, hatte nicht so viel Glück: Sein Leben endete vor 55 Jahren unter einem Zürcher Tram. Walser bleibt sicherheitshalber eingehakt, als wir ins Niederdorf einbiegen.

Heimat ist immer Sehnsucht

Martin Walser kenne ich bereits bald vierzig Jahre. Zuerst als Leser. Das Milieu seiner Bücher, der Mittelstand, ist mir als Lehrerssohn bestens vertraut, die Bodenseeregion, Schauplatz vieler seiner Romane, ist vom Zürcher Weinland, wo ich aufgewachsen bin, nicht weit entfernt. Ökonomisch gesehen, profitiert

der Bodensee wohl mehr von Walser als umgekehrt. Der Schriftsteller hat der Gegend seinen eigenen, unverkennbaren Sound gegeben, den Walser-Sound. Ohne ihn wäre der Bodensee nur ein austauschbares Binnengewässer, begrenzt durch Autostrassen, Rebberge und mittelgrosse Städte. Dank Walser kam es anders: Eine Landschaft, so schreibt er in «Seelenarbeit», in der sich selbst die Strassen «bogen, als wollten sie wieder heim».

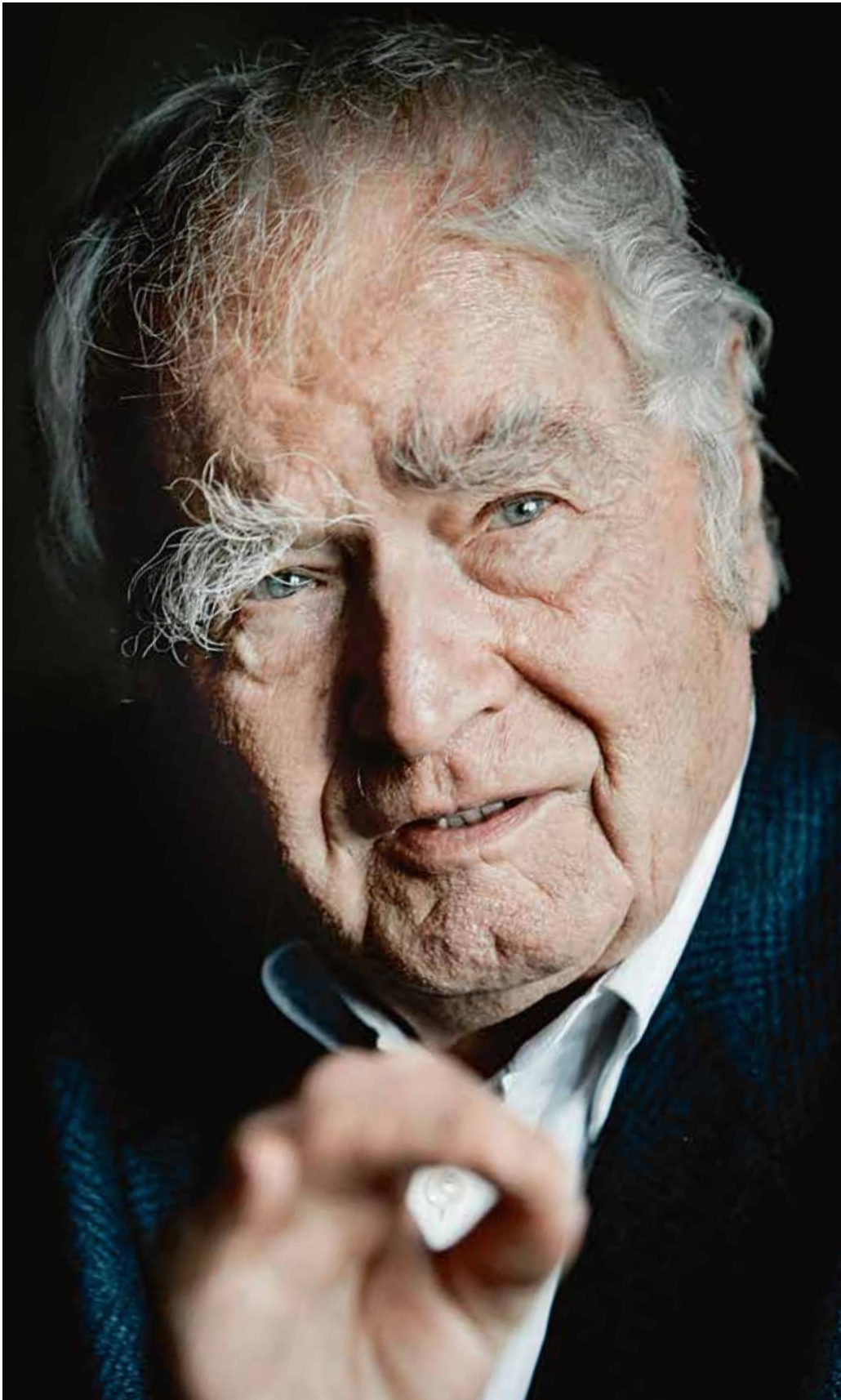
Heimat ist immer Sehnsucht. Mein Erweckungserlebnis war Walsers erfolgreichstes Buch: «Ein fliehendes Pferd». «Plötzlich zog Hel ihr Oberteil weg, verstaute es, sagte, Klaus könne bei dem Winde allein fertig werden und legte sich auf das Vorderschiff», schrieb Walser 1978. Dieser Satz weckte frühpubertäre Fantasien. Ich war 15-jährig und lehnte mir die Novelle in der Schaffhauser Stadtbibliothek aus. Seither sehe ich den Bodensee anders; erotischer, lebendiger, fast als zweite Côte d'Azur. Walser hat mir eine andere Sicht auf die Dinge gegeben. Walser ist jenes Präzisionsgenie, das ein Seelengefüge ins Schwingen bringt, von dem man gar nicht wusste, das es existiert. Ein Seismograf der Befindlichkeit. Oder um es mit den Worten des *Spiegels* zu sagen: der «Chronist der deutschen Seele». Sein Lieblingswort heisst «Unglücksglück». Gäbe es einen Walser-Code, wäre es dieser.

Die Bekanntschaft mit meinem Lieblingsautor verdanke ich einer Postkarte. Oder konkreter: einem Dutzend Postkarten. Vor genau 21 Jahren reiste ich mit dem Reisebuchverleger Manfred Klemann in drei Wochen um die Welt. Ein absurdes Unterfangen: alle Kontinente und die besten Plätze unseres Planeten im Schnellstdurchlauf. Von Kapstadt via Bangkok, Peking und der Chinesischen Mauer nach Hongkong, Sidney, Bora Bora, San Francisco, nach Las Vegas und Los Angeles, um auf dem Heimflug – mit einem Abstecher nach Barcelona – noch den Ballermann auf Mallorca zu besuchen.

Doch bereits am zweiten Tag sassen wir gelangweilt an der weltberühmten Waterfront von Kapstadt. Hinter uns der Tafelberg. Ich zog ein völlig zerknittertes Walser-Taschenbuch aus der Tasche und begann zu lesen. Manfred, mit dem Schreiben der ersten Postkarten beschäftigt, schlug vor, dem Schriftsteller auch eine zu senden. Als handfester Beweis, dass die Welt nicht nur aus dem Bodensee bestehe. Walser in Afrika. «Lieber Martin», schrieben wir auf die Karte, «Südafrika ist so, wie du es beschreiben würdest. Herzlichst

Literatur-Spezial

- 54 **Martin Walser** Matthias Ackeret über seinen Lieblingsschriftsteller
- 57 **Schweizer Klassiker** Johanna Spyris Erstling «Ein Blatt auf Vrony's Grab»
- 58 **Kleine Eiszeit** Philipp Blom über die Klimakatastrophe im 17. Jahrhundert
- 59 **Knorr's Krimi** «Gefrorener Schrei» von Tana French; «Männer mit Erfahrung» von Castle Freeman
- 60 **«Das Europa der Könige»** Leonhard Horowski über Macht und Spiel an den Höfen
- 63 **Hanya Yanagihara** Regula Stämpfli über den Roman «Ein wenig Leben»
- 63 **Ehrlich jetzt** Sprachkolumne von Max Wey



Sinatra der deutschen Literatur: Schriftsteller Walser, 90.

Manfred und Matthias.» Drei Tage später in Thailand: «Lieber Martin, wir haben uns im Wat-Pho-Tempel die Zukunft voraussagen lassen. Bangkok ist ein bisschen verwirrend.» Die Vorstellung, einem der berühmtesten Schriftsteller Deutschlands, der uns aber persönlich unbekannt war, Ansichtskarten aus der ganzen Welt zu senden, wurde zur Obsession.

Plötzlich beschäftigte uns die Frage, wie Walser auf die Karten reagieren würde, mehr als alle Sehenswürdigkeiten. Zwischenbericht aus China: «Lieber Martin, die Berliner Mauer war kleiner als die Chinesische. Viele Chinesen, noch mehr Steine.» Eine Woche später aus Las Vegas: «Lieber Martin, Las Vegas macht verrückt. Alles vorhanden – nur der Bodensee

fehlt.» Fazit in Los Angeles: «Lieber Martin, Hollywood tut gut.» Die Erkenntnis aus Barcelona: «Lieber Martin, Barcelona ist ein Gaudi. Herzlichst.» Von Mallorca – dem Schlusspunkt unserer Reise – sandten wir Walser ein Telegramm mit der Bitte, uns am Flughafen Kloten abzuholen. Doch dieses Unterfangen war erfolglos. Obwohl ich in der Ankunftshalle mit dem «Fliehenden Pferd» in der Hand winkte, gab sich keiner der Wartenden als Martin Walser zu erkennen. Aber vielleicht war dies auch nicht notwendig: Plötzlich sah ich – von den Reisestrapazen ermattet – ein Dutzend Walsers; oder zumindest solche, die aussahen wie der berühmte Autor. Anderthalb Jahre später verarbeiteten wir die ganze Reise in unserem Weltreisebuch «Die ganze Welt ist Ballermann».

Die grosse Welt spiegelt sich im Kleinen

Das erste Exemplar sandten wir Walser. Die Reaktion war überraschend, in einem *Stern*-Interview erklärte der berühmte Autor, dass die Karten «seinem Sommer einen heiteren Oberton» gegeben hätten. Mit so viel Souveränität konnte man nicht rechnen: Was folgte, war eine gemeinsame Talkshow im öffentlich-rechtlichen Südwestfernsehen, wo wir aber, um allfällige Schleichwerbung zu vermeiden, absurderweise auf die Nennung des Buchtitels verzichten mussten.

Dafür legte der Sender nach der berühmten Paulskirchenrede im Spätsommer 1998 versehentlich die falsche Kassette ein, so dass Walser in seinem Heimatsender statt über die deutsche Schuld nun über unsere Postkartenaktion sprach. Wenig später las der Meister mit uns in

Walser hielt ganz liebenswürdig seine Hand auf meinen Arm: «Das chunnt guet.»

einer Bodenseegemeinde aus den Postkarten vor. Rund 300 Menschen folgten der Einladung. So nervös war ich noch nie, ich zitterte mit beiden Beinen. Walser hielt ganz liebenswürdig seine Hand auf meinen Arm: «Das chunnt guet.»

Der Kontakt zu Walser hielt. Statt um den Globus, folgte ich nun seinen Lesungen durch ganz Deutschland. Über fünfzig Mal habe ich Walser mittlerweile lesen hören: in Ulm, Badenweiler, Schömberg, Freudenstadt, Weimar, Karlsruhe, Stuttgart, Leipzig, Waldshut, Frankfurt, Berlin, München, aber auch in Bad Schussenried, Gammertingen oder Ravensburg. Walser-Leser wissen: Die ganz grosse Welt spiegelt sich immer im Kleinen. «Matthias, bisch au wieder do», sagt der Schriftsteller, ohne überrascht zu wirken, wenn ich kurz vor seinen Auftritten auftauche. Den Organisatoren stellt er mich dann als «Freund aus der Schweiz» als seinen Repräsentanten aus seinem Sehnsuchtsland vor. Vor den Lesungen

Autoren

Alles Hochstapler

Hemingway und Max Frisch
zusammenzubringen, das
schafft nur Matthias Ackeret.

Klar, Martin Walser kommt auch vor in Matthias Ackerets neuem Roman «Eden Roc». Einerseits auf dem Buchrücken, wo der deutsche Schriftsteller seinen Schweizer Freund lobt: «Das kannst nur du, der Plotvirtuose.» Andererseits im Buch, in Form der Hauptperson: Der schillernde Boulevardjournalist Marcel du Chèvre sei «eine Mischung aus Martin Walser und John Grisham», heisst es.

Dieser Marcel du Chèvre verspricht einem Verleger in der Zürcher Kronenhalle grossmundig, er werde mit «Das Napoleon-Prinzip» einen Bestseller abliefern. Und streicht schon mal die grosszügige Vorauszahlung ein. Obschon er bereits weiss: Dieses Buch wird es nie geben. Er flüchtet mit dem Geld ins «Eden Roc», jenes legendäre Nobelhotel an der Côte d'Azur, wo Hemingway seine «Fiesta» verfasst haben soll. Da trifft er auf eine geheimnisvolle Schönheit, die sein Leben auf den Kopf stellen wird.

Mehr zum Plot sei hier nicht verraten. Nur so viel: Plötzlich kommt Max Frisch ins Spiel, beziehungsweise dessen Geliebte Lynn aus «Montauk». Und ein Nachkomme Hemingways. Oder doch nicht? In dieser Glitzerwelt ist niemand, wen er vorgibt. Denn, wie Verleger Manni M. am Anfang festhält: «Jede gute Frau will eigentlich nur mit einem Schriftsteller ins Bett.»

Ackerets fulminanter Ritt durch die Welt der Hochstapler und Möchtegerns ist ein grosser Lesegenuss. Umso mehr, als der Autor darin jede Menge reale Leute versteckt. Von Frank A. Meyer bis Roger Schwinski. Auch Ackeret selbst kommt vor, nicht nur wie in seinen früheren Büchern als sein alter Ego Dr. Beat Pestalozzi, sondern in der Geschichte insgesamt: Literatur-Groupie Ackeret reiste einst auf den Spuren Frischs und Hemingways nach Montauk und ins «Eden Roc». Die Freude, die er beim Schreiben hatte, springt auf den Leser über. Ein Buch, das man in einem Zug durchliest. *Rico Bandle*



Matthias Ackeret: Eden Roc.
Offizin. 170 S., Fr. 26.90



Überraschend sagte er zu: Walser (l.), am Geburtstagsfest von Matthias Ackeret auf dem Rhein.

stärkt er sich immer mit Wein. Bevorzugte er früher den roten als «Einstiegsdroge», so ist er wieder zum weissen zurückgekehrt. Wegen des «ehrlicheren Geschmacks». Am liebsten aber französischen – oder den Walliser Heida-Wein. Das Leben sei zu kurz für deutschen Wein, lästert der Schriftsteller Basil Schlupp im Roman «Das dreizehnte Kapitel». In Wirklichkeit würde dies Walser nie so sagen.

Ein Höhepunkt unserer Bekanntschaft: Walser verewigte mich in seinem Roman «Angstblüte» als Figur. Ihr Name: Dr. Beat Pestalozzi, ihre Nationalität: Schweizer. «Einer Welt, in der ein Beat Pestalozzi möglich ist, kann nichts passieren», schreibt er im Buch.

Martin Walser ist der Frank Sinatra der deutschen Literatur, ein literarischer Entertainer, der heute noch problemlos ganze Säle füllt. Manchmal scheint es, als käme der deutsche Kulturbetrieb auch heute noch ohne ihn ins Stottern. Ein Jahr ohne neuen Walser – undenkbar. «Bergauf beschleunigen», lautet sein Lebensmotto. Möglicherweise ist dies der Grund, warum er seinen neunzigsten Geburtstag am liebsten gemieden hätte. Bei den Feierlichkeiten in seiner Heimatstadt Überlingen fehlte er. Stattdessen liess er einen Brief vorlesen, in welchem er sein Nichterscheinen begründete. Es wirkte wie eine schamvolle Flucht vor all den Ehrungen. Als vor einem Jahr sein Roman «Der sterbende Mann» erschien, mutmasste das Feuilleton, dass dies sein letzter sein könnte. Doch weit gefehlt, Anfang dieses Jahres erschien «Statt etwas oder der letzte Rank». Es gehört zur feinen Ironie des Autors, dass auch dies nicht der letzte Rank war, Walser schreibt bereits wieder

an einem nächsten Roman. «Was soll i dann suscht mache?», kokettiert er verzweifelt, wenn man ihn nach seinen weiteren Projekten fragt.

Walser ist parteiübergreifend

Wer auf Walser trifft, kann sich dessen Aura nur schwer entziehen. Ein Staunen, das oftmals in respektvollem Schweigen mündet. In Walsers Person kumuliert sich die ganze deutsche Nachkriegsgeschichte. Doch dies ist nur eine Seite: Gleichzeitig ist Walser auch ein Handelsreisender seiner Bücher, eine Kleinstfirma in Sachen Literatur. Als ich ihm bei unserer letzten Begegnung, unmittelbar vor einer

«Du bist unter Nahen der
Nächste, wir sind getauft
mit dem gleichen Wasser.»

Lesung in Karlsruhe, eine Sonderausgabe des *Spiegels* überreichte, die ich am Bahnhof erworben hatte, legte er diese ohne sichtliches Interesse zur Seite. Dies war erstaunlich: Das Magazin war ausschliesslich Walser und seinem Werk gewidmet. Das sei zwar schön, erklärte der Jubilar. Das Einzige, was für einen Schriftsteller aber wirklich zähle, seien die Verkaufszahlen seiner Bücher. Die Angst, finanziell zu scheitern, ist eine der Triebfedern von Walsers Erfolg und nicht endender Kreativität. Vor sechs Jahren weilte Walser wieder einmal in Ingolstadt. Beinahe sechs Stunden fuhr ich mit meinem Saab über endlose Autobahnen in die oberbayrische Provinz, beinahe hätte ich die Lesung im obersten Stock des Stadthauses

verpasst. «Lieber Herr Walser», sagt der Oberbürgermeister nach dem Auftritt, «wir freuen uns, dass Sie unserer Stadt nach vielen Jahrzehnten wieder die Ehre geben.» Deswegen gebe es einen spontanen Empfang. Walser nickt, das Stadtoberhaupt hebt das Glas. Aber auch seine CSU-Stadtratskollegen und die eingeladenen Oppositionsvertreter heben ihre Gläser. Walser ist parteiübergreifend. Nach zehn Minuten flüstert mir der Schriftsteller ins Ohr, dass er sich unwohl fühle. Er müsse am nächsten Tag sehr früh nach Freiburg. Es wäre ihm am liebsten, wenn ich ihn verträte. Er verabschiedet sich und zieht sich ins Hotel zurück. Gegenüber von mir die Ingolstädter Stadtregierung.

Der Abend dehnt sich, alles harzt. Eigentlich weiss niemand, wer ich bin. Erst als ich mich – nicht zuletzt aufgrund des Weines – als Walser-Ersatz zu fühlen beginne, lockert sich die Stimmung. Manchmal ist man wirklich ein anderer, als man zu sein glaubt. Walsers Buchhelden sind das beste Beispiel dafür. Doch damals realisierte ich, wie anstrengend es sein kann, als Literaturmonument durch Deutschland zu reisen.

Als ich vor einigen Jahren meinen fünfzigsten Geburtstag feierte, schickte ich Martin Walser eine Einladung. Über sein Kommen machte ich mir wenig Hoffnung. Zu meiner grossen Überraschung sagte er zu. Es war ein lauer Spätsommerabend, draussen rauschte der Rheinfluss. Die Gäste nahmen Platz. Walser kam direkt aus Berlin, wo er zwei Tage zuvor im legendären Berliner Ensemble sein neuestes Buch, «Die Inszenierung», vorgestellt hatte. Es war wie immer: Das Feuilleton überquoll von Walser. Der Schriftsteller wirkte gelöst, das Buch wurde sehr gut aufgenommen. Walser öffnete ein Couvert, überreichte mir ein handschriftlich geschriebenes Gedicht mit dem Titel «Der Freund wird fünfzig». Ich begann zu lesen.

«Wenn es feierlich wird, versteck ich mich gern hinter Reimen. Ich feiere dich nicht mit einem Meinungsblumenstraus, ich weise dir kein Zimmer an im Literaturhaus.

Du bist unter Nahen der Nächste, wir sind getauft mit dem gleichen Wasser, und das ist von allen Wassern das höchste. Es stürzt herab, heisst Bodensee, und krasser heisst es dann Rheinfluss bei dir. Wir sind einig. Ureinig sind wir.»

Da verschlug es mir endgültig die Sprache.

Matthias Ackeret ist Verleger und Chefredaktor des Magazins *Persönlich*.

Weltwoche Nr. 14.17
Bild: STR (Keystone)

Schweizer Klassiker

Heidis Stiefschwester

Johanna Spyris Erstling «Ein Blatt auf Vrony's Grab» (1871) ist ergreifend, fromm und weitgehend vergessen. Doch die Erzählung brachte der Autorin erste Berühmtheit. Von Christoph Mörgeli

Das erste Werk von Johanna Spyri ist so persönlich und autobiografisch gehalten wie kaum eines ihrer späteren. Nach einem zweijährigen Aufenthalt in der Westschweiz sucht die Ich-Erzählerin die verlorene Spur ihrer Jugendfreundin Vrony. Diese ist die Tochter eines verwitweten Sgristen und Seidenwebers, dem sie tüchtig zur Hand gehen muss und von dem sie bei verspäteter Heimkehr Prügel bezieht. Der gemeinsame Schulunterricht bestand weniger darin, «dass uns gegeben wurde, was wir brauchten, als dass wir nehmen konnten, was wir wollten».

Im Abendglanz des kleinen Bauerndorfes huscht bei ihrer Banknachbarin Vrony «ein Hauch der Verklärung» übers Gesicht. Die heimische Natur, blühende Veilchen und die Sehnsucht nach dem Süden hinter den Bergketten – «ohne dunkle Stuben, wo man am Spulrad sitzen muss» – lassen die Freundinnen die Zeit vergessen. «Vrony, was willst du werden, wenn du gross bist?», fragt die kleine Johanna. «Ich will glücklich werden», lautet die überraschende Antwort.

Reise ins Jenseits

Dieses Glück meint Vrony später nur in der Ferne zu finden, wohin sie ein wilder Zimmermann «mit glühenden Augen» führt. Doch er stürzt sie ins Elend, trinkt, spielt und erweist sich als schrecklicher Schläger: «Wenn der Zorn in den Mann fährt, so haut er alles nieder und seine Frau zuerst.»

Nach ihrer längeren Abwesenheit verpasst es die Erzählerin vorerst, Vrony wieder aufzusuchen. Sie stammt aus einer besseren sozialen Schicht, wird aber von «einer dunklen Macht» heimgesucht – ein Hinweis auf die Depressionen, an denen Johanna Spyri tatsächlich gelitten hat. Doch schliesslich erfährt sie von einer Nachbarin vom traurigen Schicksal Vronys:

Nur der Gedanke an ihr Kind hat sie vom Selbstmord zurückgehalten. Sie folgt dem Rat eines teilnehmenden Pfarrers, kehrt zu ihrem Peiniger zurück und duldet dessen Misshandlungen in erneuertem Glauben an Gott.

Auch ihre schwere Krankheit erträgt sie in froher Zuversicht, ja, sie erlebt durch die liebevolle Pflege der Diakonissen vielleicht die schönste Zeit ihres Lebens. Bald schon tritt Vrony die Reise ins Jenseits an, und es findet sich an ihrem Grabhügel mit Johanna Spyri

die Biografin ihres bescheidenen Lebens. Im weissen Kirchlein des Bergdorfes wird aber seither allsonntäglich weit hinten, halb versteckt ein Zuhörer gesichtet – «es ist der rohe Zimmermann».

Wie später beim viel erfolgreicherem «Heidi»-Roman der Alpöhi wird bereits bei «Vrony» ein harter, verstockter Mann zum Glauben geführt. «Ein Blatt auf Vrony's Grab» zeigt exemplarisch, warum heutige Feministinnen mit Johanna Spyri wenig anfangen können: Selbst in der unglücklichsten

Ehe soll sich die Frau ihrem Mann unterordnen und ihr peinvolles Kreuz in der Hoffnung auf den Himmel duldsam ertragen. Doch es gäbe auch eine andere Sicht: Spyris vollste Sympathie gilt den Mädchen und Frauen, denen sie eine Stimme gibt und deren Leben sie voll Wärme und Lebhaftigkeit schildert. Noch tat sie es 1871 als eine der später auflagenstärksten Schriftstellerinnen aller Zeiten anonym. Doch die Frau des Zürcher Stadtschreibers hat mit 44 Jahren zu ihrer wahren Fähigkeit gefunden. Erschienen ist die «Vrony»-Erzählung in Bremen zugunsten der dortigen Gemeindediakonissen.

Johanna Spyri: Ein Blatt auf Vrony's Grab. F. A. Perthes Gotha. 65 S.



«Hauch der Verklärung»: Autorin Spyri.

Fürchterliche Zeit

Wie wandelt sich eine Gesellschaft, wenn sich ihr Klima ändert? Philipp Blom zeigt es an der Kleinen Eiszeit, die im 17. Jahrhundert herrschte. Und er zieht daraus für unsere Zukunft fragwürdige Schlüsse. *Von Markus Schär*

Bettler kämpften gegen den Hungertod, Hexen brannten auf Scheiterhaufen, Armeen zogen mordend und plündernd durch die Lande. Die Obrigkeiten pressten den Untertanen den kargen Ertrag ihrer Schufferei ab. Und die Glaubenshüter drohten ihren Herden mit den Qualen in der Hölle. Es gab in unserer Zeitrechnung kaum eine garstigere Epoche als das 17. Jahrhundert, ein «fürchterliches Zeitalter», wie 1654 der Gelehrte Jean Nicolas de Parival an der Universität Leiden schrieb: «Ich nenne dieses Jahrhundert das eiserne Jahrhundert, weil alle Unglücksfälle und rätselhaften Ereignisse zusammenkommen, die in früheren Jahrhunderten nur vereinzelt auftraten.»

Weshalb damals nicht nur die Kämpfe zwischen den Konfessionen, sondern vor allem auch Hungersnöte und Seuchenzüge die Menschen plagten, deckten Klimahistoriker wie der Berner Professor Christian Pfister auf: Im Mittelalter bis ins 14. Jahrhundert genoss Europa eine günstige Periode, mit um zwei bis drei Grad höheren Temperaturen als heute. Ab 1400 aber gingen die Temperaturen zurück und stürzten bis 1700 um vier bis fünf Grad ab; sie lagen also im «fürchterlichen» 17. Jahrhundert um zwei Grad unter den heutigen Werten. Die Historiker bezeichnen diese Epoche deshalb als Kleine Eiszeit.

Lob des Lasters

«Was verändert sich in einer Gesellschaft, wenn sich ihr Klima ändert?», fragt der Autor Philipp Blom. Europa habe in dieser eisigen Zeit «eine ungeheure soziale, wirtschaftliche und intellektuelle Revolution» durchlebt, stellt er fest. Das werfe die Frage auf, «inwiefern eines mit dem anderen verbunden ist», ob sich also der Umbruch mit dem Klimawandel erklären lässt: ein spannendes Problem, zumal im 21. Jahrhundert gemäss dem Mehrheitsentscheid der Wissenschaftler eine gefährliche Klimaerwärmung droht. Mit dem Untertitel seines Buches lockt Philipp Blom denn auch die Leser: Seine Geschichte der Kleinen Eiszeit sowie der Entstehung der modernen Welt sei «verbunden mit einigen Überlegungen zum Klima der Gegenwart».

Wie sich Geschichte fesselnd erzählen lässt, hat Philipp Blom schon mehrfach vorgeführt: In seinen Büchern «Der taumelnde Kontinent. Europa 1900–1914» und «Die zerrissenen Jahre. 1918–1938» malte er ein brillantes Pano-

rama der westlichen Welt, indem er jedem Jahr ein Thema quer durch die Kulturgeschichte zuordnete. Wer sich von seinem neuen Werk eine ebenso faszinierende Lektüre erhofft, der wird allerdings enttäuscht: Der Autor kriegt sein sperriges Thema nicht in den Griff.

Wie in den bisherigen Bestsellern kreist Philipp Blom sein Problem ein, indem er Geschichten erzählt: vom taubstummen Maler Hendrick Avercamp in Amsterdam, der 1608, nach dem kältesten Winter seit Menschengedenken, auf seinem Bild von einer Winterlandschaft «eine ganze Gesellschaft auf dem Eis» zeigte; vom aus dem Kloster Gouda geflüchteten Mönch Wouter Jacobszoon, der 1572 in seinem Tagebuch über auf der Strasse

erfrorene Bettlerinnen oder im Eis eingebrochene Kühe schrieb; von der Bürgersgattin Rebekka Lemp, die 1589 im schwäbischen Nördlingen als Teufelsbuhlin auf dem Scheiterhaufen starb, als eine der ersten von über hunderttausend Hexen in Europa, die dem von Frost und Seuchen geplagten Volk als Sündenböcke dienten.

Auch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbruch dieser «ehernen Zeit» stellt Philipp Blom mit kurzen Porträts ihrer Denker dar. Michel de Montaigne zog sich 1571 mit 38 in seinen Schlossturm zurück und dachte in seinen «Essais» über die Welt und seine erfrorenen Weinstöcke nach, vor allem aber an seinem eigenen Beispiel über das Menschsein. Maximilien de Béthune machte als Finanzminister des französischen Königs Heinrich IV. ab 1597 den hochverschuldeten Staat zur «effektiven Maschine», indem er die Landwirtschaft förderte und auf den Export baute, gemäss der Lehre des Merkantilismus, in der es galt, mehr Güter abzusetzen als einzukaufen, also den Handel als Krieg zu verstehen. Und Bernard Mandeville dichtete, als Vordenker der Marktwirtschaft, ab 1707 seine



«Ungeheure soziale, wirtschaftliche und intellektuelle Revolution»: Plünderung während der Kleinen Eiszeit.

«Bienenfabel» als Lob des Lasters: «Stolz, Luxus und Betrügerei muss sein, damit ein Volk gedeih.»

Halluzinieren im Epilog

«Vielleicht», raunt der Autor schliesslich, «kosteten diese mörderischen Winter Europa einen seiner grössten Denker.» Der Gelehrte René Descartes, aus dem absolutistischen Frankreich in die liberalen Niederlande geflüchtet, fuhr im Herbst 1649 in der Kutsche nach Stockholm. Dort diente er der jungen Königin Christina als Privatlehrer, ab morgens fünf Uhr barhäuptig in der ungeheizten Bibliothek stehend. Der ohnehin kränkelnde Philosoph zog sich eine Lungenentzündung zu und starb im Februar 1650 – der Historiker sieht ihn als Opfer der damaligen Temperaturen in Schweden, die zwei Grad unter den heutigen lagen.



Detail aus Avercamp-Gemälde.

«Vielleicht kosteten diese mörderischen Winter Europa einen seiner grössten Denker.»

die Neuerungen begünstigte». Dabei blendet er allerdings aus, was er in der Einleitung andeutet: Europa wandelte sich schon dank Neuerern wie Kolumbus, Gutenberg, Luther und da Vinci, die zwei Jahrhunderte früher lebten; damals aber herrschte dasselbe günstige Klima wie heute.

Ins Spekulieren, gar Halluzinieren hebt Philipp Blom schliesslich im Epilog mit seinen «Überlegungen zum Klima der Gegenwart» ab. Er schimpft über unsere Wirtschaftsordnung (mit weltweiten Lieferketten), die «letztendlich noch immer Handel als Machtentfaltung, als Krieg mit anderen Mitteln begreift». Er tadelt die Zeitgenossen (mit günstigen Lebensbedingungen, wie es sie noch nie gab), sie sprächen über Menschenrechte, «aber unser Wirtschaftswachstum beruht noch stärker auf Ausbeutung von Menschen und natürlichen Ressourcen als das im Europa der Kleinen Eiszeit». Und er dichtet im Finale gar die «Bienenfabel» weiter: «Die Bienen wissen, dass all dies nicht von Dauer ist, aber sie wollen mehr, sie sind Bienen, sie können nicht anders. [...] Sie arbeiten an ihrem Untergang.»

Angesichts dieser apokalyptischen Überhitzung vergisst Philipp Blom jene kühle Frage, die auch der Weltklimarat verdrängt: Vom Hochmittelalter in die Kleine Eiszeit stürzte die Temperatur um fünf Grad ab und stieg seither erst um zwei Grad an – weshalb droht also der Untergang, wenn dereinst wieder ein Klima herrschen sollte wie im menschenfreundlichen Mittelalter?



Philipp Blom: Die Welt aus den Angeln. Hanser. 304 S., Fr. 35.90

Das kuriose Beispiel zeigt: Philipp Blom bleibt die Erklärung schuldig, wie die Abkühlung des Klimas und die Entstehung der modernen Welt zusammenhängen. Das räumt er, quer durch das Buch, auch mehrmals ein: «Natürlich geschahen diese Veränderungen nicht in einer direkt ursächlichen Weise wegen des Klimawandels.» Die Krise der Landwirtschaft mit ihren häufigen Missernten, meint er, schuf «eine wirtschaftliche Belastung der sozialen Strukturen in Europa,

Knorr's Krimis



Böse Verhöre



Aislinn Murray, die alles für einen romantischen Abend hergerichtet hat, wird in ihrer Wohnung tot aufgefunden, und Antoinette Conway, einziges weibliches Mitglied des Dubliner Morddezernats, wird auf

den Fall angesetzt. Es sieht nach einer simplen Beziehungstat aus, doch je mehr Conway von Kollegen in diese Richtung gedrängt wird, desto mehr weckt das nicht nur ihren Widerstand, sondern auch ihre Neugier. Was haben die Kerle im Dezernat, die ihr ohnehin bei jeder Gelegenheit das Leben schwermachen, für ein Interesse? Tana French, mehrfach ausgezeichnet, ist eine Meisterin brillanter Dialoge. Ihr jüngster Roman, «Gefrorener Schrei», ist frei von den rein handlungsgesteuerten Krimi-Plots. Es geht um Verhöre, realitätsgesättigte Taktik- und Täuschungsspiele, in die French die psychologischen Befindlichkeiten ihrer Ich-Erzählerin einbaut. Das ist von hoher Könnerschaft und geht über den konventionellen Krimi weit hinaus.

Tana French: Gefrorener Schrei. S. Fischer. 656 S., Fr. 23.90

Eine gefährdete Art



Eine echte Entdeckung hierzulande ist der US-Autor Castle Freeman, von dem zwei unglaublich eindrückliche Romane erschienen sind. Es sind von üppiger Sprache leergeräumte, funkelnde Meisterstücke skurriler Lakonie, die im Hinterland von Vermont angesiedelt sind. «Männer mit Erfahrung» erzählt von einer Frau, die sich von einem Kerl bedroht fühlt und mit zwei irren Typen dem gefürchteten Burschen nachjagt. «Auf die sanfte Tour» versucht Sheriff Wing ein Problem zu lösen. Über einen nackten Russen, den er an einen Baum gefesselt findet, gerät er an einen bedrohlichen Oligarchen. Wings Deputy, das Gegenteil von ihm, will durchgreifen, was Wing wiederum ablehnt. Es widerspricht einfach seiner Berufsauffassung. Man muss alles ruhig angehen, denn: «Wenn man beruflich mit bösen Buben zu tun hat, ist man gewissermassen Naturschützer, denn böse Buben sind eine gefährdete Art und werden immer seltener, jedenfalls die altmodische Sorte.»

Castle Freeman: Männer mit Erfahrung. Kimche & Nagel. 176 S., Fr. 26.90



Eine Frage der Zoologie: Regent Jakob II. (r.) mit Gattin Lady Ann Hyde und Kindern.

Herrscher

Die Geheimnisse des Adels

Die Königshäuser sind heute Folklore. Ein Historiker durchleuchtet die Zeiten, als die Noblen die Welt beherrschten und kommt zu überraschenden Erkenntnissen.

Von Rolf Hürzeler

Sein Name klingt wie eine Melodie – Antonin Nompar de Caumont, Marquis de Puylaurent, späterer Herzog von Lauzun. Doch so nobel die Etikette, so heikel die Aktivitäten des Mannes. Am frühen Morgen des 20. Dezember 1688 war der adlige Franzose damit beschäftigt, ein Kind zu entführen oder zu retten – je nach Lesart. Jedenfalls setzte der Franzose mit Ammen und Soldaten ans südliche Themse-Ufer von Lambeth in London über: Die klandestine Gruppe hatte ein Königskind dabei, den sechs Monate alten Sohn des ungeliebten englischen Regenten Jakob II. Sie sollte den Säugling nach Frankreich in Sicherheit bringen. Denn für den katholischen Jakob II. und die Königsfamilie

wurde es zusehends ungemütlich im protestantischen England.

Gestürzt und gedemütigt

Sturzbetrunkene Kutscher nahmen Herzog Lauzun und seine Entourage in Empfang und fuhren sie auf einer abenteuerlichen Reise an den Ärmelkanal, wo sie ins katholische Frankreich des Sonnenkönigs Ludwig XIV. flüchten konnten. Der absolutistische Herrscher war praktischerweise ein naher Verwandter des Vaters des Säuglings und daher gerne bereit, den Kleinen aufzunehmen. Später folgte Jakob II. seiner Familie nach, gestürzt und gedemütigt, denn der englische Adel setzte mit

der «Glorious Revolution» auf Wilhelm III. als neuen Regenten, auf einen niederländischen Oranjer, der eine reformierte Tochter von Jakob II. heiratete, die Halbschwester des männlichen Thronfolgers. Das tönt alles so vertrackt, wie es ist, da der europäische Adel nur einen Daseinszweck kannte, die eigene Machterhaltung. Diese Überlebensstrategie führte zu einem unübersichtlichen Geflecht von Verwandtschaften und Allianzen.

Der deutsche Historiker Leonhard Horowski schildert die Vertreibung Jakob II. in seinem sechsten erschienenen Buch «Das Europa der Könige – Macht und Spiel an den Höfen des 17. und 18. Jahrhunderts». Der Autor liefert einen

facettenreichen Einblick in eine politische Klasse, die damals die Geschicke des Kontinents und mit dem Kolonialismus weite Teile der Welt beherrschte. Horowski erzählt auf tausend Seiten – meist mit leicht ironischem Unterton – schier unzählige Episoden aus dem höfischen Leben jener Zeit mit Figuren, die mitunter so skurril erscheinen, als ob sie einem Fantasy-Roman entstammten.

Diese Art von Geschichtsschreibung haben vor ihm zwar schon viele Historiker gewählt – dennoch lohnte sich das neuerliche Unterfangen. Denn bei solchen Betrachtungen erscheinen die immergleichen Protagonisten in neuen Facetten, die sich nach und nach zu einem mehr oder weniger schlüssigen Porträt zusammenfügen lassen: Der britische König Jakob II. war beispielsweise ein heillos überforderter Politiker, der am liebsten in Whisky-Schwaden einer

Heute ist die Fortpflanzung in der eigenen Familie wenig hilfreich – anders als in der frühen Neuzeit.

vergangenen Welt nachtrauerte, in welcher der Papst auf der Insel noch das Sagen gehabt hatte. Der verblendete Herrscher unterdrückte den aufziehenden Kapitalismus, wo er nur konnte. Damit zog er die Wut des niedrigen Adels sowie der Handelsleute auf sich, die sich in Begleitung von verfolgten Protestanten so schnell wie möglich aus dem Staub machten und nach der neuen Kolonie Amerika aufbrachen. Jakob II. sei ein «humorloser und spröder Typ» gewesen, wie etwa der Publizist Simon Jenkins in seiner «Short History of England» schreibt. Er urteilt noch härter über den gestürzten Herrscher als Horowski, der fast allen seinen Figuren – seien sie noch so schräg – ein gewisses Wohlwollen entgegenbringt.

Eleganz beim morgendlichen Eierschälchen

Der adelsfreundliche Autor beleuchtet neben dem Personen- und Ereignisgeschichtlichen eine dem heutigen Leser unverständliche Welt der Vergangenheit. Ganz im Sinn von Karl Marx, der den Adel als eine Frage der Zoologie verstand, gibt Horowski einen Einblick in eine jahrhundertealte Zucht. Dem Leser drängt sich schnell der Vergleich zwischen dieser menschlichen Spezies und den Hauskaninchen auf – beide irgendwie schrullig, aber doch ziemlich überflüssig.

Damit stellt sich die Frage, was denn die Geschichte einer Klasse soll, die heute im besten Fall noch der europäischen Folklore dient. Zumal Horowski die meisten sozialen Verwerfungen im 17. und 18. Jahrhundert ausblendet. Entscheidend ist aus der Sicht des Autors die politische Machtfrage, wie er schreibt: «Um die Macht ging es am Hof Ludwigs XIV., weil er der nominelle Herrscher über zwanzig Millionen Menschen war und de facto gegen ihn kei-

Forschung

«Sozialgeschichte der Eliten»

Der Berliner Historiker Leonhard Horowski sagt, weshalb der Adel heute noch von wissenschaftlichem Interesse ist.

Warum wählten Sie den Adel als Forschungsgegenstand?

Die grosse Zeit des Adels, also die frühe Neuzeit, interessiert mich schon deswegen, weil die jüngere Geschichte hier ein bisschen übermächtig ist. Und in der Adelsgeschichte der Früh-Neuzeit finden Sie dann schier unendlich viele Biografien und Geschichten, die alle in einander verwoben und gut dokumentiert sind. Das könnte so kein Schriftsteller erfinden.

Sie hatten eher ein analytisches als ein romantisches Interesse?

Ja, aber die romantische Neugierde war am Anfang; die Analyse kam später.

Haben Sie Adlige Bekannte?

Ein paar, aber die haben mich nicht auf das Thema gebracht. Spannend ist ja immer das, was einem persönlich nicht zu nah ist. Ich bin unabhängig, weil ich eben gerade nicht selbst dazugehöre.

In Grossbritannien hätten Sie die Chance, zu einem Ritter geschlagen zu werden.

Das geschieht viel zu häufig und hat höchstens noch den Wert eines Senatorentitels. Der britische Ritterschlag ist nicht wirklich ein Adelstitel, weil er nicht vererbbar ist. Denis Thatcher, der Ehemann der Premierministerin, erhielt als Letzter einen vererbbaren Titel. Jetzt trägt ihn sein ziemlich skandalöser Sohn.

Sie sagen, der deutsche Adel sei älter als der britische, weil Sie ihn auf die mittelalterlichen Welfen zurückführen.

Es ist ein wenig anders. Der britische Adel verspottet sein deutschstämmiges Königshaus oft als Emporkömmlinge, obwohl es als regierendes Haus immer weit über jedem Adel stand. Der britische Adelsbegriff ist übrigens viel enger als der deutsche. Die deutschen Junker würden in Grossbritannien nicht als adlig gelten, mögen ihre Wurzeln noch so weit zurückreichen.

Sie urteilen als Historiker über Menschen, die vor Jahrhunderten lebten, im Einzelfall rehabilitieren Sie sie noch, wie etwa den britischen Georg II. im 18. Jahrhundert, der durchwegs als Niete gilt.

Dieser Mann zeigt, wie kompliziert und widersprüchlich die Quellenlage sein kann. Man beginnt bei der Recherche nach und nach zu erkennen, was hinter all den

negativen Urteilen steht. Georg II. hinterliess ja kaum eigene schriftliche Zeugnisse, aber viele seiner Zeitgenossen hatten ein Interesse daran, ihn in einem schlechten Licht erscheinen zu lassen.

Das Gleiche trifft auf den englischen Jakob II. zu.

Ja, der wurde zwangsläufig zum Sündenbock der «Glorious Revolution» von 1688. Nun weisen Historiker darauf hin, dass die Sache nicht so einfach war. Tatsächlich

ist er politisch gescheitert, aber das rechtfertigt noch keine Dämonisierung.

Sie schreiben zwar mit leicht ironischem Unterton, aber der Leser hat stets den Eindruck, dass Sie diese Figuren mögen, wie etwa den Abenteurer und Intriganten Antonin Nompars de Caumont, Herzog von Lauzun.

Natürlich, sonst könnte man nicht über sie schreiben. Das hat vor allem damit zu tun, dass sie politisch nichts mehr zu sagen haben. Vor 300 Jahren hätte ich ihnen vermutlich viel weniger Sympathie entgegengebracht. Die moderne Geschichtsschreibung hat ja den Adel bis vor wenigen Jahrzehnten zu Unrecht ausgeblendet. Aber ich weiss natürlich und beschreibe, wie ungerecht das Gesellschaftssystem der frühen Neuzeit war.

Sie lassen die Sozialgeschichte völlig weg.

Nein, mein Buch ist ja eine Sozialgeschichte der Eliten, nur eben in erzählender Form. Analyse und Forschung drängen sich nicht in den Vordergrund, sind aber die Fundamente dieser Erzählung. Ich stelle die gesellschaftlichen Strukturen in einer Sprache dar, die auf soziologische Fachbegriffe verzichtet.

Eine Klassenanalyse im sozialkritischen Sinn fehlt bei Ihnen.

Ja, ich habe auf eine strikte wirtschaftliche Analyse verzichtet. Die klassische marxistische Interpretation lässt sich zudem kaum auf eine vorindustrielle Gesellschaft anwenden. Ich folge neuen Ansätzen und will zeigen, wie wichtig das Nichtmaterielle war, die Zeremonien oder die Rangordnungen, wobei diese direkte materielle Konsequenzen haben konnten.



Leonhard Horowski.

Das Interview führte Rolf Hürzeler.



Lieblingsgeliebte: Madame de Montespan.



Sünde herrscht: Sonnenkönig Ludwig XIV.



Schöne Ehrenjungfer: Louise de Kérouaille.

ne Politik in Frankreich Erfolg haben konnte.» Anders als der Titel «Das Europa der Könige» vermuten lassen könnte, bestimmte neben dem Throninhaber ein breitgefächertes höfischer Adel in allen möglichen Rangordnungen das politische Geschehen. Leute, die Horowski als «Planeten der Könige» bezeichnet, die sich oft tödliche Machtkämpfe lieferten und stets auf die Fortpflanzung der eigenen Linie bedacht waren. Das erscheint heute reizvoller, als es anno dazumal war, da es für viele mehr politische Pflächterfüllung als Lust an der Liebe war. Zum Überleben der Gattung brauchten sie zudem Geld, und weil der Adel per se stets ein schlechtes Händchen mit den Finanzen hatte, bot dies dem aufstrebenden Bürgertum die Chance, seine Stellung bis ins 19. Jahrhundert zu etablieren.

Die Zukunft der adeligen Klasse erschien den Menschen vor drei Jahrhunderten indes ziemlich heiter. Von Niedergang konnte nach dem Empfinden der damaligen Zeitgenossen keine Rede sein, weil sich der Adel scheinbar selbst erneuerte. Aus heutiger Sicht ist die menschliche Fortpflanzung innerhalb der eigenen Familie wenig hilfreich, ganz anders sah man es in der frühen Neuzeit: «Eine Betrachtung zeigt, dass viele Kinder aus erstaunlich engen Verwandtschaftsheiraten entweder keine oder jedenfalls keine schwerwiegenden Einschränkungen davontrugen», schreibt Horowski. Eine Verwandten-Ehe galt damals als erfolgversprechender, weil die beiden Partner durch ihre Herkunft bereits miteinander vertraut waren. Für den Autor drückt «die irriige Überzeugung vieler Heutiger, wonach schon die Ehe von Cousine und Cousin ersten Grades verboten sei, ein biologistisches Vorurteil aus». Der Adel pflanzte sich also zur eigenen Arterhaltung am besten unter sich fort. Gele-

gentliche sexuelle Eskapaden in die Niederungen des Volkes sorgten immerhin für eine gewisse genetische Erneuerung, obgleich es für die daraus resultierenden Bastarde schwer war, in die adelige Hierarchie aufzusteigen.

Dabei waren die Könige für die Plebs weniger entrückt, als man annehmen würde. Wer einen Degen hatte oder sich zumindest einen ausleihen konnte, hatte im absolutistischen Frankreich Zugang zu den Palästen. So konnten Besucher in Versailles Ludwig XV. in aller Ruhe beim gediegenen Mahl beobachten. Zwar war es verboten, den Monarchen direkt anzusprechen, aber das Fussvolk fühlte sich

Karl II. durfte viele Schäferstündchen im Dienst seines Landes genießen.

dem Herrn nahe. Legendär war beispielsweise die angebliche Eleganz, mit der Ludwig XV. ein Frühstücksei zu köpfen vermochte. Diese Erkenntnis ist zwar weltgeschichtlich von beschränktem Interesse, belegt aber die feine Beobachtungsgabe royalistischer Bewunderer. Das morgendliche Eierschalen durften übrigens einzig Mönche nicht verfolgen, denn ihnen war der Zutritt zur Staatsmacht verwehrt. Womöglich aus einem trivialen Grund: Wer will sich schon beim sündigen Treiben beobachten lassen, sofern denn dieses tatsächlich in der Öffentlichkeit stattfand?

Mätresse mit offiziellem Titel

In den privaten Gemächern herrschte die Sünde ganz bestimmt, wobei es ausser um Lust oft um Staatspolitisches ging. So entschied sich der britische König Karl II. und sein französischer Kollege Ludwig XIV. 1670

im geheimen Vertrag von Dover, den Niederlanden mit einem Krieg politisch den Garaus zu machen. Auf französischer Seite führte die mit einem Herzog verheiratete Madame de Montespan, die königliche Lieblingsgeliebte mit dem offiziellen Titel «*maîtresse royale en titre*», die Verhandlungen mit Karl II., der im Zuge des Arrangements zum Katholizismus konvertieren sollte.

«*Madame la maîtresse en titre*» verstand *exactement*, wie sie beim Monarchen jenseits des Ärmelkanals Stimmung machen konnte: Der Hauptgeliebten des britischen Monarchen Karl II. wurde ein skurriler Ehrentitel verliehen. Das freute die Engländer und kostete die Franzosen nichts. Genauso wenig wie die schöne Ehrenjungfer Louise Renée de Penancoët de Kérouaille, die Madame dem neuen Bündnispartner Karl II. ins Bett legte. So durfte dieser viele Schäferstündchen im Dienst seines Landes genießen – oder wird sich das zumindest gesagt haben. Kam dazu, dass sich der Monarch tatsächlich in die süsse Französin verknallte, mit ihr ein Kind zeugte und ihr bis zu seinem Ende auf seine Art treu blieb. Was immer das hiess bei einem, der zehn weitere uneheliche Kinder mit andern Ladys hatte. Einerlei, die Ehrenjungfer hatte ihn solchermaßen fest im Griff, dass der protestantische Adel in Windsor sie für eine Spionin der Franzosen hielt. Wahr oder nicht – alle Geheimnisse gibt der Adel bis heute nicht preis.



Leonhard Horowski:
Das Europa der Könige –
Macht und Spiel an den Höfen
des 17. und 18. Jahrhunderts.
Rowohlt. 1120 S., Fr. 42.90

Was für ein übles Machwerk!

Das neue Buch von Hanya Yanagihara fesselt, begeistert. Über 400 Seiten. Dann kommt der Absturz.

Von Regula Stämpfli

Das schaffen meist nur amerikanische Bestsellerautoren: Sie packen die Leserin, sperren sie stundenlang in ihren wohlkomponierten Geschichten ein, halten sie fest, manipulieren sie und führen sie genau dorthin, wo sie wollen.

Hanya Yanagihara hat mich mit «Ein wenig Leben» ganze zwei Tage in Geiselhaft genommen. Ich besuchte meine Freundin in Paris: Zeit zum ungestörten Lesen im TGV. Über 814 Seiten (im Paperback-Original) sind monströs, ein wahres Kilo-Leserlebnis! Normalerweise kann mir ein Buch nicht zu dick sein – wenn ich denn in die Fiktion oder ins Thema abtauchen kann. Die ersten 400 Seiten waren perfekt. Yanagihara entführte mich, sperrte mich in ihre Welt ein, und ich wollte überhaupt nie mehr raus. Vier Männer sind über Jahrzehnte befreundet, sie leben in New York, und alles dreht sich nur um deren Innenleben, respektive gemeinsame Interaktion. Die Figuren von Hanya Yanagihara sind formalistisch klar, perfekt eingeführt und so aufgebaut, dass sich jeder Leser sofort als Familienmitglied fühlt. Doch Vorsicht: Das Buch strotzt vor impliziter und expliziter Gewalt – hier ist die Komplizenschaft mit dem Leser durchaus beabsichtigt. Lange hat man ein gutes Lesevergnügen, bis man geschockt über sich selber, die Autorin und die Figuren ist, denn: Es gibt keine Veränderung, nur das grosse Nichts des Ist-Zustandes.

Salzfrei, fleischfrei, koffeinfrei

In «Ein wenig Leben» gibt es auch keine Kinder, keine Frauen, ausser eine, und die ist selbstverständlich tot. Es gibt jahrzehntelang nur Gegenwart, Arbeit, Schmerz, Kunst und Liebe. Mit geübtem Sezierblick kriecht die Autorin ihren Figuren gewissermassen unter die Haut. Sie leidet nie mit. Ihre Beobachtungsgabe ist so präzise, dass man eigentlich den detailliert beschriebenen Schmerz auch fühlen sollte.

Sollte.

Und nicht kann. Denn spätestens nach 400 Seiten ist die Welt von Hanya Yanagihara dinosaurierhafter Trauma-Kitsch. Er verärgert so sehr, dass man sich mit allen anderen Lesern und vor allem mit der Autorin prügeln will: Was für ein übles Machwerk! Es ist das «Roman-Embryo to go» des 21. Jahrhunderts. Ein eiskalt fabriziertes Kunststück mit dem zynisch-anatomischen Blick der amerikanischen Bestsellerindustrie.

Die geschundenen Organe der Hauptfigur werden freigelegt, angeschaut, es ist ein regelrechter Nudismus des Leidens. Die Autorin etabliert einen archaischen, von Grauen unterlaufenen Showeffekt, der die Einsamkeit aller



Archaischer Showeffekt: Journalistin Yanagihara.

politischen Kadaver grausam vor Augen führt. Es gibt keine Entwicklung der Welt, der Menschen und schon gar nicht des Leidens. Es ist purer Nihilismus. Die Guten sind gut, in ihrem Beruf sogar saugut, die Bösen sind wirklich ganz, ganz besonders böse. Yanagihara erzählt das Leiden nicht, sie verfälscht es. Literatur kann das Grauen vorstellbar machen. Wenn sie indessen so tut, als wäre sie Realität, ist sie nichts anders als Porno. Dann wär da noch die Liebe! Auch dieses Gefühl wird verhöhnt. Der Schmerzensmann Jude ist ein dermassen sich selber verletzender und verletzter Mensch, dass es unmöglich anmutet, wenn er von seinen Freunden wie ein süßes Baby verzärtelt, gehätschelt und bedingungslos geliebt wird. Die Konstruktion eines lebenswürdigen Menschen, der sich selber verstümmelt und von Selbsthass zerfleischt ist, das ist eigentlich der wahre Albtraum dieses Buches.

«Ein wenig Leben» ist so klugscheisserisch lehrerinnenhaft, dass die Gegenreaktion wahrhaft aggressiv ausfallen kann. Es ist eine Welt, die salzfrei, fleischfrei, koffeinfrei vor sich hin plätschert und alles, was nicht in die sterilisierte, homogenisierte und pasteurisierte Atmosphäre passt, ausklammert. Trotzdem: Lesen Sie die ersten 400 Seiten, und lernen Sie daraus nicht nur viel über die Gegenwart, sondern auch darüber, wie die Zukunft nie sein darf.



Hanya Yanagihara: Ein wenig Leben. Hanser. 960 S., Fr. 31.90

Ehrlich jetzt

Eine neue Aufrichtigkeit bricht sich Bahn.

Von Max Wey

Ehrlich währt am längsten»: Wir kennen das Sprichwort und lügen doch ständig. «Guten Tag», sagen wir, und denken im Traum nicht daran, das Gegenüber möge einen angenehmen Tag haben. Ein Leben ohne Höflichkeitsfloskeln: schwierig. Sollen wir vielleicht einer armen Mutter ins Gesicht schleudern, wie potthässlich ihr Baby ist? «So ein schönes Kind», lügen wir.

Es scheint nun aber, dass sich eine neue Ehrlichkeit Bahn bricht. Fast täglich lesen oder hören wir: «Ganz ehrlich», «ehrllich gesagt», «um ehrlich zu sein». Oder: «Sind wir ehrlich.» Und spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo wir rufen müssen: «Halt, so nicht, diese Ehrlichkeit ist uns zuwider.» Wenn wir schon so verdammt ehrlich und aufrichtig sind und unser Innerstes nach aussen kehren, dann hat das ja nur einen Sinn, wenn wir das in korrektem Deutsch tun. Ganz ehrlich, es heisst: «Seien wir ehrlich.» Der Satz «Sind wir ehrlich?» ist nur mit Fragezeichen richtig.

Da sticht uns in der NZZ folgender Satz ins Auge: «Doch sind wir ehrlich: Es sind nicht die täglichen Abläufe, sondern die wiederkehrenden Gesichter, die einen mit einem Ort und mit der Zeit ein wenig heimisch werden lassen.» Das Migros-Magazin schreibt: «Denn sind wir ehrlich: Sie hat sich bereits reingeschlichen, die Angst.» Und Srf.ch stösst ins gleiche Horn: «Sind wir ehrlich: Schuhe oder Kleider ansprühen macht doch irgendwie Spass!» Wenn wir das immer wieder so lesen, ist es dann vielleicht doch richtig? Nö! Wir lassen uns nicht irremachen. Bei Aufforderungssätzen steht das Verb «sein» in der Konjunktivform: «Seien Sie so gut.» Das gilt auch, wenn sich die Aufforderung an uns selbst richtet: «Seien wir doch zufrieden.» Der Indikativ («Sind wir doch zufrieden») gilt als umgangssprachlich. «Sind Sie versichert?», wird Sie vielleicht ein Versicherungsvertreter fragen, um mit «Seien Sie versichert, dass Sie mit uns zufrieden sein werden» weiterzufahren.

So viel zu den Aufforderungssätzen. Ich habe mich bemüht, die Regeln korrekt wiederzugeben, ehrlich. Wenn Sie mir nicht glauben, dann vielleicht dem Dichter Erich Kästner. Er schreibt in seinem Gedicht «Zum neuen Jahr»: «Seien wir ehrlich: / Leben ist immer lebensgefährlich.» Schriftstellern darf man vertrauen. Also seien Sie so gut und halten Sie sich daran. Sind Sie so gut?

Max Wey war langjähriger Chefkorrektor der Weltwoche.

Abstraktion und Einfühlung

Von Peter Rüedi

Musik zu beschreiben, ist, je nach Blickwinkel und je nach Art der Musik, eine Unmöglichkeit oder eine Art alchemistischer Vorgang – selbst im Fall eines Autors, der wie E. T. A. Hoffmann gleichzeitig ein Schriftsteller von Weltrang und ein exzellenter Musiker war, ein Beispiel jener seltenen Doppelbegabung (so sie über die zumal für Lyrik unerlässliche Sprachmusikalität hinausgeht). Der Musik, die das französische Trio Louis Sclavis (Klarinetten), Dominique Pifarély (Violine) und Vincent Courtois (Cello) spielt, ist mit Nacherzählung vollends nicht beizukommen. Auf der CD mit Namen «Asian Fields Variations» ist schlicht zu viel los, und selbst die Gattung ist nur annäherungsweise zu benennen. Jazz? Nur bedingt. Kammermusik? Auch, aber was sagt das schon – Kammermusik sind auch Louis Armstrongs Hot-Five- und Hot-Seven-Aufnahmen aus den Zwanzigern.

So nennt denn der Produzent ECM die drei eminenten Protagonisten mit gutem Grund «three major figures in contemporary French creative music». Die drei haben sich über Jahrzehnte hinweg immer wieder in wechselnden Kombinationen und Projekten getroffen, aber sich hier zum ersten Mal im Trio zu Aufnahmen gefunden, in einem gleichseitigen Dreieck, wie wohl das den Namen des Klarinettenisten trägt. «Abstraktion und Einfühlung», der Titel von Wilhelm Worringers berühmtem Buch, drängt sich auf, wenn wir nach den Polen dieser unheimlich spannenden wie einnehmenden Musik fragen. Eine andere Polarität wäre Komposition und Improvisation, weitere wären Konsonanz und Dissonanz, polyfone Verflechtung und Entflechtung, kollektive und solistische Erfindung, Verdichtung und Verflüssigung. Zwischen solchen Eckpfeilern entwickeln sich ziemlich beispiellose musikalische Selbst-, Zwie- und Dreiergespräche, wobei Sprechen und Zuhören in wilder, aber nie anarchischer Gleichzeitigkeit ineinanderfallen können. Das ist für jeden und jede unheimlich aufregend zu verfolgen, aus welchem Lager auch immer sie kommen mögen. Eine Musik – eine weitere Polarität! –, die gleichzeitig leicht ist und von grossem spezifischem Gewicht.



Louis Sclavis, Dominique Pifarély, Vincent Courtois:
Asian Fields Variations.
ECM 2504 573 2668

«Mexiko schliesst die Grenze»

Die Politserie «Ingobernable», als Mexikos «House of Cards» bezeichnet, ist voll wilder Intrigen, spart nicht mit Kritik an den USA.

Von Wolfram Knorr

Die Verbrecherorganisationen der USA machen, was sie wollen.» Wut funkelt in den Augen des mexikanischen Präsidenten Diego Nava: «Die mexikanischen und lateinamerikanischen Drogenbarone sind nichts dagegen. Der echte Drogenhandel und Drogenkonsum findet in den USA statt!», um schliesslich den Hammersatz hinzuzufügen: «Ab jetzt schliesst Mexiko die Grenze, aber nur die nördliche.» Die Kampfansage an die USA («Die wahren Drogengeschäfte finden in den USA statt») ist gedacht für eine TV-Ausstrahlung, doch wer sich derart mutig zum Fenster raushängt, der fällt auch raus und ziemlich tief. Der Konflikt mit seiner Gattin Emilia, die die Scheidung will, kommt dunklen Drahtziehern gerade recht, um Diegos Ermordung ihr in die Schuhe schieben zu können. Bevor ihr die Flucht aus dem Präsidentenpalais gelingt, kann sie immerhin den USB-Stick mit der flammenden Rede, die hätte ausgestrahlt werden sollen, an sich nehmen.

Die Macht der Hintermänner

«Ingobernable» (unregierbar) heisst die neue Politserie, die als mexikanische Variante zu «House of Cards» und «Marseille» bezeichnet wird und, dem Klischee Mexikos entsprechend, ein intrigensattes Politmonster ist, voller Lug und Betrug, Kabale und Triebe, Sadismus und Gewalt. Ein emotionales Wechselbad – jedenfalls in der ersten Staffel, die seit Ende März in Spanisch mit deutschen Untertiteln abrufbar ist. Der Streaming-Anbieter ist heftig interessiert, sich mit Formaten, die ausserhalb der USA produziert werden, international noch besser zu positionieren. So soll Ende dieses Jahres mit «Dark» die erste deutsche Netflix-Serie an den Start gehen. «Ingobernable», nach der Fussball-Serie «Club de Cuervos» die zweite Mexiko-Produktion, erfunden von Epigmenio Ibarra, Verónica Velasco und Natasha Ybarra-Klor, ist natürlich zwischen Drogenkrieg, Politgeschacher und Korruption positioniert, wobei nicht wie in den Narcos-Filmen der Dealer-Krieg präsent ist, sondern nur als Hintergrund die Winkelzüge der Duster-Funktionäre mit-



Kabale und Triebe: Präsident Diego Nava, Gattin Emilia Urquiza.

bestimmt. Was die Serie gelegentlich in die Nische der Kolportage schubst, sind die armen, aber aufrechten Bewohner der Barrios. Denn dorthin flüchtet sich Emilia, zu Verwandten und Freunden der Nanny ihrer beiden Kinder, der neunzehnjährigen Tochter und dem zehnjährigen Jungen.

Mit Schmiss und Bravour, krachend und effektiv, im wörtlichen Sinn, beginnt höchst furios das böse Intrigenspiel: Aus dem Himmel birst der Donner, der Regen peitscht an die Fenster, und dahinter geraten Diego Nava (Erik Hayser) und Gattin Emilia Urquiza (Kate del Castillo) so rabiat aneinander, dass er von der Terrasse des Palastes stürzt und auf ein Autodach kracht. Erst in einer späteren Folge erfährt man, was zum mörderischen Fight führte.

Ideal für die Machtschergen, der First Lady alles in die Schuhe zu schieben, gerade weil die Autopsie ergibt, dass Diego nicht am Sturz starb, sondern an einer Kugel. Emilia, emotional rabiat, kämpft gegen den Einfluss des Militärs und der US-amerikanischen Abhängigkeit auf verlorenem Posten. Die Macht der Hintermänner, von denen einige ins Amerikanische (!) wechseln, reicht bis an die Spitze. Die Intrigenkonstellationen werden zunehmend irrer, je mehr die Aufklärungshatz von Emilia und ihren neuen Freunden zunimmt. Manchmal wird's zur Telenovela-artigen Räuberpistole. Die Politvolten aber sind glänzend und warten mit einer herrlichen Pointe auf.

Die erste Staffel (15 Folgen) ist auf Netflix abrufbar.

London für Feinschmecker

Die Hauptstadt des Königreichs ist eine Metropole des guten Essens: Das Angebot ist gross, die Qualität hervorragend. Fünf Restaurants und zwei Hotels, die einen Besuch wert sind. *Von David Schnapp*

London ist nicht nur für Banker, Anhänger der Königin oder Europapolitiker eine Reise wert, sondern insbesondere auch für Gourmets. Die Stadt hat sich zu einer wahren Metropole der Feinschmecker entwickelt: Es gibt gute, einfache Dinge wie Kaffee und Kuchen in der Princi Bakery (135 Wardour Street, W1F 0UT) oder Hotdog und Champagner bei «Bubble-dogs» (70 Charlotte Street, W1T 4QG). Oder eine vermeintlich schlichte Küche wie die indische, die im «Benares» in Mayfair von Atul Kochhar auf Sterne-Niveau erhoben wird – London ist bunt und wohlschmeckend. Hier ist eine Auswahl von fünf Spitzenrestaurants (und zwei Hotels), wo man ausgezeichnet essen und bestens schlafen kann.

1 — «Céleste»/ «The Lanesborough»

Hat man im opulenten Hotel am Hyde Park eine kleine Suite bezogen, will man sie eigentlich nicht mehr verlassen. Champagner, Scones und Erdbeermarmelade stehen dort schon zum Zvieri bereit, und ein persönlicher Butler packt einem den Koffer aus. Falls später nochmals Hunger aufkommt, lohnt sich der Besuch des «Céleste» im Erdgeschoss, wo eine französische Küche gepflegt wird, die humorvoll und zeitgemäss daherkommt. Hervorragend: Langoustine im kunstvoll gefalteten Raviolo mit Krustentiersauce, abgeschmeckt mit Ingwer und Zitronengras.

Hyde Park Corner, Belgravia, London SW1X 7TA (1 Michelin-Stern)

2 — «Alain Ducasse at the Dorchester»

Der Grossmeister der globalisierten französischen Küche führt eines von nur zwei Drei-Sterne-Restaurants in London. Der vielleicht beste Service der Stadt bringt in einem



Bunt und wohlschmeckend: essen in London (oben: «The Lanesborough»).

ästhetischen, lebendigen Gasträume Gerichte an den Tisch, die ganz im Geist von Ducasses *cuisine brut* stehen. Hervorragend: Topinambur, schwarzer Trüffel aus dem Luberon und perfekt gebratene Foie gras.

53 Park Lane, Mayfair, London W1K 1QA (3 Michelin-Sterne)

3 — «The Clove Club»

Jung, wild und auf der Liste der «World's 50 best Restaurants» mit Rang 26 der höchste Einsteiger im Jahr 2016: Das Lokal von Isaac McHale wirkt vibrierend wie die Stadt selbst. Ein Ort, wo gutgelaunte junge Leute gutes Essen kochen und servieren. Gemüse und Meeresfrüchte werden hier ebenso sinnvoll zubereitet wie

ganze Tiere: Im Sinn der *nose to tail*-Idee gibt es hier nicht nur den Rücken vom Lamm, sondern auch knuspriges Bries, eine Art Fleischkäse und den zwei Stunden über Apfelholz geräucherten Bauch davon mit Rettich, Minzgel und Pflaumencreme.

Shoreditch Town Hall, 380 Old Street, London EC1V 9LT (1 Michelin-Stern)

4 — «Ametsa»

«Como – The Halkin» war eines der ersten Boutiquehotels der Stadt und liegt im ruhigen Belgravia-Quartier praktisch an der Rückseite der Buckingham-Park-Mauer. Das angenehme kleine Haus bietet nicht nur stilvolle Zimmer, sondern auch eine besondere Küche, made in Baskenland. Das «Ametsa» ist die Ausenstelle der legendären Familie Arzak aus San Sebastian, die hier verspielte, aussergewöhnliche Gerichte serviert. Hervorragend: Sobresa vom Hals des Pata-Negra-Schweins, auf dem Holzkohlegrill gebraten und mit Amarenakirschen und Ananasseig kombiniert.

5–6 Halkin Street, Belgravia, London SW1X 7DJ (1 Michelin-Stern)

6 — «Dinner by Heston Blumenthal»

Der Pionier der Molekularküche ist längst ein Topstar in Grossbritannien, der mit dem Drei-Sterne-Restaurant «Fat Duck» in Bray weltberühmt wurde und heute mit dem «The Perfectionists' Café» (Heathrow, Terminal 2) auch ein Flughafenlokal betreibt. Sein vielleicht interessantestes Projekt ist aber das «Dinner» im «Mandarin Oriental», wo historische britische Gerichte modern gekocht werden. Unbedingt bestellen sollte man die «Meat Fruit», eine leichte Hühnerlebermousse in einem Mandaringelee, dann die Pommes frites und die karamellisierte Ananas zum Dessert, die während fünf Stunden langsam grilliert wird.

Mandarin Oriental Hyde Park, London, 66 Knightsbridge, London SW1X 7LA (2 Michelin-Sterne)

Nicht ohne meinen Filou

Monika Fasnacht ist erfolgreich, beliebt und setzte sich in Männerdomänen mit Hartnäckigkeit und Können immer wieder durch. Als Moderatorin des legendären «Samschtig-Jass» im Schweizer Fernsehen ist sie nicht mehr erwünscht. Doch bereits hat sie einen neuen Publikumshit. *Von Thomas Renggli*

Sportpullover, Jeans, Joggingsschuhe, braungebrannt – als sei das Leben ein ewiger Skiurlaub. Monika Fasnacht, 52, sitzt im Café vor dem Hechtplatztheater am Zürcher Limmatquai und nimmt einen Schluck Cola light. Die Sonne scheint. Aus der Theaterpforte strömen die Kinder, um in der Pause des «Kleinen Gespenstes» eine Glace zu essen. Unter dem Tisch gönnt sich Fasnachts vierbeiniger Begleiter Filou ein Nickerchen: «Eine Promenadenmischung, vermutlich

sein», erklärt sie. Doch um in der Schweiz als Hundetrainerin arbeiten zu können, reicht dies nicht. Fasnacht musste die Fachprüfung zum «Sachkundenachweis für Hunde» ablegen und dann das Veterinäramt des Kantons Zürich davon überzeugen, dass sie befähigt sei, den Anforderungen von Hund und Herrchen zu genügen. «Ich habe so lange nachgehakt, bis sie aufgaben», erzählt sie. Filou hebt gelangweilt sein rechtes Augenlid. Ganz offensichtlich hat er gegen die Beförderung seiner Chefin nichts einzuwenden.

Hunde waren schon immer Fasnachts Hobby – und oft die verlässlicheren Gefährten als Menschen. Auf ihrer Homepage würdigt sie die vor achtzehn Jahren verstorbene Hündin Simba mit rührenden Worten: «Ich vermisse sie enorm, und sie wird weiterhin ihren Platz auf meiner Homepage und immer in meinem Herzen haben.» Es ist diese Nähe und Emotionalität, die Fasnacht beim Publikum beliebt macht: «Ich habe mich nie verstellt. Effekthascherei und Sauglattismus liegen mir nicht.» Wer Fasnacht beim Moderieren des «Samschtig-Jass» zuschaut, kann nicht widersprechen. Die Solothurnerin lobt die Rentnerin am Tisch für ihr Engagement im Seniorenverein und spricht mit dem rotbackigen Jüngling über den Energieverschleiss im Seilziehtraining. Und vor allem bespricht sie zwischen den Runden den Spielverlauf mit analytischer Präzision: «Da darf man sich keine Fehler leisten – schon gar nicht als Frau», sagt sie lachend.

Göpf Eggs Misstrauen

Dies hätte ihr etwa Göpf Egg, der Gralshüter des eidgenössischen Kartenspiels und während fast dreier Jahrzehnte als Schiedsrichter oberstes Gewissen der Sendung, nie und nimmer zugetraut. Als Monika Fasnacht 1999 die Nachfolge von Jürg Randegger übernahm und erstmals als Moderatorin durch die Sendung führte, teilte Egg der Novizin charmefrei mit: «Nach einem halben Jahr bist du wieder weg.» Es war eine Fehleinschätzung, die im Schieber mit einem Kontermatch bestraft worden wäre. Doch zum eher grobschlächtigen Umgang an den Stamm-

tischen der Jass-Beizen passt sie perfekt. «Früher herrschte unter den Jassern oft ein militärischer Ton», erinnert sich Fasnacht.

Dass die Traditionalisten mit einer Frau als oberster Jasserin am Samstagabend ihre liebe Mühe bekundeten, liegt in der generationenübergreifenden Popularität der Sendung. Mit insgesamt über 800 Folgen ist der «Samschtig-Jass» die älteste noch existierende Unterhaltungssendung Europas – erstmals ausgestrahlt 1967. Seither landete die Menschheit auf dem Mond, entdeckte das World Wide Web und erfand ein Telefon, mit dem man nicht mehr telefonieren muss.

Nur der «Samschtig-Jass» und der Telefonjasser blieben gleich – fast gleich. Als sich Fasnacht erstmals an den Tisch setzte, animierte sie die Produzenten zu zwei Neuerungen – seither werden drei statt zwei Runden gespielt, und die Sendungen werden dezentral an traditionellen Jass-Orten ausgestrahlt. Mehr war dem wertkonservativen Publikum nicht zuzumuten. Der Erfolg (durchschnittlich rund dreissig Prozent Marktanteil) gibt den Fernsehmachern ebenso recht wie das Medienecho.

Als vor einigen Wochen ein Jasser die falsche Farbe spielte, wurde dies zum nationalen Thema. «Beim Jassen ist es wie beim Fussball, fast jeder ist emotional betroffen, fast jeder kann mitreden», sagt Fasnacht.

Für die Moderatorin gilt dies ab Ende August aber nur noch aus der Beobachterwartung. Nach achtzehn Jahren wird sie zwangspensioniert und durch ein jüngeres Gesicht ersetzt:

«Der Entscheid wurde mir im vergangenen Sommer mitgeteilt. Ich konnte mich damit auseinandersetzen. Doch vorstellen, wie es sein wird, kann ich mir noch nicht.» 421-mal wird sie die Jassfreunde dann durch den Samstagvorabend geführt haben. Weshalb sie nicht weitermachen darf, kann sie nicht richtig nachvollziehen. «Wir wollen den Start für einen Relaunch zu einem Zeitpunkt nutzen, zu dem die Sendung noch erfolgreich ist», wurde ihr von der Führung des Unterhaltungsressorts des Schweizer Fernsehens mitgeteilt.



aus Husky, Schäfer und Windhund. Ich habe ihn aus dem Tierheim», stellt ihn die Fernsehfrau vor. «Er war einmal ein Rüde. Heute ist er vor allem der beste Co-Moderator, den ich je hatte.»

Fasnacht strahlt Elan und gute Laune aus. Nach einer Jass-Woche in ihrer Wahlheimat Arosa nimmt sie in Zürich einige Termine wahr: «Früher hetzte ich von einer Verpflichtung zur nächsten – war immer knapp dran. Heute nehme ich mir bewusst mehr Zeit.» Geduld und Ruhe habe sie im Umgang mit Hunden gelernt. «Bei ihnen kommt man mit Hektik und Stress nicht weiter.» Fasnacht liess sich beim bekannten deutschen Hundetrainer Martin Rütter zum Hundecoach ausbilden. Die Prüfung sei schwieriger gewesen als die Matura oder die Abschlussarbeit an der Hotelfachschule: «27 Themen, und 80 Prozent der Antworten in jedem Bereich mussten richtig



«Beim Jassen ist es wie beim Fussball, fast jeder ist emotional betroffen.»



Unter verschärfter Beobachtung: Moderatorin Fasnacht, Filou.

Monika Fasnacht mag sich zu diesem Entschluss nicht äussern – auch im Wissen, dass sie beim Publikum nicht zuletzt für ihre Zurückhaltung, Freundlichkeit und Bescheidenheit geschätzt wird: «Ich bin eine gute Zuhörerin.» Selber sagt sie zur ihrer Abservierung nur: «Ich kann gut damit leben. Alles andere entscheiden die Zuschauer.»

Dass Fasnacht selber auch kämpfen kann, bewies sie in ihrer Medienkarriere immer wieder. Fast ständig bewegte sie sich in Männerdomänen und musste zuerst Vorurteile aus dem Weg räumen – als Eishockey-Reporterin von Radio Zürisee, als eine der ersten Frauen, die am Schweizer Fernsehen das «Sportpanorama» moderierte und – last, but not least – als mediale Repräsentantin des urhelvetischen Kartenspiels. Als Vorkämpferin in Frauenfragen will sie sich aber nicht verstanden haben: «Ich hatte immer das Privileg, das zu machen, was mich interessierte – und ich wollte das so gut wie möglich machen. Eine Frauenrechtlerin bin ich nicht.» Gleichzeitig war sie sich stets bewusst, dass sie als Frau unter verschärfter Beobachtung stand: «Ich musste immer an die deutsche Moderatorin Carmen Thomas denken, die bei ihrer Premiere im «Aktuellen Sportstudio» Schalke 05 anstatt Schalke 04 sagte. Dies durfte mir nie passieren.» Es passierte nicht. «Ich habe mich stets so gut vorbereitet, dass Fehler praktisch unmöglich waren.»

Dass sie überhaupt beim Fernsehen landete, hatte sie einem Kursbesuch am Schweizerischen Medienausbildungszentrum zu verdanken. Der Referent, Sportreporter Dani Wyler, ermunterte Fasnacht, sich beim Fernsehen zu bewerben. Doch dummerweise hatte die ambitionierte Reporterin die nur alle zwei Jahre stattfindenden Tests um ein paar Wochen verpasst. Fasnacht liess sich von Sachzwängen

Schenken Sie ihm das Original zu Ostern.

Lindt
BATONS KIRSCH
KIRSCHSTENGELI

nicht abhalten: «Ich rief den damaligen Sportchef Urs Leutert so lange immer wieder an, bis er nachgab und mich ausser Turnus vorsprechen liess.»

Die Aspirantin überzeugte aus dem Stand. Doch als sie ihren Arbeitsplatz bezog, war von Talentförderung nicht viel zu spüren: «Wenn du denkst, du könntest je eine Sendung moderieren, kannst du das sofort wieder vergessen», hiess es von arrivierten Kollegen.

Bei Art Furrer auf der Riederalp

Aufgewachsen in Olten, wo das Bahnhofbuffet der Nabel der Schweiz ist und der lokale Eishockeyklub in der Kleinholz-Halle spielt, war Monika Fasnacht nie eine Frau der grossen Theatralik und lauten Töne. Doch das Scheinwerferlicht in Leutschenbach machte aus der früheren Hotelfachschülerin eine Person von nationalem Interesse. Dass dies auch unschöne Seiten haben kann, erlebte sie mehrere Male. «Gewisse Magazine stellten richtige Besitzan-

«Ich machte zu Beginn zu viel mit den Medien. Das war letztlich kontraproduktiv.»

sprüche – es hiess: «Als Fernsehmoderatorin bist du in unseren Stuben, also kommen wir auch in deine Stube», erinnert sie sich. «Ich machte zu Beginn zu viel mit den Medien. Das war letztlich kontraproduktiv.» Vor allem die Trennung von ihrem Freund Stefan Dudler wurde auf dem medialen Boulevard mit Getöse ausgeschlachtet. Das war der Zeitpunkt, als sich Fasnacht zum Rückzug entschied: «Ich musste rigoros den Riegel schieben. Heute überlasse ich die Behandlung der Interviewanfragen der Medienstelle des SRF.»

So ist von ihrem derzeitigen Partner nur bekannt, dass er Reto heisst und bei der Kantonspolizei Zürich arbeitet – auf Fasnachts Website bietet Reto handgeschnitzte Bänkli und Brunnen an. «Und er hält mir administrativ den Rücken frei», sagt Fasnacht, «die Organisation der Jassreisen und Hundekurse verlangt auch hinter den Kulissen einen grossen Aufwand.»

Wer Monika Fasnacht in Zukunft sehen will, muss aber auch nach ihrer letzten Jass-Sendung weder eine Reise buchen noch einen Hund adoptieren. Die neue Sendung «Tiergeschichten» kam beim Publikum derart gut an, dass die Fortsetzung bereits eingeplant ist.

Und sowieso. Eine Frau, die sich als Fussballreporterin in Tuggen und als Eishockey-Expertin in Rapperswil ebenso bewährt hat wie als Swissair-Stewardess, als Chef de Service in den Art-Furrer-Hotels auf der Riederalp und als Leiterin von Jass-Reisen, wäre auch flexibel genug für einen weiteren Neuanfang. Nur eine Bedingung ist unumstösslich: Nicht ohne Filou! ○

Medizin

Ende eines Albtraums

Brustkrebs bedeutete bis vor kurzem fast das sichere Todesurteil. Dank neuester Forschung und Chirurgie können heute die meisten Betroffenen geheilt werden. Von Claudia Schumacher

«Schätzchen, das Gewächs, das sie mir aus der Brust geschnitten haben, war nun doch nicht gutartig.» Damit eröffnete Ann-Sophie Weber, damals Mitte fünfzig, ihrer erwachsenen Tochter die schlechte Nachricht am Telefon. Die war gerade auf dem Weihnachtsmarkt mit Freunden – und brach wie ein Baby in Tränen aus: «Mami, du stirbst aber nicht, hörst du?» – «Ich werde mir Mühe geben», antwortete Frau Weber. Nachdem ihre Tochter aufgelegt hatte, begann die dreifache Mutter selbst zu schluchzen und konnte für den Rest des Abends nicht wirklich damit aufhören.

In der Folge sollte bei Frau Weber in der Behandlung so ziemlich alles schiefgehen, was nur schiefgehen kann. Sieben Operationen musste sie insgesamt über sich ergehen lassen. Doch auch sie gilt heute, acht Jahre nach der Diagnose, als geheilt. Das ist nämlich die gute Nachricht, die vielen Frauen nicht bewusst ist, wenn der Knoten entdeckt wird: «In der Schweiz werden etwa 80 Prozent aller Brustkrebskrankungen langfristig geheilt», so Spezialist Thomas Ruhstaller.

Aus der Klinik direkt ins Büro

Ruhstaller ist stellvertretender Leiter des Brustkrebszentrums St. Gallen am Kantonsspital. Zudem hat er als Präsident der Projektgruppe Brustkrebs bei der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Klinische Krebsforschung (SAKK) den Überblick über sämtliche Projekte in diesem Bereich. «In den letzten fünfzehn Jahren hat sich viel getan», so Ruhstaller. «Während man einer Frau mit positiven Lymphknoten in der Achselhöhle und höherem Rückfallrisiko früher in jedem Fall starke Chemotherapien verabreichte, sind die Behandlungsmethoden mittlerweile deutlich differenzierter.» So werden heute grundsätzlich drei Tumortypen unterschieden, und davon ausgehend wird eine Therapie angepasst. «Bei all diesen Tumorgruppen konnten Fortschritte in der Behandlung erzielt werden», so Ruhstaller. Die grössten Erfolge wurden bei den HER2-positiven Tumoren erzielt, einer besonders aggressiven Form, die vor fünfzehn Jahren noch die schlechtesten Aussichten auf Heilung hatte. Den Durchbruch brachte das von Roche entwickelte Medikament Herceptin, das gezielt den Wachstumsmotor der HER2-positiven Krebszellen zerstört. «Dank dieses Medikaments konnte das Rückfallrisiko dieser Brustkrebs-

art halbiert werden – es hat noch nie ein Medikament gegeben, das die Rückfallquote so stark vermindert hat», so Ruhstaller. Das Medikament wurde 2006 in der Schweiz registriert.

Auch bei dem Tumortyp, der dem normalen Brustdrüsengewebe relativ ähnlich ist und besonders sensibel auf weibliche Hormone reagiert, konnte die Forschung die Behandlungserfolge in den letzten Jahren erhöhen. Zum einen dadurch, dass die Antihormontherapien verlängert durchgeführt werden (heute bis zu zehn Jahre), zum anderen sind neue Medikamente auf den Markt gekommen, die den teils auftretenden Resistenzmechanismus der Krebszellen gegen die Antihormontherapie unterbinden. Diese zeigten ihre Wirkung aber erst bei Frauen mit Ablegern. «Es steht zu vermuten, dass diese neuen Resistenzblocker in Kombination mit der Antihormontherapie eine noch effektivere Behandlung nach der Operation ermöglichen», so Ruhstaller. «Allerdings ist die Studie in dieser Indikation erst angelaufen – sicher sein können wir erst in ein paar Jahren.»

Bei der dritten Tumorgruppe, den sogenannten «triple-negativen» Mammakarzinomen, konnten bisher am wenigsten Fortschritte erzielt werden – «hier ist das grösste Forschungspotenzial, da fehlt noch ein Durchbruch», so Ruhstaller. Momentan werden verschiedene Immuntherapien geprüft, mit denen bei anderen Krebsarten schon gute Erfolge zu verzeichnen waren. Was sich bereits getan hat: «Die Behandlung ist für die Patientinnen oft besser verträglich geworden.» Bei dieser Form von Brustkrebs muss meist nach wie vor

Den Durchbruch brachte das von Roche entwickelte Medikament Herceptin.

«viel Chemotherapie» angewendet werden, aber «die Antibrechkmittel sind sehr viel besser» geworden. So gebe es auch Patientinnen, die nach einer Chemotherapie die Klinik verliessen – und direkt ins Büro zur Arbeit gingen. Dies hänge zwar auch von der individuellen Verträglichkeit ab und von der Art der Chemotherapie, «eine Chemotherapie muss aber heute nicht mehr ein Albtraum sein, der er noch vor fünfzehn Jahren oft war», so Ruhstaller. Ausserdem beobachtet er einen von Hollywood ausgehenden Behandlungstrend: So würden sich heute mehr Frauen mit



Gute Nachrichten: Hollywood-Star Angelina Jolie.

einer genetischen Brustkrebsveranlagung für eine prophylaktische Operation entscheiden, wie Angelina Jolie sie vornehmen liess.

Auch die Chirurgie hat in den letzten Jahren viel dazu beigetragen, dass Fälle wie die von Frau Weber, bei der zuerst eine falsche Diagnose gestellt wurde und die dann mehrere Operationen über sich ergehen lassen musste, die sich teils auch hätten zusammenlegen lassen, immer seltener werden. Auch wenn in «Tatort»- oder Hollywood-Filmen bis heute gerne einmal Frauen gezeigt werden, die in einer rührenden Szene mit dem Ehemann im Schlafzimmer ihren flachen, verstümmelten Brustkörper betrachten, der grosse Narben von der doppelten Amputation aufweist: Die Realität der meisten Frauen mit einer Brustkrebsdiagnose sieht anders aus. Für einen Brustaufbau mit körpereigenem Gewebe oder mit Silikon entscheiden sich fast alle Frauen, denen viel Gewebe oder die ganze Brust entfernt werden musste. Besonders zufrieden sind dabei Frauen, bei denen ein Sofortaufbau vorgenommen

wurde. Bei dieser Methode wird nicht zuerst die Brust amputiert und diese dann – in einem zweiten Schritt nach erfolgter Ausheilung – rekonstruiert; beim Sofortaufbau erfolgt die Entfernung des Tumors und der Wiederaufbau der Brust im selben Schritt.

Den Weg des Sofortaufbaus wählte auch Carla Eckenberger, eine 45-jährige Anwältin aus Zürich, bei der letztes Jahr Brustkrebs diagnostiziert worden war. Beim Treffen sieht man der attraktiven Frau gar nicht an, dass sie erst vor wenigen Monaten eine Behandlung über sich ergehen lassen musste. Im Sommer 2016 wurde bei ihr ein besonders aggressiver Tumor entdeckt. Dass sie zeitnah operiert werden musste, war klar. «Aber ich sagte mir: <Entweder findest du ein Ass, einen grossartigen Chirurgen, der dir nach der Entfernung der Brust eine neue und schöne macht – oder du stirbst lieber!>», so Eckenberger.

Wie kaum eine andere Krankheit berührt Brustkrebs die Weiblichkeit empfindlich. Eckenberger ging also auf Empfehlung ihres

Frauenarztes in die Zürcher Klinik Pyramide, wo mit Cédric George eine Koryphäe auf dem Gebiet der Brustrekonstruktionen arbeitet. George nimmt etwa 200 bis 300 Brustoperationen im Jahr vor. Er ist Facharzt für plastische, wiederherstellende und ästhetische Chirurgie. Anders als in vielen anderen Brustzentren wird der Spezialist nicht erst gerufen, nachdem der Tumor entfernt worden ist. George entfernt das befallene Gewebe selbst – und kümmert sich anschliessend um einen ästhetisch ansprechenden Aufbau.

Schöne neue Brüste

«Wenn die Patientin aufwacht, hat sie eine Brust. Sie muss sich zu keinem Zeitpunkt mit dem psychologisch schwierigen Thema einer Verstümmelung befassen», so George. Ausserdem könnten durch den Direktaufbau in einer einzigen Operation unnötige Behandlungsschritte vermieden werden, welche die

Wie kaum eine andere Krankheit berührt Brustkrebs die Weiblichkeit empfindlich.

gesamte Krankheitserfahrung der Frau verlängern. «Ein grosser Vorteil ist natürlich auch, dass in vielen Fällen die Haut und die Brustwarze gerettet werden können», so George. «Wenn der plastische Chirurg erst nachträglich hinzugezogen wird, ist das für die Ästhetik von Nachteil.»

Die Verfahren bei der Rekonstruktion sind raffiniert und individuell. Von Silikon über Eigengewebe bis hin zu Mischverfahren und Brustwarzenrekonstruktionen aus dunklerer Haut, die aus dem Schritt der Frau entnommen wird, ist kaum etwas unmöglich. Und ein gutes optisches Ergebnis hilft den Frauen, nach der Operation mit dem Thema abzuschliessen. «Ich denke kaum noch an den Krebs», so Eckenberger, die ein Silikonimplantat und eine optische Angleichung der gesunden Brust erhielt. «Meine Brüste sehen so gut aus wie vorher. Wenn ich nach dem Duschen vor dem Spiegel stehe, muss ich nicht denken: <O Schreck, ich hatte Brustkrebs.> Ich denke einfach nur: <Wow, sieht das gut aus!>»

In den letzten Jahren wurde auch das Thema Krebsprävention in den Medien immer präsenter. Lässt sich über die Ernährung und eine gesunde Lebensweise Brustkrebs verhindern? «Kaum», so Ruhstaller. «Der Lebensstil hat bei dieser Erkrankung leider eher wenig Einfluss auf die Entstehung. Brustkrebs ist oft einfach Schicksal. Im Jahr 2017 aber eines, das wir glücklicherweise in den meisten Fällen sehr positiv beeinflussen können.»

Die Namen der Patientinnen wurden geändert.



Thiel

Forschung

Von Andreas Thiel

Folterknecht: Eure Exzellenz, der Gefangene hat gestanden.

Inquisitor: Gut, foltert ihn weiter.

Folterknecht: Wieso?

Inquisitor: Weil dies eine Folterkammer ist und kein Massagesalon.

Kerkermeister: Aber Eure Exzellenz, jetzt wo der Gefangene gestanden hat, wozu sollen wir ihn da noch weiterfoltern?

Inquisitor: Das ist mir egal. Fragt ihn etwas Kniffliges, und dann foltert ihn, bis er mit der Antwort herausrückt.

Folterknecht: Wenn Sie meinen ...

Etwas später ...

Folterknecht: Kerkermeister, der Gefangene hat unter langer Folter die Gleichung $\sum_{i=0}^n \frac{1}{3^i} = \frac{3}{2}$ gelöst.

Inquisitor: Sehr gut. Weiterfoltern.

Kerkermeister: Wollen Sie das Resultat denn nicht hören? Es ist verblüffend.

Inquisitor: Wozu? Ich bin nicht dafür verantwortlich, wie die Resultate ausfallen, sondern bloss dafür, dass die Folter überhaupt Resultate liefert.

Kerkermeister: Gut, und was sollen wir nun mit der Lösung der Gleichung anfangen?

Inquisitor: Vermerkt Sie als bedeutenden Foltererfolg im Folterprotokoll. Und dann foltert den Gefangenen weiter.

Folterknecht: Was sollen wir denn noch aus ihm rauspressen?

Inquisitor: So viel wie möglich. Ich will Resultate sehen.

Folterknecht: Wie Sie wünschen, Exzellenz ...

Viel später ...

Folterknecht: Exzellenz! Der Gefangene hat zwar gerade noch meinen Geburtstag erraten, aber bevor er den Geburtstag des Kerkermeisters herausfinden konnte, ist er gestorben.

Inquisitor: Gut, dann holt den nächsten Gefangenen und macht weiter.

Folterknecht: Aber wir wissen doch längst alles, was wir von den Gefangenen wissen wollten.

Inquisitor: Jedes Forschungsergebnis muss zu einer neuen Forschungsfrage führen, sonst kriegen wir keine Forschungsgelder mehr von der EU.

Kerkermeister: Aber uns gehen die Gefangenen aus.

Inquisitor: Dann nehmt halt Tiere.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Namen

Der Provokateur

Filmer Erich Schmid präsentiert ein brennendes Zeitdokument über den Fotografen-Rebell Klaus Rozsa. Von Hildegard Schwaninger

Der lebenslange Einsatz des Filmemachers Erich Schmid galt dem Kampf gegen Ungerechtigkeit. «Er nannte sich Surava», «Meier 19» – beide Filme sind in Erinnerung – zeigen sein Engagement für die Schwachen. Jetzt stellt er «Staatenlos» vor, den Film über Klaus Rozsa, den aus Ungarn stammenden Fotografen, der als Rebell und Aufsässiger galt und dem die Einbürgerung in die Schweiz mehrmals verweigert wurde.

Erich Schmid ist Journalist, Buchautor und Filmemacher und seit zwanzig Jahren der Ehemann von Max Bills Witwe Angela Thomas Bill, mit der er in einer komfortablen Villa in Zumikon lebt. Hier die glamouröse Welt von Kunst und Kunsthandel, dort die Solidarität mit den Armen – wer hier eine Doppelbödigkeit sieht, irrt: «Angela und ich sind nicht glamourös, wir machen unsere Arbeit. Sie arbeitet am zweiten Band ihrer Bill-Biografie, ich unterstütze sie und mache meine Filme. Ausserdem – ich wurde gerade 70, und wir haben keine Nachkommen – suchen wir eine Zukunftslösung für das Bill-Haus.»

Der Film «Staatenlos» lief zuerst im Lunch-Kino im «Le Paris» in Zürich, und, wie Erich Schmid bei unserem Treffen im «Toto», wo wir Cola und Schweppes trinken, etwas resigniert meint: «Er hat wenig Zuschauer, die Leute wollen nichts mehr wissen von Unrecht und Krawallen, sie wollen ihre Ruhe haben.»

Spätestens nach der Premiere gestern Abend dürfte sich das ändern. Der Film ist nicht nur

ein wichtiges Zeitdokument, er ist auch äusserst spannend. An der Premiere, zu der ein von Daniela Lager moderiertes Podiumsgespräch stattfand, an dem Nationalrätin Doris Fiala sowie die Universitätsprofessoren Marcel Niggli (Freiburg) und Jacques Picard (Basel) teilnahmen, sah man engagierte Menschen wie This Brunner (Film), Christa de Carouge (Mode), La Lupa (Gesang), Guido Magnaguagno (Kunst) und Dieter Meier (Golf, Musik und Gastronomie).

Klaus Rozsa kam als zweijähriger Ungarn-Flüchtling 1956 in die Schweiz, seine Eltern waren Juden mit Holocaust-Vergangenheit (der Vater überlebte Auschwitz), Rozsa wurde Fotograf, als solcher Chronist der Zürcher Jugendunruhen und bald Feindbild der Polizei. Dreimal wurde ihm die Einbürgerung verweigert, Schweizer wurde er schliesslich 2000, fünf Jahre nachdem er eine Schweizerin (die TV-Produzentin Susann Wach) geheiratet hatte. Erich Schmid: «Rozsa ist durch die Geschichte seiner Familie traumatisiert, Unrecht im Staat macht ihn rasend.» Was den Filmemacher vor allem interessierte, war eine philosophische Frage: «Wie weit setzen sich Schicksale von Familien über Generationen fort? Im Film versuche ich die Antwort zu finden.» Dass Klaus Rozsa staatenlos war, hatte direkte Auswirkungen auf seinen Beruf. Er brauchte für jedes Land ein Visum, nicht einmal nach Österreich konnte er ohne Visum reisen. Das schränkte seinen Radius als Fotoreporter ein,



Fast verliebt

Der Untergang

Von Claudia Schumacher

Céline sieht ... nun ja: richtig übel aus. Dass wir in diesem Salatschuppen von Fremden umringt sind, scheint sie nicht zu kratzen. Ihren Avocado-Mango-Salat rührt sie gar nicht an – wenigstens kann er nicht

noch kälter werden. «Warum macht er das?», fragt sie. Ihre Augen sind rot und verquollen, ihr Mund steht offen, als bekäme sie kaum Luft durch die Nase, und ihr Brustkorb hebt und senkt sich unkontrolliert. Céline sieht aus wie ein Grippeopfer im Endstadium, dabei hat sie «nur» Liebeskummer.

Was Céline passiert ist? Sie hat sich in Nick verknallt wie ein kleines Mädchen in einen Popstar. Der ist Sportjournalist, sieht gut aus, macht einen auf James Dean und hat so ziemlich jedes hübsche Ding nach kurzer Zeit am Arsch kleben. Mit Céline hatte er Spass, was ihn aber nicht davon abhielt, sich alle Optionen offenzuhalten. «Seit Tagen hab' ich nichts von ihm gehört. Ich werde wahnsinnig!», sagt Céline. Und so, wie sie aussieht, wirkt das mit dem Wahnsinn total überzeugend.

Anfang zwanzig ist es einem egal, bei wem man sich ausheult. Ist keine Freundin da,



Kampf gegen Ungerechtigkeit: Regisseur Schmid.



Moderierte das Podium: Daniela Lager.



Chronist der Jugendunruhen: Fotograf Rozsa.

die Konsequenz war, dass sich seine ganze Wutbürger-Energie auf Zürich und die Schweiz beschränkte – ein Teufelskreis.

Der damalige Stadtpräsident Josef Estermann, später Verwaltungsratspräsident des Opernhauses, spielt eine Hauptrolle in der Causa Rozsa. Er hat dessen zweites Einbürgerungsgesuch abgelehnt. Im Film «Staatenlos» sieht man nur Estermanns Unterschrift. Er liess sich zwar von Erich Schmid für den Film interviewen (im Musiksaal des Stadthauses), verlangte aber dann per Gerichtsbeschluss die Streichung (Schmid wehrte sich, was ihn 20 000 Franken kostete). Schmid: «Ich wollte auch die Gegenseite zu Wort kommen lassen, aber Estermann konnte sich nicht mehr genau erinnern, und das Gericht fand, seine Aussage sei für den Film nicht relevant.» Dabei waren sich die beiden Genossen Schmid und Estermann einst gut gesinnt. Als Estermann 2003 seine Ständeratswahl propagierte (er verlor dann gegen eine Zumikerin), fand eine Veranstaltung im Haus Bill statt. Mittlerweile reden die beiden nicht mehr miteinander.

Wie auch immer man zum Fall Klaus Rozsa stehen mag: Der aus Ungarn stammende Flüchtling ist sicher kein einfacher Zeitgenosse. Ein Provokateur, dessen Spezialität die Fotos wildgewordener Polizisten und roher Polizeigewalt sind (provokativ für jene, die in der Polizei Freund, Helfer und Beschützer unserer Sicherheit sehen), aber er fotografiert die Welt, wie er sie sieht. Aus der Sicht eines Abkömmlings verfolgter Juden, die von roher Gewalt traumatisiert sind. Mit «Staatenlos» hat Erich Schmid ein brennendes Zeitdokument geschaffen.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

muss eben eine Berufskollegin beim Lunch herhalten. «Unfassbar», flüstert sie jetzt bebend und baff, als flögen gerade vor ihren Augen und mitten in der Bahnhofstrasse rosa Hunde durch die Luft. «Er meldet sich nicht bei mir, seiner Freundin – aber auf Facebook kommentiert er Fotos von irgend so einer Samira! Die sieht krass verklemmt aus, total streng, ich versteh's gaaar nicht», sagt Céline und fügt noch ein paar Schimpfwörter an über die andere Frau, die sie nicht kennt – deren Beschreibung aber gut auf jemanden zu passen scheint, den *ich* kenne. Andererseits wäre das verrückt: Die Samira wohnt in München.

Céline schnappt zum gefühlt hundertsten Mal nach dem Handy, wie ein hungriges Tierchen. Hat er geschrieben? Ist vielleicht der Akku leer? Wahrscheinlich bombardiert sie ihn auch mit Nachrichten. Man muss nämlich nur kurz aufstehen, um Servietten zu holen,

schon tippt sie verstoßen. Oh je. Da fühlt man mit, die Situation kennt ja fast jede. SMS-Terror aus Herzschmerz, der sang- und klanglos im Orbit verhallt: «Wo bist du? Melde dich!!!»

Doch da vibriert Célines Handy. Sofort liest sie laut vor, was Nick geschrieben hat: «Babe, sorry, mir ging's nicht so gut die letzten Tage, und ich wollte dich nicht belasten...danke für deine Nachrichten! Schläfst du heute Nacht bei mir?» Ich bin entsetzt. «Nein!», sage ich, «Komm schon, Céline, darauf steigst du *nicht* ein. Das wäre vollkommen würdelos!» Aber sie scheint mich nicht zu hören und liest stattdessen still für sich die Nachricht noch einmal. Als sie aufschaut, grinst sie. Aber nicht nett, eher schlimm, so komisch überzuckert wie nach einer Monsterladung Cupcakes. Heilige Scheisse.



Unten durch Nähe

Von Linus Reichlin

Nehmen wir mal an, du spürst den Frühling, aber es ist keine Frau da. Du hast schon in der ganzen Wohnung nachgeschaut, in den Schränken, unter dem Bett, hinter dem Duschvorhang: Da ist keine. Du bist definitiv allein in der Wohnung. Du bist das, was die Dichter «unbeweibt» nennen, wenn sie poetisch ausdrücken wollen, dass man in derselben beschissenen Situation ist wie fünfzig Millionen chinesische Männer. Bei dir war es aber nicht immer so. Du hattest einmal eine Frau, eine Beziehung mit allem Drum und Dran, inklusive eines Ausflugs aufs Rütli. Dort habt ihr euch ewige Treue geschworen, und sie sagte noch: «Eigentlich müsste man an diesem Ort für einen Schwur ja zu dritt sein.» Ein halbes Jahr später wart ihr dann zu dritt: sie, du und noch ein anderer. So etwas willst du nie wieder erleben. Deshalb setzt du dich an den Computer, klickst die Youporn-Seite weg und meldest dich bei einer Partner-Plattform an, für 360 Franken, Premium-Mitgliedschaft: In der Liebe darf man nicht knausrig sein.

Ins Formularfeld mit der Überschrift «So stelle ich mir meine Partnerin vor» schreibst du: «Sie muss treu sein!!» Damit das gleich von Anfang an klar ist. Du fügst hinzu: «Und blond. Nicht über 50.» Du löschst «50» und schreibst «45». Du löschst «Nicht über 45» und schreibst «Maximal 35». Du löschst «... muss treu sein!!» und schreibst «... muss loyal und attraktiv sein». Zwischen «und» und «attraktiv» fügst du «sehr» ein. Du willst deiner potenziellen Partnerin nichts vormachen: Du stehst auf zwanzig Jahre jüngere, total super aussehende Frauen. Du warst zwar noch nie mit einer super aussehenden jüngeren Frau zusammen, aber für 360 Franken darfst du ja wohl erwarten, dass man dir etwas Hochklassiges anbietet. Nun klickst du auf die nächste Seite deines Persönlichkeitsprofils, die überschrieben ist mit «Ich über mich». Ins Feld «Meine grösste Stärke» schreibst du ohne langes Überlegen: «Skifahren.» Eine schwarze Piste runterwedeln: Das können sonst nur Profis so wie du. Im Skifahren bist du ein Ass, das haben dir bisher alle deine Frauen versichert. Ins Feld «Meine grösste

» Fortsetzung auf Seite 72

»» Fortsetzung von Seite 71

Schwäche» tippst du «Kreuzbandriss». Du willst deiner neuen Partnerin ja nichts vormachen. Sie soll nicht denken, dass du ein Superman bist, der nach einem Höllensturz auf der schwarzen Toulou-Buckelpiste in Crans-Montana lachend aufsteht und weiterfährt. Nein, die Pistensanitäter mussten dich aus dem Hartschnee buckel, in den du (nach einer Flasche Fendant im Gipfelrestaurant) gekracht warst, förmlich rausoperieren: dreifacher Kreuzbandriss. Die Neue soll wissen, dass du auch nur ein Mensch bist. Aber dann löschst du «Kreuzbandriss» doch aus dem Feld «Meine grösste Schwäche» und schreibst «Keine». Dann löschst du «Keine» und schreibst «Bin zu gutmütig». Das ist irgendwie neutraler.

Am Anfang sollte man vielleicht gar nicht allzu ehrlich sein. Das mit dem Kreuzbandriss kannst du ihr ja dann später noch gestehen, wenn du mit ihr im Bett warst und Nähe entstanden ist. Nähe war das grosse Ding bei allen deinen Freundinnen, davon haben sie immer gesprochen. Ins Formularfeld mit der Überschrift «In einer Beziehung ist mir Folgendes wichtig:» schreibst du «Nähe und noch einmal Nähe». Also wenn das nicht wirkt! «Und über Gefühle reden», fügst du hinzu. Du scrollst die Seite rauf, löschst im Feld «Meine grösste Stärke» das «Skifahren» und schreibst «Zuhören» rein. Gott, ist das alles kompliziert! Du kommst dir vor wie ein Spatzenmännchen, das die ganze Zeit mit gespreizten Schwanzfedern vor dem Weibchen rumhüpft und unaufhörlich piepst. Du brauchst jetzt mal eine Pause. Du holst dir ein Bier, rufst die Youporn-Seite wieder auf, und während du dir «Blonde Housewife Seduces Horny Dishwasher-Technician» anschaut und dir Erdnüsse in den Mund steckst, fragst du dich, ob das Leben als unbeweihter Mann nicht doch auch irgendwie saugemütlich ist.

Linus Reichlin ist Schriftsteller und lebt in Berlin.



Wein Einhandseglers Meisterstück

Von Peter Rüedi

Ein grosser Name ist ein Glück oder eine Hypothek. Heisst einer Voerzio und steht sein Betrieb auch noch im piemontesischen Städtchen LaMorra, denkt der geneigte Weinkenner subito an einen der berühmtesten Barolo-Produzenten der letzten Jahrzehnte, Roberto Voerzio – einer der ganz grossen Köpfe zwischen den beiden Trends unter den piemontesischen Weinmachern, den «Traditionalisten» und den «Modernisten». Halten Ersterer, nur so als Beispiel, den Ausbau in Barriques für des Teufels (der legendäre Bartolo Mascarello vermerkte auf einer seiner Etiketten den denkwürdigen Satz: «No barrique, no Berlusconi»), muten die Letzteren auch dem Paradieswein durchaus etwas Holz zu, je nach Stand der Dinge respektive dem Charakter des Jahrgangs. So auch Roberto Voerzio, so auch dessen Bruder Gianni. Beide besitzen, nicht genug, Reben in der Königslage La Serra. Dort eben hat auch Alberto Voerzio 1,16 Hektaren seiner insgesamt 4 Hektar Reben stehen, der Dritte dieses Namens in La Morra und Cousin der beiden anderen. 1983 in Bra geboren, führt

er seinen Betrieb erst seit 2006. Von dessen äusserem Rahmen (und von den Preisen seiner Weine) her gesehen im Vergleich zum grossen Vetter Roberto ein Kleinmeister, braucht er sich, was die Qualität angeht, vor der renommierten Verwandtschaft keineswegs zu verstecken. Er ist so etwas wie ein önologischer Einhandsegler, der sich mit grosser Sorgfalt im Rebberg wie im Keller um jedes Detail kümmert und auch im Umgang mit dem Holz (nur 25 Prozent seines Barolos kommt in neue Barriques) ein feines Händchen beweist. Seine Weine sind modern, aber nicht modisch, er domestiziert die happigen Tannine nicht runter bis zur Harmlosigkeit.

Albertos 2008er La Serra, mit dem mich ein wohlmeinender Freund in der Toskana überraschte (um, wie er sagte, «den restsüissen Fruchtbomben von Bolgheri etwas entgegenzusetzen»), ist tatsächlich ein Wein, der nicht im Nebenher getrunken sein will, sondern dem aufgeklärten Trinker, durchaus zu dessen Vergnügen, einigen Widerstand entgegengesetzt und mit seinen Rosenaromen und Teernoten über der Johannisbeerfrucht zur eigentlichen Doppelnatur des Nebbiolo steht: der austarierten Eleganz, aber auch einer wilden, würzigen Seite mit einer knackigen Säure, die dem Tropfen, zusammen mit den virilen Tanninen, ein langes Leben verheisst. Der letzte Rest in der Flasche erwies sich am Tag nach dem Öffnen als frisch und lebendig wie 24 Stunden zuvor, ohne eine Spur von Oxidation. (PS: Auch Alberto Voerzios Dolcetto d'Alba verspricht, zu ebener Erde, einen vergnüglichen Schluck!)

Alberto Voerzio Barolo La Serra DOCG 2008. 15%. Collection Markus Nauer, Rapperswil. Fr. 45.–
Dolcetto d'Alba DOC 2015. Ebenda. Fr. 15.40
www.collection-markus-nauer.ch

DIE  WELTWOCH

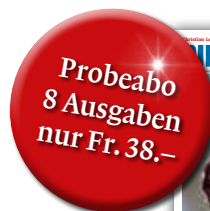
Vielfalt, die begeistert.



Jetzt bestellen!

www.weltwoche.ch/probeabo

Telefon 043 444 57 01





Auto

Liebling der Familie

Der Van hat nicht gerade die höchsten Coolness-Werte. Muss er auch nicht haben, wie man am Opel Zafira sehen kann. *Von David Schnapp*

Der Van ist unter allen Fahrzeugkategorien so etwas wie die Helene Fischer. Äusserst populär und trotzdem nicht besonders cool. Ich kenne einige Leute mit drei und mehr Kindern, die lieber einen kleinen Bus fahren als einen Van. Nicht nur, weil der Bus noch etwas mehr Platz bietet – besonders, wenn man drei Sitzreihen belegt –, sondern einfach auch, weil der Van für viele die fahrende Biederkeit darstellt und keine besonders hohen Trendwerte

Opel Zafira Excellence 2.0 CDTi Automat

Leistung: 170 PS/125 kW, Hubraum: 1956 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 205 km/h

Preis:

Fr. 39900.–,

Testauto:

Fr. 43300.–



erreicht. Andere, gefragt nach dem Inhalt ihrer Garage, entschuldigen sich beinahe für ihren Van, er sei halt praktisch mit den Kindern ...

Dabei sind es gerade die unspektakuläre Solidität und die nützliche Alltagsauglichkeit, die den Van zum Liebling vieler Familien machen. Bei Opel nennen sie – möglicherweise im Wissen um das Coolness-Problem des Vans – die neueste Ausgabe des Zafiras jetzt «Reise-Lounge». Das mag beim ersten Lesen etwas hochgegriffen wirken, ist aber nicht so falsch. Der Zafira ist ein geräumiges Wohlfühlauto mit drei Sitzreihen, wobei Opel für sich in Anspruch nimmt, 1999 das «revolutionäre integrierte Sitzsystem für sieben Personen im Segment der Kompaktvans eingeführt» zu haben. Mit etwas Kraft lassen sich die beiden hinteren Sitze einzeln und mechanisch aus dem Laderaumboden hervorholen. Die mittleren Sitze können zudem nach vorne abgeklappt werden, das schafft Platz zum Einsteigen. Mit der Ausstattung «Lounge-Sitzsystem» sitzt man zudem in der zweiten Reihe besonders geräumig.

Für die erstaunliche Tiefe des Raumes sorgt neben dem variantenreichen Sitzsystem auch das optionale Panoramadach, das die riesige Windschutzscheibe praktisch über die gesamte Dachlänge des Fahrzeugs erweitert und den Eindruck verstärkt, es gebe hier verschwenderisch Platz für alle. Übrigens auch für allerlei Kleinigkeiten: Immerhin dreissig verschiedene Staumöglichkeiten verspricht Opel.

Hand- oder Automatikschaltung

Motorisiert mit dem Zwei-Liter-Turbodiesel, der 170 PS leistet, ist der Zafira nicht gerade raketenartig unterwegs, aber wer dieses Auto fährt, sucht auch nicht den herausragenden Sprint-Wert. Gewählt werden kann übrigens zwischen manueller und automatischer Schaltung, was sich spürbar in den Verbrauchswerten ausdrückt: Das von uns getestete Automatikmodell kam auf knapp zehn Liter, bei der Handschaltung sind es gemäss EU-Norm rund zwei Liter weniger auf 100 Kilometer.

Das Wichtigste, was nach zwei Wochen über dieses Auto zu sagen ist: Die Familie war gern mit dem Zafira unterwegs, bei Bedarf wird aus dem Personen- ausserdem schnell ein Warentransporter, und die versprochene Lounge-Atmosphäre kann bei entsprechender Bewirtung der Fahrgäste mit Essen und Getränken tatsächlich hergestellt werden.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als Frau aufs Herren-WC, weil man sich spontan im falschen Körper gefangen fühlt – und die Schlange vor dem Damen-WC endlos lang ist? *Susanne Kaiser, Luzern*

Falls nur die Blase drückt: Gehen Sie einfach ins Männer-WC, niemanden wird dies kümmern oder stören. Falls Sie andere Absichten haben: Schimpfen Sie laut über fehlende Transgender-WCs, rennen Sie zum Gleichstellungsbüro, starten Sie eine Social-Media-Kampagne, informieren Sie den *Blick*, lassen Sie sich vom Schweizer Fernsehen in den «Club» einladen. Dann haben Sie den Höchststatus erreicht, der in der heutigen Gesellschaft möglich ist: endlich Diskriminierungsopfer zu sein.

Rico Bandle

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Die bedauernswerten Lehrer merken nicht, was man unternehmen sollte, um endlich wieder Ruhe in die Schulzimmer zu bringen.» *Hans-Peter Köhli*

Die Probleme werden noch grösser

Nr. 13 – «Die Schule brennt»; Christoph Mörgeli über den Aufstand der Berner Lehrer

Die armen Lehrpersonen der Agglomeration Bern scheinen den Durchblick völlig verloren zu haben. Mit Recht prangern sie zwar die unerhörten Zu- bzw. Missstände in den heutigen Schulen an und geben die Schuld den ausufernden Reformen. Aber die Bedauernswerten merken nicht, was man unternehmen sollte, um endlich wieder Ruhe in die Schulzimmer zu bringen. Dringendst müssten doch wieder Kleinklassen eingeführt werden. Aber was lese ich? Man begrüsse bei den Protestlern gleichwohl die volle Integration! Dann sollte der Lehrplan 21 unbedingt zurückgewiesen werden, denn er wird die Probleme noch vervielfachen. Aber was lese ich? Man wolle ihn trotz Revolte akzeptieren! Weiter sollte man die zweite Fremdsprache in die Oberstufe verlegen, dann würde mehr Zeit frei für den dringendst nötigen Deutschunterricht. Aber was lese ich? Nichts – auf diese Idee sind die Leute gar nicht gekommen. Es ist mir schlicht und einfach unerklärlich, weshalb sich die vielen Lehrerinnen und Lehrer scheuen, die wahren Ursachen der Schulmisere beim Namen zu nennen und ans Tageslicht zu bringen!

Hans-Peter Köhli, Zürich

Das Jammerlied vom Bildungsabbau und Geldmangel seitens der Lehrerverbandsfunktionäre klingt falsch angesichts der wachsenden, ja explodierenden Bildungsausgaben. Mit dem «selbstgesteuerten Lernen» wird Klassenunterricht verunmöglicht, der Lehrer aus dem Lernprozess gedrängt und zum «Lernbegleiter» degradiert.

Peter Aebersold, Zürich

Verantwortung der Finma

Nr. 13 – «Grossteil der Boni bleibt gesperrt»; Interview mit CS-Präsident Urs Rohner

Wenn eine Bank wie die Credit Suisse trotz seit Jahren wiederkehrenden Verlusten höhere Fixbezüge und Boni bezahlt und eine Dividende ausschüttet, dürfen der Staat und die Nationalbank sie im Krisenfall nicht stützen. Kunden, die dort ihr Vermögen verwahren und Geschäfte abwickeln, müssen sich dieses Risikos bewusst sein, weil sowohl die Verluste als auch die Bezüge bekannt sind. Sonst wird der sorgfältig geschäftende Bürger mit sozialer Verantwortung missbraucht. Es wäre die Verantwortung der Finma, solche Missbräuche zu verhindern.

Andreas Schlegel, Küsnacht

Kopfnicken ist einfacher

Nr. 13 – «Burkhalters Nebelwand»; Hubert Mooser über die Verhandlungen mit der EU

Bundesrat Didier Burkhalter, politischer Traumtänzer in Bern, möchte mit allen Mitteln die Schweiz an die EU anbinden. Würde ihm dies gelingen, hätte dies fatale Folgen für die Schweiz. Kein vernünftiger Mensch würde sich dem EU-Recht unterwerfen und sich fremden Richtern ausliefern. Wenn unser Ausussenminister meint, er könne dort gross mitmischen, so hat er jeglichen Realitätsbezug verloren, da er nicht fähig ist, den Herren in Brüssel Paroli zu bieten. Kopfnicken ist einfacher. Es lebe die Appeasement-Politik.

Armin Grieder, Basel

Das kleinere Übel

Nr. 12 – «Sterben im Körbchen»; Alex Reichmuth über späte Abtreibungen

Es fällt mir schwer, zu lesen und zu akzeptieren, was mit den abgetriebenen, zum Teil noch lebenden Föten geschieht. Trotzdem empfinde ich es als das einzig Richtige, dass eine Frau in unserer Gesellschaft nicht gezwungen werden kann, ein ungewolltes Kind zu bekommen. Ein solches neun Monate auszutragen, zu gebären und dann trotz aller Bemühungen nicht zurechtzukommen, ist eine Horrorvorstellung. Die Abtreibung ist das kleinere Übel – auch wenn es niemals leichtfertig geschieht, sich dafür zu entscheiden.

Alice Nägeli, Kilchberg

Nur in der Weltwoche

Nr. 12 – «Aufblasen und niederschreiben»; Urs Gehriger über die Niederlande

Bravo, *Weltwoche*! In deutschen Zeitungen sucht man vergebens Berichte wie bei Ihnen. Vor jeder Wahl werden hier die bösen Populisten zur Gefahr für ganz Europa aufgebaut. Nach der Wahl dann Häme, einträchtiger Jubel von Journalisten und etablierter Politik sowie verbales Nachtreten gegen vermeintliche Wahverlierer wie Wilders (oder Hofer in Österreich). Dieser Feindbild-Journalismus ist nur kontraproduktiv. *Dr. Roland Kühnel, Leipzig*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

	1			2		3	4		5			6	
7		8	9							10	11		12
13						14		15		16			
17					18								
		19								20			
	21				22		23		24			25	
26					27						28		
	29				30				31				
33					34	35				36		37	38
39								40					
					41							42	
43									44				



Lösungswort — Fliegendes Ungemach

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 3 Buñuels und Dalis Film erschien unter dem Titel *Un ... andalou*. 7 Gegenstand für die hobby-mässige Betätigung. 10 Das Schriftstück bringt im Prozess Glück – oder auch nicht. 13 Gewissermassen Kunst der negativen Art. 14 Andere Länder, andere militärische Sitten, ihm wohl bekannt. 17 Die duftende Zahl weist traditionell auf sie hin. 18 Eigennutz mit buchhalterischem Einschlag. 19 Ein gut vermischtes Getreide. 20 Bei Gérard Depardieu ist sie schon markant. 21 Es sorgt auf fantastische Weise für eine risikoreiche Reise. 22 Passt zur Eigenart von 28 waagrecht, zum Beispiel. 26 Briten finden die Stadt in Südfrankreich hübsch. 27 Kein Werwolf sondern japanisch-böse Werkatze. 28 Streicheleinheiten lässt man bei ihm besser bleiben. 29 Sie sticht Löcher, doch nicht ins Herz. 31 Das Geld: Wie der so getaufte Schriftsteller es beschrieb. 33 Der grosse Bluff – und Merkel war dabei! 34 Ein kleines Rimini-Pendant am Schwarzen Meer. 36 Er lässt aus dem Fernen Osten grüssen. 39 Solche haben vielleicht die Heirat noch vor sich. 40 Die Jass-Variante erinnert an einen zwielichtigen Kerl. 41 Das Wort reicht für den Wortschatz einer Sprache. 42 Womit Gesagtes erstaunlichen Erkenntniswert erhält. 43 Single passt, fragt sich nur, für was. 44 Machen viele, allein: Es fehlt das Denken.

Senkrecht — 1 Eine minime Sache, denn hier ist nur ein Milliardstel angesagt. 2 Streicheln tut der Amerikaner gerne sein Haustier. 3 Schlag- wie Tasteninstrument mit dem Klang eines Glockenspiels. 4 Ein Wort, das den näheren Ort umschreibt. 5 Was man mit Burdon verbindet, hat mit Animals zu tun. 6 Jene Karin, einst mit ihrer Pirouette auf dem Eis. 7 Es ist für Kafka die Axt «für das gefrorene Meer in uns». 8 Was beim Unfall oft dazu gehört. 9 Er reicht vom Schrott und Schund bis zum seltenen Fund. 10 Bei ihr haben sich Anna und Liese getroffen. 11 Sonderlich, schrullig – doch wo kommt da der Vogel her? 12 Also ..., sagte Cicero. 15 Wer nur einen hat, hat keinen, meinte Lessing. 16 Damit wird klar, dass etwas weggelassen wurde. 18 Uit schmeckt nur damit. 21 Tarzan und sie als schwingendes Paar. 23 Bei ihr gilt: totale Keimfreiheit. 24 Mit vorgestelltem T wäre es ein Asiat, so ist's ein Fisch. 25 Was ein Bergmann braucht. 30 Auf dem Eindollar-Schein bildlich verewigt. 32 Man mag sie schlank bis vollschlank, Hauptsache, ihr Duft betört. 33 Ein Baum, 65 Millionen Jahre alt, vom Aussterben bedroht. 35 Eine Temperatur, die damit nur Physiker verstehen. 37 Die Bankkontonummern möchten wir buchstabiert haben. 38 Auch als „Fischöl“ bekannt, doch besser wäre „Meeressäugeröl“.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 511

F	R	A	N	Z	O	S	E			A	P	F	E	L
A	G	E	C	L	A	U	D	I	A	O				
T	R	A	T	S	C	H	E	N		U	N	R	U	H
S	E	P	I	E	A	N	S	T	R	E	B	E	N	
	K	E	N	N	E	R	T			T	B			
	L	T		A	P	R	I	K	O	S	E	N		
K	A	M	E	R	A	D	E	L	Y			R		
O	M	O	A	E	I	N	S	T	M	A	L	S		
R	E	S	E	D	A		G	E	H	A	B	E		
D	T	R	O	U	B	L	E	E	T	A	G	E		
E	T	A	G	E	R	E	N	R	A	T	E			
L	R	O	Y	A	L		D	I	A	M	A	N	T	


Waagrecht — 1 FRANZOSE 6 APFEL 10 CLAUDIA 12 TRATSCHEN 15 UNRUH (kleines Schwungrad in Uhr) 17 SEPIE 18 ANSTREBEN 19 KENNER 20 APRIKOSEN 23 KAMERAD 26 ELY 27 OMO 28 EINSTMALS 31 RESEDA 34 GEHABE 35 TROUBLE (engl. f. Ärger) 37 ETAGE 38 ETAGERE 39 RATE 40 (Kir) ROYAL (Drink) 41 DIAMANT

Senkrecht — 1 FATS 2 AGAPE (christl. Wort f. göttl. Liebe) 3 ZESEN 4 SCHARADE 5 ELEN (poet. f. Elch) 6 ADUR 7 PINETO (Pointe) 8 FARB (-los) 9 LOHN 11 ANSTRENGEND 13 REKLAME 14 TINTE 16 UEBERLEGEN 21 ILSE (Seil) 22 KYTHERA 23 KORDEL 24 MOSTAR 25 RADOEY 29 MATAM 30 ABATA 32 ERGO (-therapie) 33 AURA 36 (DEZI-)BEL

Lösungswort — FAUSTREGEL

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien



Breguet
Depuis 1775

Breguet, créateur. Classique Hora Mundi 5727

Die Classique Hora Mundi 5727 lädt zu einer Reise durch die Großstädte sowie Kontinente ein. Das Automatikwerk mit patentiertem System eines synchronisierten mechanischen Gedächtnisses speichert dank zwei herzförmiger Nocken Uhrzeit, Datum und Tag/Nacht-Indikator in zwei Zeitzonen, die durch Wahl der jeweiligen Stadt mit einem Drücker aufgerufen werden können. Wir schreiben die Geschichte fort...

